

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

Herausgegeben von
Helmut Altrichter, Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze, Andreas Wirsching

Aus dem Inhalt

Michael Schwartz
Homosexuelle im modernen Deutschland
Eine Langzeitperspektive auf historische Transformationen

Maximilian Kutzner
„Zeitung für Deutschland“?
Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die deutsche Frage 1969 bis 1990

Martin Günzel
Die Wegbereiter
Tony Blair, Großbritannien und die Entscheidung für den Irakkrieg 2001 bis 2003

Philipp Gahn
**Der Besuch Michael Kardinal von Faulhabers bei Adolf Hitler
auf dem Obersalzberg im November 1936**
(Dokumentation)

Anna Georgiev
„Im fremden Erdteil ein Kleinod sein, ein Segen werden“
Über den Verbleib der Kultgegenstände (zwangs)aufgelöster jüdischer Gemeinden

VIERTELJAHRSSHEFTE FÜR Zeitgeschichte

3
21

Im Auftrag des
Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin
herausgegeben von

Helmut Altrichter
Horst Möller
Margit Szöllösi-Janze
Andreas Wirsching

in Verbindung mit
Elizabeth Harvey, Hélène Miard-Delacroix,
Herfried Münkler und Alan E. Steinweis

Redaktion:
Magnus Brechtken, Agnes Bresselau von Bressensdorf,
Johannes Hürter, Thomas Raithel, Martina Steber
Chefredakteur: Thomas Schlemmer
Stellvertreterin: Petra Weber
VfZ-Online: Barbara Schäffler
Lektorat und Büro: Mirella Kraska

69. Jahrgang Heft 3 Juli 2021

**Anschrift der
Redaktion** Institut für Zeitgeschichte München–Berlin
Leonrodstraße 46 b
80636 München
Tel. 0 89/1 26 88-0
E-Mail: vfz@ifz-muenchen.de

Homepage www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/

**Offenes
Heftarchiv** Alle Ausgaben und Beiträge seit 1953 im Free Access,
aktuell bis einschließlich 2015.
www.ifz-muenchen.de/vfz-archiv

Impressum © 2021 Walter de Gruyter GmbH, Berlin/Boston

Alle den redaktionellen Teil der Zeitschrift betreffenden Zusendungen sind zu richten an: Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Leonrodstraße 46 b, 80636 München. Für den Inhalt verantwortlich: Professor Dr. Andreas Wirsching unter gleicher Anschrift.

Anzeigenverwaltung: Bendix Düker, De Gruyter, Genthiner Straße 13, 10785 Berlin, Germany. Tel.: +49 (0)30 260 05-170,
E-Mail: anzeigen@degruyter.com

Bezugsbedingungen

Die Zeitschrift erscheint vierteljährlich. Jahresabonnement Institutionen: € 65,-; Online-Abonnement € 65,-. Jahresabonnement Einzelkunden: € 59,80; Online-Abonnement € 49,-; Studentenabonnement: € 34,80; Vorzugsabonnement für Mitglieder historischer und politischer Fachverbände € 49,80; jeweils zuzüglich Jahresversandspesen: Inland: € 18,-/Ausland: € 36,-. Einzelheft: € 16,- zuzüglich Versandspesen. Die Preise enthalten bei Lieferung in EU-Staaten die Mehrwertsteuer, für das übrige Ausland sind sie Bruttopreise. Bezieher der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte sind berechtigt, die der Zeitschrift angeschlossene Schriftenreihe der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte (zwei Bände im Jahr) im Abonnement zum Vorzugspreis von € 34,80 zuzüglich Versandkosten zu beziehen.

Bestellungen über jede Buchhandlung oder beim Verlag. Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein Jahr, wenn es nicht spätestens zwei Monate vor Ablauf des Kalenderjahres gekündigt wird.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Vervielfältigung ohne Einwilligung des Verlages strafbar.

Satz: jürgen ullrich typosatz, Nördlingen
Druck: Franz X. Stücker Druck und Verlag e.K., Ettenheim.

Michael Schwartz		
Homosexuelle im modernen Deutschland	377	Aufsätze
Eine Langzeitperspektive auf historische Transformationen		
Maximilian Kutzner		
„Zeitung für Deutschland“?	415	
Die <i>Frankfurter Allgemeine Zeitung</i> und die deutsche Frage 1969 bis 1990		
Martin Günzel		
Die Wegbereiter	445	
Tony Blair, Großbritannien und die Entscheidung für den Irakkrieg 2001 bis 2003		
Philipp Gahn		
Widersprüche eines Modus Vivendi	481	Dokumentation
Dokumente zum Besuch Michael Kardinal von Faulhabers bei Adolf Hitler auf dem Obersalzberg im November 1936		
Anna Georgiev		
„Im fremden Erdteil ein Kleinod sein, ein Segen werden“	529	Miszelle
Über den Verbleib der Kultgegenstände (zwangs) aufgelöster jüdischer Gemeinden		
Bemerkung zur Dokumentation von René Schlott, Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte, im Januar-Heft der VfZ	547	Notiz
Hans Maier zum 90. Geburtstag	549	Aus der Redaktion
Neu bei den Zusatzangeboten: Nachtrag zu René Schlotts Dokumentation im Januar-Heft	559	VfZ-Online
	561	Rezensionen online
	567	Abstracts
	569	Autorinnen und Autoren
	571	Hinweise

Die Geschichte der Homosexualität im modernen Deutschland ist facettenreich – und sie war vielfältigen Transformationen unterworfen, deren ambivalente Ungleichzeitigkeit insbesondere seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer wieder offen zutage trat. Michael Schwartz zeichnet die Konjunkturen von Exklusion, Emanzipation, Liberalisierung und Homophobie nach, die in der oft tödlichen Verfolgung homosexueller Männer durch das NS-Regime gipfelte. Auch nach 1945 konnte von Akzeptanz und Gleichstellung keine Rede sein, wie ein vergleichender Blick auf die DDR und die Bundesrepublik zeigt, wo ein Kontinuitäts- und Traditionsüberhang der Reform des Strafrechts zeitweilig engere Grenzen setzte, als dies jenseits des Eisernen Vorhangs der Fall war.

Michael Schwartz

Homosexuelle im modernen Deutschland

Eine Langzeitperspektive auf historische Transformationen

I. Kontinuitäten und Brüche

1963 stellte der Historiker Hans-Joachim Schoeps der westdeutschen Demokratie ein schlechtes Zeugnis aus: „Für die Homosexuellen ist das Dritte Reich noch nicht zu Ende.“¹ Dieses Urteil, das erhebliche mediale Wirkung entfaltete, ist gleichwohl überspitzt, denn die schlimmsten Formen nationalsozialistischer Verfolgung – KZ-Haft, Folter und Mord – waren 1945 für immer beendet.² Dennoch ist Schoeps' pointierter Hinweis auf Kontinuitäten zur NS-Zeit teilweise zutreffend – er bezog ihn explizit auf das Strafrecht und damit auch auf die darauf gründende polizei-

¹ Hans-Joachim Schoeps, Überlegungen zum Problem der Homosexualität, in: Der homosexuelle Nächste. Ein Symposium, Hamburg 1963, S. 74–114, hier S. 86. Vgl. Michael Schwartz, „Warum machen Sie sich für die Homos stark?“ Homosexualität und Medienöffentlichkeit in der westdeutschen Reformzeit der 1960er und 1970er Jahre, in: Jahrbuch Sexualitäten 1 (2016), S. 51–93, hier S. 64, und Kirsten Plötz, Endete der Nationalsozialismus für die Homosexuellen mit der Bundesrepublik? Über einen Beitrag zur bundesdeutschen Reformdebatte um das Strafrecht der 1960er Jahre, in: Einsicht 12 (2020), S. 14–23. – Dieser Beitrag geht – stark überarbeitet und erweitert – auf eine Gedenkrede zurück, die der Verfasser zum 75. Jahrestag der Befreiung des Vernichtungslagers Auschwitz auf der 97. Sitzung des Landtags von Rheinland-Pfalz in der KZ-Gedenkstätte Osthofen am 27.1.2020 gehalten hat. Eine Kurzversion des Beitrags ist hier nachzulesen: www.landtag.rlp.de/fileadmin/Landtag/Medien/Termine_Uebersichten_Flyer/2020/Rede_Professor_Michael_Schwartz.pdf [18.12.2020].

² Vgl. Clayton J. Whisnant, Male Homosexuality in West Germany. Between Persecution and Freedom, 1945–69, New York 2012, S. 32.

lich-juristische Verfolgungspraxis.³ Im Unterschied zur DDR blieb das vom NS-Regime 1935 massiv verschärfte Homosexuellen-Strafrecht in der westdeutschen Demokratie zwei Jahrzehnte lang unverändert in Kraft. Zwar waren in Ost- und Westdeutschland gleichermaßen nach 1945 Änderungen diskutiert worden,⁴ doch nur die von der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) geführte Diktatur kehrte zur enger gefassten und dadurch milder wirkenden Weimarer Fassung des Paragraphen 175 des Strafgesetzbuchs (StGB) zurück.⁵ Mancher im Westen erblickte in diesem irritierend anderen Umgang der DDR mit einvernehmlichen homosexuellen Handlungen zwischen erwachsenen Männern eine Bedrohung – und mutmaßte, damit wollten „sich die Bolschewisten die Invertierten in der Bundesrepublik gefügig machen“.⁶

Trotz der unterschiedlichen Rechtslagen blieb homosexuelles Verhalten in beiden deutschen Staaten nach 1949 gesellschaftlich geächtet. Selbst im Strafrecht stimmte das doppelte Deutschland darin überein, den 1935 vom NS-Regime zusätzlich geschaffenen Paragraphen 175a StGB unverändert beizubehalten. Damit wurden vier homosexuelle Handlungen, die als besonders schwerwiegend eingestuft waren – Nötigung, Missbrauch „durch ein Dienst-, Arbeits- oder Unterordnungsverhältnis“, Verführung von Minderjährigen (damaliges Schutzalter: 21) und Prostitution („gewerbmäßige Unzucht“) –, vom totalitären NS-Regime, von der westdeutschen Demokratie und von der SED-Diktatur gleichermaßen „mit Zuchthaus bis zu zehn Jahren“ bedroht. Erst mit den Strafrechtsreformen der DDR von 1968 und der Bundesrepublik von 1969 beziehungsweise 1973 entfiel dieser zweite NS-Homosexuellenparagraf zugunsten von Neuregelungen, die sich nur noch gegen Verführung Minderjähriger (neues Schutzalter: 18) richteten. Somit kann für die frühe DDR nur von einer partiellen Diskontinuität zum NS-Strafrecht die Rede sein.⁷

³ Vgl. Justiz und Homosexualität, hrsg. vom Ministerium der Justiz des Landes NRW in Zusammenarbeit mit Michael Schwartz, o. O. (Düsseldorf) 2020 (= Juristische Zeitgeschichte Nordrhein-Westfalen Bd. 24).

⁴ Zur Sowjetischen Besatzungszone vgl. Alexander Zinn, „Gegen das Sittengesetz“. Staatliche Homosexuellenverfolgung in Deutschland 1933–1969, in: Ders. (Hrsg.), *Homosexuelle in Deutschland 1933–1969. Beiträge zu Alltag, Stigmatisierung und Verfolgung*, Göttingen 2020, S. 15–47, hier S. 34–38; zu Westdeutschland vgl. Manfred Görtemaker/Christoph Safferling, *Die Akte Rosenberg. Das Bundesministerium der Justiz und die NS-Zeit*, München 2016, S. 373.

⁵ Vgl. in deutsch-deutscher Perspektive Christian Schäfer, „Widernatürliche Unzucht“ (§§ 175, 175a, 175b, 182 a. F. StGB). Reformdiskussion und Gesetzgebung seit 1945, Berlin 2006, und nur zur Bundesrepublik Johannes A. J. Brüggemann, *Entwicklung und Wandel des Sexualstrafrechts in der Geschichte unseres StGB. Die Reform der Sexualdelikte einst und jetzt*, Baden-Baden 2013.

⁶ So der Volkswartbund-Publizist und Amtsgerichtsrat Richard Gatzweiler, *Das Dritte Geschlecht. Um die Strafbarkeit der Homosexualität*, Köln 1951, S. 29 f.; vgl. Michael Schwartz, *Homosexuelle, Seilschaften, Verrat. Ein transnationales Stereotyp im 20. Jahrhundert*, Berlin/Boston 2019, S. 237.

⁷ Vgl. Schäfer, *Unzucht*, S. 79–126 und S. 318 f.; Josie McLellan, *Love in the Time of Communism. Intimacy and Sexuality in the GDR*, Cambridge u. a. 2011, S. 114–143, und Whisnant, *Homosexuality*, S. 203.

In der westdeutschen Demokratie wurde somit das NS-Strafrecht von 1935 bis 1969 unverändert beibehalten. Kritiker dieser Kontinuität vermochten sich trotz partieller Erfolge⁸ lange nicht durchzusetzen, da Kräfte der Beharrung in Politik und Justiz dominierten. Das Bundesverfassungsgericht wies 1957 die Verfassungsbeschwerden zurück, die das allein gegen Männer gerichtete Homosexuellenstrafrecht für grundgesetzwidrig hielten, da es mit dem Grundsatz der Gleichberechtigung der Geschlechter unvereinbar sei.⁹ „Liberalisierungstendenzen“ fanden auch im Bundesjustizministerium „keine Anhänger“.¹⁰ Weil ein Anfang der 1960er Jahre eingebrachter, etwas weniger restriktiver Reformentwurf der Regierung Konrad Adenauers nie verabschiedet werden konnte,¹¹ blieb das NS-Strafrecht bis 1969 in Kraft. Auf dieser Grundlage wurden in der Bundesrepublik rund 50.000 Männer verurteilt¹² – ebenso viele wie in den zwölf Jahren der NS-Herrschaft.¹³ Für die DDR kann man von mindestens 1.300¹⁴ und höchstens 4.300¹⁵ Verurteilten ausgehen; damit fiel die Strafverfolgung der SED-Diktatur weit weniger intensiv aus als jene der westdeutschen Demokratie.

Grundsätzlich bezweckte die Verfolgung von einigen stets das „Unsichtbarmachen“ von allen, indem einer stigmatisierten Gruppe das Recht „auf eine sichtbare öffentliche Existenz“ bestritten wurde.¹⁶ Die Bedrohung erzeugte Angst vor Strafverfolgung und sozialer Ächtung, aber auch Scham- und Schuldgefühle. Zum äußeren Zwang trat der innere Zwang, zur Erniedrigung die Selbsterniedrigung, womöglich gar der Selbsthass. 1962 argumentierte der niedersächsische Justizminister

⁸ Vgl. Schäfer, *Unzucht*, S. 85 f. und S. 151 f.

⁹ Vgl. ebenda, S. 92–94, S. 102–105 und S. 110–117, sowie Nadine Dröner, *Das „Homosexuellen-Urteil“ des Bundesverfassungsgerichts aus rechtshistorischer Perspektive*, Tübingen 2020.

¹⁰ Görtemaker/Safferling, *Akte*, S. 374 f.

¹¹ Vgl. Michael Kandora, *Homosexualität und Sittengesetz*, in: Ulrich Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse in Westdeutschland. Belastung, Integration, Liberalisierung 1945–1980*, Göttingen 2002, S. 379–401, hier S. 390 f.

¹² Vgl. Raimund Wolfert, *Homosexuellenpolitik in der jungen Bundesrepublik*. Kurt Hiller, Hans Giese und das Frankfurter Wissenschaftlich-humanitäre Komitee, Göttingen 2015, S. 14. Amtliche Statistiken wiesen zwischen 1950 und 1965 52.633 rechtskräftig Abgeurteilte, davon 44.231 rechtskräftig Verurteilte aus; vgl. Hans-Georg Stümke, *Homosexuelle in Deutschland. Eine politische Geschichte*, München 1989, S. 147.

¹³ Vgl. Günter Grau, *Die Verfolgung der Homosexualität im Nationalsozialismus. Anmerkungen zum Forschungsstand*, in: Michael Schwartz (Hrsg.), *Homosexuelle im Nationalsozialismus. Neue Forschungsperspektiven zu Lebenssituationen von lesbischen, schwulen, bi-, trans- und intersexuellen Menschen 1933 bis 1945*, München 2014, S. 43–52, hier S. 43 f. Hinzu traten noch etwa 6.500 Urteile von Kriegserichtern und eine unbekannte Anzahl von Verurteilungen durch die 1933 vom NS-Regime eingerichteten Sondergerichte.

¹⁴ Vgl. Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), *Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945*, 3., überarbeitete und erweiterte Aufl., Bielefeld 2015, S. 210.

¹⁵ Vgl. Christian Reimesch, *Entstehung des westdeutschen Entschädigungsrechts*, in: Andreas Pretzel (Hrsg.), *NS-Opfer unter Vorbehalt. Homosexuelle Männer in Berlin nach 1945*, Münster/Hamburg/London 2002, S. 179–192, hier S. 185.

¹⁶ Pierre Bourdieu, *Die männliche Herrschaft*, Frankfurt a. M. ⁵2020, S. 202.

Arvid von Nottbeck von der Freien Demokratischen Partei (FDP) gegen den Paragraphen 175 StGB, die Betroffenen würden „nicht selten zur Verzweiflung und zum Selbstmord getrieben“.¹⁷ 1965 bekräftigte der Psychotherapeut Hans-Joachim von Schumann in einem bewegenden Buch über Patientenschicksale diesen Zusammenhang von „Homosexualität und Selbstmord“.¹⁸ Doch nicht alle reagierten darauf mit Empathie. 1964 argumentierten deutsche Mediziner mit an die NS-Zeit gemahnendem Vokabular gegen jede Liberalisierung des Homosexuellenstrafrechts. Ein „[a]bartiger Geschlechtstrieb“ habe „biologisch keine Existenzberechtigung“; insofern sei „[d]er Selbstmord [...] bei homophilen Versagern [...] letztlich von der Natur aus“ angelegt und „zweckdienlich, als wirksamste Ausmerze, auch dann, wenn man den Selbstmord aus religiösen Gründen nicht billigen kann“.¹⁹

Dass sich dennoch in der Bundesrepublik der 1960er Jahre etwas zu ändern begann, hatte mit vielen engagierten Menschen aus unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft zu tun. Das gilt nicht zuletzt für jene Gruppe jüngerer liberaler Strafrechtsprofessoren und einer Professorin, die bis 1968 ihren „Alternativ-Entwurf“ für ein neues StGB als Absage an den konservativen Reformentwurf der Regierung Adenauer von 1962 verfassten – eine zivilgesellschaftliche Alternative, die dann wegweisend für die Strafrechtsreform der Großen Koalition von 1969 werden sollte.²⁰

Gezielte Vernetzungen zwischen Vertretern verschiedener Wissenschaftsdisziplinen und massenmediale Popularisierung spielten eine entscheidende Rolle: So erzielten 1963 zwei Taschenbücher – „Der homosexuelle Nächste“ und „Sexualität und Verbrechen“ – erhebliche öffentliche Resonanz, weil Autoren aus ganz unterschiedlichen Bereichen, mit konträren politischen Haltungen und sehr verschiedenen Lebensläufen in der NS-Zeit gemeinsam für Liberalisierung plädierten. Im ersten dieser Bände zogen niederländische, schweizerische und westdeutsche Psychiater, Theologen, Historiker, Mediziner, Kriminologen und Rechtsanwälte an einem Strang; im zweiten wirkten Juristen, Philosophen und Soziologen, Psychiater, Mediziner und Sexualforscher, Ethnologen, Pädagogen und Theologen zusammen, darunter so markante Persönlichkeiten wie der Frankfurter General-

¹⁷ Arvid von Nottbeck, Die Straffunktionen des Staates und die Gesellschaft, in: Probleme der Strafrechtsreform. Vorträge auf der vom 24. bis 26. September 1962 im Haus Lerbach zu Bergisch Gladbach von der Friedrich-Naumann-Stiftung veranstalteten 11. Arbeitstagung, Stuttgart 1963, S. 48–74, hier S. 63.

¹⁸ Vgl. Hans-Joachim von Schumann, Homosexualität und Selbstmord. Ätiologische und psychotherapeutische Betrachtungen, Hamburg 1965. Auf die Kriminalisierung homosexuellen Verhaltens als „Quelle von Selbstmorden“ hatte schon Karl Heinrich Ulrichs auf dem Juristentag von 1867 hingewiesen; zit. nach Robert Beachy, Das andere Berlin. Die Erfindung der Homosexualität – Eine deutsche Geschichte 1867–1933, München 2015, S. 27 f. Zu Ulrichs vgl. auch Robert Deam Tobin, *Peripheral Desires. The German Discovery of Sex*, Philadelphia 2015, S. 86–92.

¹⁹ Zit. nach Cornelia Tönnesen, Die Terminologie der Sexual- und Partnerschaftsethik im Wandel, in: Georg Stötzel/Martin Wengeler (Hrsg.), *Kontroverse Begriffe. Geschichte des öffentlichen Sprachgebrauchs in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin/New York 1995, S. 593–618, hier S. 599 f.

²⁰ Vgl. Schäfer, *Unzucht*, S. 340.

staatsanwalt und NS-Verfolgte Fritz Bauer, der marxistische Philosoph und frühere Emigrant Theodor W. Adorno, aber auch einstige NSDAP-Mitglieder wie der Sexualforscher Hans Giese.²¹ Hinzu traten Publizisten wie Harry Wilde, der als erster die NS-Homosexuellenverfolgung ausführlich thematisierte,²² oder der Schriftsteller und Homophilen-Aktivist Rolf Italiaander, der etliche Stellungnahmen von Prominenten bündelte, um zu zeigen, dass Homosexualität „weder Krankheit noch Verbrechen“ sei.²³ Auch der DDR-Mediziner Rudolf Klimmer gehört in diese Reihe, der – obschon Mitglied der SED – sein Hauptwerk nur in Westdeutschland veröffentlichen konnte, wo es zwischen 1958 und 1965 drei Auflagen erzielte, um dann die Strafrechtsreformen beider deutscher Staaten zu beeinflussen.²⁴ Es waren nicht die linksextremen Wortführer der Studenten-Protestbewegung von 1967/68 entscheidend für die Durchsetzung der Liberalisierung, sondern die von ihnen verachteten „Scheißliberalen“ und „Reformisten“.²⁵

Die Systemkonkurrenz zur DDR trug zur Liberalisierung in Westdeutschland bei, zeigte doch ein Blick über die Mauer, dass im SED-Staat die Entkriminalisierung von Erwachsenen-Homosexualität 1968 bereits erfolgt war – wenn auch stillschweigend, da öffentliche Diskussionen erst nachträglich einsetzten.²⁶ Noch weniger untersucht als die Reformer im Westen sind jene in der DDR der 1960er und erneut der 1980er Jahre, wobei sich transnationale Reformeinflüsse greifen las-

²¹ Vgl. die Beiträge in: Der homosexuelle Nächste, und Fritz Bauer u. a. (Hrsg.), *Sexualität und Verbrechen. Beiträge zur Strafrechtsreform*, Frankfurt a. M. 1963. Vgl. auch Volkmar Sigusch, *Geschichte der Sexualwissenschaft*, Frankfurt a. M./New York 2008, S. 391–394 und S. 399 f.

²² Vgl. Harry Wilde, *Das Schicksal der Verfeimten. Die Verfolgung der Homosexuellen im „Dritten Reich“* und ihre Stellung in der heutigen Gesellschaft, Tübingen 1969.

²³ Vgl. Rolf Italiaander (Hrsg.), *Weder Krankheit noch Verbrechen. Plädoyer für eine Minderheit*, Hamburg 1969.

²⁴ Vgl. Rudolf Klimmer, *Die Homosexualität als biologisch-soziologische Zeitfrage*, 3., erweiterte und verbesserte Aufl., Hamburg 1965; Sigusch, *Geschichte*, S. 497 und S. 506, sowie Teresa Tammer, *Warme Brüder im Kalten Krieg. Schwule Bewegungen in der DDR und im geteilten Deutschland in den 1970er und 1980er Jahren*, Diss., Münster 2020, S. 59.

²⁵ Zit. nach Gerd Koenen, *Der Muff von tausend Jahren. Ein Aufstand gegen die Kriegsgeneration?*, in: Daniel Cohn-Bendit/Rüdiger Dammann (Hrsg.), 1968. *Die Revolte*, Frankfurt a. M. 2007, S. 139–161, hier S. 148. Vgl. auch Michael Schwartz, *Homosexualität, Sexualstrafrecht und Sittlichkeit. Gesellschaftliche Kontroversen und Reformdebatten in der frühen Bundesrepublik*, in: Katharina Rauschenberger/Sybille Steinbacher (Hrsg.), *Fritz Bauer und „Achtundsechzig“*. Positionen zu den Umbrüchen in Justiz, Politik und Gesellschaft, Göttingen 2020, S. 166–188, hier S. 180–186; Wolfert, *Homosexuellenpolitik*, und Julia Noah Munier/Karl-Heinz Steinle, *Liberalisierungspraktiken im deutschen Südwesten der 1960er-Jahre als Wegbereiter eines Mentalitätswandels in der Bundesrepublik*, in: Zinn (Hrsg.), *Homosexuelle*, S. 149–161.

²⁶ Vgl. Adrian Rinscheid, *Entkriminalisierung ohne Individualisierung? Eine komparativ-historische Fallstudie zur Entkriminalisierung von Homosexualität in BRD und DDR*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 7 (2013), S. 251–275, hier S. 262, mit expliziter Bezugnahme des Berichts des Bundestagsausschusses für die Strafrechtsreform von 1969 auf die internationale Rechtsentwicklung und auch auf die (bereits erfolgte) Entkriminalisierung im „andere[n] Teil Deutschlands“. Zur Wahrnehmung der DDR-Reform von 1968 vgl. auch Strafrechtsreform der SED. Mit einer Einführung von Walther Rosenthal, hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, Bonn/Berlin 1968.

sen – etwa durch den tschechoslowakischen Mediziner Kurt Freund, der in den 1960er Jahren die Entkriminalisierung in der ČSSR, in der DDR und in Westdeutschland mit vorantrieb,²⁷ oder durch die Kontakte des westdeutsch-kommunistischen Sexualforschers Günter Amendt zum Mitglied des Zentralkomitees und Ersten Sekretär der Freien Deutschen Jugend Eberhard Aurich im Vorfeld der erneuten Reform des Sexualstrafrechts in der DDR von 1988/89.²⁸

Der NS-Staat beschränkte sich nicht auf Strafverfolgung, in deren Fänge rund 100.000 Männer gerieten, von denen etwa die Hälfte verurteilt wurde.²⁹ Besonders schlimm traf es jene rund 5.000 bis 6.000 Männer, die in Konzentrationslagern inhaftiert und dort als Homosexuelle eigens mit einem „Rosa Winkel“ stigmatisiert worden waren. Sie stellten im Lagersystem zwar nur „eine winzige Minderheit“ dar,³⁰ doch gerade dies steigerte die Lebensgefahr, da schützender Gruppenzusammenhalt unmöglich wurde. Die „besonders prekäre Lage“ der Häftlinge mit dem „Rosa Winkel“ erklärte sich nicht nur aus der homophoben Brutalität der Wachmannschaften der Schutzstaffeln (SS), sondern auch aus den „Ressentiments innerhalb der Lagergesellschaft“, wo Mithäftlinge „ihnen das Leben oft genug zur Hölle“ machten. Infolgedessen kam es zu extrem hohen Todesraten, die auf 50 bis 80 Prozent geschätzt werden.³¹

Obwohl sie zu den Verfolgten der NS-Diktatur zählten, gehörten Homosexuelle nach 1945 lange zu den missachteten Opfern. Denn „so wie es in der NS-Zeit Häftlingshierarchien gegeben hatte, gab es nach dem Krieg Überlebenden-Hierarchien“. In der KZ-Gedenkstätte Mauthausen wurde erst 1984 ein Mahnmal für Homosexuelle errichtet, dem 1994 eines für Roma und Sinti und 1998 eines für Zeugen Jehovas folgte.³² Noch „in den 1970er- und 1980er-Jahren“ war „die Teilnahme von homosexuellen Gruppen an Gedenkfeiern auf großen Widerstand“ unter den etablierten Häftlingsverbänden gestoßen. Erst spät setzte ein „Wandel in der öffentlichen Wahrnehmung“ ein.³³ Nach dem Beispiel Mauthausens folgten Homosexuellen-Gedenksteine in Sachsenhausen 1992, in Dachau – nach zehn Jahren Auseinandersetzung – 1995, in Buchenwald erst 2002. Ein Jahr später be-

²⁷ Vgl. Kurt Freund, *Die Homosexualität beim Mann*, Leipzig 1963, und ders., *Homosexualität*, Reinbek 1969.

²⁸ Vgl. Teresa Tammer, *Die Abschaffung strafrechtlicher Diskriminierung von Homosexuellen in der DDR. Eine deutsch-deutsche Verflechtungsgeschichte?*, in: Norbert Finzsch/Markus Velke (Hrsg.), *Queer – Gender – Historiographie. Aktuelle Tendenzen und Projekte*, Berlin 2016, S. 483–500, hier S. 491.

²⁹ Vgl. Till Bastian, *Homosexuelle im Dritten Reich. Geschichte einer Verfolgung*, München 2000, S. 55.

³⁰ Ebenda, S. 73.

³¹ Insa Eschebach, *Einleitung*, in: Dies. (Hrsg.), *Homophobie und Devianz. Weibliche und männliche Homosexualität im Nationalsozialismus*, Berlin 2012, S. 11–20, hier S. 12, und Nikolaus Wachsmann, *KL. Die Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager*, Bonn 2016, S. 769, Anm. 309.

³² Vgl. ebenda, S. 711 (Zitat) und S. 716 f.

³³ Klaus Müller, *Gedenken und Verachtung. Zum gesellschaftlichen Umgang mit der nationalsozialistischen Homosexuellenverfolgung*, in: Eschebach (Hrsg.), *Homophobie*, S. 115–138, hier S. 128.

schloss der Bundestag, ein nationales Denkmal für homosexuelle Opfer der NS-Diktatur in Berlin zu errichten. Dieser Beschluss wurde 2008 mit der – unterdessen signifikant erweiterten – Perspektive einer „Opfergemeinschaft“ von Schwulen und Lesben umgesetzt.³⁴

Bei alledem geht es nicht um „vergessene Opfer“.³⁵ Diese Opfer wurden „weder totgeschwiegen, noch waren sie vergessen worden“; sie wurden „in beiden deutschen Nachkriegsstaaten“ vielmehr „politisch bewusst ausgegrenzt“.³⁶ Ehemaligen Häftlingen mit dem „Rosa-Winkel“ gelang es nur selten, Entschädigungsansprüche geltend zu machen.³⁷ Von Rehabilitierung und Entschädigung ausgeschlossen blieben jahrzehntelang alle 50.000 nach NS-Strafrecht Verurteilten und die 6.400 bis 7.000 Opfer der Wehrmachtjustiz.³⁸ Diese Männer wurden nach 1945 als vorbestrafte Kriminelle betrachtet und behandelt. Ähnlich missachtet wurden die 400 bis 800 homosexuellen Kastrationsopfer des NS-Regimes.³⁹

Erst 1985 nahm Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner vielbeachteten Rede zum 40. Jahrestag der Beendigung des Zweiten Weltkriegs Homosexuelle in seine Liste der NS-Opfer auf. Auch damit erfolgte keine generelle Anerkennung, denn explizit wurde nur der „getöteten Homosexuellen“ gedacht. Eine Distanzierung vom NS-Strafrecht blieb aus.⁴⁰ Erst kurz zuvor hatte der Skandal um den wegen unterstellter Homosexualität vorzeitig entlassenen Bundeswehrgeneral Günter Kießling demonstriert, dass die Strafrechts-Liberalisierung von 1969 längst nicht in breite gesellschaftliche Akzeptanz gemündet war.⁴¹ Vielmehr führte die HIV-Pandemie der 1980er Jahre zeitweilig zu einer erneuten Stigmatisierung homosexueller Menschen als „Risikogruppe“.⁴² Erst nach der 1994 erfolgten Abschaf-

³⁴ Vgl. Magdalena Beljan, *Rosa Zeiten? Eine Geschichte der Subjektivierung männlicher Homosexualität in den 1970er und 1980er Jahren der BRD*, Bielefeld 2014, S. 78–81, und Anika Oettler (Hrsg.), *Das Berliner Denkmal für die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen. Entstehung, Verortung, Wirkung*, Bielefeld 2017.

³⁵ Vgl. Rolf Steininger (Hrsg.), *Vergessene Opfer des Nationalsozialismus*, Innsbruck 2000.

³⁶ Günter Grau, *Lexikon zur Homosexuellenverfolgung 1933–1945. Institutionen – Kompetenzen – Betätigungsfelder*, Berlin 2011, S. 307 („Vergessene Opfer“).

³⁷ Vgl. Alexander Zinn, *„Aus dem Volkskörper entfernt“? Homosexuelle Männer im Nationalsozialismus*, Frankfurt a. M./New York 2018, S. 526.

³⁸ Vgl. Grau, *Lexikon*, S. 324 („Wehrmachtjustiz“), und Susanne zur Nieden, *Der homosexuelle Staatsfeind. Zur Radikalisierung eines Feindbildes im NS*, in: Eschebach (Hrsg.), *Homophobie*, S. 23–34, hier S. 31.

³⁹ Vgl. Franz X. Eder, *Homosexualitäten. Diskurse und Lebenswelten 1870–1970*, Weitra 2011, S. 74.

⁴⁰ Zit. nach www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1985/05/19850508_Rede.html [2.1.2020].

⁴¹ Vgl. Schwartz, *Homosexuelle*, S. 278–322; Heiner Möllers, *Die Affäre Kießling. Der größte Skandal der Bundeswehr*, Berlin 2019, und Klaus Storkmann, *Tabu und Toleranz. Der Umgang der Bundeswehr mit Homosexualität von 1955 bis zur Jahrtausendwende*, Potsdam 2020; www.bundeswehr.de/resource/blob/4305832/1fd7d34f7236cc2bb9200ae901e92cf4/studie-tabu-und-toleranz-data.pdf [29.1.2021].

⁴² Vgl. Henning Tümmers, *AIDS. Autopsie einer Bedrohung im geteilten Deutschland*, Göttingen 2017, und Sebastian Haus-Rybicki, *Eine Seuche regieren. AIDS-Prävention in der Bundesrepublik 1981–1995*, Bielefeld 2021.

fung eines gesonderten Homosexuellenstrafrechts besserte sich die Situation nachhaltig – und erstaunlich rasant. Im Rückblick erfolgte in der relativ kurzen Zeitspanne zwischen den 1960er und den 1990er Jahren in Deutschland ein tiefgreifender Wandel „von einem der restriktivsten zu einem der liberalsten Regulierungsregime“.⁴³

2018 fand Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier für sämtliche homosexuelle Verfolgte und Diskriminierte die angemessenen Worte. Er erinnerte „an die im Nationalsozialismus verfolgten Homosexuellen“, an die „vielen zehntausend Menschen, deren Privatheit, deren Leben, deren Liebe, und [...] deren Würde auf niederträchtigste Weise angetastet, gelehnt und verletzt“ worden sei, und von denen „Tausende“ ums Leben gekommen seien. Er gedachte ebenso all jener Verfolgten oder Diskriminierten, die eine lesbische, intersexuelle oder transsexuelle Orientierung gehabt hatten. Erstmals wurde auch „die Zeit nach 1945“ einbezogen: „Die neue freiheitliche Ordnung in unserem Land, sie blieb über viele Jahre für viele noch unvollkommen. Die Würde von Homosexuellen, sie blieb antastbar. Zu lange hat es gedauert, bis auch ihre Würde etwas gezählt hat in Deutschland.“⁴⁴

II. Ambivalenzen

Wenngleich gelegentlich behauptet wurde, dass die nationalsozialistische „Gesetzesverschärfung von 1935 ganz in der Kontinuität der traditionellen rechtlichen und sittlichen Normen des 19. Jahrhunderts“ gestanden habe,⁴⁵ erweisen sich die Lebenssituationen homosexueller Menschen im 19. Jahrhundert, ja bis 1933 bei näherem Hinsehen als äußerst vielschichtig. Es existiert kein schlichtes Kontinuum der Repression zwischen der NS-Zeit und der Epoche davor. Davon gibt die organisierte Emanzipationsbewegung zwischen 1897 und 1933 ebenso Zeugnis wie eine breite homophile Publikationslandschaft im späten Kaiserreich.⁴⁶ Im umgekehrten Verhältnis dazu stand die Situation in der Weimarer Republik, die viel ambivalenter war, als die populäre Vorstellung der Goldenen Zwanziger suggeriert.⁴⁷ Erst

⁴³ Stephan Heichel/Adrian Rinscheid, Ein klassischer Fall von Inkrementalismus. Die Liberalisierung der Regulierung von Homosexualität, in: Christoph Knill u. a. (Hrsg.), *Moralpolitik in Deutschland. Staatliche Regulierung gesellschaftlicher Wertekonflikte im historischen und internationalen Vergleich*, Wiesbaden 2015, S. 127–146, hier S. 138.

⁴⁴ Zit. nach www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2018/06/180603-Gedenken-Homo-NS-Verfolgung.html [2.1.2020].

⁴⁵ Kandora, *Homosexualität*, in: Herbert (Hrsg.), *Wandlungsprozesse*, S. 384.

⁴⁶ Vgl. Ralf Thies, *Ethnograph des dunklen Berlin. Hans Ostwald und die „Großstadt-Dokumente“ (1904–1908)*, Köln 2006, und Mark Lehmsstedt, *Bücher für das „dritte Geschlecht“*. Der Max Spohr Verlag in Leipzig – Verlagsgeschichte und Bibliographie (1881–1941), Wiesbaden 2002.

⁴⁷ Vgl. Ute Dettmar, *Der Kampf gegen „Schmutz und Schund“*, in: Norbert Hopster (Hrsg.), *Die Kinder- und Jugendliteratur in der Zeit der Weimarer Republik*, Bd. 2, Frankfurt a. M. 2012, S. 565–586, und Laurie Marhoefer, *Sex and the Weimar Republic. German Homosexual Emancipation and the Rise of the Nazis*, Toronto 2015, S. 202–218.

in der Weimarer Republik wurden die Verurteilungszahlen nach Paragraph 175 des StGB vierstellig – mit 1.107 Verurteilungen 1925 als Spitzenwert. Sogar in den ersten Jahren der NS-Diktatur blieben die Zahlen unter diesem Niveau, bevor mit der Strafrechtsverschärfung von 1935 ein gewaltiger Sprung erfolgte – auf den Spitzenwert 1938 von 8.562 Verurteilungen. Zwar sanken die Verurteilungen im Zweiten Weltkrieg deutlich ab, doch lagen sie mit über 3.700 pro Jahr weiterhin klar über denen von 1935.⁴⁸

Diese Entwicklung zeigt, dass man sich die NS-Homosexuellenverfolgung nicht als lineare Repression vorstellen darf. Man muss vielmehr drei Phasen unterscheiden: 1933 bis 1935, 1935 bis 1939 und 1939 bis 1945. Wer ab 1933 eine stetig ansteigende Radikalisierung konstatiert,⁴⁹ muss sich vor Augen führen, dass die Jahre nach 1939 auch von ungewollten Lockerungen (durch kriegsbedingte Ausdünnung der in ganz Europa eingesetzten Verfolgungsapparate) und von neuen Freiräumen (etwa in der Wehrmacht außerhalb Deutschlands) geprägt wurden – parallel zu drastischen Verschärfungen in bestimmten Bereichen.⁵⁰

Betrachten wir die Frühphase der NS-Diktatur, so kann bis Juni 1934 von einer umfassenden Verfolgung nicht gesprochen werden. „Im Gegenteil, anfangs war man [...] sogar ziemlich tolerant“, wie der homosexuelle Publizist Harry Wilde 1969 überspitzt feststellte.⁵¹ Zwar erfolgte im Frühjahr 1933 die Zerschlagung der bisherigen schwul-lesbischen Szenen, indem Lokale geschlossen, Zeitschriften verboten und Einrichtungen wie das Berliner Institut für Sexualforschung von Magnus Hirschfeld verwüstet wurden.⁵² Doch gab es in der NS-Führung nicht nur Homosexuellenfeinde wie den Reichsführer SS Heinrich Himmler, sondern auch den Duzfreund Hitlers und mächtigen Stabschef der Sturmabteilung (SA) Ernst Röhm. Dessen Homosexualität war in der Endphase der Weimarer Republik von Sozialdemokraten publik gemacht und von Hitler demonstrativ toleriert worden.⁵³ Trotz dieses Skandals wurde Röhm von Hitler im Dezember 1933 als Reichsminister nominiert und von Reichspräsident Paul von Hindenburg auch widerstrebend ernannt – und damit wohl zum ersten vorab bekannten Homosexuellen in einer deutschen Regierung überhaupt.⁵⁴ Homophobe NS-Größen sahen in Röhm's Aufstieg und den ihm unterstellten Putsch-Plänen die Gefahr einer „Herrschaft der

⁴⁸ Vgl. Stümke, *Homosexuelle*, S. 119, und Grau, *Lexikon*, S. 303 („Urteile und Delikte nach § 175“). Abweichende Zahlen mit identischen Trends bei Zinn, *Volkskörper*, S. 680, Tabelle 19a.

⁴⁹ Vgl. Eder, *Homosexualitäten*, S. 68 f.

⁵⁰ Zu denken ist an die 1940 verfügte regelmäßige KZ-Einweisung von verurteilten Homosexuellen nach Verbüßung der Haft oder an die ab 1941 angedrohte Todesstrafe für homosexuelle Handlungen von Angehörigen von SS und Polizei; vgl. Bastian, *Homosexuelle*, S. 55 f., sowie Grau, *Lexikon*, S. 100 und S. 125–127.

⁵¹ Wilde, *Schicksal*, S. 9.

⁵² Vgl. Eder, *Homosexualitäten*, S. 69 f.

⁵³ Vgl. Bastian, *Homosexuelle*, S. 27 f. und S. 30 f.

⁵⁴ Vgl. Schwartz, *Homosexuelle*, S. 177 und S. 183.

Homosexuellen“.⁵⁵ Doch dass „Homosexuelle in den Reihen der SA-Führung Netzwerke knüpften, die ihnen Schutz oder sogar aktive Förderung gewährten [...], war letzten Endes eine Folge der in der Partei herrschenden Homophobie und nicht umgekehrt“.⁵⁶

Erst mit der Entmachtung des Röhm-Netzwerks im Sommer 1934 – wobei sexuelle Orientierung „zur Legitimation der Morde“ genutzt wurde⁵⁷ – setzte eine systematische Homosexuellenverfolgung ein. Bis dahin waren vor allem politisch links stehende und jüdische Homosexuelle verfolgt worden,⁵⁸ auch durch homosexuelle Nazis wie Röhm, dessen SA in der Frühphase der NS-Diktatur ein zentrales Instrument des Terrors war. Damit berühren wir das Problem der differenzierten Erinnerung auch an Homosexuelle, die Opfer der NS-Verfolgung wurden, nachdem sie zuvor Träger des Regimes oder sogar selbst Verfolger gewesen waren: im Staatsdienst, in SA, SS und Hitlerjugend (HJ), in der Wehrmacht, als Funktionshäftlinge in Konzentrationslagern.⁵⁹ Zu den Verlierern des Machtkampfs von 1934 gehörten die Homosexuellen in Deutschland insofern, als sie fortan zur „Zielscheibe einer verschärften Propaganda und einer sich intensivierenden Verfolgung“ wurden.⁶⁰ Zunächst konzentrierte sich diese Verfolgung auf NS-Organisationen und den Staatsdienst, doch gewann sie rasch an Dynamik und Reichweite.⁶¹ Neben der Furcht vor einer „Unterwanderung staatlicher Stellen durch homosexuelle Männer“ trieb Himmler ein bevölkerungspolitisches Motiv an – die Angst vor der Bedrohung der Fortpflanzung des deutschen Volks.⁶² Die ab 1936 zentralisierte NS-Homosexuellenverfolgung scheint bis dahin gegebene unterschiedliche „regionale Traditionen im Umgang mit Homosexualität“ rasch weniger wirksam gemacht zu haben. Gleichzeitig zeigt sich, dass sich die Verfolgung „in Großstädten offenbar leichter umsetzen ließ als auf dem Land“. Dort konzentrierte man sich auf die seit 1935 explizit strafbaren Delikte von „Jugendverführung“ (§ 175a StGB Abs. 3), während in Großstädten die Hälfte aller Fälle einvernehmliche Handlungen unter Erwachsenen (§ 175 StGB) betraf.⁶³

⁵⁵ Alfred Rosenberg, Die Tagebücher von 1934 bis 1944, hrsg. und kommentiert von Jürgen Matthäus/Frank Bajohr, Frankfurt a. M. 2015, S. 146: Eintrag vom 7.7.1934. Vgl. ferner Schwartz, Homosexuelle, S. 160–211.

⁵⁶ Daniel Siemens, Sturmabteilung. Die Geschichte der SA, München 2017, S. 246.

⁵⁷ Holger Arning, Die Macht des Heils und das Unheil der Macht. Diskurse von Katholizismus und Nationalsozialismus im Jahr 1934 – eine exemplarische Zeitschriftenanalyse, Paderborn u. a. 2008, S. 311. Vgl. auch Schwartz, Homosexuelle, S. 174–177.

⁵⁸ Vgl. Zinn, Volkskörper, S. 259.

⁵⁹ Vgl. Michael Schwartz, Welcher NS-Opfer gedenken wir? An welche NS-Opfer soll ein Homosexuellen-Mahnmal erinnern?, in: Zu spät? Dimensionen des Gedenkens an homosexuelle und transgener Opfer des Nationalsozialismus, hrsg. von QWIEN (Zentrum für schwul/lesbische Kultur und Geschichte) und WAST (Wiener Antidiskriminierungsstelle für gleichgeschlechtliche und transgener Lebensweisen), Wien 2015, S. 206–231.

⁶⁰ Bastian, Homosexuelle, S. 41.

⁶¹ Vgl. Zinn, Volkskörper, S. 272–275.

⁶² Ebenda, S. 263.

⁶³ Zinn, Sittengesetz, in: Ders. (Hrsg.), Homosexuelle, S. 21 (am Beispiel Sachsens).

Für Juristen und Polizisten wurde Homosexuellenverfolgung zum Karriere-Sprungbrett. Die Verschärfung des Strafrechts hatte einen „sprunghaft[en]“ Anstieg der Ermittlungs- und Verurteilungszahlen zur Folge.⁶⁴ Hatte man bis 1935 nur beischlafähnliche Handlungen als strafbar betrachtet, wurden „künftig alle ‚gewöhnheitsmäßigen‘ homosexuellen Handlungen als strafwürdig“ angesehen, „unabhängig von der jeweils angewendeten sexuellen Technik“.⁶⁵ Zugleich verschärfte das NS-Regime Bestimmungen, die die Strafrechtsreformer der Weimarer Republik 1929 nur als Ersatz für eine gleichzeitig geplante Entkriminalisierung einvernehmlicher Handlungen unter Erwachsenen vorgesehen hatten.⁶⁶ Diese 1935 im neuen Paragraphen 175a StGB gebündelten Sonderfälle, die nicht nur mit Gefängnis, sondern mit hohen Zuchthausstrafen bedroht wurden,⁶⁷ setzte das NS-Regime nicht ersatzweise, sondern schlicht zusätzlich in Kraft.

Diese besonderen Sachverhalte, die zum Teil auch heute noch strafbar sind, für die aber im Unterschied zu damals gleiche Regeln für Hetero- und Homosexuelle gelten, wurden mit der durch Paragraph 175 StGB verschärft kriminalisierten freiwilligen Sexualität zwischen erwachsenen Männern gezielt kombiniert. Diese trübe Vermischung von einvernehmlicher Homosexualität und Machtmissbrauch hatte schon den Eulenburg-Skandal der Jahre 1907/08 mitgeprägt, bei dem enge Freunde des letzten deutschen Kaisers als Homosexuelle namhaft gemacht und dadurch gesellschaftlich zur Strecke gebracht worden waren.⁶⁸ Damals hatte freilich der Wiener Publizist Karl Kraus noch öffentlich darauf beharren können, man dürfe nicht die „Richtung des Geschlechtstriebes“ an sich als strafwürdig bezeichnen, sondern ausschließlich die konkrete Verletzung von Pflichten – etwa die Ausnutzung von Rangunterschieden im Militär.⁶⁹ Das NS-Regime unterband nicht nur jede Chance zu solcher Differenzierung, sondern trieb die demagogische Vermischung von Homosexualität, Missbrauch und Verführung mehrfach propagandistisch auf die Spitze: Zunächst 1934 in der Mord-Rechtfertigung beim angeblichen „Röhm-Putsch“,⁷⁰ dann erneut 1936/37 in den gegen die katholische Kirche gerichteten Sittlichkeitsprozessen, mit denen Hitler die Strafjustiz in einen bisher vom Staat kaum je behelligten Sonderbereich der Gesellschaft vordringen ließ.⁷¹

⁶⁴ Eder, *Homosexualitäten*, S. 70 f.

⁶⁵ Bastian, *Homosexuelle*, S. 53–55.

⁶⁶ Vgl. Marhoefer, *Sex*, S. 120–128.

⁶⁷ Vgl. Schäfer, *Unzucht*, S. 292 und S. 317 f. Die Unterschätzung von „Jugendverführung“ als NS-Verfolgungsmotiv monierte Alexander Zinn, *Abschied von der Opferperspektive. Plädoyer für einen Paradigmenwechsel in der schwulen und lesbischen Geschichtsschreibung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 67 (2019), S. 934–955, hier S. 936–944.

⁶⁸ Vgl. Beachy, *Berlin*, S. 191–218; Edward Ross Dickinson, *Sex, Freedom, and Power in Imperial Germany, 1880–1914*, Cambridge/New York 2014, S. 152–176; Norman Domeier, *Der Eulenburg-Skandal. Eine politische Kulturgeschichte des Kaiserreichs*, Frankfurt a. M./New York 2010, und Frank Bösch, *Öffentliche Geheimnisse. Skandale, Politik und Medien in Deutschland und Großbritannien 1880–1914*, München 2009, S. 43–158.

⁶⁹ Zit. nach Schwartz, *Homosexuelle*, S. 100.

⁷⁰ Vgl. ebenda, S. 175–180 und S. 186 f.

⁷¹ Vgl. Eder, *Homosexualitäten*, S. 72; Schwartz, *Homosexuelle*, S. 202–205, und Hans Günter Hockerts, *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester*

Bei alledem darf man nicht verkennen, dass selbst die massiv gesteigerte Intensität der NS-Homosexuellenverfolgung ab 1935 nicht allumfassend wirksam war. Das hing nicht nur mit Kapazitätsgrenzen der Verfolgungsapparate zusammen, sondern auch mit dem Umstand, dass es für einen Teil der homosexuellen Männer selbst unter NS-Bedingungen weiterhin relative Freiräume gab. Dies gilt insbesondere für die NS-Kulturszene, nachdem Himmler 1937 seine Verfolgungsapparate nach Konflikten mit anderen NS-Machhabern hatte anweisen müssen, Künstler dürften nur noch mit seiner persönlichen Genehmigung wegen homosexueller Handlungen in Haft genommen werden.⁷² Der großbürgerliche Schriftsteller Erich Ebermayer konnte seine dezente Partnerschaft mit einem Schauspieler auch unter NS-Bedingungen leben und wurde dabei durch seine Verwandtschaft mit einem prominenten Hitler-Gefolgsmann zusätzlich geschützt. Er war nicht der einzige, wie seine Tagebücher zeigen, in denen nicht nur der von Hermann Göring protegierte bisexuelle Film- und Theaterstar Gustaf Gründgens auftritt, sondern auch ein offen zusammenlebendes männliches Bürgerpaar in einer Landeshauptstadt oder ein NS-Staatsrat der Thüringer Landesregierung.⁷³ Solche komplexen homosexuellen Lebenssituationen sind bisher kaum erforscht.⁷⁴

Sogar die homophob gestimmte Wehrmacht erwies sich während des Zweiten Weltkriegs als minder bedrohlicher Raum: Am Erhalt möglichst vieler kampffähiger Soldaten interessiert, urteilte die Militärjustiz in Fällen einvernehmlicher homosexueller Handlungen ostentativ milder als die zivile Strafjustiz, während Delikte nach Paragraph 175a StGB drakonisch geahndet wurden.⁷⁵ Insgesamt lagen die Verurteilungszahlen der Wehrmacht klar unter denen der zivilen Strafjustiz.⁷⁶ Doch auch diese hat sozial sehr selektiv verfolgt. Obwohl die NS-Justiz im annektierten Österreich versuchte, die traditionell auf Unterschichten konzentrierte Strafverfolgung auf Mittelschichten auszuweiten, wurden im Ergebnis „Normverstöße nur im Falle ausgewählter Bevölkerungsgruppen geahndet, während andere soziale Schichten ihre Sexualität in viel stärkerem Maße ausleben konnten, ohne drangsaliert zu werden.“⁷⁷ Auch in anderen Teilen des Hitler-Reichs wurden überwiegend Angehörige der Unterschichten, namentlich der Arbeiterschaft, eines

1936/37. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf, Mainz 1971.

⁷² Vgl. Eder, *Homosexualitäten*, S. 86.

⁷³ Vgl. Michael Schwartz, *Über Verfolgung – und darüber hinaus. Zur Vielfalt von Lebenssituationen homosexueller Menschen in Deutschland aus zeithistorischer Sicht*, in: Martin Cüppers/Norman Domeier (Hrsg.), *Späte Aufarbeitung. LSBTTIQ-Lebenswelten im deutschen Südwesten*, Stuttgart 2018, S. 39–90, hier S. 66–71.

⁷⁴ Vgl. Julia Noah Munier, *Lebenswelten und Verfolgungsschicksale homosexueller Männer in Baden und Württemberg im 20. Jahrhundert*, Stuttgart 2021, S. 284–290.

⁷⁵ Vgl. David Raub Snyder, *Sex Crimes under the Wehrmacht*, Lincoln/London 2007, S. 106 f., S. 116 f. und S. 132.

⁷⁶ Vgl. Zinn, *Volkskörper*, S. 680, Tabellen 19a und 19b.

⁷⁷ Philipp Korom/Christian Fleck, *Wer wurde als homosexuell verfolgt? Zum Einfluss sozialstruktureller Merkmale auf die strafrechtliche Verfolgung Homosexueller in Österreich während des Nationalsozialismus und der Zweiten Republik*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 64 (2012), S. 755–782, hier S. 770 und S. 775.

Verstoßes gegen § 175 StGB verdächtigt: Sie stellten oft über 50 Prozent der Verdächtigen, gefolgt von knapp einem Drittel aus der unteren Mittelschicht, während Angehörige der oberen Mittel- und der Oberschicht vergleichsweise selten tangiert wurden. Nur in der relativ kleinen Gruppe homosexueller KZ-Häftlinge verhielt es sich anders: Zwar dominierten auch hier Angehörige der Unterschicht mit 52 Prozent, doch rangierten Angehörige höherer Schichten mit 32 Prozent deutlich vor denen aus der unteren Mittelschicht mit 16 Prozent.⁷⁸

Es gab also in der NS-Diktatur „weiterhin schützende Netzwerke und gesellschaftliche Nischen“, in denen sich ein Teil der Homosexuellen „Freiräume“ bewahrte.⁷⁹ Die These, Homosexuelle seien damals „ohne Unterstützung aus Staat und Gesellschaft“ geblieben,⁸⁰ ist so nicht aufrecht zu erhalten. Die Inkonsistenzen der NS-Ideologie und erst recht der Alltagspraxis der Diktatur haben vielmehr zu einem zutiefst widersprüchlichen Umgang mit Homosexualität geführt. Viele Menschenleben wurden vom NS-Regime zerstört, und doch hat dasselbe Regime weit mehr homosexuellen Männern und Frauen Möglichkeiten gegeben oder gelassen, seine Repressionen relativ unbehelligt zu überleben – vor allem dann, wenn sie bereit waren, ihr Sexualleben zu unterdrücken, oder wenn sie Tätigkeiten ausübten, in denen sie übergeordnete NS-Ziele unterstützten.⁸¹ Man muss sehen, dass die große Mehrheit der Homosexuellen in Deutschland weder zu Opfern des KZ-Terrors noch der NS-Strafverfolgung geworden ist. Sie alle wurden jedoch „größtem Stress ausgesetzt, entdeckt zu werden“.⁸²

In Hitlers Deutschland diskutierten NS-Juristen um 1935 die Ausweitung der Strafverfolgung auf homosexuelle Handlungen zwischen Frauen, doch wurde letztlich deren seit Mitte des 19. Jahrhunderts übliche Nichtkriminalisierung beibehalten.⁸³ Allein für das 1938 annektierte Österreich galt während der NS-Herrschaft ein Männer und Frauen gleichermaßen bedrohendes altes Strafrecht unverändert weiter. Doch auch dann war – wie für Wien gezeigt worden ist – die Gefahr einer Verurteilung für Männer „sehr viel größer als für Frauen“.⁸⁴ Dass es eine reale Gefahr der strafrechtlichen Verfolgung für Frauen überhaupt gab, scheint ein

⁷⁸ Vgl. Zinn, *Volkskörper*, S. 669, Tabelle 5a.

⁷⁹ Zinn, *Sittengesetz*, in: Ders. (Hrsg.), *Homosexuelle*, S. 27. Gegen das generelle und permanente „Bedrohungsszenario“ vgl. Burkhard Jellonnek, *Nationalsozialistische Homosexuellenverfolgung in Stadt und Land. Die ländlich strukturierte Pfalz, das städtische Würzburg und das Ballungszentrum Düsseldorf im Vergleich*, in: Ebenda, S. 49–59, hier S. 57.

⁸⁰ Ebenda.

⁸¹ Vgl. Clayton J. Whisnant, *Queer Identities and Politics in Germany. A History 1880–1945*, New York 2016, S. 240.

⁸² Zit. nach dem Beitrag von Albert Knoll in der niedergeschriebenen Diskussion des Workshops 1 „Wessen gedenken wir?“, in: *Zu spät?*, S. 282–300, hier S. 288.

⁸³ Vgl. Claudia Schoppmann, *Nationalsozialistische Sexualpolitik und weibliche Homosexualität*, 2., überarbeitete Aufl., Pfaffenweiler 1997, S. 192.

⁸⁴ Claudia Schoppmann, *Zwischen strafrechtlicher Verfolgung und gesellschaftlicher Ächtung. Lesbische Frauen im „Dritten Reich“*, in: *Zu spät?*, S. 35–51, hier S. 40 f. Laut Anna Maria Sigmond, „Das Geschlechtsleben bestimmen wir“. *Sexualität im Dritten Reich*, München 2009, S. 202, kam die theoretisch mögliche Bestrafung von Frauen „in der Praxis [...] kaum vor“.

Novum seit den 1920er Jahren gewesen zu sein.⁸⁵ In der späten Habsburgermonarchie hingegen soll „seit Jahrzehnten kaum noch ein Fall bekannt“ gewesen sein, „in dem dieses Gesetz in Anwendung gebracht wurde“.⁸⁶ Obschon sich das NS-Regime „mit Lesbierinnen“ strafrechtlich somit „wenig und nur am Rande beschäftigt“ hat, führte die gesteigerte Verfolgung doch zu wachsender Einschüchterung: „Viele homosexuelle Frauen führten ein Doppelleben, bekamen Kinder und erfüllten damit ihre weibliche Pflicht“, wie vom Regime definiert.⁸⁷

Inwieweit homosexuelle Frauen zu Opfern der NS-Verfolgung geworden sind, ist kontrovers. Neben den nach Paragraph 175 StGB verurteilten 50.000 Männern dürften auch „weibliche Homosexuelle“ unbekannter Anzahl strafrechtlich verurteilt worden sein, zumeist aber auf Grundlage anderer Strafrechtsbestimmungen (Prostitution, „asoziales“ Verhalten).⁸⁸ Lesbische Frauen konnten „gelegentlich“ auch in KZ inhaftiert werden, wo sie diversen Häftlingskategorien zugeordnet und nur selten als Lesben vermerkt wurden.⁸⁹ Von einer Lesbenverfolgung, die ähnlich ausgreifend gewesen wäre wie die Verfolgung homosexueller Männer, kann daher nicht gesprochen werden.⁹⁰ Am meisten bedroht waren vermutlich exponierte Vertreterinnen der Weimarer Lesbenbewegung, aber auch lesbische Frauen jüdischer Herkunft oder kommunistischer Ausrichtung – Personen, die ähnlich wie die 1933/34 zunächst verfolgten homosexuellen Männer mehrere NS-Opfermerkmale in sich vereinten. Viele lesbische Frauen brachen in dieser Atmosphäre der Bedrohung gleichgeschlechtliche Kontakte ab oder zogen sich auf enge Netzwerke zurück.⁹¹ Insgesamt aber konnten „lesbische Frauen, die nicht durch andere Stigmata bedroht und bereit waren, sich mehr oder weniger stark anzupassen, [...] einer Verfolgung weitgehend entgehen“.⁹² Deshalb ist vorgeschlagen worden, sich „vom Verfolgungsbegriff zu lösen“, denn „die ambivalente Situation lesbischer

⁸⁵ Von 1922 bis 1937 wurden in Österreich nach NS-Angaben 152 Frauen wegen „gleichgeschlechtlicher Unzucht“ verurteilt; Angela H. Mayer, „Schwachsinn höheren Grades“. Zur Verfolgung lesbischer Frauen in Österreich während der NS-Zeit, in: Burkhard Jellonek/Rüdiger Lautmann (Hrsg.), *Nationalsozialistischer Terror gegen Homosexuelle. Verdrängt und ungesühnt*, Paderborn u. a. 2002, S. 83–93, hier S. 86.

⁸⁶ Magnus Hirschfeld, *Die Homosexualität des Mannes und des Weibes*, Berlin ²1920, S. 543 f.

⁸⁷ Sigmund, *Geschlechtsleben*, S. 201.

⁸⁸ Eder, *Homosexualitäten*, S. 75.

⁸⁹ Dieter Pohl, *Verfolgung und Massenmord in der NS-Zeit 1933–1945*, 3., bibliografisch aktualisierte Aufl., Darmstadt 2010, S. 14; vgl. auch Eschebach, Einleitung, in: Dies. (Hrsg.), *Homophobie*, S. 11.

⁹⁰ Die Auffassung, „dass Lesben ebenso eine Verfolgtengruppe“ gewesen seien „wie Schwule“, erscheint zu undifferenziert, etwa bei Jens Dobler, *Unzucht und Kuppelei. Lesbenverfolgung im Nationalsozialismus*, in: Ebenda, S. 53–62, hier S. 61 f. Die Gegenposition bei Alexander Zinn, „Kein Anlass zum Einschreiten gegeben“. Lesbisches Leben im Nationalsozialismus, in: Ders. (Hrsg.), *Homosexuelle*, S. 103–116.

⁹¹ Vgl. Whisnant, *Queer Identities*, S. 229 f.

⁹² Schoppmann, *Sexualpolitik*, S. 263. Vgl. auch Zinn, *Abschied*, S. 945–954. Die „Verfolgung queerer Frauen“ im Rahmen einer „Intersektionalität der Verfolgung“ postulierte demgegenüber Anna Hájková, *Queere Geschichte und der Holocaust*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 38–39/2018, S. 42–47.

Frauen“ unter der NS-Diktatur könne besser mit „Begriffen wie Stigmatisierung, Diskriminierung“ oder „Repression“ umschrieben werden.⁹³ In der Tat sollten Gleichsetzungen unterbleiben, doch wäre es ebenso unangemessen, den Verfolgungsbegriff gänzlich fallenzulassen, ist doch sogar die Einbeziehung einzelner Frauen in die Strafverfolgung nach Paragraph 175 StGB belegt.⁹⁴

III. Kampfzonen

Die Gleichsetzung von Homosexuellen mit Jugendverführern war ein Grundzug der NS-Verfolgung ab 1935,⁹⁵ obwohl sich deren Zahl zwischen 1937 und 1939 nur zwischen einem Fünftel und einem Drittel aller Ermittelten bewegt haben soll.⁹⁶ Auch wenn die diskursive Verschränkung zwischen Homosexualität und Verführung Minderjähriger älter ist als das NS-Regime,⁹⁷ dürfte dessen Legitimationsbedürfnis für nur aus Männern bestehenden (homosozialen) Massenorganisationen SA, SS und HJ diese homophobe Gleichsetzung verstärkt haben. Die Ermordung der SA-Führung 1934 wurde nicht zuletzt als sittliche Säuberungsaktion legitimiert, um Verführungsgefahren auszuschalten. Hitler dekretierte in seinem öffentlichen Befehl an den neuen SA-Stabschef Viktor Lutze, fortan solle „jede Mutter ihren Sohn in SA, Partei und Hitlerjugend geben“ können „ohne Furcht, er könne dort sittlich oder moralisch verdorben werden“.⁹⁸

Bezeichnend ist, dass Hitler in diesem an die SA gerichteten Erlass auch die HJ erwähnte, für die Röhm gar nicht zuständig gewesen war. Gerade die NS-Jugendorganisation bot durch homosexuelle Vorfälle fortwährend Anlass zur Skandalisierung. Dabei kam es gelegentlich zu regionalen Katastrophen für das Regime, wenn etwa – wie in Münster 1936 – der HJ-Bannführer wegen Vergehen gegen Paragraph 175 StGB festgenommen wurde.⁹⁹ Rund ein Drittel aller 7.500 Ausschlüsse aus der HJ zwischen 1934 und 1945 betraf Sexual- und Sittlichkeitsdelikte; diese wurden fast ausschließlich von männlichen HJ-Mitgliedern verübt, denen zu über 60 Prozent homosexuelle Handlungen zum Vorwurf gemacht wurden.¹⁰⁰ Diese Probleme in der HJ intensivierten das NS-Feindbild des Homosexuellen als Ju-

⁹³ Zinn, Abschied, S. 954. Vgl. auch Laurie Marhoefer, Lesbianism, Transvestitism, and the Nazi State. A Microhistory of Gestapo Investigation, 1939–1943, in: *American Historical Review* 121 (2016), S. 1167–1195, hier S. 1169.

⁹⁴ Vgl. Michael Buddrus, Lebenssituation, polizeiliche Repression und justizielle Verfolgung von Homosexuellen in Mecklenburg 1932 bis 1945. Überlegungen zu einem Forschungsbericht, in: Schwartz (Hrsg.), *Homosexuelle im Nationalsozialismus*, S. 115–120, hier S. 119 f.

⁹⁵ Vgl. Zinn, Abschied, S. 944.

⁹⁶ Vgl. ders., *Volkskörper*, S. 679, Tabelle 17.

⁹⁷ Zu Weimar vgl. Schäfer, *Unzucht*, S. 34–37.

⁹⁸ Zit. nach Siemens, *Sturmabteilung*, S. 238.

⁹⁹ Landesarchiv Nordrhein-Westfalen (künftig: LAV NRW), Abt. Westfalen, Politische Polizei Drittes Reich Nr. 442, Bl. 748 f., Staatspolizeistelle Münster, Lagebericht für Februar 1936.

¹⁰⁰ Vgl. Kathrin Kollmeier, *Ordnung und Ausgrenzung. Die Disziplinarpolitik der Hitlerjugend*, Göttingen 2007, S. 163, S. 166 f. und S. 308.

gendverführer (obschon in der HJ auch die Täter oft noch minderjährig sein konnten). Zugleich ließen sich die „Sexualitätsdiskurse, Ressentiments gegen Homosexuelle und Sorgen der Eltern um ihre Söhne und Töchter“ auch „als Waffe gegen das Regime“ nutzen,¹⁰¹ denn nicht nur dieses instrumentalisierte die Homophobie: „Umgekehrt wurden auch die Nationalsozialisten von linken Antifaschisten wie von Katholiken der Homosexualität bezichtigt.“¹⁰²

Das NS-Regime wiederum richtete diesen Vorwurf gegen den katholischen Klerus. Im Frühjahr 1935 begann die Strafverfolgung von Geistlichen und Ordensangehörigen „wegen des Verdachts homosexueller Vergehen“ nach einer Strafanzeige gegen die Barmherzigen Brüder im rheinischen Waldbreitbach. Dies führte zur Entsendung eines Sonderkommandos der Berliner Gestapo und zur Einrichtung einer Sonderstaatsanwaltschaft in Koblenz Ende 1935.¹⁰³ Die NS-Propaganda intendierte eine generelle Gleichsetzung von Mönchen mit Sittlichkeitsverbrechern.¹⁰⁴ Zu dieser Zeit kam es auch in Westfalen zur Festnahme von Geistlichen, was die Bevölkerung einerseits stark beeindruckte, andererseits zu Versuchen führte, diese Geistlichen „trotz der erwiesenen Schuld als Märtyrer hinzustellen“.¹⁰⁵ Der Strafprozess gegen 16 Barmherzige Brüder aus Dorsten – einer Filiale von Waldbreitbach – wegen sexuellen Missbrauchs von Schutzbefohlenen und homosexueller „Unzucht“ hatte Breitenwirkung: „Von der Presse in großer Aufmachung gebracht“, soll das Verfahren „auf weite Kreise der katholischen Bevölkerung sehr niederdrückend gewirkt“ haben. Dass gleichzeitig in Vreden homosexuelle Verfehlungen in der HJ aufgedeckt wurden, dürfte demgegenüber ein lokal begrenzter Skandal geblieben sein.¹⁰⁶

Man muss die weit zurückreichenden Kontinuitäten dieser gesellschaftlichen Konfliktlinie in Erinnerung rufen. Die NS-Propaganda knüpfte an eine antiklerikale Publizistik des 19. Jahrhunderts an, wie sie im bürgerlichen Liberalismus während des Kulturkampfes üblich gewesen war. Bei diesen „Debatten und auch regelrechten Kämpfe[n], die im Öffentlichen und Privaten verstärkt seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts ausgetragen wurden“, ging es stets um eine aggressive Neuverhandlung der Grenzen zwischen Religiösem und Säkularem.¹⁰⁷ Sexualisie-

¹⁰¹ André Postert, Die Hitlerjugend – eine „Schule der Homosexualität“? Diskurse um die sittliche Gefährdung der Jugend, in: Zinn (Hrsg.), *Homosexuelle*, S. 85–102, hier S. 100 f., der auf linke Exil-Publikationen verwies, konfessionelle Instrumentalisierung aber nicht thematisierte.

¹⁰² Arning, *Macht*, S. 311. Vgl. auch Schwartz, *Homosexuelle*, S. 202–205.

¹⁰³ Vgl. Hockerts, *Sittlichkeitsprozesse*, S. 4–34, Zitat S. 4.

¹⁰⁴ Vgl. ebenda, S. 13.

¹⁰⁵ LAV NRW, Abt. Westfalen, Politische Polizei Drittes Reich Nr. 423, Staatspolizeistelle Dortmund, Lagebericht für November 1935, S. 15 f.

¹⁰⁶ LAV NRW, Abt. Westfalen, Politische Polizei Drittes Reich Nr. 440, Staatspolizeistelle Münster, Lagebericht für Dezember 1935, S. 11 und S. 21.

¹⁰⁷ Rebekka Habermas, *Kulturkämpfer, Wundergläubige und Atheisten. Das lange 19. Jahrhundert und die Erfindung des Säkularen*, in: Birgit Aschmann (Hrsg.), *Durchbruch der Moderne? Neue Perspektiven auf das 19. Jahrhundert*, Frankfurt a. M./New York 2019, S. 147–170, Zitat S. 164.

rung und Homophobie waren wirksame diskursive Mittel in diesen Auseinandersetzungen. Auf dem Höhepunkt des Kulturkampfes erreichte in Baden um 1870 die Zahl der gegen katholische Priester angestregten Sittlichkeitsprozesse – auch wegen homosexueller Handlungen – „nicht zufällig Spitzenwerte“, nachdem solche Delikte zuvor kaum verfolgt worden waren.¹⁰⁸ Bei dieser erhöhten Wachsamkeit gegenüber Sexualdelikten von Geistlichen ging es um „Skandalisierung“ zwecks „Verdrängung des moralischen Führungsanspruchs“ der Kirche.¹⁰⁹ Die diesbezügliche Genre-Literatur hatte Vorläufer aus der Zeit der Französischen Revolution, aber auch die antimodernistische Mobilisierung in den konfessionellen Milieus, die im frühen 20. Jahrhundert zur Bekämpfung von öffentlich sichtbarer Nacktheit oder von abweichender Sexualität aufriefen, führte zu antiklerikalen Gegenreaktionen, durch die „der pädophile Geistliche [...] eine populäre Figur“ wurde.¹¹⁰

Die NS-Kampagne der 1930er Jahre knüpfte an diese Konflikttraditionen des bürgerlichen Liberalismus an. Unter anderem wurde Otto von Corvins „Pffaffenspiegel“, ein publizistischer Skandalserfolg aus der Mitte des 19. Jahrhunderts, massenhaft neuaufgelegt. Homosexualität stand nicht im Zentrum dieser Enthüllungsdiskurse, spielte aber stets eine Rolle.¹¹¹ Wie stark die antiklerikale Propaganda nachwirkte, zeigt ein Appell des populären Jesuitenpredigers Johannes Leppich von 1952: „Laßt euch doch nicht durch ein paar abgedroschene Goebbelsphrasen und den ‚Pffaffenspiegel‘ beirren. Ins Kloster gingen nur gescheiterte Existenzen, die draußen nicht bestehen könnten, heißt es da; die Ordensleute seien alle sozial unbrauchbar.“¹¹²

In den rund 250 Strafprozessen gegen katholische Geistliche und Ordensangehörige ging es neben einvernehmlichen homosexuellen Handlungen oft auch um den Missbrauch Schutzbefohlener (§ 174 StGB). 1936/37 wurden 57 Priester, 170 Laienbrüder und sieben Ordensgeistliche verurteilt.¹¹³ Was mit Blick auf die Gesamtzahl des Klerus als „lächerliche ‚Erfolgsquote‘“ und damit als Fehlschlag beurteilt werden könnte,¹¹⁴ indiziert immerhin, dass „Kleriker von Sittlichkeitsver-

¹⁰⁸ Irmtraud Götz von Olenhusen, *Klerus und abweichendes Verhalten. Zur Sozialgeschichte katholischer Priester im 19. Jahrhundert – Die Erzdiözese Freiburg*, Göttingen 1994, S. 240.

¹⁰⁹ Vgl. Lisa Dittrich, *Antiklerikalismus in Europa. Öffentlichkeit und Säkularisierung in Frankreich, Spanien und Deutschland (1848–1914)*, Göttingen 2014, S. 387, S. 392 und S. 407, Zitate S. 387 und 392. Vgl. auch Schwartz, *Verfolgung*, in: Cüppers/Domeier (Hrsg.), *Späte Aufarbeitung*, S. 51–55, und Sebastian Prüfer, *Sozialismus statt Religion. Die deutsche Sozialdemokratie vor der religiösen Frage 1863–1890*, Göttingen 2002, S. 46–48.

¹¹⁰ Vgl. Christina Templin, *Medialer Schmutz. Eine Skandalgeschichte des Nackten und Sexuellen im Deutschen Kaiserreich 1890–1914*, Bielefeld 2016, S. 243 und S. 302 (Zitat).

¹¹¹ Vgl. Schwartz, *Verfolgung*, in: Cüppers/Domeier (Hrsg.), *Späte Aufarbeitung*, S. 51 f.

¹¹² Pater Leppich spricht. Journalisten hören den „roten“ Pater, aufgezeichnet von Günther Mees und Günter Graf, Düsseldorf 1952, S. 46.

¹¹³ Vgl. Hockerts, *Sittlichkeitsprozesse*, S. 40 und S. 48–54.

¹¹⁴ Schoppmann, *Sexualpolitik*, S. 191. Ähnlich bereits Hockerts, *Sittlichkeitsprozesse*, S. 219, der aber zugleich (S. 196–198) den starken Anstieg von Kirchenaustritten 1937 auf „die Propaganda“ zurückführte.

gehen wesentlich stärker betroffen“ waren als die Gesamtbevölkerung.¹¹⁵ Vor allem aber erfuhr die katholische Kirche eine lange nicht erlebte öffentliche Erniedrigung. Der Bischof von Trier sprach 1936 in einem Hirtenbrief von „Buße, Sühne und Schmerz“ – und von „bittere[r] Schmach“ für die Kirche.¹¹⁶ Die Verurteilungen lassen sich nicht als Missbrauch des Strafrechts abtun,¹¹⁷ denn trotz der „politische[n] Ausschlichtung“ dürften die meisten „Täter zu Recht verurteilt“ worden sein.¹¹⁸ Die Hierarchie sah sich zu Eingeständnissen von Fehlern genötigt.¹¹⁹ Entsprechend scharf reagierten die Bischöfe mit der Verurteilung der „Verirrungen und Verfehlungen“.¹²⁰ Hans Günter Hockerts hat jüngst beobachtet, dass die NS-Sittlichkeitsprozesse nach 1945 hingegen meist nur als Teil des allgemeinen „Kirchenkampfes“ betrachtet worden seien, während der sexuelle Missbrauch „weitgehend aus der Erinnerung“ verschwunden sei. Deshalb sei „die antikatholische Kinderschänder-Propaganda der Nationalsozialisten in der Nachkriegszeit zum Schutzschild für Sexualstraftäter in der katholischen Kirche“ in den Jahrzehnten danach geworden.¹²¹ Die erneute Tabuisierung im Innern der Kirche dürfte mit umso schärferer Homophobie nach außen einhergegangen sein, die die katholische Gesellschaftspolitik der Ära Adenauer prägen sollte.

IV. Strafrecht und Kirchenmoral

Fragt man nach Ursachen für partielle Kontinuitäten zwischen NS-Diktatur und Bundesrepublik, scheint die starke personelle Kontinuität in Polizei und Justiz von Bedeutung zu sein – ein Phänomen, das zumindest in solcher Häufung in der DDR nicht geduldet wurde.¹²² Ein ausgebliebener Elitenwechsel war gleichwohl nicht der zentrale Grund für inhaltliche Konstanz im Strafrecht, denn ehemalige Nationalsozialisten gab es auch unter den Befürwortern einer Entkriminalisierung, die publizistisch mit NS-Verfolgten wie Fritz Bauer oder Theodor W. Adorno an einem Strang zogen.¹²³ So wichtig ehemalige Nationalsozialisten in Polizei und Justiz für die Aufrechterhaltung der Verfolgungsintensität auch gewesen sein dürften,

¹¹⁵ Thomas Forstner, *Priester in Zeiten des Umbruchs. Identität und Lebenswelt des katholischen Pfarrklerus in Oberbayern 1918 bis 1945*, Göttingen 2014, S. 405; vgl. auch Anm. 229.

¹¹⁶ Hockerts, *Sittlichkeitsprozesse*, S. 103 und S. 158.

¹¹⁷ Vgl. Pohl, *Verfolgung*, S. 15.

¹¹⁸ Grau, *Lexikon*, S. 278 („Sittlichkeitsprozesse“). Die Rechtsstaatlichkeit der Prozesse wurde kirchlicherseits nicht bestritten; vgl. *Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ)* vom 24.10.2020: „Katholische Kirche – Joseph Goebbels und die Missbrauchsdebatte“; www.faz.net/aktuell/politik/inland/joseph-goebbels-und-die-missbrauchsdebatte-der-kirche-17005791.html?GEPC=s5&premium [26.10.2020].

¹¹⁹ Vgl. Hockerts, *Sittlichkeitsprozesse*, S. 100 f.

¹²⁰ Zit. nach Forstner, *Priester*, S. 403.

¹²¹ *FAZ* vom 24.10.2020: „Katholische Kirche – Joseph Goebbels und die Missbrauchsdebatte“.

¹²² Vgl. Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020, S. 48–61 und S. 274–288.

¹²³ Vgl. Dagmar Herzog, *Sexuality, Memory, Morality. West Germany in the 1950s–1960s*, in: Dies., *Lust und Verwundbarkeit. Zur Zeitgeschichte der Sexualität in Europa und den USA*, Göttingen 2018, S. 7–40, hier S. 29 f. und S. 33.

entscheidend für den Fortbestand der Rechtsgrundlagen waren doch andere Personenkreise, zu denen in erster Linie Vertreter einer christlich-konservativen Neuausrichtung der westdeutschen Nachkriegsgesellschaft gehörten. Diese blieben lange wirkmächtig – allen voran Christdemokraten wie der zwischen 1953 und 1962 amtierende Bundesfamilienminister Franz-Josef Wuermeling oder der rheinland-pfälzische Minister und Bundestagsabgeordnete Adolf Süsterhenn.¹²⁴ Freilich stießen solche katholischen Maximalisten in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU), die auch Protestanten und Liberale zu binden hatte, auf wachsenden Widerstand – nicht zuletzt bei Konrad Adenauer.¹²⁵

Dass Christdemokraten, die sich scharf von der NS-Diktatur abgrenzten, beim Homosexuellenstrafrecht trotzdem NS-Normen aufrecht erhielten, dürfte dadurch zu erklären sein, dass die NS-Verfolgung nur die Extremform einer sehr viel breiteren und sehr viel älteren homophoben Grundhaltung in der deutschen Gesellschaft gewesen ist. Soziologen der 1970er Jahre machten nicht weniger als sechs Diskriminierungsfelder aus – vom Recht über den Arbeitsplatz, die Sexualmedizin, die Erziehung, die Massenmedien bis hin zur Kirche.¹²⁶ Die Diskriminierungsstrategien waren entsprechend unterschiedlich und keineswegs immer kongruent; das Spektrum reichte von der kirchlichen Morallehre über medizinische Pathologisierung bis zu homophoben Bestimmungen im Strafrecht. Theologen und Mediziner mussten nicht zwangsläufig staatliche Strafverfolgung befürworten: Die Kirchen verfügten über ihren eigenen institutionalisierten „Gerichtshof der Beichte“ und damit zusammenhängend über den internalisierten „Gerichtshof des Gewissens“,¹²⁷ wobei die Beichte auch neuartige Sprechweisen über Sexualität generierte.¹²⁸ Die im 19. Jahrhundert aufkommende Krankheitsdiagnose für Homosexualität wiederum schloss Strafverfolgung eigentlich aus. Dennoch konnten Theologen wie Mediziner mit Juristen zusammenwirken, zumal letztere naturwissenschaftliche Argumente und theologische Sittlichkeitsvorstellungen in ihre Fachdiskurse übernahmen.¹²⁹ Ein später Höhepunkt solcher Synthesen war das Urteil des Bun-

¹²⁴ Zu Wuermeling existiert bis heute keine wissenschaftliche Biografie; bei Süsterhenn verhält es sich anders, doch ist diese für unser Thema nicht erschöpfend; vgl. Christoph von Hehl, Adolf Süsterhenn (1905–1974). Verfassungsvater, Weltanschauungspolitiker, Föderalist, Düsseldorf 2012.

¹²⁵ Vgl. Kristian Buchna, Ein klerikales Jahrzehnt? Kirche, Konfession und Politik in der Bundesrepublik während der 1950er Jahre, Baden-Baden 2014, S. 156–159, S. 187 f., S. 401 f. und S. 505 f.

¹²⁶ Vgl. die Kapiteleinteilung bei Rüdiger Lautmann (Hrsg.), Seminar. Gesellschaft und Homosexualität, Frankfurt a. M. 1977.

¹²⁷ Zum „forum confessionis“ und „forum conscientiae“ vgl. Ludwig Schütz, Thomas-Lexikon. Sammlung, Übersetzung und Erklärung der in sämtlichen Werken des h. Thomas von Aquin vorkommenden Kunstaussprüche und wissenschaftlichen Aussprüche, 2., sehr vergrößerte Aufl., Paderborn 1895, S. 327.

¹²⁸ Bereits Michel Foucault erkannte diese Funktion der Beichte; vgl. Berthold Unfried, „Ich bekenne“. Katholische Beichte und sowjetische Selbstkritik, Frankfurt a. M./New York 2006, S. 24–26.

¹²⁹ Vgl. Grau, Lexikon, S. 207 („Medikalisierung“).

desverfassungsgerichts von 1957, welches das Homosexuellenstrafrecht ausdrücklich an die sittlichen Anschauungen der Kirchen knüpfte, denen große Teile des Volks Folge leisten würden.¹³⁰

Eine derart enge Übereinstimmung zwischen Staat und Kirchen war keineswegs selbstverständlich. Im europäischen Strafrechtsvergleich befand sich das gemischt-konfessionelle Deutschland vor dem Ersten Weltkrieg mit seinem Homosexuellen-Strafrecht eher in Nachbarschaft zu protestantisch oder orthodox geprägten Staaten, während die Mehrheit der katholischen Länder eine deutlich tolerantere Gesetzgebung aufwies.¹³¹ Ein halbes Jahrhundert später hatten sich die Gewichte noch stärker verschoben. 1963 hielten nur drei der kommunistisch beherrschten Ostblockstaaten – UdSSR, Tschechoslowakei und Jugoslawien – an der grundsätzlichen Strafbarkeit homosexueller Handlungen fest; im demokratischen Westen taten dies außer der Bundesrepublik nur noch „Österreich, England und eine größere Zahl von Bundesstaaten in den USA“.¹³² Fritz Bauer präzisierte, dass sich „die Strafbarkeit in 15 Ländern des nichtkommunistischen Europa auf den Jugendschutz“ beschränkte, während einvernehmliche Handlungen zwischen erwachsenen Männern außer in Westdeutschland „nur noch in vier Ländern unbegrenzt strafbar“ waren – in England und Irland sowie in Finnland und Österreich, wo „auch die weibliche homosexuelle Betätigung erwachsener Personen unter Strafe“ stand.¹³³ Die Feststellung war kaum übertrieben, die Bundesrepublik stehe „international völlig isoliert“ da.¹³⁴

Dabei war die Verbindung zwischen Recht und Moral traditionell eng. Die kategorische Unterscheidung beider Sachverhalte war eine Errungenschaft der Moderne, die gleichwohl immer wieder in Frage gestellt wurde. Die juristische Terminologie folgte lange religiösen Werturteilen und transportierte diese implizit weiter: Die *Constitutio Criminalis Carolina* stellte 1532 „unkeusch[e]“ Handlungen unter Strafe, das Preußische Allgemeine Landrecht 1794 die „unnatürlichen Sünden“. Das StGB für Preußen von 1851 sprach erstmals von „widernatürlicher Unzucht“; dem folgte auch das 1871 für das Deutsche Reich eingeführte StGB. Ab 1935 sprach der NS-Gesetzgeber nur noch von „Unzucht“, was aber keine Abschwächung intendierte, sondern die Entgrenzung der Tatbestände. Erst 1973 entschloss sich der Gesetzgeber in Bonn, den moralisierenden Begriff „Unzucht“ durch die Rede von „homosexuellen Handlungen“ zu ersetzen. Der von liberalen Juristen entwickelte

¹³⁰ Vgl. Schäfer, Unzucht, S. 115. Eine freundlichere, auf partielle Einfallstore für progressive Fortentwicklungen verweisende Deutung des Urteils bietet Drönner, Homosexuellen-Urteil. Noch Jahre später kritisierte der liberale Strafrechtler Werner Maihofer, späterer Bundesinnenminister für die FDP, der Strafrechtsentwurf der Regierung Adenauer basiere auf Vorstellungen der katholischen Moraltheologie; vgl. Jochen Müller, Religion und Strafrecht. Christliche Einflüsse auf Normenbestand, Dogmatik und Argumentationsstrukturen des deutschen Strafrechts, Berlin 2008, S. 70.

¹³¹ Vgl. Hirschfeld, Homosexualität, S. 842–854.

¹³² Schoeps, Überlegungen, in: Der homosexuelle Nächste, S. 109.

¹³³ Fritz Bauer, Sexualstrafrecht heute, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Sexualität, S. 11–26, hier S. 16 f. und S. 24 f.

¹³⁴ Schoeps, Überlegungen, in: Der homosexuelle Nächste, S. 109.

westdeutsche „Alternativ-Entwurf“ von 1968 und das im selben Jahr in Kraft gesetzte DDR-StGB waren hier vorangegangen.¹³⁵

Trotz der traditionell religiösen Prägung deutschen Strafrechtsdenkens war die vom Bundesverfassungsgericht 1957 betonte Ausrichtung auf die Morallehre der Kirchen nicht immer derart eindeutig. 60 Jahre zuvor hatte ein katholischer Bischof – der Mainzer Oberhirte Paul Leopold Haffner – die Berechtigung des Homosexuellenparagrafen offen in Frage gestellt. Zwar wollte der Bischof keine Unterschrift unter die ihm vom Wissenschaftlich-humanitären Komitee des Sexualwissenschaftlers Hirschfeld zugesandte Petition für Entkriminalisierung setzen, doch erklärte Haffner in seiner Antwort, da „die moderne Gesetzgebung“ sexuelle Vergehen im allgemeinen „sehr mild“ behandle, erscheine „der § 175 als eine Inkonsequenz, deren Beseitigung mit Recht gefordert werden“ könne. Diese Stellungnahme avancierte zu einem Werbeslogan der Emanzipationsbewegung.¹³⁶

Ein derart gelassener Satz eines katholischen Bischofs, der eigentlich nur zwischen kirchlicher und staatlicher Verurteilung unterschied, wie dies im katholischen West- und Südeuropa üblich war, sollte sich im 20. Jahrhundert nicht wiederholen. Im Gegenteil: Josef Kardinal Frings, Erzbischof von Köln und langjähriger Vorsitzender der Fuldaer Bischofskonferenz, wirkte als Schirmherr der katholischen Laien-Organisation Volkswartbund, die insbesondere in den 1950er Jahren nicht nur für die Beibehaltung des Homosexuellenstrafrechts aus der NS-Zeit eintrat, sondern Homosexuelle auch grundsätzlich diffamierte.¹³⁷ Zwar lässt das katholische „Lexikon für Theologie und Kirche“ 1960 eine interessante Anknüpfung an das Argument Bischof Haffners erkennen, indem die strafrechtliche Verfolgung homosexueller Handlungen erneut mit der weit nachlässigeren Ahndung vergleichbarer heterosexueller Sexualdelikte kontrastiert wurde: Die sittliche Verurteilung wurde aufrechterhalten, aber durch die Feststellung abgeschwächt, dass Homosexuelle „nicht schuldiger vor Gott als Heterosexuelle“ seien, die sich „durch Sünden innerhalb der natürlichen Triebrichtung“ schuldig machten.¹³⁸ Doch „die kirchliche Gegnerschaft“ zur „Entkriminalisierungskampagne“

¹³⁵ Schäfer, Unzucht, S. 315–325 (alle Zitate); vgl. ferner Grau, Lexikon, S. 326 f. („Widernatürliche Unzucht“) und S. 225 („Österreich“), sowie zur NS-Entgrenzung vgl. Zinn, Sittengesetz, in: Ders. (Hrsg.), Homosexuelle, S. 18. Zum Sammelbegriff der über homosexuelle Handlungen weit hinausreichenden „Unzucht“ vgl. Brüggemann, Entwicklung, S. 33–35. Zum biblischen Ursprung des Begriffs vgl. Heinz-Joachim Fischer, Die Päpste und der Sex. Kirche in der Sackgasse, Berlin 2011, S. 27 f. und S. 34.

¹³⁶ Zit. nach Herzer, Hirschfeld, S. 81.

¹³⁷ Vgl. Sybille Steinbacher, Wie der Sex nach Deutschland kam. Der Kampf um Sittlichkeit und Anstand in der frühen Bundesrepublik, München 2011, S. 31–49, S. 192 und S. 316, sowie Schäfer, Unzucht, S. 89 f.

¹³⁸ Florin Laubenthal/Leonhard M. Weber/Karl Peters, Homosexualität, in: Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 5, Freiburg im Breisgau ²1960, Sp. 468–470, zit. nach Arnold Angenendt, Ehe, Liebe und Sexualität im Christentum. Von den Anfängen bis heute, Münster 2015, S. 207.

der 1950er und 1960er Jahre blieb unzweifelhaft ein „wichtiger Faktor für die Beibehaltung“ des umstrittenen Strafrechtsparagrafen bis 1969.¹³⁹

Das gilt besonders für den Katholizismus. Denn während im späten Kaiserreich¹⁴⁰ und „in der Weimarer Republik“ sowohl „katholische wie auch protestantische Sittlichkeitsvereine [...] in ihren Aktivitäten wie auch in ihren Zielen fast spiegelbildlich agierten“, scheinen sich in der Ära Adenauer vorwiegend Katholiken als Wortführer homophober Sexualmoral profiliert zu haben: „Nach 1945 dominierte [...] besonders der katholische Volkswartbund dieses Feld und versuchte erfolgreich als Lobbyist auf die Gesetzgebung Einfluss zu nehmen“, während sich protestantische Theologen an einer „Neubestimmung menschlicher Sexualität“ versuchten.¹⁴¹ Allerdings wirkten in den 1950er Jahren katholische und evangelische Kirchenvertreter auch einträchtig zusammen, um die Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften oder die Freiwillige Selbstkontrolle der Filmwirtschaft sittlichkeitspolitisch auszurichten – auch auf homophobe Weise.¹⁴²

1952 druckte die langlebigste Homosexuellenzeitschrift der frühen Bundesrepublik, der in Hamburg erscheinende *Weg zu Freundschaft und Toleranz*, eine „Kundgebung katholischer Homosexueller“ von 1929 erneut ab. Diese hatte der vorherrschenden Homophobie im katholischen Milieu mit dem Hinweis widersprochen, „das Christentum als solches“ fordere keine Bestrafung homosexueller Handlungen, die Kirche habe nie eine staatliche Strafverfolgung verlangt, und daher habe es bis 1871 auch in den katholischen Staaten Deutschlands keinen solchen Straftatbestand gegeben.¹⁴³ Diese Argumente hatten die Position der Weimarer Zentrumsparterie jedoch nicht zu erschüttern vermocht. Zusammen mit dem Vertreter der protestantisch-konservativen Deutschnationalen, dem Theologieprofessor Hermann Strathmann, stimmte im Oktober 1929 der Repräsentant des politischen Katholizismus im Strafrechtsreform-Ausschuss des Reichstags, Landgerichtsdirektor Rudolf Schetter, gegen die Entkriminalisierung der Erwachsenen-Homosexualität. Allerdings sprach er sich zugleich gegen eine Ausweitung des Straftatbestands aus und lehnte – wie Strathmann – die Kriminalisierung lesbischer Handlungen ab.¹⁴⁴

Dagegen scheute sich der prominente protestantische Strafrechtler Wilhelm Kahl – ehemaliger Präsident des Deutschen Juristentags und Mitglied des Leitenden Ausschusses des Deutschen Evangelischen Kirchenbunds – nicht, an der Seite

¹³⁹ Dagmar Herzog, *Paradoxien der sexuellen Liberalisierung*, Göttingen 2013, S. 36.

¹⁴⁰ Vgl. Kaspar Maase, *Die Kinder der Massenkultur. Kontroversen um Schmutz und Schund seit dem Kaiserreich*, Frankfurt a. M./New York 2012, S. 101, sowie Templin, *Medialer Schmutz*, S. 31, Anm. 103, und S. 154.

¹⁴¹ Thomas Großbölting, *Der verlorene Himmel. Glaube in Deutschland seit 1945*, Göttingen 2013, S. 115.

¹⁴² Vgl. Stephan Buchloh, „Pervers, jugendgefährdend, staatsfeindlich“. Zensur in der Ära Adenauer als Spiegel des gesellschaftlichen Klimas, Frankfurt a. M./New York 2002, S. 84 f., S. 195 und S. 201–203.

¹⁴³ Zit. nach Gottfried Lorenz, *Töv, di schiet ik an. Beiträge zur Hamburger Schwulengeschichte*, Berlin 2013, S. 257 f.; vgl. auch ebenda, S. 248–250.

¹⁴⁴ Vgl. Marhoefer, *Sex*, S. 75 f. und S. 120.

von Sozialdemokraten und Kommunisten für die Entkriminalisierung der Erwachsenen-Homosexualität zu votieren. Die Stimme Kahls, der für die rechtsliberale Deutsche Volkspartei dem Reichstag angehörte, gab den Ausschlag bei einer denkbar knappen Entscheidung (15:13), die von der linken Presse als bahnbrechend gefeiert wurde, allerdings niemals Gesetzeskraft erlangte.¹⁴⁵ Kahl hatte schon 1909 dazu beigetragen, eine Ausweitung des Paragraphen 175 auf lesbische Handlungen zu verhindern, und hatte eine Begrenzung der Strafbarkeit auf Handlungen mit Minderjährigen und Prostitution empfohlen.¹⁴⁶ Dieses Konzept verfolgte er auch 1929. Insofern konnte er zu Recht erklären, die Streichung des alten Paragraphen 175 StGB bedeute keineswegs eine moralische Anerkennung der Homosexualität.¹⁴⁷ Damit formulierte Kahl eine Einschränkung, wie sie Bundesjustizminister Horst Ehmke (SPD) noch 1969 erneut zu Protokoll geben sollte.¹⁴⁸

Zur Zeit der Weimarer Reformdebatte beschäftigte sich das für evangelische Christen maßgebende Lexikon „Religion in Geschichte und Gegenwart“ erstmals mit Homosexualität. Die zu Beginn des 20. Jahrhunderts publizierte Erstauflage hatte dieses Stichwort noch nicht enthalten. Die zweite Auflage brachte 1928 hingegen einen Artikel des Tübinger Psychiatrieprofessors Robert Gaupp. Dieser überzeugte Rassenhygieniker wertete Homosexualität – abgesehen von Fällen zeitweiliger Ausübung in Pubertät oder geschlossenen Männergruppen („Matrosen, Kriegsgefangene, Fremdenlegion, Klöster“) – als „entartet“ und „degenerativ“. Echte Homosexuelle seien „sehr häufig Psychopathen, nervöse Willensschwache, oft von starkem Sexualtrieb mit polygamer Neigung“. Zwar konzidierte Gaupp, dass darunter auch ethisch hochstehende Menschen sein könnten, doch er beharrte darauf, abnorme Sexualität müsse durch das Strafrecht eingeschränkt werden. Nur private Handlungen zwischen Erwachsenen seien zu tolerieren.¹⁴⁹

Das klang repressiv, aber immer noch besser als das, was damals von katholischer Seite zu vernehmen war. So hatte sich 1925 auf dem Stuttgarter Katholikentag Heinrich Schrömbgens vehement gegen die „ausgesprochenen Homosexuellen“ gewandt, womit er offensichtlich solche meinte, deren Orientierung oder Anlage unverrückbar feststand – und die ihrerseits dazu standen. Diese verfügten namentlich in Berlin über „eine große Organisation“, „die sich vor allem an die Jugend heranmacht“. Der Leipziger Justizrat ließ seiner Homophobie vor den versammelten Gläubigen freien Lauf und verglich die „Verwüstungen, die die Un-

¹⁴⁵ Vgl. Beachy, Berlin, S. 339 f.; Schäfer, Unzucht, S. 34–37, sowie Marhoefer, Sex, S. 78 f. und S. 120–123. Zu Kahl vgl. www.hu-berlin.de/de/ueberblick/geschichte/rektoren/kahl/ und www.sammlungen.hu-berlin.de/objekte/-/15997/ [beide 22.12.2020].

¹⁴⁶ Vgl. Elena Mancini, Magnus Hirschfeld and the Quest for Sexual Freedom. A History of the First International Sexual Freedom Movement, New York/Houndmills 2010, S. 109 f.

¹⁴⁷ Vgl. Marhoefer, Sex, S. 121 f.

¹⁴⁸ Vgl. Whisnant, Homosexuality, S. 202.

¹⁴⁹ Robert Eugen Gaupp, Homosexualität, in: Religion in Geschichte und Gegenwart, Bd. 2, 2., völlig neubearbeitete Aufl., Tübingen 1928, Sp. 2006–2009, zit. nach Klaus Fitschen, Liebe zwischen Männern? Der deutsche Protestantismus und das Thema Homosexualität, Leipzig 2018, S. 14 f.

zucht am Volke anrichtet“, mit den „vier apokalyptischen Reiter[n]“ der Bibel, „die über die Erde rasen, um sie zu züchtigen und zu vernichten“,¹⁵⁰

In den 1950er Jahren tat sich der katholische Kölner Amtsgerichtsrat Richard Gatzweiler durch ähnliche Verbalradikalität hervor. Seine Ablehnung einer „Gleichberechtigung der Homosexuellen“ begründete er in einer Broschüre des Volkswartbunds mit dem tiefem Abscheu davor, „das Perverse, das Scheußliche, das Verabscheuenswerte, das vom gesunden, natürlichen Menschen Abgelehnte“ könne sich fortan womöglich „in der Öffentlichkeit breit“ machen und „für sich das gleiche Recht“ einfordern.¹⁵¹ Mehrfach rief dieser Richter dazu auf, „in Deutschland mit den Homosexuellen aufzuräumen, ehe es zu spät ist“.¹⁵² Während Gatzweilers Publikationen überwiegend Funktionseleiten erreicht haben dürften, wandte sich der als Volksprediger auftretende Jesuitenpater Johannes Leppich an deutlich breitere Bevölkerungsschichten.¹⁵³ Auf eine Verfassungsbeschwerde homosexueller Männer reagierte Leppich 1952 unter Verweis auf das Alte Testament mit der Forderung, dass sich solche „Sodomiter“ nicht auf das Grundgesetz berufen dürften: Der Demokratie werde „zugemutet, ihre freiheitliche Politik und ihren Schutz der Persönlichkeit in den Dienst von Vergewaltigung, Missbrauch eines Abhängigkeitsverhältnisses, Verführung Minderjähriger und gewerbsmäßiger Unzucht zu stellen“.¹⁵⁴ Wiederholt brachte Leppich den Paragraphen 175 umstandslos mit Jugendverführung in Verbindung.¹⁵⁵

Dennoch nahm in den 1960er Jahren dieser öffentliche katholische Furor ab. Wurde Homosexualität 1933 vom „Lexikon für Theologie und Kirche“ noch eindeutig als „Widernatur“ und im Falle freiwilliger Ausübung als „schweres sittliches Vergehen“ eingestuft, so dass jede Einstufung der Homosexualität als normale Verhaltensweise als „Zeichen sittlichen Verfalles“ gewertet wurde,¹⁵⁶ gab sich die 1960 erschienene Neuauflage dieser führenden katholischen Enzyklopädie gleichsam gewunden: Zwar plädierte der Artikel für Beibehaltung der Strafbarkeit, befürwortete jedoch die Schonung von Tätern ohne kriminelle Grundhaltung.¹⁵⁷ In den frühen 1960er Jahren traten sogar im Volkswartbund Juristen in den Vor-

¹⁵⁰ Zit. nach Holger Arning/Hubert Wolf, *Hundert Katholikentage. Von Mainz 1848 bis Leipzig 2016*, Darmstadt 2016, S. 216, wo der Redner allerdings irrtümlich „Schrömbgenz“ genannt wird.

¹⁵¹ Richard Gatzweiler, *Gleichberechtigung der Homosexuellen? Neue Angriffe gegen den § 175 StGB*, Köln-Klettenberg 1953, S. 8.

¹⁵² Vgl. Schäfer, *Unzucht*, S. 88–90, Zitat S. 89, und Katharina Ebner, *Religion im Parlament. Homosexualität als Gegenstand parlamentarischer Debatten im Vereinigten Königreich und in der Bundesrepublik Deutschland (1945–1990)*, Göttingen 2018, S. 114–117.

¹⁵³ Vgl. Dagmar Herzog, *Sex after Fascism. Memory and Morality in Twentieth-Century Germany*, Princeton/Oxford 2005, S. 74.

¹⁵⁴ Zit. nach Lorenz, *Töv*, S. 273.

¹⁵⁵ Vgl. Christus auf der Reeperbahn... Pater Leppich unterwegs, Düsseldorf 1956, S. 125 f.

¹⁵⁶ Klaus Hilgenreiner, *Homosexualität*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 5, Freiburg im Breisgau 1933, Sp. 130 f.

¹⁵⁷ Vgl. Laubenthal/Weber/Peters, *Homosexualität*, in: *Lexikon für Theologie und Kirche*, Bd. 5, zit. nach Angenendt, *Ehe*, S. 207.

dergrund, die Gatzweilers frühere Verbalradikalität vermieden.¹⁵⁸ Landgerichtsrat Richard Sturm vom Bundesjustizministerium rechtfertigte 1962 den Reformentwurf der Regierung. Sollten diese in Kraft treten, würden „etwa 65 vH. der bisher strafbaren Fälle straflos“ bleiben, denn es sei das Ziel, die Rechtslage vor 1935 wiederherzustellen, die nur „beischlafähnliche Handlungen“ kriminalisiert habe.¹⁵⁹ Damit hielt der Katholische Arbeitskreis Strafrechtsreform an der Strafbarkeit homosexueller Handlungen unter Erwachsenen allerdings weiterhin grundsätzlich fest. Erst 1967/68 rückte man davon ab – bezeichnenderweise in einem Beschluss, der mit dem entsprechenden protestantischen Gremium gemeinsam gefasst worden war. Dabei wurde die Straflosigkeit der „einfachen“ Homosexualität aber durch „einen Kranz von Vorschriften“ gleich wieder eingehegt, um das „allgemeine Unrechtsurteil nachdrücklich aufrechterhalten“ zu können.¹⁶⁰

Schon gegen den ersten dieser Positionswechsel stemmte sich Bundesfamilienminister Wuermeling, als er im März 1962 bei seinem liberalen Kollegen Wolfgang Stammberger auf Beibehaltung der NS-Fassung des Paragraphen 175 insistierte. Der Bundesjustizminister wies jedoch darauf hin, dass der Entwurf bereits den konservativen Rechtsstandpunkt der Zeit vor 1933 abbilde, über den er „keinesfalls“ hinausgehen werde.¹⁶¹ Wuermeling, dessen „Radikalismus“ unterdessen nicht nur von CDU-Politikern aus dem Umfeld Adenauers, sondern auch von manchen katholischen Kirchenführern „in seiner Gefährlichkeit erkannt“ worden war,¹⁶² wurde Ende 1962 von Adenauer als Minister abgelöst, kämpfte aber als CDU-Abgeordneter unverdrossen weiter und sollte folgerichtig 1969 der Strafrechtsreform nicht zustimmen – wegen „Abschaffung und Einschränkung bedeutender Tatbestände des Sittenstrafrechts“. Zugleich erhob der Ex-Minister öffentlich den Vorwurf, die katholischen Bischöfe seien „ihm in den Rücken gefallen“. ¹⁶³ Ähnlich symptomatisch für den Zerfall der einst so wirkmächtigen katholischen Front war, dass Wuermelings Gesinnungsgenosse Süsterhenn 1968 mit der Bemerkung resignierte, „dass heute auch zahlreiche katholische Moraltheologen etwa den Tatbestand der Homosexualität [...] nach neuen, toleranteren Maßstäben bewerten würden, daher müsse der christliche Politiker nicht päpstlicher sein als der Papst“.¹⁶⁴

Im Vergleich zu den Hardlinern des katholischen Milieus hat sich der deutsche Protestantismus offenbar weniger lautstark exponiert. Während der NS-Zeit soll es sogar „keine kirchlichen Verlautbarungen zum Thema Homosexualität“ gegeben haben, abgesehen von „Äußerungen, die Homosexualität der Dekadenz zurech-

¹⁵⁸ Vgl. Ebner, Religion, S. 125.

¹⁵⁹ Vgl. Richard Sturm, Die Straftaten gegen die Sittlichkeit im Entwurf eines Strafgesetzbuches (E 1962), Köln 1962, S. 13, S. 42 und S. 44 f. (Zitate).

¹⁶⁰ Vgl. Ebner, Religion, S. 112 und S. 127 (Zitat).

¹⁶¹ Schäfer, Unzucht, S. 174 f.

¹⁶² Heinrich Krone, Tagebücher, Bd. 1: 1945–1961, bearb. von Hans-Otto Kleinmann, Düsseldorf 1995, S. 410 f.: Eintrag vom 11.3.1960.

¹⁶³ Zit. nach Ebner, Religion, S. 128 und S. 138.

¹⁶⁴ Zit. nach von Hehl, Süsterhenn, S. 578.

ne[te]n“. Nach dieser Einschätzung bestand „die kirchliche Mitschuld“ an der Homosexuellenverfolgung aber „zumindest in einem billigenden Schweigen“. Außerdem hätten die Kirchen die Repression theologisch legitimiert und für deren Opfer „lange kein Wort des Bedauerns gefunden und kein offenes Bekenntnis einer Mitschuld abgegeben“. ¹⁶⁵ Diese Feststellung hat umso mehr Berechtigung, als die volle Mitverantwortung der protestantischen Kirchen für die langfristige Aufrechterhaltung des Paragraphen 175 StGB keineswegs nur aus schweigender Billigung bestand. 1898 hatte sich der protestantische Pfarrer Martin Schall als Abgeordneter im Reichstag vehement gegen den von August Bebel eingebrachten Antrag auf Entkriminalisierung gewandt, weil dieser mit den Anschauungen des Christentums unvereinbar sei. ¹⁶⁶ Der Einsatz des deutschnationalen evangelischen Theologen Hermann Strathmann im Reichstag 1929 gegen die Entkriminalisierung wurde bereits erwähnt.

Anfang der 1950er Jahre polemisierte auch der Hamburger Landesbischof Johann Simon Schöffel kirchenintern unmissverständlich gegen einen erneuten von ihm beobachteten Trend zur Toleranz für Homosexuelle. ¹⁶⁷ Zwar gab es in der evangelischen Theologie zu dieser Zeit eine Tendenz zur Pathologisierung, so dass man vom sittlichen Unwerturteil zur Mitleidsbekundung überging. Dennoch empfahl der Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1963 eine Enthaltung in der Frage, ob Erwachsenen-Homosexualität entkriminalisiert werden solle, weil man schädliche soziale Folgen fürchtete. ¹⁶⁸ Ein Teil der zuständigen Expertenkommission hatte zwar für Liberalisierung plädiert, ¹⁶⁹ doch erst 1971 wurde durch eine EKD-Denkschrift die bereits erfolgte Entkriminalisierung gebilligt. Das war insofern bemerkenswert, als die protestantischen Kirchen den Paragraphen 175 zuvor „nie kritisiert“ hatten. Doch stufte die EKD Homosexualität weiterhin als „sexuelle Fehlform“ ein, die zwar nicht mehr moralisch verurteilt, aber auch nicht als gleichwertig akzeptiert werden sollte. ¹⁷⁰

V. Liberale Alternativen, illiberale Trendwenden

Die moderne Verbindung zwischen religiösen Sittlichkeitskonzepten und juristischer Homophobie geht auf das preußische StGB von 1851 zurück. Die damalige hochkonservative Regierung argumentierte, der Staat habe die Pflicht zur Aufrechterhaltung des Prinzips der Sittlichkeit. Weil homosexuelle Handlungen dieses Prinzip gefährdeten, müssten sie unbedingt bestraft werden – selbst wenn sie

¹⁶⁵ Fitschen, *Liebe*, S. 47 f.

¹⁶⁶ Vgl. Hirschfeld, *Homosexualität*, S. 978 und S. 983 f.

¹⁶⁷ Vgl. Bernhard Rosenkranz/Gottfried Lorenz, *Hamburg auf anderen Wegen. Die Geschichte des schwulen Lebens in der Hansestadt*, Hamburg 2005, S. 74 f.

¹⁶⁸ Vgl. Ebner, *Religion*, S. 112.

¹⁶⁹ Vgl. Klaus Fitschen, *Homosexualität und evangelische Kirche in den 1960er Jahren*, in: Claudia Lepp/Harry Oelke/Detlef Pollack (Hrsg.), *Religion und Lebensführung im Umbruch der langen 1960er Jahre*, Göttingen 2016, S. 335–343, hier S. 342.

¹⁷⁰ Fitschen, *Liebe*, S. 47 und S. 50 f.

kein konkretes Rechtsgut verletzen.¹⁷¹ Diese Überzeugung blieb über ein Jahrhundert lang stärker als die liberale Gegenposition, wonach Strafbarkeit nicht aus moralischen Prinzipien abgeleitet werden, sondern nur dann greifen dürfe, wenn konkrete Rechte anderer Menschen verletzt seien. Seit 1791 wurden im revolutionären Frankreich einvernehmliche homosexuelle Handlungen unter Erwachsenen nicht mehr kriminalisiert. Der dies fortführende napoleonische *Code Pénal* von 1810 stellte nur noch Angriffe auf Ehre, Freiheit oder Unversehrtheit konkreter Personen unter Strafe.¹⁷² Gemeint waren „Unzuchtshandlungen“, die „öffentlich“ statt privat, „gewaltsam“ statt einvernehmlich und „mit Minderjährigen“ statt mit Erwachsenen ausgeübt wurden.¹⁷³

Durch die napoleonischen Eroberungen hatte dieses liberale Strafrecht zwischen 1793 und 1814 auch in westlichen und südlichen Teilen Deutschlands Fuß gefasst – zunächst im Rheinland, später in anderen annektierten oder kontrollierten Regionen. Dieser Kulturtransfer überlebte die Herrschaft Napoleons langfristig: 1813 war im Königreich Bayern (samt der Rheinpfalz) die Strafbarkeit homosexuellen Verhaltens abgeschafft worden mit der Begründung, dass solche Handlungen „allenfalls die Gebote der Moral überschritten“.¹⁷⁴ Auch in Preußen sahen Entwürfe für ein neues StGB 1827 und 1838 die Straffreiheit der einvernehmlichen Homosexualität unter Erwachsenen vor, gelangten jedoch nicht zur Umsetzung.¹⁷⁵ Noch im 1840 erfolgten in Württemberg, Hannover, Braunschweig und Baden Reformen des Homosexuellen-Strafrechts nach französischem Vorbild.¹⁷⁶ 1843 lehnten es die Provinzialstände der preußischen Rheinprovinz entschieden ab, „die widernatürliche Unzucht als solche“ erneut zu bestrafen, wie die Berliner Regierung dies mittels eines für ganz Preußen geplanten neuen StGB wünschte.¹⁷⁷ Noch Jahrzehnte später warf ihnen Heinrich von Treitschke vor, sie hätten in einem „naiven Sondergeiste“ stur „an ihrem ausländischen Sonderrechte festhalten“ wollen.¹⁷⁸ Der

¹⁷¹ Vgl. Angela Taeger, *Intime Machtverhältnisse. Moralstrafrecht und administrative Kontrolle der Sexualität im ausgehenden Ancien Régime*, München 1999, S. 154.

¹⁷² Vgl. ebenda, S. 23 und S. 44 f., sowie Wolfgang Schmale, *Geschichte der Männlichkeit in Europa (1450–2000)*, Wien u. a. 2003, S. 221.

¹⁷³ Zit. nach Schäfer, *Unzucht*, S. 24.

¹⁷⁴ Günther Gollner, *Homosexualität. Ideologiekritik und Entmythologisierung einer Gesetzgebung*, Berlin 1974, S. 158.

¹⁷⁵ Vgl. Michael Heß, *Von Todsündern zu Trendsettern. Zur homosexuellen Toleranzgeschichte in Deutschland und in den Niederlanden*, in: Horst Lademacher/Renate Loos/Simon Groenveld (Hrsg.), *Ablehnung – Duldung – Anerkennung. Toleranz in den Niederlanden und in Deutschland. Ein historischer und aktueller Vergleich*, Münster u. a. 2004, S. 688–729, hier S. 694, und Jürgen Baumann, *Paragraf 175. Über die Möglichkeit, die Einfache, Nichtjugendgefährdende und Nichtöffentliche Homosexualität unter Erwachsenen straffrei zu lassen*, Neuwied 1968, S. 38.

¹⁷⁶ Vgl. Grau, *Lexikon*, S. 150 („Homosexuellenparagraf“); Brüggemann, *Entwicklung*, S. 204, und Paul Derks, *Die Schande der heiligen Päderastie. Homosexualität und Öffentlichkeit in der deutschen Literatur 1750–1850*, Berlin 1990, S. 163.

¹⁷⁷ Zit. nach Taeger, *Machtverhältnisse*, S. 154.

¹⁷⁸ Heinrich von Treitschke, *Deutsche Geschichte im Neunzehnten Jahrhundert*, Bd. 5: *Bis zur Märzrevolution*, Leipzig 1928, S. 255; die folgenden Zitate finden sich ebenda.

Historiker berief sich auf „das Gewissen des Volks“, das „irr werden“ müsse „an allem Rechte, wenn im Rheinlande andere Strafen verhängt wurden als in Westfalen“. Offenbar wusste er um die rigide Position der westfälischen Provinzialstände, die dringend eine Kriminalisierung gefordert hatten.¹⁷⁹ Für linksliberale Juristen hingegen verhielt sich der Berliner Entwurf zum *Code Pénal* „wie das Mittelalter zum neunzehnten Jahrhundert“, da, er „häufig Moralisches und Religiöses mit wirklich Strafbares“ verwechsle, obwohl „ein Strafgesetzbuch [...] sich von Sittenrichterei freizuhalten“ habe.¹⁸⁰

Damals begannen die konservative Ablehnung revolutionärer Neuerungen und die nationalistische Verwerfung ausländischer Rechtsvorbilder immer stärker die deutsche Strafrechtslehre zu prägen. Die Rückkehr zur „Strafbarkeit der widernatürlichen Unzucht“ wurde zum Symbol für diese Neuorientierung.¹⁸¹ Doch erst nach dem Scheitern der Revolution von 1848/49 gelang es einer konservativen Regierung in Preußen, solche Rechtsvorstellungen 1851 per königlichem Dekret verbindlich zu machen. Weitere 20 Jahre später wurde dieses preußische Strafrecht auf das Deutsche Reich ausgedehnt. Dabei hatte der bayerische Landtag noch 1865 einen Vorstoß der Münchner Regierung abgelehnt, die preußischen Bestimmungen zu übernehmen: Preußen solle besser Bayern folgen.¹⁸²

Ebenso beantragte der aus Hannover stammende Jurist Karl Heinrich Ulrichs auf dem Deutschen Juristentag in München 1867 die Abschaffung aller Strafvorschriften gegen einvernehmliche homosexuelle Handlungen. Damit verursachte er einen veritablen Skandal.¹⁸³ Obwohl der Antrag ordnungsgemäß eingebracht worden war, verhinderte die Tagungsleitung seine Beratung.¹⁸⁴ Die Diskursverweigerung dieser Juristen stand in Widerspruch dazu, dass immer mehr Mediziner für Entkriminalisierung eintraten – mit der Begründung, dass Homosexualität eine Naturanlage oder eine krankhafte Degeneration sei, was nicht bestraft werden könne.¹⁸⁵ Freilich enthielt der Trend zur Pathologisierung ein eigenes Bedrohungspotenzial. Zwar sah sich die Strafjustiz genötigt, medizinische Gutachten zu berücksichtigen, doch konnte dies dazu führen, als nicht schuldfähig begutachtete Personen in eine psychiatrische Anstalt statt ins Gefängnis zu sperren.¹⁸⁶

In den 1960er Jahren haben Reformbefürworter wie Bauer oder Schoeps an diese liberalen Ansätze erinnert, um zu demonstrieren, dass das homophobe Straf-

¹⁷⁹ Vgl. Hirschfeld, *Homosexualität*, S. 828.

¹⁸⁰ Zit. nach Derks, *Schande*, S. 166 f.

¹⁸¹ Gollner, *Homosexualität*, S. 162.

¹⁸² Bauer, *Sexualstrafrecht heute*, in: Ders. u. a. (Hrsg.), *Sexualität*, S. 24 f.

¹⁸³ Vgl. Grau, *Lexikon*, S. 150 („Homosexuellenparagraf“), und Beachy, *Berlin*, S. 25–29.

¹⁸⁴ Vgl. Wolfgang Lenzen, *Sex, Leben, Tod und Gewalt. Eine Einführung in die angewandte Ethik/Bioethik*, Berlin 2013, S. 20, Anm. 12.

¹⁸⁵ Vgl. Grau, *Lexikon*, S. 150 („Homosexuellenparagraf“).

¹⁸⁶ Vgl. Eckart Rohrmann, *Mythen und Realitäten des Anders-Seins. Gesellschaftliche Konstruktionen seit der frühen Neuzeit*, 2., überarbeitete und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2011, S. 179. Homosexualität verschwand erst 1993 aus dem Krankheitskatalog der Weltgesundheitsorganisation.

recht ihrer Gegenwart alles andere als alternativlos war.¹⁸⁷ Es bedurfte nicht „eines fundamentalen Wandels des überkommenen sittlichen Normgefüges“ in den „Jahren und Jahrzehnten zuvor“, um die „Gesetzesliberalisierung von 1969/73“ zu ermöglichen.¹⁸⁸ Eine derart tiefgreifende Transformation erfolgte erst in den Jahrzehnten nach diesen Reformen, für die es lediglich der Rückbesinnung auf liberale Traditionen des 19. Jahrhunderts oder der Weimarer Republik bedurfte. Dieser Unterschied erklärt freilich auch, weshalb die Reformen um 1970 begrenzt blieben. Weder erfolgte eine gänzliche Entkriminalisierung, noch akzeptierten die meisten Reformer Homosexualität als gleichwertige sexuelle Lebensweise.¹⁸⁹

Als um 1900 die erste Emanzipationsbewegung aufkam, skandalisierten die Massenmedien Homosexualität in Großbürgertum und Aristokratie. In diesen Skandalen ging es auch darum, bisher von der Justiz fast unbehelligte Eliten unter die doppelte Gerichtsbarkeit der öffentlichen Meinung und des Rechtsstaats zu zwingen.¹⁹⁰ Mit der Stigmatisierung von Personen wie des Kaiser- und Franzosenfreunds Philipp Fürst zu Eulenburg oder des österreichischen Spions Oberst Alfred Redl wurde zudem ein wirkmächtiges Stereotyp etabliert – das Feindbild vom homosexuellen Staatsfeind und Verräter, wie es Hitler 1934 gegen Ernst Röhm instrumentalisieren sollte und wie es im Kalten Krieg heftig wieder auflebte.¹⁹¹

„Eine zentrale Frage“ der Skandale war, „welche Bedeutung Homosexualität innerhalb des Militärs hatte“¹⁹² – und damit für Leitbilder von Männlichkeit überhaupt. Ein heterosexuell-heroisches Leitbild von Männlichkeit wurde damals durchgesetzt, während man abweichende Männlichkeiten stigmatisierte.¹⁹³ Mit dem Berliner Stadtkommandanten Kuno von Moltke stand ein aktiver General aus dem Umfeld des Kaisers im Zentrum des Eulenburg-Skandals – und wurde von vielen Medien plötzlich als zu kultiviert, zu süßlich, zu unmännlich charakterisiert.¹⁹⁴ Der linksliberale Reichstagsabgeordnete Conrad Haußmann attackierte die für ihn unerträgliche Mode der „Männer mit Armbändern“, die 1908 vor allem in aristokratischen Kreisen sichtbar war. Der sexualpolitisch illiberale Liberale begrüßte es, dass die Kriegsminister Preußens und Frankreichs das Tragen solcher „Weiberketten“ soeben verboten hätten, und hoffte, diese Vermännlichung des Militärs werde sich auf die Gesamtgesellschaft auswirken: Gelte das Tragen sol-

¹⁸⁷ Vgl. Bauer, Sexualstrafrecht heute, in: Ders. u. a. (Hrsg.), Sexualität, S. 24 f., und Schoeps, Überlegungen, in: Der homosexuelle Nächste, S. 109.

¹⁸⁸ So jedoch Kandora, Homosexualität, in: Herbert (Hrsg.), Wandlungsprozesse, S. 384.

¹⁸⁹ Von „The Limits of Reform“ sprach hellstichtig Robert G. Moeller, Private Acts, Public Anxieties. The Fight to Decriminalize Male Homosexuality in Postwar West Germany, in: Karen Hagemann/Sonya Michel (Hrsg.), Gender and the Long Postwar. The United States and the Two Germanys, 1945–1989, Washington/Baltimore 2014, S. 321–342, hier S. 330.

¹⁹⁰ Vgl. Schwartz, Homosexuelle, S. 49.

¹⁹¹ Vgl. Whisnant, Queer Identities, S. 78, und Schwartz, Homosexuelle.

¹⁹² Bösch, Geheimnisse, S. 144.

¹⁹³ Vgl. Ernst Hanisch, Männlichkeiten. Eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts, Wien u. a. 2005, S. 17–123.

¹⁹⁴ Vgl. Peter Winzen, Das Ende der Kaiserherrlichkeit. Die Skandalprozesse um die homosexuellen Berater Wilhelms II. 1907–1909, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 127.

chen Schmucks erst einmal als „unmännlich, so werden auch die Zivilisten diesen Firlefanz [allein] den Homosexuellen überlassen“. ¹⁹⁵

Zu dieser Polemik passt die Debatte um sogenannte Soldatenprostitution, hinter der sich ein breites Spektrum homosexueller Beziehungen verbarg. So beschrieb der im Berliner Sittendezernat tätige Kriminalkommissar Hans von Tresckow Annäherungsversuche homosexueller Zivilisten ebenso wie die Verführung von Soldaten durch Vorgesetzte und das „ungenierte Treiben der Soldaten“ im Berliner Tiergarten: „Die Soldaten benehmen sich in dieser Gegend wie die Prostituierten. Sie bieten sich den Homosexuellen, die zumeist den gebildeten Kreisen angehören, direkt an.“ ¹⁹⁶ Solche Verhältnisse waren nicht neu, doch erst im 20. Jahrhundert kamen sie öffentlich zur Sprache. Die homosexuellen Kontakte des bayerischen Königs Ludwig II. zu Gardesoldaten beispielsweise waren zwar Münchner Stadtgespräch gewesen, aber die Inlandspresse hatte sie nicht thematisiert. ¹⁹⁷

Der Eulenburg-Skandal führte zu einer homophoben Trendwende, zumal er einen Parallelskandal wegen homosexueller Handlungen zwischen Gardeoffizieren und -soldaten öffentlich werden ließ, die zumindest teilweise als Missbrauch von Kommandogewalt zu werten waren. Offizierskarrieren zerbrachen, es kam zu Verurteilungen und Selbstmorden. ¹⁹⁸ Der Missbrauchsskandal in der Garde wurde 1907 Gegenstand von Reichstagsberatungen: Ein Zentrumsabgeordneter fühlte sich gar an Zustände wie im alten Rom erinnert, so dass sich Reichskanzler Fürst Bernhard von Bülow genötigt sah zu erklären, in der Armee gebe es keine Zustände wie im „sinkenden römischen Kaiserreich“. Kriegsminister Karl von Einem beteuerte, „diese Dinge“ seien ihm „fremd“ und „ekelhaft“. Tausenden Beifall erhielt der General für die Feststellung: „Wenn sich in der Armee derartige Leute finden, dann müssen sie heraus!“ ¹⁹⁹ Weiter bekannte er unwidersprochen, dass er Homosexuelle „verachte“, und gab die Parole aus, „ein solcher Mann“ dürfe „nie und nimmer Offizier sein“, weil „ein solcher Mann“ seine Untergebenen dazu bringe, „den Vorgesetzten zu verachten“. ²⁰⁰ Ähnliches wiederholte sich 1913 beim Spionageskandal um Oberst Redl und sollte noch über viele Jahrzehnte transnationale Nachwirkungen haben. ²⁰¹ Berücksichtigt man die homophobe Grundausrichtung des deutschen Militärs im 20. Jahrhundert, so scheinen die Skandale der Zeit vor 1914 eine Schlüsselfunktion für die Durchsetzung eines

¹⁹⁵ Heinrich Hutter, Männer mit Armbändern, in: März 2 (1908), S. 570 f.; hinter diesem Pseudonym verbarg sich Conrad Haußmann. Vgl. auch Schwartz, Homosexuelle, S. 99.

¹⁹⁶ Vgl. Hans von Tresckow, Von Fürsten und anderen Sterblichen. Erinnerungen eines Kriminalkommissars, Berlin 1922, S. 122 f. und S. 185 f., Zitat S. 185 (Tagebucheintrag von 1907). Vgl. auch Hans Ostwald, Männliche Prostitution im kaiserlichen Berlin, Leipzig 1906, S. 86–88; Hirschfeld, Homosexualität, S. 730–734, und Schwartz, Verfolgung, in: Cüppers/Domeier (Hrsg.), Späte Aufarbeitung, S. 74–76.

¹⁹⁷ Vgl. Schwartz, Homosexuelle, S. 40–44.

¹⁹⁸ Vgl. Bösch, Geheimnisse, S. 144 und S. 146–148.

¹⁹⁹ Schulthess' Europäischer Geschichtskalender 23 (1907), S. 171–175.

²⁰⁰ Zit. nach Bösch, Geheimnisse, S. 147.

²⁰¹ Vgl. Schwartz, Homosexuelle, S. 112–148, S. 213–216, S. 220–224 und S. 296.

neuen Leitbilds soldatischer Männlichkeit gespielt zu haben, wobei die Metamorphosen solcher Leitbilder noch aufzuarbeiten wären. Hier mag der Hinweis genügen, dass sich etliche Homosexuelle lange Zeit als besonders kriegerisch-maskulin inszenierten.

VI. Gezeitenwechsel?

Bei alledem existierten in der modernen deutschen Gesellschaft stets unterschiedliche, oft widerstrebende Haltungen zum Thema Homosexualität. Es hing von ökonomischen, kulturellen und politischen Konstellationen ab, welche dieser Einstellungen dominant zu werden vermochte. Auch nach 1945 war die deutsche Bevölkerung keineswegs einer Meinung. In einer 1949 in Westdeutschland bei 1.010 Befragten durchgeführten „Umfrage in der Intimsphäre“ wurde Homosexualität von 48 Prozent der Männer – Frauen wurden danach gar nicht befragt – als „Laster“ eingestuft, also moralisch verurteilt, während 39 Prozent dieselbe als „Krankheit“ betrachteten. 15 Prozent erblickten darin eine „Angewohnheit“, was harmlos klingt, aber auch für Verführungshypothesen Raum ließ. Nur vier Prozent betrachteten Homosexualität als „natürliche Sache“. Interessant ist die Diskrepanz zwischen Einstellungen und Erfahrungen. Sechs Prozent der Männer und fünf Prozent der diesmal ebenfalls befragten Frauen gaben an, ihre erste sexuelle Erfahrung mit dem eigenen Geschlecht gemacht zu haben. Das musste – je nach Alter – zwischen Kaiserreich und NS-Diktatur geschehen sein. Die Frage, ob man auch „später einmal in Berührung mit homosexuellen Erlebnissen gekommen“ sei, bejahten sogar 23 Prozent der Männer, während den Frauen diese Frage bezeichnenderweise nicht gestellt wurde.²⁰²

Zwei Jahrzehnte später verglich das Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* die Zahlen von 1949 mit aktuellen Umfragen des Meinungsforschungsinstituts Allensbach. Demnach stellten sich 1969 46 Prozent der Bundesbürger gegen die Abschaffung des seit 1935 geltenden Homosexuellen-Strafrechts, während sich 36 Prozent dafür aussprachen. In der jüngeren Generation – bei den 16- bis 29-Jährigen – verhielt es sich umgekehrt: Hier waren 36 Prozent gegen und 47 Prozent für eine Liberalisierung.²⁰³ Nach der Strafrechtsreform gingen homophobe Einstellungen in der westdeutschen Gesellschaft offenbar zurück. So äußerten nach einer Umfrage von 1974 für West-Berlin und Hamburg sowie für Nordrhein-Westfalen, Hessen und Bayern nur 12 bis 17 Prozent eine „klar ablehnende Haltung“ zu Homosexuellen; lediglich in Bayern war die Ablehnung mit 28 Prozent deutlich höher und härter formuliert. Demgegenüber artikulierten 41 bis 47 Prozent eine „duldende Einstellung“, 40 bis 43 Prozent akzeptierten Homosexuelle „als vollwertige Bürger“.²⁰⁴ Schon 1973

²⁰² Vgl. Ludwig von Friedeburg, *Die Umfrage in der Intimsphäre*, Stuttgart 1953, S. 5, S. 8 und S. 87.

²⁰³ Vgl. *Der Spiegel* vom 12.5.1969: „Homosexualität: Späte Milde“.

²⁰⁴ *Frankfurter Rundschau (FR)* vom 28.8.1974: „Vorurteile nehmen langsam ab. Homosexuelle finden mehr Verständnis“.

hatten Meinungsforscher einen „tiefgreifenden Wandel“ hin zur Toleranz konstatiert.²⁰⁵

Dass dennoch nicht alles zum Besten stand, betonte 1981 die *Frankfurter Rundschau*: Die zur Schau getragene Toleranz sei nur oberflächlich, in Wahrheit laufe sie bei näherem Hinsehen auf „Ablehnung“ hinaus. Diese werde trotz der Liberalisierung des Strafrechts in der Bundeswehr weiterhin offen praktiziert: „Umfragen ergaben, daß sich zwar etwa drei Viertel der Bevölkerung für tolerant gegenüber Homosexuellen halten; fragt man aber, ob sie diese am Arbeitsplatz oder in der eigenen Familie haben möchten, ist es mit der Duldsamkeit nicht mehr so weit her.“²⁰⁶ Zur selben Zeit zeigten Erhebungen von DDR-Jugendforschern unter jungen Menschen zwischen 16 und 30 Jahren, dass „52 % [...] der Aussage vorbehaltlos“ zustimmten, niemand solle wegen homosexueller Neigungen diskriminiert werden, während „[v]iele – Männer noch häufiger als Frauen – [...] Einschränkungen“ machten. „4 % lehnten sie glatt ab“, vor allem männliche Jugendliche aus dörflichen Herkunftsorten.²⁰⁷ Offenbar saß „das antihomosexuelle Vorurteil“ teilweise noch „tief auch in den Köpfen der DDR-Bevölkerung“.²⁰⁸

Entwicklungen der 1980er Jahre – hier ist vor allem die Angst vor dem Akquirierten Immun-Defizienz-Syndrom (AIDS) zu nennen – bestätigten solche Ansichten. Die mediale „Koppelung von Homosexualität und Tod“ konstruierte Homosexuelle als gefährliche „Risikogruppe“.²⁰⁹ Linkliberale Leitmedien wie die Magazine *Spiegel* oder *Stern*, die in den 1970er Jahren avantgardistisch für Toleranz eingetreten waren,²¹⁰ wurden zu Wortführern dieser Angstkampagne.²¹¹ Erst in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre stellte sich heraus, dass „das Auftauchen von AIDS“ keine homophobe Repression, sondern „einen weiteren kräftigen Impuls für die homosexuelle Emanzipation bewirkte“.²¹² Durch das Bündnis zwischen Gesundheitspolitik und der von Homosexuellen organisierten Deutschen Aidshilfe kam es zu einer Aufklärungskampagne, die auf Kooperation mit der Subkultur und auf generelle präventive Eigenverantwortlichkeit setzte.²¹³

Seither veränderte sich die Situation deutlich: Als die rot-grüne Bundesregierung im Jahre 2000 die Eingetragene Lebenspartnerschaft einführte, leisteten nur noch die Christlich-Soziale Union zusammen mit der Führung der katholischen

²⁰⁵ FAZ vom 12.12.1973: „Homosexuelle verdienen Toleranz“. Nur noch 21 Prozent sehen eine „Gefährdung der guten Sitten“.

²⁰⁶ FR vom 11.7.1981: „Im Käfig der Ängste. Homosexualität in der Bundesrepublik“.

²⁰⁷ Vgl. Siegfried Schnabl/Kurt Starke, Homosexualität, in: Kurt Starke/Walter Friedrich (Hrsg.), *Liebe und Sexualität bis 30*, Berlin (Ost) 1984, S. 290–305, hier S. 300–302, Zitate S. 300.

²⁰⁸ Günter Amendt, Vorwort: So zu sein, wie wir sind, in: Ders. (Hrsg.), *Natürlich anders. Zur Homosexualitätsdiskussion in der DDR*, Köln 1989, S. 11–28, hier S. 18.

²⁰⁹ Brigitte Weingart, *Ansteckende Wörter. Repräsentationen von AIDS*, Frankfurt a. M. 2002, S. 41 und S. 56.

²¹⁰ Vgl. Schwartz, *Homosexualität und Medienöffentlichkeit*.

²¹¹ Vgl. Tümmers, *AIDS*, S. 56 f. und S. 59.

²¹² Heß, *Todsünder*, in: Lademacher/Loos/Groenveld (Hrsg.), *Ablehnung*, S. 726.

²¹³ Vgl. Tümmers, *AIDS*, S. 109.

Kirche Widerstand. Die CDU hingegen hatte bereits eine – wenn auch vorsichtige – Öffnung vollzogen, weshalb das Thema für eine „populistische Kampagne“ nicht mehr taugte.²¹⁴ Einer Forsa-Umfrage zufolge plädierten damals 57 Prozent der Deutschen für eine „Gleichstellung“ homosexueller Paare, nur noch 37 Prozent – freilich immer noch eine beträchtliche Minderheit – sprachen sich dagegen aus. Man darf diese Entwicklung dennoch als „erheblichen Wertewandel“ betrachten.²¹⁵

Diese tiefgreifende Transformation im späten 20. Jahrhundert betraf nicht allein den Umgang mit Homosexualität. Es ging um die Neujustierung der Geschlechterverhältnisse überhaupt.²¹⁶ Seit dem 18. Jahrhundert war unablässig darüber verhandelt worden, was Männlichkeit und Weiblichkeit bedeuten und in welche Relation beide gesetzt werden sollten. Die Herausbildung klarer Geschlechterrollen im langen „viktorianischen“ Zeitalter zwischen 1800 und 1960 ging mit der verstärkten Ächtung von Homosexualität einher.²¹⁷ Die hegemoniale Männlichkeit²¹⁸ geriet jedoch immer wieder in Krisen. Im *Fin de Siècle* um 1900 und erneut nach dem Ersten Weltkrieg wurden Trends zur „Weiberherrschaft“ beobachtet,²¹⁹ emanzipierte Frauen und feminine Männer gleichermaßen attackiert.²²⁰ Frauenemanzipation blieb ein Kernthema – von Helmut Schelskys „Soziologie der Sexualität“ der 1950er Jahre bis hin zu Ronald Ingleharts Nachdenken über die Feminisierung der Gesellschaft im frühen 21. Jahrhundert.²²¹

Die im Laufe des 19. Jahrhunderts etablierte hegemoniale Männlichkeit definierte sich durch scharfe Abgrenzung von Antitypen: Der wahrhaft schöne Mann unterschied sich von hässlichen Männern, zu denen Juden, „Zigeuner“, Homosexuelle, Schwarze, Verbrecher oder Geisteskranke zählten. Jüdischen und homosexuellen Männern wurde zudem eine ihrem Geschlecht widersprechende Feminisierung attestiert.²²² „Der nervöse, der verweiblichte Mann“ wurde zum

²¹⁴ Vgl. Edgar Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013, S. 192–196, Zitat S. 195.

²¹⁵ Ders., *Welt im Zwiespalt. Eine andere Geschichte des 20. Jahrhunderts*, Stuttgart 2017, S. 237.

²¹⁶ Vgl. Ronald F. Inglehart, *Cultural Evolution. People's Motivations are Changing, and Reshaping the World*, Cambridge u. a. 2018, S. 77–101.

²¹⁷ Robert Muchembled, *Die Verwandlung der Lust. Eine Geschichte der abendländischen Sexualität*, München 2008, S. 182.

²¹⁸ Vgl. Raewyn Connell, *Der gemachte Mann. Konstruktion und Krise von Männlichkeiten*, 4., durchgesehene und erweiterte Aufl., Wiesbaden 2015.

²¹⁹ Vgl. Michael Salewski, „Julian, begib dich in mein Boudoir“. Weiberherrschaft und *Fin de siècle*, in: Anja Bagel-Bohlan/Michael Salewski (Hrsg.), *Sexualmoral und Zeitgeist im 19. und 20. Jahrhundert*, Opladen 1990, S. 43–69.

²²⁰ Vgl. Alfred Kind, *Die Weiberherrschaft von heute. Eine Sittengeschichte der Kriegs- und Nachkriegszeit, der Revolutions- und Inflationsjahre*, bearb. und hrsg. von Johannes R. Bierlinger, Wien/Leipzig 1931, S. 7–26.

²²¹ Vgl. Helmut Schelsky, *Soziologie der Sexualität. Über die Beziehungen zwischen Geschlecht, Moral und Gesellschaft*, Hamburg 1955, und Inglehart, *Evolution*, S. 102 f.

²²² Vgl. George L. Mosse, *Das Bild des Mannes. Zur Konstruktion der modernen Männlichkeit*, Frankfurt a. M. 1997, S. 79–106.

„Kontrastbild“.²²³ Besonders seit Mitte des 19. Jahrhunderts stigmatisierten führende bürgerliche Historiker nicht nur Außenseiter, sondern selbst hegemoniale Männer vergangener Zeiten als „weichlich“ oder „weibisch“ und im Falle homosexueller Praktiken als degeneriert; damit wurde auch der Untergang bestimmter Gesellschaften erklärt.²²⁴ Man wettete mit Blick auf das 18. Jahrhundert gegen „das Überspannte“, „die weibische und weichliche Zärtlichkeit, das Schmelzen und Weinen und Übertreiben aller Gefühle“.²²⁵

Verweichlichte Männer – in diesem Falle im spanisch beherrschten Lateinamerika um 1800 – schienen untauglich zu echt männlichem Handeln, „erziehungslos verweichlicht, früh reif und früh verkommen, untauglich für alles nützliche und thätige Leben, versunken in einen sinnlosen Luxus, beherrscht von den Weibern“.²²⁶ Das in den Schriften von Johann Joachim Winckelmann am Vorbild der Antike entworfene Ideal männlicher Schönheit wurde im bürgerlichen Zeitalter zum Leitbild hegemonialer heteronormativer Männlichkeit umgeformt:

„Es nimmt sich wie eine Ironie der Geschichte aus, dass dieses Ideal, entwickelt von einem homosexuellen Kunsthistoriker des 18. Jahrhunderts, im 19. Jahrhundert gegen homosexuelle Männer eingesetzt wurde, die per definitionem, gegebenenfalls gegen jeden Augenschein, als krank, schwächlich, blässlich und mehr oder minder hässlich sowie effeminiert bezeichnet wurden.“²²⁷

Dass diese hegemoniale Männlichkeit generell einen zutiefst abwertenden Blick auf nicht-europäische Männlichkeiten entwickelte, der im Zuge von deren Verwestlichung dann selbst wieder homophobe Folgewirkungen zeitigte, vervollständigt das Bild.²²⁸

²²³ Hanisch, *Männlichkeiten*, S. 26.

²²⁴ Vgl. Jeffrey Weeks, *What is Sexual History?*, Cambridge/Malden 2016, S. 26. Zu weniger eindeutigen Männlichkeiten des 18. Jahrhunderts vgl. Robert Tobin, *Warm Brothers. Queer Theory and the Age of Goethe*, Philadelphia 2000; Susan E. Gustafson, *Men desiring Men. The Poetry of Same-Sex Identity and Desire in German Classicism*, Detroit 2002, und Heinrich Detering, *Das offene Geheimnis. Zur literarischen Produktivität eines Tabus von Winckelmann bis zu Thomas Mann*, Göttingen 1994.

²²⁵ F. C. Schlosser, *Geschichte des achtzehnten Jahrhunderts und des neunzehnten bis zum Sturz des französischen Kaiserreichs*, Bd. 1: *Das 18te Jahrhundert bis zum Belgrader Frieden*, Heidelberg 1836, S. 594. Zu einem „Vorwurf der weichlichen Nachsicht“, zum „Groll gegen die weichlichen literarischen Richtungen der Zeit“ bzw. zur „Weichlichkeit der oberen Stände“; Georg Gottfried Gervinus, *Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts seit den Wiener Verträgen*, 8 Bde., Leipzig 1855–1866, hier Bd. 2, S. 241, S. 244 und S. 334.

²²⁶ Gervinus, *Geschichte*, Bd. 3, S. 77. Eine ähnliche Wertung im Falle des britischen Königs George IV. vgl. in ders., *Geschichte*, Bd. 4, S. 115 f. Im Falle des französischen Königs Louis Philippe und seiner Vorfahren vgl. ders., *Geschichte*, Bd. 8, S. 273 f.

²²⁷ Schmale, *Männlichkeit*, S. 182.

²²⁸ Vgl. Thomas Bauer, *Die Kultur der Ambiguität. Eine andere Geschichte des Islams*, Berlin ⁵2016, und Georg Klauda, *Die Vertreibung aus dem Serail. Europa und die Heteronormalisierung der islamischen Welt*, Hamburg 2016.

Das Bewusstsein für historische Zeitgebundenheit von Geschlechterstereotypen war freilich selbst in der Hochphase heterosexueller hegemonialer Männlichkeit nie ganz verlorengegangen.²²⁹ Ein „Sittenspiegel“ aus der Adenauer-Zeit beobachtete mit Blick auf die Umbruchphase der 1920er Jahre: „Die Geschlechter begannen sich in diesem Wandel der äußeren Erscheinungen weitgehend aneinander anzupassen.“²³⁰ Der österreichische Schriftsteller Stefan Zweig wurde zitiert, im Unterschied zur Epoche bis 1914, in der sich die Geschlechter schon rein äußerlich – Männer mit Bärten, Frauen mit engen Korsetts – möglichst voneinander abgegrenzt hätten, seien die jungen Männer und Frauen der 1920er Jahre „beide bartlos und kurzen Haars“.

War in den 1920er Jahren die Kurzhaarfrisur das geschlechterübergreifende Merkmal, waren dies um 1970 lange Haare: 1967 erlebte das Musical „Hair“, „dessen Titel lange Haare als Sinnbild für Jugendprotest“ und „Freiheit“ propagierte, in New York seine Uraufführung.²³¹ Ein sozialdemokratischer Jurist stellte in diesem Zusammenhang fest, die vorherrschenden Vorstellungen über typisch männliche oder weibliche „Eigenschaften“ entsprängen in Wahrheit „kulturell geprägten Idealen, die sich im Laufe der Geschichte dauernd“ änderten. Zum Beleg verwies Wilderich Freiherr Ostman von der Leye auf die ganz unterschiedlichen „Männlichkeitsideal[e] des Rokoko, der wilhelminischen Ära und der heutigen Generation“. Der nachmalige SPD-Bundestagsabgeordnete bemerkte zudem: „Offensichtlich bewegen sich die Geschlechter heute sowohl psychisch wie auch ihrem äußeren Erscheinungsbild nach aufeinander zu. Es wäre zu prüfen, ob dieses Phänomen eine Erklärung in der veränderten Rolle der Frau in der modernen Gesellschaft findet.“²³²

Dieser Trend zur Androgynität gefiel nicht allen. Heterosexuelle Linkssozialisten befürchteten 1971, die „Gründung einer homosexuellen Befreiungsfront“ könne die Linke diskreditieren, würden „doch damit endlich alle Erkenntnisse des braven Bürgers über diese ‚langhaarigen, weibischen Typen von der APO‘ erhärtet“.²³³ Was die französische Feministin Elisabeth Badinter 1987 als „androgyn Revolution“ feierte,²³⁴ stimmte 1984 einen Mediziner im *Deutschen Ärzteblatt* zutiefst besorgt, denn dieser führte die vermeintliche Zunahme von Homosexualität nicht nur auf die unweibliche „Latzhosenmode“ oder den „Lumpenschick“ der jungen Frauengeneration zurück, sondern auch auf die „Verwandlung von Frau und Mann zum Androgyn“.²³⁵ Homosexuelle hatten kaum geringere Schwierigkeiten damit: Als 1991 in Berlin ein „Erstes Deutsches Schwulen Fernsehen“ zu senden begann,

²²⁹ Vgl. Ernst Werner Klimowsky, *Geschlecht und Geschichte. Sexualität im Wandel von Kultur und Kunst*, Teufen u. a. 1956.

²³⁰ Zit. nach Hans Neumann, *Sittenspiegel. Eine Kultur- und Sittengeschichte der Liebe*, Salzburg⁵ 1958, S. 198; das folgende Zitat findet sich ebenda.

²³¹ Lutz van Dijk, *Die Geschichte von Liebe und Sex*, Frankfurt a. M./New York 2007, S. 161.

²³² Wilderich Freiherr Ostman von der Leye, *Zur Reform des Besonderen Teils des Strafgesetzbuches*, Frankfurt a. M./Berlin 1968, S. 67 f.

²³³ *Berliner Extra Dienst* vom 15.12.1971: „Das mußte ja kommen“.

²³⁴ Vgl. Elisabeth Badinter, *Ich bin Du. Die neue Beziehung zwischen Mann und Frau oder die androgyn Revolution*, München/Zürich 1987.

²³⁵ Zit. nach Tümmers, *AIDS*, S. 111 f.

währte die Karriere des Moderators mit dem schönen Namen „Ichgola Androgyn“ nicht lange. Die Person wurde von vielen Zuschauern zornig als „Tunte“ abgelehnt: „So sind wir nicht“.²³⁶ Zu diesem Zeitpunkt hatte eine feministische Autorin in Alice Schwarzers Zeitschrift *Emma* 1981 den androgynen „Traum vom neuen Menschen“ längst als Auflösung der bipolaren Geschlechterordnung interpretiert: „Der Androgyn, der die Antwort auf die Frage nach seinem Geschlecht verweigert, enthält mehr als das Versprechen auf Gleichberechtigung. In seiner Verweigerung liegt auch eine Absage an den Männlichkeitswahn und seine bösen Folgen. Insofern ist er zuallererst eine Herausforderung an die Männer, Abschied zu nehmen.“²³⁷

Nicht nur die Kriminalisierung männlicher Homosexualität hatte mit übergreifenden Geschlechterstereotypen zu tun. Die Nichtkriminalisierung homosexueller Handlungen von Frauen im modernen Deutschland basierte wiederum auf einem klar untergeordneten Rollenbild der Frau. Die exklusive Strafwürdigkeit männlicher Homosexualität ergab sich 1934 für den Berichterstatter der NS-Strafrechtskommission, Wenzeslaus Graf Gleispach, aus dem Umstand, dass Männer öffentliche Funktionen wahrnahmen und ihre Entscheidungen durch homosexuelle Motive verfälscht werden könnten. Da lesbische Frauen im öffentlichen Leben kaum eine Rolle spielten, stellte ihre Homosexualität keine vergleichbare Bedrohung dar.²³⁸ Entsprechend machte 1957 das Bundesverfassungsgericht klar, dass Frauen im Unterschied zu Männern nicht ebenfalls wegen homosexueller Handlungen bestraft werden sollten, weil ihre Sexualität weniger aggressiv und promiskuitiv sei; selbst bei lesbischen Frauen dominierten die feminin-mütterlichen Instinkte ihres Geschlechts.²³⁹ Die Atmosphäre ließ sich freilich auch ohne Einbeziehung ins Strafrecht verdüstern – etwa durch die vielbeachteten homophoben Darlegungen des prominenten Kriminologen Hans von Hentig über „Die Kriminalität der lesbischen Frau“, die 1959 mit Fallbeispielen etlicher von Lesbierinnen begangenen „Verbrechen gegen das Leben“ einen engen Konnex zwischen „Rechtsbruch und lesbische[r] Neigung“ unterstellten.²⁴⁰ Hentigs Publikation erlebte 1965 eine zweite, stark erweiterte Neuauflage²⁴¹ und wurde noch 1974 von der *Bild*-Zeitung in ihrer Sensationsberichterstattung über zwei wegen Anstiftung zum Mord angeklagte lesbische Frauen als Expertise herangezogen: Derart veranlagte Frauen, so zitierte *Bild* den kurz zuvor verstorbenen Wissenschaftler, würden „vor nichts zurückschrecken“, und ihre sexuelle „Leidenschaft“ könne „zu den grausamsten Konflikten führen [...]: zu verlassen Kindern und zerrissenen Ehen, zu allerhand Unglück, Tötung, Selbstmord, Mord“.²⁴²

²³⁶ Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 22.4.1991: „Der Weg vom Ghetto in die Oase? Das ‚Erste Deutsche Schwulen Fernsehen‘ in Berlin. Schwierigkeiten mit dem Konzept“.

²³⁷ Astrid Osterland, „Der Traum vom neuen Menschen“, in: *Emma* (5) 1981, S. 8–13, hier S. 12.

²³⁸ Vgl. Schoppmann, *Sexualpolitik*, S. 90 f.

²³⁹ Vgl. Moeller, *Private Acts*, in: Hagemann/Michel (Hrsg.), *Gender*, S. 324.

²⁴⁰ Hans von Hentig, *Die Kriminalität der lesbischen Frau*, Stuttgart 1959, S. 48.

²⁴¹ Ders., *Die Kriminalität der lesbischen Frau*, 2., völlig umgearbeitete Aufl., Stuttgart 1965, S. 56.

²⁴² Zit. nach *Der Spiegel* vom 2.9.1974: „Lustbetonte, liebe Stimmung“.

Es war die fortschreitende Gleichberechtigung der Frauen, die traditionelle Genderstereotype erschütterte – und zugleich die moderne Kriminalisierung lesbischer Handlungen ermöglichte. Schon 1957 argumentierte der Soziologe Helmut Schelsky in seinem Gutachten für das Bundesverfassungsgericht, „daß die unterschiedliche strafrechtliche Beurteilung männlicher und weiblicher Homosexualität nur historisch aus der Verschiedenheit der sozialen Stellung“ beider Geschlechter zu erklären sei. Da sich in jüngster Zeit „die gesellschaftliche Position der Frau in der Öffentlichkeit und im beruflichen Leben aber geändert“ habe, sei zumindest bei allen öffentlich oder beruflich aktiven Frauen Homosexualität als ebenso gefährlich einzuschätzen wie bei Männern.²⁴³ Im Unterschied zu Karlsruhe folgten die Rechtspolitiker der DDR dieser Sicht: Denn 1968 führte das SED-Regime, das sich auf seine Erfolge bei der Gleichberechtigung der Frauen viel zu gute hielt, mit dem neuen StGB einen Paragraphen 151 ein, der fortan „Jugendliche vor *homosexuellen Handlungen Erwachsener*“ schützen sollte. Erstmals wurden Jugendliche beiderlei Geschlechts geschützt, was im Umkehrschluss bedeutete: „Täter kann sowohl ein Mann als auch eine Frau sein.“²⁴⁴

Der Umgang mit Homosexualität im modernen Deutschland unterlag somit im Laufe der letzten beiden Jahrhunderte in einem komplexen „Verflechtungszusammenhang“ wiederholten tiefgreifenden Transformationen gesellschaftlicher Werte.²⁴⁵ Ein Jahrhundert nach der Petition des Wissenschaftlich-humanitären Komitees von 1897 war evident, dass nicht nur alle Denkmodelle über Homosexualität historisch bedingt waren, sondern auch die scheinbar unumstößlichen „Grundpfeiler der Homophobie“.²⁴⁶ Nach 200 Jahren höchst widersprüchlicher Entwicklungen könnte ein Optimist mit Blick auf unsere Gegenwart zu der Einschätzung gelangen, im gesellschaftlichen Umgang mit Homosexualität sei derzeit ein Zustand in Reichweite, wie ihn einst Goethe in die utopischen Worte fasste: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung seyn; sie muß zur Anerkennung führen. Dulden heißt beleidigen. [...] Die wahre Liberalität ist Anerkennung.“²⁴⁷

²⁴³ Zit. nach Schäfer, Unzucht, S. 109.

²⁴⁴ Strafrecht. Besonderer Teil. Lehrbuch, hrsg. von der Sektion Rechtswissenschaft der Humboldt-Universität zu Berlin und der Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft der DDR, Berlin (Ost) 1981, S. 118, und Strafrecht der Deutschen Demokratischen Republik. Lehrkommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. 2, hrsg. vom Ministerium der Justiz und der Deutschen Akademie für Staats- und Rechtswissenschaft „Walter Ulbricht“, Berlin (Ost) 1969, S. 137; Hervorhebungen jeweils im Original.

²⁴⁵ Detlef Pollack/Gergely Rosta, Religion in der Moderne. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt a. M./New York 2015, S. 229.

²⁴⁶ SZ vom 22.5.1997: „Alle Menschen werden schwul. Das Verschwinden der Homosexualität im 100. Jahr der Emanzipation“.

²⁴⁷ Johann Wolfgang von Goethe, Maximen und Reflexionen, in: Goethe's sämtliche Werke in dreißig Bänden. Vollständige, neugeordnete Ausgabe, Bd. 3, Stuttgart/Tübingen 1850, S. 230 und S. 237.

Ist dieser Zustand erreicht? Zumindest wird man auf weiterhin gegebene oder gar neu etablierte deutliche Abstufungen gegenwärtiger politischer, rechtlicher oder sozialer Akzeptanz verweisen. Das Diktum eines deutschen Modeschöpfers, der ein glückliches Ende der Geschichte feierte, da heute „Anders [...] das neue Normal“ geworden sei,²⁴⁸ gilt nicht ohne Einschränkungen.

²⁴⁸ Vgl. Michael Michalsky: „Anders ist das neue Normal“, 3.7.2018; mannschaft.com/michael-michalsky-anders-ist-das-neue-normal/ [22.3.2021].

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) ist ein liberal-konservatives Urgestein, das fast so alt ist wie die Republik. Da Mediengeschichte aber lange Zeit ein Stiefkind der Zeitgeschichte gewesen ist, gibt es auch in der Geschichte der FAZ zahlreiche blinde Flecken. Maximilian Kutzner nimmt sich der Frage an, wie es dieses journalistische Leitmedium mit der Deutschlandpolitik hielt. Dass er damit gleichsam die Gretchenfrage stellt, zeigt schon der Untertitel, den die FAZ bis heute trägt: „Zeitung für Deutschland“. Auf der Basis bislang nur wenig bekannter Quellen gelingt dem Autor ein facettenreicher Blick hinter die Kulissen von Redaktion und Herausbergremium. Zum Vorschein kommen dabei lebhaft geführte Debatten und kontroverse Einschätzungen über die Zukunft Deutschlands in den 1970er und 1980er Jahren.

Maximilian Kutzner

„Zeitung für Deutschland“?

Die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* und die deutsche Frage 1969 bis 1990

I. Mediengeschichte und Deutschlandpolitik

Einige Jahre nach dem Fall der Berliner Mauer gab Peter Jochen Winters, ehemaliger Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* (FAZ) in Ost-Berlin, dem einstigen Sprecher der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der DDR, Eberhard Grashoff, ein Interview für ein Buchprojekt. „Wie beurteilen Sie Ihre Korrespondententätigkeit in der DDR für die Bundesrepublik? War das ein Beitrag für die Einheit?“, fragte Grashoff. Winters antwortete ihm selbstbewusst: „Ich denke schon. Ich habe das so empfunden, und ich sage das auch im Nachhinein. [...] Aber allein die Tatsache, daß man das Einheitsgefühl nie verloren hat, daß man immer wieder – auch wenn es die Leute nicht immer gelesen haben oder nicht hören wollten – in diesem Sinne geschrieben hat, das war, so glaube ich, schon ganz wichtig.“¹

Bevor Winters 1968 zur FAZ kam, hatte er für die evangelische Wochenzeitung *Christ und Welt* in der Politikredaktion gearbeitet.² In Frankfurt war er zunächst für innenpolitische Fragen zuständig, bevor er die FAZ zwischen 1972 und 1990 in Berlin vertrat und seit 1977 auch für den Ostteil der Stadt zuständig war. Damit

¹ Peter Jochen Winters, Ich war immer in Deutschland (Interview mit Eberhard Grashoff), in: Eberhard Grashoff/Rolf Muth (Hrsg.), Drinnen vor der Tür. Über die Arbeit von Korrespondenten aus der Bundesrepublik in der DDR zwischen 1972 und 1990, Berlin 2000, S. 88–104, hier S. 103 f.

² Vgl. Sie redigieren und schreiben, hrsg. von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt a. M. 1988, S. 125.

bekleidete Winters keinen gewöhnlichen Korrespondentenposten, trug die FAZ doch seit ihrer Gründung 1949 den Untertitel „Zeitung für Deutschland“. Mit ihm verband das Blatt einen doppelten Anspruch: Qualitätsjournalismus für die Deutschen zu liefern und sich auf diesem Weg zugleich für die Einheit einzusetzen. Erich Welter hatte den Untertitel erdacht;³ er war die entscheidende Persönlichkeit hinter der Gründung der Zeitung, indem er Geldgeber, Journalisten und Verlagsleute zusammenbrachte. Als Mitherausgeber zwischen 1949 und 1980 prägte er die FAZ maßgeblich. Zwar verantwortete zu keiner Zeit ein Chefredakteur die redaktionelle Linie der Zeitung – dafür war und ist ein Kollegium von Herausgebern zuständig – ebenso wenig wie ein Verleger die Geschäfte führte. Doch Welter wirkte viele Jahre als Primus inter Pares, der als Manager der gesamten Zeitung fungierte und seinen Einfluss in redaktionellen wie in personellen Fragen geltend machte. Dies zeigte sich auch in der Deutschlandpolitik.

Die Berichterstattung über die DDR gehörte zwischen 1949 und 1990 zum Themenspektrum aller Ressorts der FAZ, egal ob Sport, Feuilleton oder Wirtschaft. Selbst im Rhein-Main-Teil, dem Lokalressort, spielte das Thema eine Rolle, wie etwa 1965, als dort eine Reportage über das andere Frankfurt – an der Oder – erschien.⁴ Der vorliegende Aufsatz konzentriert sich auf die 1970er und 1980er Jahre; zu dieser Zeit fielen zwei wichtige Faktoren zusammen: Erstens war die Deutschlandpolitik der sozialliberalen Koalition Gegenstand intensiver Debatten, in denen sich eine bis dahin unbekannte Polarisierung der bundesdeutschen Medienlandschaft beobachten ließ. Zeitungen, Rundfunksender und Journalisten politisierten sich stark, während die Deutschlandpolitik immer stärker medialisiert wurde. Politische Logiken wirkten immer stärker auf dem Feld der Medien, während mediale Logiken immer stärker auf dem Feld der Politik zum Tragen kamen. Das Verhältnis zwischen Journalisten, die zu Politikern wurden, und Politikern, denen die Bedeutung der Medienöffentlichkeit immer deutlicher vor Augen stand, änderte sich in jenen Jahren, wie sich anhand des hier untersuchten Politikfelds besonders gut zeigen lässt.⁵

Zweitens baute die FAZ in den 1970er und 1980er Jahren ihre Stellung als Leitmedium der Bundesrepublik aus und konnte ihre Bekanntheit enorm steigern. Dazu trugen vor allem Auflage, Renommee, Zitierhäufigkeit und Rezeption durch Entscheidungsträger aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit bei.⁶ Die verbreitete Auflage der Zeitung lag im vierten Quartal 1969 bei 272.269 Exemplaren, sie stieg bis 1976 trotz der Zeitungskrise zu Beginn des Jahrzehnts auf 305.228,⁷

³ Archiv der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt a. M. (künftig: FAZ-Archiv), Materialien zur Geschichte/Notizen von Frau Graefe 1949 bis 1959, Chronik FAZ.

⁴ Vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 7.12.1965: „Das andere Frankfurt“.

⁵ Vgl. Peter Hoeres, Außenpolitik und Öffentlichkeit. Massenmedien, Meinungsforschung und Arkanpolitik in den deutsch-amerikanischen Beziehungen von Erhard bis Brandt, München 2013.

⁶ Vgl. Jürgen Wilke, Leitmedien und Zielgruppenorgane, in: Ders. (Hrsg.), Mediengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Köln 1999, S. 302–329.

⁷ Vgl. IVW-Auflagenliste IV 1969, hrsg. von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V., Bad Godesberg 1970, S. 63; ivw.de/ali/19694_ivw_auf

und lag 1986 bei 386.402 Exemplaren.⁸ Dies wirft die Frage auf: Gelang es der Zeitung, sich als Akteurin in deutschlandpolitischen Fragen zu positionieren, und wie gestaltete sich das Wechselverhältnis mit anderen Akteuren der Deutschlandpolitik? Dieser Ansatz mag ungewöhnlich klingen, doch beinhaltet er die These, dass Medien als Handelnde mit eigenständiger Agenda im gesellschaftlichen Gefüge mit ihrer Umwelt interagieren.⁹ Es geht einerseits darum, den internen Diskurs mit Hilfe neuer Quellen offenzulegen, und andererseits darauf zu blicken, welche Rolle der „Zeitung für Deutschland“ in der Deutschlandpolitik der 1970er und 1980er Jahre zukam. Trifft die Einschätzung des Korrespondenten Winters zu, dass die FAZ nie das Einheitsgefühl verlor? Für welche Form der Einheit setzte sich die Zeitung ein?

Zunächst richtet sich der Blick darauf, welche Besonderheiten die Medien-geschichte der Deutschlandpolitik aufweist. Erst seit den 2000er Jahren wurden medienhistorische Aspekte dieses Forschungsfelds systematischer und umfassender erforscht, wenngleich es noch immer eine Vielzahl an Leerstellen gibt.¹⁰ So beleuchtete man zwar das grundlegende Verhältnis zwischen Öffentlichkeit, Demoskopie und Außenpolitik für die Jahre zwischen 1963 und 1974, doch fehlen Studien, die zeitlich darüber hinaus gehen oder sich dezidiert einzelnen Medien zuwenden.¹¹ Eine Ausnahme bildet die *Zeit*.¹² Dabei haben jüngere Forschungen gezeigt, dass vor allem die Wechselbeziehungen zwischen Journalisten und Außenbeziehungswise Deutschlandpolitikern einen erheblichen Mehrwert für die Geschichtswissenschaft bieten, da sich hier die politische Praxis in einem polarisier-ten Medienumfeld ebenso historisieren lässt wie die parteipolitische Positionierung von Medienakteuren.¹³ Am Beispiel der Deutschlandpolitik ist auch gezeigt worden, wie Polarisierung und Pluralisierung des bundesdeutschen Nachkriegs-

lagenliste.pdf [23.12.2020], und IVW-Auflagenliste IV 1976, hrsg. von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V., Bad Godesberg 1977, S. 19; ivw.de/ali/19764_ivw_auflagenliste.pdf [23.12.2020].

⁸ Vgl. IVW-Auflagenliste IV 1989, hrsg. von der Informationsgemeinschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e. V., Bad Godesberg 1990, S. 20; vw.de/ali/19894_ivw_auf-lagenliste.pdf [23.12.2020].

⁹ Vgl. Frank Bösch/Annette Vowinkel, Mediengeschichte, in: Frank Bösch/Jürgen Danyel (Hrsg.), *Zeitgeschichte. Konzepte und Methoden*, Göttingen 2012, S. 370–390, und Maximilian Kutzner, *Die Zeitung als Akteur. Theoretische, heuristische und methodische Zugänge in der modernen Mediengeschichte*, 2021, i. E.

¹⁰ Bereits vor 15 Jahren wurde diese Forschungslücke erkannt; vgl. Oliver Bange, *Ostpolitik – Etappen und Desiderate der Forschung. Zur internationalen Einordnung von Willy Brandts Außenpolitik*, in: *Archiv für Sozialgeschichte* 46 (2006), S. 713–736.

¹¹ Vgl. Hoeres, *Außenpolitik*.

¹² Vgl. Christoph Kleßmann, *Die deutsche Frage in der ZEIT*, in: Christian Haase/Axel Schildt (Hrsg.), „Die ZEIT“ und die Bonner Republik. Eine meinungsbildende Wochenzeitung zwischen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung, Göttingen 2008, S. 264–279.

¹³ Vgl. Andreas Rödder, *Die deutsche Frage vor dem Einigungsvertrag. Parteien, Intellektuelle und Massenmedien in der Bundesrepublik*, in: *Historisch-Politische-Mitteilungen* 15 (2008), S. 295–309, und Frank Bösch/Peter Hoeres (Hrsg.), *Außenpolitik im Medienzeitalter. Vom späten 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, Göttingen 2013.

journalismus mit der Zugehörigkeit zu politischen Generationen zusammenhängen.¹⁴ Die Anwendung neuerer medienhistorischer Ansätze, die mit den Schlagworten Medialisierung (des Politischen) und Politisierung (der Medien) als Basisprozesse des 20. Jahrhunderts verbunden sind, erscheinen angesichts des Stellenwerts des Politikfelds für die Geschichte der Bundesrepublik als lohnenswert, können hier jedoch nur in Ansätzen zum Tragen kommen.¹⁵

Entscheidend für die medienhistorische Betrachtung der Deutschlandpolitik ist die Multiperspektivität der Quellen. Die Quellenbasis des Aufsatzes besteht nicht allein aus der Berichterstattung der FAZ, die sich mit Hilfe des digitalen Volltextarchivs der Zeitung auch quantitativ auswerten lässt. Zudem konnten erstmals Bestände aus dem Hausarchiv der FAZ gesichtet werden. So ist es möglich, die Binnenperspektive der Redaktion zu rekonstruieren und das Verhältnis zu Entscheidungsträgern der Deutschlandpolitik in der Bundesrepublik und der DDR schärfer zu fassen. Die Geschichte der FAZ wird erst seit Kurzem systematisch aufgearbeitet; bislang stand die zeithistorische Forschung zu dieser Zeitung in krassem Gegensatz zu ihrer Bedeutung für die bundesdeutsche Presselandschaft. Folglich ist auch die hier verfolgte Fragestellung zwar bereits angeschnitten, aber noch nicht tiefergehend erforscht worden.¹⁶ Neueste Analysen heben hervor, dass die Zeitung programmatisch für die Wiedervereinigung eintrat und die deutschlandpolitische Linie der FAZ vor allem von Redakteuren bestimmt wurde, die selbst aus der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) und der späteren DDR geflüchtet waren. Gleich drei von ihnen wurden Herausgeber der FAZ: Johann Georg Reißmüller, Fritz Ullrich Fack und Jürgen Jeske.¹⁷ Der Aufsatz fasst die vorliegenden Ergebnisse zusammen, differenziert sie und fügt neue Erkenntnisse hinzu.

II. Die deutsche Einheit als Teil des Gründungsauftrags der FAZ und frühes Konfliktfeld

Die Frage nach Teilung und Einheit spielte bereits bei der Gründung der FAZ eine wichtige Rolle. Die Wirtschaftspolitische Gesellschaft von 1947 e. V. (WIPOG), ein privater Verein, der sich in den Nachkriegsjahren die Aufgabe gestellt hatte, für die Durchsetzung und Popularisierung von Marktwirtschaft und Demokratie einzutreten, kann neben Bemühungen aus der Privatwirtschaft als Initiatorin der Zeitungsgründung gelten.¹⁸ Die WIPOG hatte sich bereits 1948, am Vorabend der

¹⁴ Vgl. Christina von Hodenberg, *Konsens und Krise. Eine Geschichte der westdeutschen Medienöffentlichkeit 1945–1973*, Göttingen 2006.

¹⁵ Vgl. Klaus Arnold u. a. (Hrsg.), *Von der Politisierung der Medien zur Medialisierung des Politischen? Zum Verhältnis von Medien, Öffentlichkeiten und Politik im 20. Jahrhundert*, Leipzig 2010, und Michael Meyen, *Medialisierung*, in: *Medien & Kommunikationswissenschaft* 57 (2009), S. 23–38.

¹⁶ Vgl. Hoeres, *Außenpolitik*, S. 420.

¹⁷ Vgl. Peter Hoeres, *Zeitung für Deutschland. Die Geschichte der FAZ*, München/Salzburg 2019.

¹⁸ Vgl. Siegfried Blasche, *Die Gründungen der Wirtschaftspolitischen Gesellschaft von 1947 e.V. und der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (1949)*, 2004; wipog.de/veranstaltungen/

Berlin-Blockade, für die deutsche Einheit ausgesprochen und wollte mit der Gründung der FAZ diesen Standpunkt, neben der Popularisierung der Marktwirtschaft als Wirtschaftsordnung, in die westdeutsche Öffentlichkeit tragen.¹⁹ Es war keine Besonderheit auf dem deutschen Zeitungsmarkt, dass Journalisten oder Verleger darauf zielten, für die Einheit zu werben. Axel Springer verfolgte mit seinen Blättern den Anspruch, eine eigenständige Deutschlandpolitik zu betreiben.²⁰ Er ließ 1959 direkt an der Sektorengrenze und späteren Berliner Mauer sein Verlagshaus errichten. Auch Gerd Bucerus machte sich als Verleger der *Zeit* und Politiker der Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU) für die Wiedervereinigung stark.²¹ Insgesamt warb die Mehrheit der bundesdeutschen Zeitungen in den frühen 1950er Jahren für dieses Ziel.²² Das Besondere an der FAZ war jedoch, dass durch die Leitsätze der WIPOG der Einsatz für die deutsche Einheit eines der zentralen Ziele hinter der Gründung war.

Diese Sonderstellung barg jedoch Konfliktpotenzial. Denn das kollegiale Herausgeberprinzip wurde gleich zu Beginn der 1950er Jahre in einer Phase, in der die Zeitung aus finanziellen Gründen um das Überleben kämpfen musste, auf eine harte Probe gestellt: 1955 entmachtete das Herausgeberkollegium den für das Politikressort zuständigen Herausgeber Paul Sethe, der die Zeitung wenig später verließ. Sethe, aus dessen Feder das Gros der Kommentare zur Außenpolitik stammte, hatte sich bereits seit Beginn der 1950er Jahre gegen die Deutschlandpolitik Konrad Adenauers gestellt, da er den Kurs der konsequenten Westbindung als hohe Hürde für eine Wiedervereinigung ansah.²³ Maßgebend für Sethes Entmachtung war der Druck vonseiten der Finanziere, von denen die Zeitung bis zur Gründung der FAZIT-Stiftung 1959 abhängig war. Sie sahen durch Sethes Linie die Stabilität der Bundesrepublik gefährdet.²⁴ Der Slogan „Zeitung für Deutschland“ hatte für

vortragsmanuskripte/ [20.10.2019]; Astrid von Pufendorf, Otto Klepper (1888–1957). Deutscher Patriot und Weltbürger, München 1997; Maximilian Kutzner, Ludwig Erhard und die Frankfurter Allgemeine Zeitung, in: Orientierungen zur Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik 143 (2016), S. 31–37; ders., Der Salamander Generaldirektor und das Frankfurter Weltblatt – Alex Haffner und die frühen Jahre der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, in: Kornwestheimer Geschichte 26 (2016), S. 47–55, und ders., Das Wirtschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und die Medialisierung der Wirtschaftspolitik in den 1950er Jahren, in: Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte 101 (2014), S. 488–499.

¹⁹ Vgl. Erste Hattenheimer Resolution vom 26.5.1948; www.wipog.de/publizistik/erkl%C3%A4rungen-und-texte/ [20.1.2021].

²⁰ Vgl. Peter Hoeres, Reise nach Amerika. Axel Springer und die Transformation des deutschen Konservatismus in den 1960er- und 1970er-Jahren, in: Zeithistorische Forschungen 9 (2012), S. 54–75; www.zeithistorische-forschungen.de/1-2012/id=4528 [20.1.2019].

²¹ Vgl. Die Zeit vom 13.10.1989: „Opfer bringen für die Wiedervereinigung“.

²² Vgl. Markus Kiefer, Auf der Suche nach nationaler Identität und Wegen zur deutschen Einheit. Die deutsche Frage in der überregionalen Tages- und Wochenpresse der Bundesrepublik 1949–1955, Frankfurt a. M. 1992, S. 660–694.

²³ Vgl. FAZ vom 13.6.1955: „Zwischen Hoffnung und Sorge“. Sethe hatte wie Welter und einige andere Kollegen bereits für die „Frankfurter Zeitung“ gearbeitet; 1949 wurde er Mitherausgeber der FAZ.

²⁴ Vgl. Maximilian Kutzner, Marktwirtschaft schreiben. Das Wirtschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 1949 bis 1992, Tübingen 2019, S. 158–172.

die Männer im Hintergrund nicht bedeutet, dass die Einheit um jeden Preis erzielt werden sollte. Viele der Finanziers standen dem Kanzler und der CDU nahe. Nachdem Sethe die Zeitung verlassen hatte, dominierte dann auch diese Lesart, nach der die Bedeutung der Westintegration betont und die DDR überaus kritisch betrachtet wurde.

Dieser skeptische Grundton der Berichterstattung wich in den 1960er Jahren einer schrittweisen Wertschätzung der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leistungen der Nachbarn im Osten Deutschlands – und das trotz des Mauerbaus und des verstärkten gewaltsamen Vorgehens gegen die eigene Bevölkerung. Im Wirtschaftsteil wurden nun erste Töne der Anerkennung für die Verbesserung der ökonomischen Lage auf der anderen Seite der Grenze angeschlagen. „Die Auseinandersetzung mit der Zone ist tatsächlich viel schwieriger geworden“, konstatierte Jürgen Eick 1964.²⁵ Der gebürtige Dresdner war 1963 vom Leiter des Wirtschaftsteils zum Mitherausgeber aufgestiegen.²⁶ Er war ein ausgesprochener Intimus Welters, der Eicks Doktorarbeit betreut und seine Karriere maßgeblich gefördert hatte. Beide bildeten fortan in der Zeitung ein überaus einflussreiches Tandem, was wenige Jahre später in einer personellen Frage entscheidend werden sollte.

Während die DDR in jenen Jahren ihren repressiven Charakter ausformte, fand sie schrittweise immer mehr Anerkennung auch in anderen westlichen Medien. Der *Stern* druckte 1963 ein Interview mit Walter Ulbricht ab, in dem der Vorsitzende des Staatsrats die positive Entwicklung seines Lands ausführlich darlegen durfte.²⁷ Der *Spiegel* veröffentlichte im Jahr darauf einen Aufsatz von Peter Bender, in dem er im Sinne einer gemeinsamen Entspannungspolitik für mehr Zugeständnisse Bonns an Ost-Berlin warb.²⁸

Auch auf semantischer Ebene waren nun Verschiebungen auszumachen. Dominant war in der FAZ bis Ende der 1960er Jahre der Terminus „Sowjetzone“ für die Bezeichnung des Staatsgebiets der DDR gewesen, der einerseits den Verweis auf die SBZ enthielt und andererseits den Begriff Deutsche Demokratische Republik umging, dessen Gebrauch in den Augen der Herausgeber der Anerkennung gleichgekommen wäre. Für sie war es wichtig, dass sich die Redakteure hier genau an die Vorgaben hielten. Die Wortwahl war Chefsache. Noch 1963 hielt man fest: „Herr Welter macht bei dieser Gelegenheit darauf aufmerksam, daß der Sprachgebrauch ‚Ostzone‘ zu vermeiden sei und daß es ‚Sowjetzone‘ heiße.“²⁹ Dem Herausgeber ging es um eine klare Abgrenzung zwischen dem Staatsgebiet der DDR

²⁵ FAZ-Archiv, Eick Korrespondenz mit Professor Welter 1.12.1963–28.2.1965, Jürgen Eick an Erich Welter, 2.4.1964.

²⁶ Vgl. Hoeres, Zeitung, S. 571. Das Herausbergremium wandelte sich in den 1960er Jahren stark. Die Gründungsherausgeber Erich Dombrowski und Hans Baumgarten, beide zuständig für das Politikressort, schieden 1962 und 1963 aus. Benno Reifenberg wurde 1959 Mitherausgeber und schied 1965 wieder aus. Jürgen Tern trat 1960 ins Herausbergremium ein; 1966 folgten Bruno Dechamps und Nikolas Benckiser.

²⁷ Vgl. Der Stern vom 1.12.1963: „Ulbricht möchte mit Erhard sprechen“.

²⁸ Vgl. Der Spiegel vom 7.10.1964: „Bonn – Ulbrichts Freund und Helfer?“

²⁹ FAZ-Archiv, Herausgeber 1.4.1964 bis Dez. 1965, Aktenvermerk über die Herausbergersitzung, 11.7.1963.

und den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reichs. Die Verantwortlichen der FAZ wollten aber keineswegs den Eindruck erwecken, dass die Zeitung dabei war, die „Sowjetzone“ als eigenständigen Staat anzuerkennen, was der Sprachgebrauch für die Leser hätte suggerieren können. Daher setzte man „DDR“ in Anführungszeichen und achtete vonseiten der Herausgeber genau darauf, dass die Redakteure diese Praxis nicht unterließen.³⁰

III. Der Aufstieg zum deutschlandpolitischen Akteur nach der Causa Tern

1969 ließ sich aber selbst dieser Kurs nicht länger aufrechterhalten. In der Fülle der Artikel über die DDR wurden die Anführungszeichen häufig vergessen, und zwischen den Ressorts bestand kaum Einheitlichkeit in dieser Frage. Intensiv wurde darüber im Kreis der Redakteure diskutiert. Für Dolf Sternberger, Politikwissenschaftler, ehemaliger Redakteur der *Frankfurter Zeitung* (FZ) und seit 1959 politischer Leitartikler der FAZ, war die Sache klar: „Einmal, daß man es nicht mit einem Staat zu tun habe, zum anderen den Nichtanerkennungsvorbehalt.“³¹ Nicht allen Redaktionsmitgliedern leuchtete diese Erklärung ein. Peter Jochen Winters entgegnete, dass man gerade durch die Betonung mit Anführungszeichen die DDR hervorhebe. Die Herausgeber beschlossen, dass es der politischen Redaktion unter der Herausgeberschaft von Jürgen Tern obliegen sollte, darüber zu entscheiden, ob und wie mit den Anführungszeichen zu verfahren sei. Tern verfügte 1970: „Man möge dazu übergehen, einfach DDR zu schreiben, weil die Anführungsstriche allmählich schon schrullig wirkten.“³²

Bei Willy Brandts Amtsantritt war die Haltung gegenüber seiner Deutschlandpolitik in der FAZ keineswegs ablehnend. Die veränderte Praxis der Anführungszeichen deutet an, dass man sich von der formelhaften Ablehnung der DDR allmählich entfernt hatte. Winters sah angesichts der deutschlandpolitischen Ankündigungen des Bundeskanzlers in seiner Antrittsrede im Bundestag optimistisch in die Zukunft.³³ Tern war bis 1970 nicht als starker Befürworter Brandts oder der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) allgemein aufgefallen. Er gehörte – Jahrgang 1909 – zur Generation der Wilhelminer, war in der Weimarer Republik aufgewachsen und wie sein Herausgeberkollege Erich Welter (Jahrgang 1900) für die 1943 verbotene FZ tätig gewesen. Terns politischer Kurs war betont konservativ, als er 1960 in den Kreis der Herausgeber der Zeitung berufen wurde. Er hatte sich auch bei der Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition 1969 noch durchaus kritisch zum Vorhaben Brandts geäußert, für Verständigung mit der DDR einzutreten. In seinen Augen knüpfte der neue Bundeskanzler an die

³⁰ FAZ-Archiv, H 1966 bis Dez 1968, Protokoll über die Herausbersitzung, 20.3.1968.

³¹ FAZ-Archiv, Akten der Redaktion. Protokolle der Politischen Konferenzen, 1956–1970, Politische Konferenz, 18.11.1969.

³² FAZ-Archiv, Akten der Redaktion. Protokolle der Politischen Konferenzen, 1956–1970, Politische Konferenz, 20.1.1970.

³³ Vgl. FAZ vom 29.9.1969: „Vor großen Aufgaben“.

Politik seines Vorgängers Kurt Georg Kiesinger an.³⁴ Anfang 1970 war jedoch ein Stimmungsumschwung bei Tern spürbar, der untypisch für Angehörige seiner Generation war.

Obwohl sich dieser Umschwung zeitlich sehr genau auf Februar bis April 1970 eingrenzen lässt, liegen seine Hintergründe im Dunkeln. Noch im Januar meinte Tern in der Politischen Konferenz der Redaktion, bei der auch Welter anwesend war: „Es gehe ja nicht darum, daß die Zeitung die Staatsverdichtung der DDR befördere, sondern daß man sich bewusst werde, daß der Prozess der Staatswerdung schon weit gediehen sei; leider.“³⁵ Er begann nun, die Neue Ostpolitik zu unterstützen, und sprach sich in einem Kommentar offen für die Anerkennung der DDR durch die Bundesrepublik aus:

„Die staatliche Einheit der Deutschen ist dahin. [...] Dem Staatscharakter der DDR fügt es andererseits inzwischen nichts mehr hinzu, wenn man diesen erkennt und sich hier in der Bundesrepublik mit der Sprache danach verhält. Damit wird keine Vorausleistung erbracht, nur eine nachträgliche Feststellung getroffen. In diesen Zusammenhängen wird sich das Problem der völkerrechtlichen Anerkennung der DDR immer mehr relativieren; schließlich mag man darin bloß noch talmijuristischen Hokuspokus sehen. Man muß der Entwicklung zuvorkommen. Das alles ist nach Erfurt nur noch klarer.“³⁶

Terns Kommentar vom 20. März 1970, in dem er sich auf Brandts Besuch in Erfurt bezog, hatte eine Vorgeschichte. Er war schon seit einiger Zeit dazu übergegangen, seine Beiträge nicht mehr mit dem Kollegium abzustimmen und sie gegenlesen zu lassen – eigentlich ein eisernes Gesetz der Redaktion. Einen Tag vor Erscheinen des Kommentars trafen sich Mitglieder unterschiedlicher Redaktionen zur Konferenz. In diesem Format wurden aktuelle Fragen diskutiert und Artikel zu bestimmten Bereichen vergeben. Die Sitzung am 19. März hatte – völlig unüblich – damit begonnen, dass ihr Leiter Tern die Redakteure abstimmen ließ:

„Der Variation halber wolle er hier einmal zu Erfurt eine Art Demoskopie veranstalten, mit drei Fragen, deren Erkenntniswert niemand überschätzen werde: Wer ist für die Begegnung und die Fortsetzung dieser Politik? (Einstimmige Zustimmung) Wer wäre auf die Länge sogar für die Anerkennung der DDR, würde jedenfalls vor dieser Konsequenz der eingeschlagenen Politik nicht zurückschrecken? (Die große Mehrheit zeigt sich zustimmend).“³⁷

³⁴ Vgl. FAZ vom 29.10.1969: „Brandts Stichwort: Erneuerung“.

³⁵ FAZ-Archiv, Akten der Redaktion. Protokolle der Politischen Konferenzen, 1956–1970, Politische Konferenz, 20.1.1970.

³⁶ FAZ vom 20.3.1970: „Erfurt und danach“.

³⁷ FAZ-Archiv, Protokolle über die Redaktionskonferenzen 1.1.1970–31.12.1971, Protokoll der Redaktionskonferenz, 19.3.1970.

Der Kommentar spiegelte also nicht nur die Meinung Terns wieder, sondern zugleich auch die der Mehrheit der am 19. März anwesenden Redakteure. Die Zustimmung zur Neuen Ostpolitik war nicht nur in der Politikredaktion groß, sondern auch bei Redakteuren aus dem Feuilleton oder dem Wirtschaftsteil, wie dem Protokoll zu entnehmen ist. Wohl auch dadurch fühlte sich Tern in seiner Haltung bestätigt. Sein Meinungsumschwung war also durchaus Ausdruck einer Haltung, die eine verhältnismäßig große Gruppe von Redakteuren vertrat – so hatte es zumindest den Anschein.

Die Frage, wie man den Untertitel „Zeitung für Deutschland“ interpretierte, wurde davon ausgehend zum zweiten Mal zu einem harten Prüfstein für die FAZ. Denn Erich Welter und sein Herausgeberkollege Jürgen Eick, beide zuständig für den Wirtschaftsteil, hatten an der Sitzung nicht teilgenommen. Beide nahmen besorgt über Dritte zur Kenntnis, wie sich das Meinungsbild in der FAZ gestaltete. Vor allem Welter sah darin eine Gefährdung der politischen Linie der Zeitung, und Eick erkannte in Terns Verhalten einen Verstoß gegen den Meinungsbildungsprozess in der FAZ. Er betrachtete die Argumentation seines Herausgeberkollegen für die Anerkennung zugleich als Affront gegen die Grundsätze der politischen Linie der Zeitung, die stets gemeinsam vom Herausgeberkollegium bestimmt werden sollte.³⁸ In den folgenden Tagen und Wochen bestätigte sich jedoch auch bei ihm der Eindruck, dass Tern in jedem Fall auf die Anerkennung der DDR hinwirken wolle.³⁹ Eick hatte von anderen Redakteuren gehört, die wie er und Welter in der Frage der Anerkennung kritisch waren: „Es grenze offensichtlich inzwischen an Vaterlandsverrat, wenn man bei Herrn Tern etwas gegen die Regierung sage. Herr Götz nahm aus diesem Gespräch den Eindruck mit, dass sich die Zeitung in einer ernststen Führungskrise befinde.“⁴⁰

Dieser Zustand war für Welter und Eick unhaltbar. Sie nutzten ihren Einfluss als Zweiergespann im sechsköpfigen Herausgebergremium, um Karl Korn, den für das Feuilleton zuständigen Herausgeber, auf ihre Seite zu ziehen. Vonseiten des Verlags, der für die Produktion und den Vertrieb der Zeitung zuständig war, gab es in Person von Verlagsdirektor Werner G. Hoffmann Rückendeckung und Unterstützung für das Vorhaben.⁴¹ Tern wurde daraufhin am 1. Mai 1970 beurlaubt und verließ am 1. September offiziell die FAZ. Damit war er nach Sethe der zweite Herausgeber, bei dessen Entmachtung die Haltung der FAZ in der Deutschlandpolitik eine wichtige Rolle spielte.

Nach Terns Beurlaubung entbrannte ein intensiver und folgenschwerer Konflikt zwischen der Führungsetage und einzelnen Vertretern der Redaktionen, die nicht im Vorfeld über den Schritt der Herausgeber informiert worden waren. Es

³⁸ FAZ-Archiv, Eick Korrespondenz Professor Welter 1.12.1967–31.10.1970, Jürgen Eick an Erich Welter, 20.3.1970.

³⁹ FAZ-Archiv, Eick Korrespondenz Professor Welter 1.12.1967–31.10.1970, Jürgen Eick an Erich Welter, 1.4.1970.

⁴⁰ FAZ-Archiv, Eick Korrespondenz Professor Welter 1.12.1967–31.10.1970, Jürgen Eick an Erich Welter, 25.5.1970.

⁴¹ Vgl. Hoeres, Zeitung, S. 249.

ging hier weniger um die Frage der Neuen Ostpolitik als um praktische Dinge des Tagesgeschäfts. Die Redakteure forderten mehr Mitspracherecht bei der Einstellung und Entlassung von Herausgebern; ein Redaktionsbeirat wurde gegründet.⁴² Auf Tern folgte Fack als zuständiger Herausgeber des Politikteils. Der gebürtige Leipziger, Jahrgang 1930, war zuvor Redakteur des Wirtschaftsteils gewesen und kam damit aus dem Zuständigkeitsbereich Welters und Eicks. Fack hatte sich zuvor insbesondere als Fachmann für Wettbewerbspolitik exponiert.⁴³ Als für den Politikteil zuständiger Mitherausgeber pflegte er eine besonders kritische Lesart der Entspannungspolitik und sah etwa den Begriff Antikommunismus zu Unrecht als negativ besetzt an.⁴⁴ Johann Georg Reißmüller, der sich intensiv mit den Folgen von Brandts Ostpolitik beschäftigte, avancierte in den 1970er Jahren ebenfalls zu einem konservativen Aushängeschild der Zeitung.⁴⁵ Der gebürtige Böhme war bis zu seiner Berufung zum Herausgeber 1974 als verantwortlicher Redakteur für Innenpolitik ebenfalls durch seinen pointiert antikommunistischen Kurs aufgefallen.⁴⁶ Reißmüllers Berufung zum Herausgeber war die eine Maßnahme zur Profilschärfung der FAZ, Joachim Fests Engagement als Nachfolger Karl Kornes 1973 die andere. Damit sollte auch das Feuilleton, das bis dahin eher einer linken Lesart der Zeitläufte verpflichtet war, politisch stärker im Sinne der Zeitung definiert werden.

Nach Terns Entlassung dominierte eine kritische Betrachtung der Ostpolitik, was sich an einem brisanten Detail festmachen lässt. Bei der folgenschweren Redaktionssitzung, auf der Tern die Anwesenden zur Abstimmung bat, war auch Nikolas Benckiser anwesend. Er gehörte (Jahrgang 1903) wie Welter und Tern zu den Silberrücken der Zeitung und hatte wie seine beiden Kollegen eine Vergangenheit bei der FZ. Zunächst als politischer Korrespondent und ab 1957 als zuständiger Redakteur für Außenpolitik, bekleidete Benckiser wichtige Positionen in der FAZ. 1966 wurde er zuständiger Herausgeber für den Politikteil. Während sich Tern maßgeblich der Innenpolitik widmete, sah Benckiser seinen Beritt in der Außenpolitik. In der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie hatte er noch im Februar 1970 grundsätzlich zu bedenken gegeben: „Wir sollten das nicht machen [...]. Es sei nicht vorstellbar, dass in Verhandlungen ein Preis erreicht werde, der einzig die Anerkennung wert sei: Nämlich eine wirkliche Liberalisierung der DDR.“⁴⁷ Bemerkenswert war dann aber, dass auch Benckiser bei der Sitzung am 19. März 1970 anwesend war und dort für die Fortsetzung von Brandts Politik und auch für die Anerkennung der DDR stimmte.⁴⁸ Nach Terns Beurlaubung war von

⁴² Vgl. ebenda, S. 250–261.

⁴³ Vgl. Sie redigieren und schreiben (1988), S. 27 f.

⁴⁴ Vgl. Hoeres, Zeitung, S. 150.

⁴⁵ Vgl. FAZ vom 4.1.1974: „Scheels Entschluß und die Folgen“, und vom 9.7.1975: „Folgen der westlichen Schwäche“.

⁴⁶ Vgl. Hoeres, Zeitung, S. 150.

⁴⁷ FAZ-Archiv, Protokolle über die Redaktionskonferenzen 1.1.1970–31.12.1971, Protokoll über die Große Konferenz, 17.2.1970.

⁴⁸ FAZ-Archiv, Protokolle über die Redaktionskonferenzen 1.1.1970–31.12.1971, Protokoll der Redaktionskonferenz, 19.3.1970.

Benckisers Offenheit für die Neue Ostpolitik dann nichts mehr zu spüren.⁴⁹ Am deutlichsten zeigte sich der Kursschwenk in der Frage der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze. Vor allem seine Kommentare jener Jahre waren markig und besonders meinungsstark. Benckiser kritisierte den Kurs der Bundesregierung scharf. „Ein Rubikon wird, wenn es zur Ratifizierung kommt, überschritten sein; ein Weg wurde betreten, auf dem es kein Zurück gibt, es sei denn, unter einem schweren politischen Bruch.“⁵⁰ In dieser Frage war die FAZ in den 1970er Jahren die „Zeitung für Deutschland“ – in den Grenzen von 1937. In der bundesdeutschen Medienlandschaft, die sich zunehmend nach links verschoben hatte, fand die Zeitung damit ihre Position am konservativen Rand.

Diese Entwicklung blieb der Politik nicht verborgen. Die Regierungsmitglieder in Ost und West beobachteten die FAZ aufmerksam. Während sich der *Spiegel*, der *Stern* und die *Zeit* mehrheitlich positiv äußerten, kritisierten vor allem die Blätter des Springer-Verlags Brandts Kurs.⁵¹ Inzwischen fand die SPD und mit ihr die Neue Ostpolitik keineswegs mehr die Zustimmung der Mehrheit in der Bundesrepublik. Tatsächlich blickten die Wählerinnen und Wähler 1972 überwiegend kritisch auf die Deutschlandpolitik der Regierung, wenngleich das konstruktive Misstrauensvotum gegen Brandt im Bundestag scheiterte.⁵² In diesem Klima kam es 1973 zu einem Einflussversuch seitens der Politik auf die FAZ. Gerade waren auf der ersten Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in Helsinki grundsätzliche Vereinbarungen über die deutsche Zweistaatlichkeit getroffen worden. Wenig überraschend kritisierte die FAZ die gefassten Beschlüsse scharf. Vor allem Alfred Rapp tat sich in dieser Frage hervor. Er war 1950 zur FAZ gekommen und wurde ihr Bonner Korrespondent. Seit 1955 leitete er die Bonner Redaktion und bekleidete damit eine der wichtigsten Positionen in der Zeitung. Rapp vertrat eine betont konservative Haltung. Er hatte direkten Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern und gehörte zur Journalistenrunde, die zu den berühmten Teegesprächen Konrad Adenauers geladen war.⁵³ Für den Kurs der sozialliberalen Koalition in der Deutschlandpolitik fand er – wenig überraschend – keine positiven Worte.⁵⁴

Infolge der markigen Artikel gegen die Beschlüsse von Helsinki gab es eine Reihe von Zuschriften an die Zeitungen, die teils wütend, teils abgewogen Rapps Auffassung kritisierten. Sind solche Zuschriften klug formuliert und vertreten einen Standpunkt, der den Redakteuren plausibel erscheint, werden sie bis heute unter der Rubrik „Briefe an die Herausgeber“ veröffentlicht. Das Besondere daran ist, dass sich dort oft eine alternative Lesart zu einem redaktionellen Beitrag findet.

⁴⁹ Vgl. FAZ vom 2.12.1970: „Zwei Verträge“.

⁵⁰ FAZ vom 21.11.1970: „Rubikon Oder-Neiße“.

⁵¹ Vgl. Hoeres, Außenpolitik, S. 412–426.

⁵² Vgl. Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968–1973, Allensbach/Bonn 1974, S. 485.

⁵³ Vgl. Hoeres, Zeitung, S. 137–143.

⁵⁴ Vgl. FAZ vom 14.8.1971: „Mit dem Holzknüppel“, vom 26.8.1971: „Die Opposition und Berlin“, und vom 9.12.1971: „Im Zwielficht“.

Die Zeitung konnte sich damit stets leicht und öffentlich des Anscheins erwehren, man nehme andere Meinungen nicht zur Kenntnis. Zugleich setzte sich die Redaktion selbst unter Druck, stets eine Reihe kritischer Zuschriften (neben ausdrücklich lobenden) zu veröffentlichen.

Rapp war schon seit geraumer Zeit aufgefallen, dass jedem Kommentar aus seiner Feder ein entschärfender Leserbrief folgte. Der Bonner Korrespondent begann sich umzuhören, woher diese stammten: Offenbar wurden die kritischen Leserzuschriften, die als „Briefe an die Herausgeber“ veröffentlicht wurden, ganz gezielt gegen ihn lanciert. Die zuständigen Redakteure im Haus waren ahnungslos. Die Spur führte zur SPD. Rapp übermittelte seine Nachforschungen bei vertraulichen Quellen an seinen zuständigen Herausgeber. „Ich habe zuverlässig gehört“, schrieb Rapp an Fritz Ullrich Fack, „daß die SPD-Baracke eine ‚Leserbriefgruppe‘ für die F.A.Z. gebildet hat, in der manche Artikel genau analysiert werden, worauf dann Leserbriefe geschrieben werden“. Diese Kampagne, so Fack gegenüber seinen Herausgeberkollegen, sei natürlich auf die „Meinungsführer-Funktion der F.A.Z.“ zurückzuführen.⁵⁵ Auch der Deutsche Presserat war auf die Aktion der SPD aufmerksam geworden und fragte bei der Zeitung an, ob sich denn „Symptome einer Briefaktion der ‚Baracke‘ gegen die F.A.Z.“ feststellen ließen.⁵⁶ Wenig später konnte auch Heinz Heck, Korrespondent des Wirtschaftsressorts in Bonn, das Gerücht „aus guter Quelle“ bestätigen.⁵⁷ In der Regierung, so hatte Fack aus vertraulichen Kreisen zudem erfahren, werde vor politischen Entscheidungen inzwischen genau abgewogen, wie das Urteil der FAZ ausfallen würde. „Die F.A.Z. ist für die Regierung eine Art ‚Big Brother‘“, schätzte er die Lage ein.⁵⁸ Die Episode verdeutlicht, welchen Stellenwert die Zeitung inzwischen hatte. Die Zeitung wurde als Einflussfaktor auf den politischen Betrieb wahrgenommen, in einer Phase, in der sich zunehmend Kritik gegen Brandts Kurs formierte. Die Herausgeber unternahmen aber in der Sache nichts weiter und setzten sich auch nicht mit der SPD in Verbindung, anders als andere bundesdeutsche Blätter, die einen solchen Vorfall vielleicht skandalisiert hätten.

Glaubt man den regierungsamtlichen Korrespondenzen, so hatte die FAZ in den 1970er Jahren den Status eines zentralen Medienakteurs auf dem Feld der Deutschlandpolitik erlangt. Auf kein anderes Blatt bezogen sich die verantwortlichen Deutschlandpolitiker der 1970er Jahre so häufig wie auf die FAZ.⁵⁹ Ministe-

⁵⁵ Bundesarchiv Koblenz (künftig: BArchK), N1314/512, Fritz Ullrich Fack an Nikolas Benckiser, Bruno Dechamps, Jürgen Eick, Erich Welter, Karl Korn, Günther Gillessen, Robert Held, Georg Reißmüller und Heinz Stadlmann, 14.9.1973.

⁵⁶ BArchK, N1314/511, Auszug aus dem Protokoll über die Herausgebersitzung, 24.10.1973.

⁵⁷ BArchK, N1314/511, Auszug aus dem Protokoll über die Herausgebersitzung, 7.11.1973.

⁵⁸ BArchK, N1314/512, Fritz Ullrich Fack an Nikolas Benckiser, Bruno Dechamps, Jürgen Eick, Erich Welter, Karl Korn, Günther Gillessen, Robert Held, Georg Reißmüller und Heinz Stadlmann, 14.9.1973.

⁵⁹ Diese Einschätzung lässt sich mit Blick auf die Edition „Dokumente zur Deutschlandpolitik“ für die Jahre zwischen 1970 und 1980 treffen. Wenngleich die heuristischen Eigenheiten einer Quellenedition hier mit einbezogen werden müssen, kann dies doch als Indiz für den Stellenwert der FAZ gedeutet werden.

rialrat Peter Füllelein vom Bundesministerium des Inneren schätzte als Leiter des Referats „Grundvertrag mit Folgevereinbarungen, Grenzkommission“ die Meinung der Zeitung in Grenzfragen 1974 als überaus einflussreich ein.⁶⁰ Erich Honecker selbst fragte besorgt beim Leiter der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in der DDR Günter Gaus nach, ob sein Gegenüber die Kritik an der Arbeit der Grenzkommission teilen würde, so wie sie in der FAZ geübt worden sei.⁶¹ Gerade wegen des neuen Kurses der Bundesregierung in der Deutschlandpolitik war die FAZ die publizistische Heimat all jener Leserinnen und Leser, die weiterhin davon überzeugt waren, dass die völkerrechtliche Anerkennung der DDR, Zugeständnisse in Grenzfragen und Abrüstung der falsche Weg zur Einheit waren. Die Zeitung übernahm in einem veränderten außenpolitischen Umfeld die Funktion eines massenmedialen Interessenvertreters für den Teil der westdeutschen Bürgerschaft, der sich nicht mit der Neuen Ostpolitik identifizieren konnte.

Zugleich bot die FAZ aber durch ihr meinungspurales Profil weiterhin alternative Lesarten an, wie sie von Peter Jochen Winters und Dettmar Cramer repräsentiert wurden. Letzterer kam 1964 als politischer Korrespondent nach West-Berlin. Schnell konnte er Verbindungen zu Informationsquellen auf der anderen Seite knüpfen. So erhielt er über verschlungene Kanäle 1966 Dokumente aus der DDR, die die Beteiligung von Bundespräsident Heinrich Lübke am Bau von Baracken in Konzentrationslagern während der NS-Zeit belegen sollten. Cramer ging davon aus, dass die Dokumente echt waren. Er hatte sie sogar nach Bonn geschickt, damit die Regierungsstellen davon Kenntnis erhielten.⁶² Die Kehrseite dieser Kontakte war, dass ihn das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) als operativen Kontakt führte und sich darum bemühte, ihn als inoffiziellen Mitarbeiter (IM) anzuwerben. Das MfS sah in ihm einen Kontaktmann in die Bundesrepublik, der sich von den „kalten Kriegern“ in der FAZ distanzierte. Es gelang dem MfS dennoch nicht, Cramer als IM anzuwerben. Die Stasi klassifizierte ihn letztlich doch als „typischen Verfechter der Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik“.⁶³ 1969 ging er als politischer Korrespondent nach Bonn, wo er seine guten Kontakte in die DDR nutzte, um im Zuge der Neuen Ostpolitik vertrauliche Dokumente zwischen beiden Seiten zu übermitteln. Er war ausgesprochener Befürworter der Neuen Ostpolitik und spielte durch seine Kontakte eine wichtige Rolle, das Treffen zwischen

⁶⁰ Vgl. Ministerialrat im Bundesministerium des Inneren Füllelein an Ministerialrat im Bundeskanzleramt Germelmann, 31.10.1974, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe/Bd. 3: 1. Januar 1973 bis 31. Dezember 1974, bearb. von Monika Kaiser/Daniel Hofmann/Hans-Heinrich Jansen, München 2005, S. 816–823.

⁶¹ Vgl. Fernschreiben des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Gaus über das Gespräch mit dem Generalsekretär des Zentralkomitees der SED und Vorsitzenden des Staatsrates der DDR Honecker, Berlin (Ost), 12.6.1978, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe/Bd. 5: 1. Januar 1977 bis 31. Dezember 1978, bearb. von Daniel Hofmann/Hans-Heinrich Jansen/Anke Löbnitz, München 2011, S. 702–710.

⁶² FAZ-Archiv, Akten der Redaktion, Protokolle der Politischen Konferenzen, 1956–1970, Vorkonferenz der politischen Redaktion, 27.2.1968.

⁶³ Zit. nach Hubertus Knabe, *Der diskrete Charme der DDR. Stasi und die Westmedien*, Berlin/München 2001, S. 147.

Willy Brandt und Willi Stoph in Erfurt 1970 vorzubereiten.⁶⁴ Cramer hatte sich auch außerhalb der Zeitung exponiert. Bei einer Fernsehdebatte im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) zur Deutschlandpolitik war er, entgegen der üblichen Praxis der FAZ, am 16. März 1970 auch dort für die Aufnahme von Gesprächen zwischen Ost und West eingetreten. Diese Haltung wurde auch von der DDR zur Kenntnis genommen, zumal Cramer dort recht missverständlich von einem „Einstieg“ der Bundesrepublik in die DDR sprach. Was genau er damit meinte, blieb unscharf. Bei ihrem Treffen in Erfurt sprachen Brandt und Stoph über die Fernsehdebatte und die dort vertretenen Thesen.⁶⁵

Cramer, der wohl auch zeitweise mit einem Wechsel in die Politik liebäugelte, entwickelte als Journalist politische Eigeninitiative, als er hochrangigen Vertretern der DDR 1975 signalisierte, dass der neue Bundeskanzler Helmut Schmidt an vertraulichen Gesprächen interessiert sei. Er hatte dazu weder die Einwilligung des Kanzleramts noch des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herbert Wehner. Dieser war wohl einigermaßen überrascht, als ihm die DDR signalisierte, dass sie zu Gesprächen durchaus bereit sei. Als er nachfragte, woher die Information komme, verwiesen die Verantwortlichen auf Cramer. Wehner war irritiert und wohl auch ein wenig verärgert über derlei Initiativen.⁶⁶ Cramer wechselte 1975 von der FAZ zum RIAS, dem Rundfunk im amerikanischen Sektor Berlins. Er hatte sich in der FAZ immer wieder für die Fortführung der Gespräche zwischen Ost und West eingesetzt und warb für Zusammenarbeit. Die Anerkennung der DDR war für ihn keine ideologische, sondern eine pragmatische Frage. Dabei verwies er auch immer wieder auf die Bedeutung der Verankerung der Bundesrepublik im westlichen Staatenbündnis. „Je mehr die Bundesrepublik sich nämlich über den breiten Strom, der West- und Osteuropa heute immer noch voneinander trennt, hinüberzubeugen anschickt, desto mehr bedarf sie des Rückhalts, ja der Stütze durch die westliche Gemeinschaft“, schrieb Cramer etwas holprig 1970.⁶⁷

Trotz der Stellungnahmen von Cramer und Winters waren es vor allem die Kommentare der Herausgeber, wie sie prominent von Benckiser und anderen kamen, die die Wahrnehmung der FAZ und ihrer deutschlandpolitischen Position nach 1970 bestimmten. Ging die Meinungspluralität in den Augen der Herausgeber zu weit und waren Verstimmungen bei der Leserschaft zu befürchten, reagierten sie sensibel. Thomas Meyer, Mitglied der politischen Redaktion, hatte im

⁶⁴ Vgl. Thüringer Allgemeine vom 18.3.2010: „Der Kurier des Kanzlers. Interview mit Dettmar Cramer“; www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Der-Kurier-des-Kanzlers-701264030 [20.1.2019], und Jan Schönfelder/Rainer Erices, Willy Brandt in Erfurt. Das erste deutsch-deutsche Gipfeltreffen 1970, Berlin 2010, S. 23.

⁶⁵ Vgl. Gespräch des Ministerpräsidenten der DDR Stoph mit Bundeskanzler Brandt, Erfurt, 20.3.1970, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe/Bd. 1: 21. Oktober 1969 bis 31. Dezember 1970, bearb. von Daniel Hofmann, München 2002, S. 398–435.

⁶⁶ Vgl. Schreiben des Vorsitzenden der SPD-Bundestagsfraktion Wehner an Bundeskanzler Schmidt, 3.10.1975, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe/Bd. 4: 1. Januar 1975 bis 31. Dezember 1976, bearb. von Hans-Heinrich Jansen/Monika Kaiser in Verbindung mit Daniel Hofmann, München 2007, S. 399–401.

⁶⁷ FAZ vom 8.7.1970: „Bonner Entscheidungen“.

November 1972 eine Reportage über Willy Brandt verfasst, in der er den Bundeskanzler überaus positiv porträtierte – und das nur wenige Tage vor der Bundestagswahl. Er titelte reißerisch: „Brandts stärkste Waffe heißt Brandt“.⁶⁸ Die Herausgeber waren über derlei Wahlwerbung auf den Seiten ihrer Zeitung bestürzt. Sie vermerkten im Protokoll ihrer Sitzung am 15. November 1972: „Scharfe Kritik wird an der Reportage von Thomas Meyer über Brandt geübt. Fack: Ein Weihrauchfaß; so würde die Welt über Barzel schreiben. Held: Selbst der ‚Spiegel‘ ist in der letzten Ausgabe gegenüber Brandt kritischer. Pfeifer: Eine Katastrophe; das Telefon steht nicht still im Verlag, es wird Abbestellungen hageln.“⁶⁹ Meyer bekam einen starken Rüffel, durfte aber bei der FAZ bleiben.

Diese überwiegend kritische Haltung zur Ostpolitik in den Jahren der sozialliberalen Koalition führte zu einer Annäherung an die Opposition. Die Strategie der CDU/CSU nach dem Machtwechsel 1969 konzentrierte sich zunächst darauf, die Neue Ostpolitik in all ihren Facetten rundheraus abzulehnen. Statt eigene Konzepte zu entwickeln, ging die Union dazu über, jeden deutschlandpolitischen Vorstoß der Regierungskoalition zu kritisieren.⁷⁰ Unter Oppositionsführer Rainer Barzel, der zum wichtigsten deutschlandpolitischen Akteur der CDU zu Beginn der 1970er Jahre avancierte, konzentrierte sich die Kritik der Union vor allem auf drei Stränge: Erstens war die Bundesrepublik in seinen Augen aus moralischen Gründen dazu verpflichtet, die DDR nicht als zweiten deutschen Staat anzuerkennen. Zweitens galt für ihn rechtlich weiterhin der Alleinvertretungsanspruch, den er aus dem Grundgesetz ableitete. Und drittens fühlte sich Barzel der Hallstein-Doktrin verbunden und sah darin einen Weg zur Erlangung der deutschen Einheit.⁷¹ Damit konnte der Oppositionsführer viel Sympathie bei den Verantwortlichen der FAZ gewinnen. Eick machte keinen Hehl aus seiner Anerkennung, als er sich bestürzt zeigte über die negative Darstellung Barzels im ZDF. „Das war die schlimmste SPD-Polemik gegen die CDU, die man sich überhaupt nur denken kann. Barzel wurde geradezu als unmenschlich verteufelt“, schrieb Eick 1971 an Welter.⁷² Er übte auch interne Kritik an Artikeln von Redakteuren, in denen er die Position der CDU unterminiert sah. Dettmar Cramer hatte im Vorfeld der Bundestagsdebatte über die Ostverträge im April 1972 darauf hingewiesen, dass die Union als Opposition einen gehörigen Anteil daran haben würde, wenn der Bundesrepublik durch ein Scheitern der Verträge negative Folgen entstünden.⁷³ Welter fand den Beitrag ärgerlich,

⁶⁸ FAZ vom 15.11.1972: „Brandts stärkste Waffe heißt Brandt“.

⁶⁹ FAZ-Archiv, Protokolle über die Herausgebersitzungen 1.4.1971–31.3.1973/Welter, Protokoll über die Sitzung der Herausgeber, 15.11.1972.

⁷⁰ Vgl. Andreas Grau, *Gegen den Strom. Die Reaktionen der CDU/CSU-Opposition auf die Ost- und Deutschlandpolitik der sozial-liberalen Koalition 1969–1973*, Düsseldorf 2005, S. 501–503.

⁷¹ Vgl. Christian Hacke, *Die deutschlandpolitischen Konzeptionen von CDU und CSU in der Oppositionszeit (1969–1982)*, in: *Historisch-Politische-Mitteilungen* 1 (1994), S. 33–48, hier S. 37.

⁷² FAZ-Archiv, Eick Korrespondenz Prof. Welter ab 1.11.1970 bis 1982, Jürgen Eick an Erich Welter, 26.3.1971.

⁷³ Vgl. FAZ vom 5.4.1972: „Wenn die Ostverträge scheitern“.

da er „die für den Fall der Nichtratifizierung gegen die CDU gerichteten Drohungen unter Berufung auf alliierte Quellen massiv verstärkte“. ⁷⁴ Im Juni 1972, kurz nach der folgenreichen Abstimmung über die Annahme der Ostverträge im Bundestag und dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Brandt, war Barzel zu Gast bei den FAZ-Herausgebern. ⁷⁵ Die Zeitung unterstützte ihn bis zu seinem Rücktritt als CDU-Vorsitzender 1973 in Fragen der Deutschlandpolitik. ⁷⁶

IV. FAZ-Mitarbeiter in Ost-Berlin und die Polarisierung des Meinungsspektrums

Doch diese Sympathie hatte auch eine Kehrseite. Nach der Bundestagswahl im November 1972 stellte sich den Verantwortlichen die Frage, wie sehr man sich auch in Zukunft mit der CDU-Linie identifizieren sollte, hatte die Union doch eine herbe Niederlage einstecken müssen. Jürgen Eick brachte die Bedenken auf den Punkt: „Er habe sich gefragt, ob die Zeitung nicht in Gefahr sei, auf längere Sicht das Schicksal der CDU zu teilen.“ ⁷⁷ Konkret befürchtete er, die FAZ könne wie das bürgerliche Lager im Bundestag zunehmend ins Abseits geraten. Auch das Abwandern jüngerer Leserinnen und Leser zu anderen Blättern bereitete ihm Sorgen. Die folgenden Einlassungen Eicks und seiner Kollegen gerieten zu einer Standortbestimmung der FAZ, die eng mit der Frage nach ihrem deutschlandpolitischen Kurs verbunden war. Fritz Ullrich Fack stellte bereits damals treffend fest, was die Mediengeschichte erst gut 35 Jahre später herausgearbeitet hat, als er seiner Überzeugung Ausdruck gab, „dass die Polarisierung noch weiter zunimmt, desgleichen die Emotionen und der Hass“. Die Ausdifferenzierung der bundesdeutschen Presrelandschaft war in vollem Gange – und die FAZ mittendrin. Was konnten die Herausgeber tun, um einerseits weiterhin eine dezidiert konservative deutschlandpolitische Position zu vertreten und gleichzeitig ein gewichtiger Akteur zu bleiben? „Entscheidend sei, dass die Zeitung als Qualitätsblatt den Platz Nummer eins in der Bundesrepublik behalte“, so die Formulierung aus dem Protokoll. „Dies bedeute keinesfalls eine Veränderung des politischen Standortes. Es wäre total falsch, neue Leserschichten etwa weiter links zu suchen. Es gälte vielmehr, die jüngeren Leser und die bürgerliche Lesereserve zu aktivieren.“ Damit war der weitere Kurs, auch für die Deutschlandpolitik, vorgezeichnet: Es blieb bei der konservativen Linie der Herausgeber.

Zur gleichen Zeit bot sich für die FAZ in Folge des Grundlagenvertrags die Gelegenheit, die Berichterstattung aus der DDR zu intensivieren. Zu den wenig er-

⁷⁴ FAZ-Archiv, Protokolle über die Herausgebersitzungen 1.4.1971–31.3.1973/Welter, Protokoll über die Konferenz der Herausgeber, 5.4.1972.

⁷⁵ FAZ-Archiv, Protokolle über die Herausgebersitzungen 1.4.1971–31.3.1973/Welter, Protokoll über die Konferenz der Herausgeber, 15.6.1972.

⁷⁶ Vgl. FAZ vom 5.1.1972: „Barzel wird konkret“, vom 26.2.1972: „Redeschlacht am Rande des Realismus“, und vom 10.5.1973: „Barzels Entschluß“.

⁷⁷ Hierzu und zum Folgenden: FAZ-Archiv, Protokolle über die Herausgebersitzungen 1.4.1971–31.3.1973/Welter, Protokoll über die Konferenz der Herausgeber, 29.11.1972.

forschten Aspekten der deutsch-deutschen Geschichte im Kontext der Neuen Ostpolitik zählen die dort getroffenen Regelungen für westdeutsche Korrespondenten von Presse und Rundfunk in der DDR.⁷⁸ Bereits kurz nach der Gründung 1949 verfügte die FAZ über Mitarbeiter in allen wichtigen Zentren der internationalen Politik und Wirtschaft wie London, New York und Paris. Dieses Engagement blieb nicht auf den Westen beschränkt. Der erste Mitarbeiter der FAZ im Ostblock war Karl Kerber, der seit 1953 aus Belgrad berichtete.⁷⁹ Hermann Pörzgen wurde im Dezember 1955 für die Zeitung erster westdeutscher Korrespondent in Moskau. Mit Land, Leuten und Sprache war er vertraut, hatte er doch die Jahre zwischen 1944 und Oktober 1955 in sowjetischer Kriegsgefangenschaft verbracht. Nun kehrte er schon zwei Monate nach seiner Entlassung wieder zurück – diesmal als Mitarbeiter der FAZ.⁸⁰

In der DDR war es für die Zeitung ungleich schwieriger gewesen, eine Akkreditierung zu erhalten. Westdeutsche Journalisten mussten ein Tagesvisum beantragen und als „Staatsgäste“ die Grenze passieren, dann freilich mit einem engen Bewegungsradius. Die DDR hatte in den 1950er Jahren auch Journalistenfahrten zu propagandistisch relevanten Zielen organisiert, etwa zur Messe in Leipzig, an denen auch FAZ-Redakteure teilnahmen.⁸¹ Eine offizielle Arbeitserlaubnis oder gar ein eigenes Büro für Journalisten aus dem Westen waren in der DDR nicht vorgesehen.

Dass es keinen akkreditierten Korrespondenten in der DDR gab, bedeutete nicht, dass Mitarbeiter der FAZ über keine engen Kontakte über die Grenze hinweg verfügt hätten. Wie für viele Protagonisten westdeutscher Kultur war die geteilte Stadt Berlin das Einfallstor für Journalisten aus der Bundesrepublik gewesen. 1960 beschäftigte die FAZ in West-Berlin vier Korrespondenten, die sich um beide Teile der Stadt kümmerten, indem sie immer wieder als Privatleute in die DDR einreisten, und so versuchten an Informationen zu kommen.⁸² Hinzu kamen Fachleute in der Heimatredaktion wie Fack, der als Redakteur des Wirtschaftsteils über die „mitteldeutsche Wirtschaft“ geschrieben und seine Informationen – abgesehen von den raren und meist wenig aussagekräftigen offiziellen Dokumenten – von

⁷⁸ Vgl. Denis Fengler, Westdeutsche Korrespondenten in der DDR. Vom Abschluss des Grundlagenvertrages 1972 bis zur Wiedervereinigung 1990, in: Jürgen Wilke (Hrsg.), Journalisten und Journalismus in der DDR. Berufsorganisation – Westkorrespondenten – „Der Schwarze Kanal“, Köln/Weimar/Wien 2007, S. 79–216; Peter Jochen Winters, West-Korrespondenten im Visier des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR, in: Peter R. Weilemann/Hanns Jürgen Küsters/Günter Buchstab (Hrsg.), Macht und Zeitkritik. Festschrift für Hans-Peter Schwarz zum 65. Geburtstag, Paderborn u. a. 2000, S. 281–292, hier S. 289, und Winters, Deutschland, in: Grashoff/Muth (Hrsg.), Tür.

⁷⁹ Vgl. Sie redigieren und schreiben, hrsg. von der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, Frankfurt a. M. 1960, S. 25.

⁸⁰ Vgl. FAZ vom 7.5.1975: „Russisches hat ihn seit je fasziniert“; Julia Metger, Studio Moskau. Westdeutsche Korrespondenten im Kalten Krieg, Paderborn 2016, und Sie redigieren und schreiben (1960), S. 37 f.

⁸¹ Fengler, Korrespondenten, in: Wilke (Hrsg.), Journalisten, S. 109.

⁸² Vgl. Sie redigieren und schreiben (1960), S. 66.

den Berliner Mitarbeitern erhalten hatte. Mit den Verhandlungen über den Grundlagenvertrag 1972 kam Schwung in die Frage nach der offiziellen Akkreditierung westdeutscher Journalisten. Die DDR-Behörden hatten ihre Bereitschaft angedeutet, bis zu 40 Genehmigungen zu erteilen. 1973 wurden gemäß dem „Briefwechsel über die Arbeitsmöglichkeiten von Journalisten“ auf beiden Seiten die rechtlichen Grundlagen für Korrespondentenakkreditierungen geschaffen, die man in der Bundesrepublik an ostdeutsche Journalisten faktisch bereits seit 1949 vergeben hatte.⁸³ So standen 1972 einige FAZ-Mitarbeiter in Berlin vor der Frage, in den Ostteil der Stadt umzuziehen. Begeistert waren sie nicht,⁸⁴ und auch die Herausgeber befanden, dies sei eigentlich unzumutbar. Winters, politischer Korrespondent vor Ort, sollte aber zumindest über ein „zivil und technisch erträglich ausgestattetes Büro“ in Ost-Berlin verhandeln. Kurz darauf reiste Herausgeber Fack persönlich in die Hauptstadt der DDR, um mit den Behörden zu sprechen.⁸⁵

Doch während andere Blätter wie der *Stern* oder der *Spiegel* rasch dabei waren, einen Kollegen in der DDR zu akkreditieren, hatte es die „Zeitung für Deutschland“ nicht so eilig. Erst 1974 stellte die FAZ auf Bitte von Winters einen Antrag für gleich drei Korrespondenten. Bereits im Vorfeld war den Herausgebern klar gewesen, dass dieser Vorstoß keinen großen Erfolg haben würde.⁸⁶ Tatsächlich wurde der Antrag abgelehnt; höchstens einer könne zugelassen werden, teilte das zuständige Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten mit. Damit, so erinnerte sich Winters, waren die Herausgeber nicht einverstanden und verzichteten vorerst auf weitere Anträge.⁸⁷ 1977 sah man die Gelegenheit gekommen; Politikredakteur Winters und sein Kollege Hans Herbert Götz aus dem Wirtschaftsteil wurden offiziell in der DDR akkreditiert. Götz hatte 1949 auf Empfehlung seines Doktorvaters Walter Eucken eine Anstellung in der Wirtschaftsredaktion der FAZ gefunden. Nach Stationen als Mitarbeiter der Redaktion in Bonn und als Wirtschaftskorrespondent in Brüssel fand er seine neue Aufgabe 1977 in Berlin. Für die dortige Kulturkorrespondentin Sibylle Wirsing wurden vom zuständigen Ministerium je nach Bedarf kurzfristige Reisegenehmigungen in den Ostteil zugesichert und erteilt.⁸⁸

Schon kurz nach der offiziellen Akkreditierung gerieten die FAZ-Mitarbeiter ins Visier der Staatssicherheit. Von der Abteilung 13 in der Hauptabteilung II des MfS wurde die Zeitung als „großbürgerlich“ eingestuft und als „politischer Gegner“ betrachtet.⁸⁹ So durchsuchten Mitarbeiter des MfS regelmäßig die Büroräume der FAZ in Ost-Berlin, beschatteten das Büro im Westteil, hörten Telefongespräche ab

⁸³ Fengler, Korrespondenten, in: Wilke (Hrsg.), Journalisten, S. 123.

⁸⁴ FAZ-Archiv, H 1.4.1971–31.3.1973, Protokoll über die Herausgebersitzung, 19.10.1972.

⁸⁵ FAZ-Archiv, H 1.4.1971–31.3.1973, Protokoll über die Herausgebersitzung, 24.1.1973.

⁸⁶ FAZ-Archiv, H 1.4.1971–31.3.1973, Protokoll über die Herausgebersitzung, 14.2.1973.

⁸⁷ Vgl. Winters, Deutschland, in: Grashoff/Muth (Hrsg.), Tür, S. 88.

⁸⁸ Vgl. Winters, West-Korrespondenten, in: Weilemann/Küsters/Buchstab (Hrsg.), Macht, S. 289.

⁸⁹ Gunter Holzweißig, Klassenfeinde und „Entspannungsfreunde“. West-Medien im Fadenkreuz von SED und MfS, Berlin 1995, S. 24–26.

und verdächtigten Winters sogar, Spion des Bundesnachrichtendienstes zu sein.⁹⁰ Die Redakteure vor Ort gingen damals hingegen davon aus, dass man vonseiten der DDR ihre Arbeit nicht als allzu kritisch oder gar destruktiv einstufen würde.⁹¹ Die detaillierten Berichte aus der DDR hatten auch dazu geführt, dass die FAZ immer stärker den Charakter einer von offizieller Seite genutzten Informationsquelle annahm. Selbstverständlich bezog sich die Bundesbank bei Lageeinschätzungen zur Wirtschaft im Osten auf Informationen aus der FAZ, vor allem wenn sie von Götz stammten, der über einen guten Draht zu Kombinatleitern verfügte und so an besonders sensible Informationen kam.⁹²

Inzwischen hatte sich die politische Situation der Teilung mehr und mehr verfestigt. Unter der Kanzlerschaft Helmut Schmidts war der deutschlandpolitische Kurs der Annäherung zu den Nachbarn im Osten zwar vorsichtiger geworden, wurde aber doch weiterverfolgt. Schmidt erntete wie sein Vorgänger von der FAZ kaum Lob für seine Politik, obwohl die Beziehung zwischen ihm und der Zeitung vor seinem Amtsantritt nicht schlecht und durchaus von Wertschätzung geprägt gewesen war. So hatte man sich etwa 1969 in der Beurteilung der Studierendenproteste getroffen. Im Gegensatz zu Parteikollegen kritisierte Schmidt viele von den lautstark vorgebrachten Forderungen und lehnte allzu weitgehende sozialpolitische Schwärmereien ab.⁹³ Wirtschaftsredakteur Hans D. Barbier hatte den späteren Bundeskanzler schon 1973 als Mann gelobt, „bei dem im Unterschied zu vielen anderen Vollblutpolitikern Sprechgeschwindigkeit und Debattiergeschick mit Intelligenz und Lernfähigkeit positiv korreliert sind“; viel größer konnte das Lob der Zeitung kaum ausfallen.⁹⁴ Schmidt seinerseits schätzte die FAZ für ihre professionelle und auch kritische Berichterstattung. Insbesondere bezog sich seine Wertschätzung auf Fritz Ullrich Fack und Günther Gillessen vom Politikressort – beide nicht gerade Vertreter einer sozialdemokratischen Lesart des Zeitgeschehens.⁹⁵ Gillessen war 1958 in die Politikredaktion eingetreten und profilierte sich schnell als Fachmann für Außen- und Sicherheitspolitik. Von 1963 an war er eine der prominentesten Figuren in der Bonner Redaktion, zwischen 1971 und 1978 verantwortlicher Redakteur für die Außenpolitik.

1975 hatte sich das Urteil über Schmidt sichtlich verändert. Fack befand, der Bundeskanzler vertrete nun das genaue Gegenteil von dem, was er noch vor einigen Jahren gesagt habe. Diese Aussage bezog sich vor allem auf die Finanzpolitik in den krisengeschüttelten 1970er Jahren.⁹⁶ Es konnte aber genauso für Schmidts

⁹⁰ Vgl. Winters, West-Korrespondenten, in: Weilemann/Küsters/Buchstab (Hrsg.), Macht, S. 289–292.

⁹¹ Vgl. Winters, Deutschland, in: Grashoff/Muth (Hrsg.), Tür, S. 98.

⁹² Vgl. Aufzeichnungen der Deutschen Bundesbank, Frankfurt a. M., 11.1.1980, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI. Reihe/Bd. 6: 1. Januar 1979 bis 31. Dezember 1980, bearb. von Hans-Heinrich Jansen, München 2015, S. 370–374.

⁹³ BArchK, N1314/338, Aktennotiz von Erich Welter, 23.6.1969.

⁹⁴ FAZ vom 7.7.1973: „Ein Jahr Finanzminister“.

⁹⁵ Vgl. Thomas Birkner, Mann des gedruckten Wortes. Helmut Schmidt und die Medien, Bremen 2014, S. 58–67.

⁹⁶ BArchK, N1314/167, Brief an Erich Welter, 22.5.1975.

Deutschlandpolitik gelten. Denn die im gleichen Jahr unterschriebene KSZE-Schlussakte, in der unter anderem die territoriale Integrität der europäischen Staaten und deren souveräne Gleichheit festgehalten wurden, deutete die FAZ wenig überraschend überaus kritisch. Der sonst um Annäherung bemühte Winters sah den Vorteil klar auf Seiten des Ostens. „Vor allem die DDR fühlt sich als Gewinner von Helsinki“, meinte er.⁹⁷

Nachdem Helmut Kohl 1973 zu Rainer Barzels Nachfolger als CDU-Vorsitzender ernannt worden war, hatte sich auch in der Union die Haltung in der Deutschlandpolitik verändert. Sie vollzog nun schrittweise eine Anpassung an die entspannungspolitischen Realitäten, die längst geschaffen waren. Kohl verfolgte die Strategie, das Ziel der Ostpolitik – die Annäherung an die DDR als Mittel der Entspannung – zwar grundsätzlich anzuerkennen, jedoch nicht ohne den Weg dorthin zu kritisieren. Die Kraft des Faktischen führte freilich dazu, dass sich die CDU mehr und mehr auf den Boden der deutschlandpolitischen Tatsachen stellte und zugleich die Offenheit der deutschen Frage betonte.⁹⁸ Dieses Changieren sollte auch während Kohls Kanzlerschaft weiter Bestand haben und schließlich zu einem wichtigen Faktor für die Realisierung der Wiedervereinigung werden.⁹⁹ Die FAZ war hingegen noch nicht dazu übergegangen, die verfestigte Situation als langfristig stabilen Rahmen für die deutsche Frage anzuerkennen. Reißmüller hielt Anfang der 1980er Jahre eine sowjetische Invasion in Westeuropa durchaus für möglich, gerade weil sich die Bundesrepublik unter der Führung der Kanzler Brandt und Schmidt immer stärker auf Abrüstung und Entspannung konzentriert habe. „Noch mehr ist falsch gemacht worden. Die Bonner Koalition hat der Bevölkerung jahrelang eingeredet, sie habe mit der Ostpolitik den Frieden sicherer gemacht“, so Reißmüller.¹⁰⁰ Dabei habe hauptsächlich die DDR von dieser Politik profitiert.

Immer wieder wurde vor allem in den meinungsstarken Leitkommentaren deutlich, dass die FAZ und ihre führenden Köpfe keineswegs bereit waren, die gegebene Situation als Normalzustand zu betrachten. So musste einigen FAZ-Redakteuren eine Nachricht geradezu als skandalös erscheinen, die im November 1980 durchgesickert war. Plante die Bundesregierung tatsächlich, die Ständige Vertretung in der DDR in eine Botschaft umzuwandeln? Dieser Schritt wäre nicht nur einer Anerkennung der DDR gleichgekommen, sondern hätte auch ein großes Zugeständnis an Erich Honecker bedeutet. Der Staatsratsvorsitzende hatte kurz zuvor in einer Rede vor dem Nachwuchs der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) in Gera die Umwandlung der Ständigen Vertretungen beider deutscher Staaten in Botschaften gefordert.¹⁰¹ Claus Gennrich, seit 1980 Leiter des politischen Ressorts in der Bonner Redaktion der FAZ, berichtete als erster am

⁹⁷ FAZ vom 15.9.1975: „Honecker gibt den Ton an“.

⁹⁸ Vgl. Hacke, *Deutschlandpolitische Konzeptionen*, S. 43–45.

⁹⁹ Vgl. Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium 1982–1990*, München 2006, S. 591–628.

¹⁰⁰ FAZ vom 9.7.1981: „Woher kommt die Friedens-Verstiegenheit?“

¹⁰¹ Vgl. Heinrich August Winkler, *Der lange Weg nach Westen*, Bd. 2: *Deutsche Geschichte vom „Dritten Reich“ bis zur Wiedervereinigung*, 5., durchgesehene Aufl., München 2002, S. 369–371.

3. November 1980 darüber.¹⁰² Er war indirekter Nachfolger von Alfred Rapp, der sich 1975 in den Ruhestand verabschiedet hatte. Nach einem fünfjährigen Interim in Verantwortung von Walter Kannengießer, eigentlich Leiter der Bonner Wirtschaftsredaktion, hatte Gennrich den Posten nach seiner Tätigkeit als politischer Korrespondent in Lissabon übernommen.¹⁰³

Auf unbekanntem Wege kamen Gennrich und seine Kollegen an die Information, dass Günter Gaus bereits bei der Einweihung der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik in Ost-Berlin angedeutet habe, eine Umwandlung in eine Botschaft sei durchaus zu erwarten. Dies habe er sogar gegenüber DDR-Vertretern betont, die nun, wie Gennrich vermutete, dieses Versprechen möglicherweise einfordern könnten. Gaus geriet daraufhin unter Druck und war gezwungen, sich für seine angebliche Aussage gegenüber Staatsminister Gunter Huonker zu rechtfertigen. Gaus bestritt, eine Aussage in diesem Sinne getroffen zu haben.¹⁰⁴ Pikant daran war, dass Gaus bei Schmidt schon seit längerer Zeit wegen seiner Alleingänge in Sachen Ostpolitik in Ungnade gefallen war. 1977 hatte er gegenüber dem *Spiegel* angedeutet, die Bundesrepublik könne bald die Staatsbürgerschaft der DDR anerkennen.¹⁰⁵

Derartige investigative Geschichten oder bewusst gestreute Leaks aus dem Umfeld der Regierung waren eigentlich nicht das bevorzugte Arbeits- und Stilmittel der FAZ. Woher Gennrich seine Informationen habe, das wisse er auch nicht, betonte Gaus. „Was die im FAZ-Bericht wiedergegebene Äußerung ‚bei der Einweihung der Bonner Vertretung‘ angeht, so zeigt bereits diese Formulierung, daß hier Indiskretins tätig sind, die von der Sache wenig wissen“, erklärte der Diplomat.¹⁰⁶ Bemerkenswert an der Veröffentlichung des Artikels war, dass sich Gaus am Tag des Erscheinens mit Honecker zu Gesprächen traf. Dies spricht für ein bewusstes Durchstechen aus den Reihen der Bundesregierung. Gaus wurde natürlich prompt vom Staatsratsvorsitzenden auf den FAZ-Artikel angesprochen und musste dementieren, was ihm wohl auch unangenehm war. Am 6. November 1980 griff Gennrich das Thema erneut auf. Er hatte mitbekommen, dass Ewald Moldt, Leiter der Ständigen Vertretung der DDR in der Bundesrepublik, ins Kanzleramt bestellt worden sei. Offenbar habe Schmidt dabei die Äußerungen von Gaus dementiert.¹⁰⁷

Der Diplomat war bereits schwer angeschlagen, als auch noch Peter Jochen Winters in Bonn nachbohrte. Er sprach direkt mit Egon Bahr, wie Gaus erfuhr. Nun war auch der *Spiegel* an der Geschichte dran und fragte seinerseits ebenfalls bei Gaus nach. Bald ebte der Trubel um die angebliche Äußerung Gaus' jedoch ab. Gennrich schien durch seine Artikel weder beim Bundeskanzler noch beim

¹⁰² Vgl. FAZ vom 3.11.1980: „Zwei Gründe für eine ‚Politik des leeren Stuhls“.

¹⁰³ Vgl. Hoeres, Zeitung, S. 143.

¹⁰⁴ Vgl. Bericht des Leiters der Ständigen Vertretung der Bundesrepublik Deutschland Gaus an den Staatsminister beim Bundeskanzler Huonker, 7.11.1980, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI/6, S. 770–772.

¹⁰⁵ Vgl. Der Spiegel vom 31.1.1977: „Wir können nur von gleich zu gleich verkehren“.

¹⁰⁶ Bericht, 7.11.1980, in: Dokumente zur Deutschlandpolitik, VI/6, S. 771.

¹⁰⁷ Vgl. FAZ vom 6.11.1980: „Moldt ins Kanzleramt einbestellt“.

Außenminister in Ungnade gefallen zu sein. Er begleitete Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher nur gut zwei Wochen später nach Washington D.C.¹⁰⁸ Seine Artikel trugen dazu bei, dass Gaus im Februar 1981 durch Klaus Bölling ersetzt wurde. Woher die Information über Gaus' angebliche Äußerung kam, lässt sich nicht mehr rekonstruieren. Die Nähe Gennrichs zu Schmidt und Genscher bedeutete übrigens nicht, dass dieser ihren Kurs nachdrücklich unterstützt hätte. Zugleich liefert diese Geschichte aber ein Indiz dafür, welche Bedeutung die Zeitung als deutschlandpolitischer Akteur inzwischen hatte, denn sie zu schneiden, war kaum mehr möglich.

Der Bonner Redakteur Gennrich und sein Berliner Kollege Winters waren sich zu Beginn der 1980er Jahre immer weniger einig darin, wie die Einheit realisiert werden könnte. Für Winters lag das Primat eindeutig auf der Entspannungspolitik. Gennrich sah jedoch zunehmend die Gefahr einer Loslösung der Bundesrepublik vom westlichen Staatenbündnis. Eigentlich sollten beide im Januar 1982 die übrigen Redakteure über den Stand der deutsch-deutschen Beziehungen informieren. Doch die Redaktionskonferenz wurde zum Schauplatz grundlegend unterschiedlicher Auffassungen. „Während Herr Winters für eine Entspannungspolitik fast um jeden Preis eintrat, gab Herr Gennrich in seinem Kurzreferat zu bedenken, daß sich die Bundesrepublik mit Rücksicht auf ihr besonderes Verhältnis zur DDR mehr und mehr aus der Gemeinsamkeit des westlichen Bündnisses entferne“, hielt das Sitzungsprotokoll fest.¹⁰⁹ Die Lesart der FAZ war also keineswegs einheitlich, wenngleich kritische Sichtweisen nach dem Vorbild Gennrichs überwogen.

V. Von der Verfestigung der Lage zur Aufgabe alter Positionen

Der Machtwechsel im Oktober 1982 wurde in der Redaktion mit großen Hoffnungen verbunden. Das Wirtschaftsressort der FAZ sehnte sich nach einer finanzpolitischen Wende, wie sie Kohl bereits Mitte der 1970er Jahre versprochen hatte.¹¹⁰ Im Politikteil hoffte die Mehrheit dagegen wohl auf einen Strategiewechsel in der Ostpolitik. Der neue Bundeskanzler war für die Zeitung kein Unbekannter. Kohl war bereits 1981 Gast in der Redaktionskonferenz gewesen. Damals hatte er auf die Freie Demokratische Partei (FDP) geschimpft, in der es Kräfte gebe, die niemals eine Koalition mit der CDU eingehen wollten.¹¹¹ Seine Partei, da war sich Kohl sicher, werde die Macht nicht über das Hintertürchen, den Bruch der Regierungskoalition, sondern „über die Freitreppe, mit Glockengeläut und wehenden Fahnen“ erlangen. In diesem Punkt sollte der Oppositionsführer falsch liegen. Doch er verstand es, den Redakteuren Mut bezüglich eines baldigen Kurswechsels zu

¹⁰⁸ FAZ-Archiv, Rm HG-Konferenz 1980–85, Protokoll über die Herausbersitzung, 3.11.1980.

¹⁰⁹ FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen Protokolle 1.1.1978–30.9.1981, Protokoll der Konferenz, 19.1.1982.

¹¹⁰ Vgl. Kutzner, *Marktwirtschaft*, S. 293–318.

¹¹¹ FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen Protokolle 1.1.1978–30.9.1981, Protokoll über die große Konferenz, 3.2.1981.

machen – auch in der Deutschlandpolitik. Kohl betonte, „Politik müsse wertmäßig begründet“ sein, und bezog sich damit wohl auch auf dieses Feld.¹¹²

Doch nach dem Amtsantritt machte der neue Bundeskanzler rasch deutlich, dass eine echte Wende in der Deutschlandpolitik mit ihm nicht zu machen war, zumal dem die Koalition mit der FDP und die damit verbundene personelle Kontinuität entgegenstand. Eine radikale Abkehr von der Politik der Liberalen und ihres Außenministers Genscher hätte die schwer gebeutelte FDP in eine Glaubwürdigkeitskrise gestürzt.¹¹³ Kohl versuchte stattdessen, eine neue Balance zwischen normativer Distanz zum und pragmatischer Zusammenarbeit mit dem Regime in Ost-Berlin zu finden. Er fand sie, indem er zu einer Deutschlandpolitik der praktisch-operationalen Zusammenarbeit bei gleichzeitiger deklamatorischer Ablehnung überging.¹¹⁴ Dieser Kurs stieß bei der FAZ nicht auf Gegenliebe.¹¹⁵

Es verwundert daher nicht, dass die 1983/84 von Franz Josef Strauß vermittelten Bürgschaften der Bundesrepublik für Kredite an die DDR in Milliardenhöhe kritisch betrachtet wurden. Darin sah die Wirtschaftsredaktion ein „irritierendes Verhalten der Regierung“ und vermutete hinter dem Handeln des bayerischen Ministerpräsidenten persönliche Ambitionen im Zweikampf mit Bundeskanzler Kohl. Die Redakteure glaubten, die Leserinnen und Leser könnten dieses Verhalten nicht recht einordnen.¹¹⁶ Daher lieferte die FAZ Deutungsangebote. Herausgeber Reißmüller übernahm diese Aufgabe und kritisierte die Milliardenbürgschaft scharf, als er Strauß Kompetenz und Zuständigkeit für Verhandlungen absprach: „In einem ordentlichen Staat kümmert sich jeder um das, was seines Amtes ist.“¹¹⁷ Dass Kohl von Anfang an von den Kontakten Strauß' in die DDR wusste und dessen Vermittlerrolle sogar aktiv unterstützte, wussten die Verantwortlichen der FAZ damals nicht.¹¹⁸ Als die Kredite bekannt wurden, druckte die Zeitung zahlreiche Leserzuschriften in der Rubrik „Briefe an die Herausgeber“ ab, in denen diese ihrem Unmut Luft machten. Daraus lässt sich nicht schließen, dass die Leserschaft der FAZ ganz einer Meinung mit der Redaktion war, denn es ist nicht überliefert, wie viele Zuschriften es gab, die sich für die Vermittlung der Kredite aussprachen. Die ausgewählten Briefe hatten vor allem das Ziel, Orientierungsmarken in der Deutschlandpolitik zu setzen. Hier fragten sich erzürnte Leserinnen und Leser der FAZ etwa: „Wo ist die Gegenleistung der DDR?“, oder sie stellten gleich fest: „Ergebnis null“.¹¹⁹

¹¹² FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen Protokolle 1.1.1978–30.9.1981, Protokoll über die große Konferenz, 3.2.1981.

¹¹³ Vgl. Wirsching, Provisorium, S. 593.

¹¹⁴ Vgl. Rödder, Deutsche Frage, S. 297.

¹¹⁵ Vgl. FAZ vom 29.4.1983: „Kohl bleibt gelassen“, und vom 11.1.1986: „In einer Schönwetter-Periode“.

¹¹⁶ FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen 1.10.1981–31.3.1986, 169. Jour-fixe der Wirtschaftsredaktion, 1.8.1983.

¹¹⁷ FAZ vom 9.8.1983: „Die neue Leidenschaft von Strauß“.

¹¹⁸ Vgl. Wirsching, Provisorium, S. 594–604.

¹¹⁹ FAZ vom 2.8.1983: Leserbrief Charlotte Knappe, und vom 15.8.1983: Leserbrief Lambert Bremser, „Wo ist die Gegenleistung der DDR?“

Schrittweise setzte sich nach dem ausgebliebenen Kurswechsel jedoch auch in der FAZ ein Gedanke fest: Womöglich war die DDR doch mehr als nur eine Episode in der deutschen Geschichte. Die „normative Kraft des Faktischen“¹²⁰ schlug sich nun auch im Denken der „Zeitung für Deutschland“ nieder. Ein Indiz dafür ist, erstens, die Berichterstattung über den Zustand der DDR-Wirtschaft ab Mitte der 1980er Jahre. Dazu gehörten umfangreiche Berichte über die Industriebetriebe. Die Artikel behandelten unrentable Kombinate mit ihren veralteten Produktionsanlagen, die die Wirtschaft belasteten.¹²¹ Hugo Müller-Vogg, der 1977 vom *Mannheimer Morgen* in die Wirtschaftsredaktion der FAZ gekommen war, beschäftigte sich nun häufiger mit der Wirtschaft der DDR.¹²² Als junger Wirtschaftsredakteur hatte Müller-Vogg 1979 von einem ehemaligen Sektionsleiter im Ost-Berliner Ministerium für Handel und Versorgung erfahren, dass die DDR ihre Wirtschaftsdaten seit vielen Jahren fälsche und beschönige.¹²³ Umso bemerkenswerter war, dass offenbar keiner der Herren aus der Wirtschaftsredaktion, angesichts der selbst verfassten Beschreibungen des Niedergangs, die Entwicklungen des Herbsts 1989 kommen sah. Dies schien außerhalb des Denkbaren.

Zweitens sah man auch in Redaktion und Herausgeberkonferenz nicht, dass die DDR ein schnelles Ende finden würde. Noch 1987 zeigte sich die feste Auffassung, dass sich an der deutschen Teilung so bald nichts ändern würde, als die Führungsrunde über die Besetzung der Korrespondentenstellen in Ost-Berlin für die nächsten „paar Jahre“ beriet.¹²⁴ Die Akkreditierung von Götz ging nach seinem Eintritt in den Ruhestand 1987 an Monika Zimmermann. Die Feuilletonmitarbeiterin berichtete als erste und einzige Korrespondentin der FAZ mit Wohnsitz in Ost-Berlin aus der geteilten Stadt.¹²⁵ Den Journalisten ging es nicht anders als der überwiegenden Zahl der Deutschen. Seit der Neuen Ostpolitik hatte sich der Status quo so verfestigt, dass mit einer raschen Wiedervereinigung nicht gerechnet wurde. Drittens zeigt sich eine quantitative Verschiebung in der Berichterstattung. War das Thema Wiedervereinigung in den 1950er Jahren noch überaus präsent, so hatte es ab den 1960er Jahren in der FAZ schrittweise an Sichtbarkeit verloren, da es kaum mehr tagesaktuelle Relevanz besaß.

¹²⁰ Rödter, *Deutsche Frage*, S. 297.

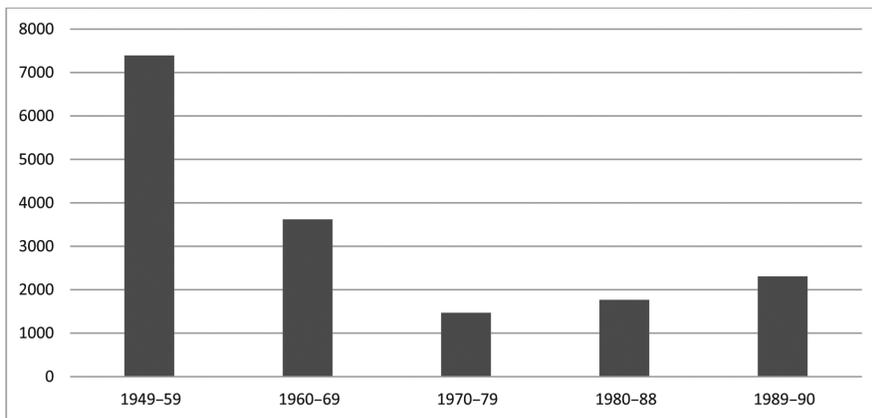
¹²¹ Vgl. FAZ vom 22.8.1988: „Viel Qualm“, und vom 22.12.1988: „Die Decke wird immer dünner“.

¹²² Vgl. Hoeres, *Zeitung*, S. 385–389. Nach Stationen als Korrespondent in Düsseldorf und New York wurde Müller-Vogg 1988 zum Herausgeber mit Zuständigkeit für den Lokalteil der FAZ, die „Rhein-Main-Zeitung“, berufen. 2001 wurde er wegen seiner Kontakte zum Haus Springer von den übrigen Herausgebern entlassen.

¹²³ Vgl. FAZ vom 28.12.1979: „Viel dichterische Freiheit in den Wirtschaftsplänen“.

¹²⁴ FAZ-Archiv, Rm HG-Konferenz 1985/86 1987/88 1988/89, Protokoll über die Herausgebersitzung, 11.2.1987.

¹²⁵ Ebenda.



Häufigkeit des Worts Wiedervereinigung auf den Seiten der FAZ

Doch diese Befunde können zu dem Fehlschluss führen, die FAZ habe auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik ihre alte Linie verlassen. Auch in den 1980er Jahren hatte die Zeitung das Thema nie ganz aus den Augen verloren, wie sich an der harschen Kritik an der CDU zeigte, als Generalsekretär Heiner Geißler 1988 den Vorstoß wagte, das Ziel der Wiedervereinigung aus dem Parteiprogramm zu streichen. Deutlich wurde dabei, dass die FAZ, im Gegensatz zu vielen anderen Blättern, die Verfestigung der deutschen Zweistaatlichkeit nicht einfach als gegeben akzeptierte, sondern stets die Offenheit der deutschen Frage betonte. 1988 bemerkte auch der *Spiegel*, dass sich die Zeitung zum Sprachrohr derer gemacht habe, die am Ziel der Wiedervereinigung festhielten.¹²⁶ Zwar hatte sich intern seit Mitte der 1980er Jahre durchaus eine gewisse Anerkennung des Status quo durchgesetzt. Doch nach außen hin hielt man weiter an dem Fernziel der Einheit fest.

Doch auch die „Zeitung für Deutschland“ hatte nicht mit der Dynamik der Ereignisse des Herbsts 1989 gerechnet, wengleich der gedankliche Vorlauf gut 40 Jahre lang war. Zwischen der Redaktionssitzung, auf der im August 1989 erstmals über die Ausreisewelle von DDR-Bürgern über Ungarn gesprochen wurde und der Diskussion der FAZ-Herausgeber über die Pläne des Springer-Konzerns, in der DDR künftig die *Bild-Zeitung* und die *Welt* zu verkaufen, lagen nur drei Monate.¹²⁷ Obwohl die Anzeichen des Wandlungsprozesses in der DDR und allen Ostblockstaaten in der ersten Jahreshälfte 1989 nicht dazu führten, dass die FAZ ernsthaft an eine baldige Wiedervereinigung glaubte, so erkannte man doch im Oktober, dass eine historische Stunde angebrochen war. Es galt nun, die eigene Haltung und Rolle im Prozess der Wiedervereinigung zu definieren. Hier zeigt sich

¹²⁶ Vgl. Der Spiegel vom 14.2.1988: „CDU: Abschied von den alten Einheitsträumen“.

¹²⁷ FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen 1.4.1986–30.9.1991, Protokoll über die Redaktionskonferenz, 8.8.1989, und FAZ-Archiv, HG April 1989–31.12.1990, Protokoll über die Herausgebersitzung, 15.11.1989.

ein viertes Indiz dafür, dass die FAZ die Fakten der Teilung anerkannt hatte und nun unverhofft vor einer neuen Situation stand.

Was lag näher, als einen Historiker um eine breite Einordnung der Entwicklungen zu bitten? Mit Michael Stürmer war seit 1984 ein einflussreicher Vertreter der deutschsprachigen Geschichtswissenschaft als politischer Leitartikler für die FAZ tätig, der zudem zwischen 1980 und 1986 zum Beraterkreis Helmut Kohls gehört hatte. Von ihm erhofften sich Herausgeber und Redakteure einige Einordnungen. „Die Wiedervereinigung ist eine Zeitfrage“, betonte Stürmer vorsichtig und nichtsagend in der großen Redaktionskonferenz vom 31. Oktober 1989.¹²⁸ Er betrachtete den Umbruchsprozess vor allem vom Standpunkt der politischen Macht aus, die er nach wie vor in den Händen der SED sah. Stürmer nahm an, dass von der Partei „auf die Masse der Bevölkerung bald Druck ausgeübt werde“. An einer schnellen Wiedervereinigung hatte er große Zweifel. Doch ein gewichtiger Teil der Redakteure widersprach. Kurt Reumann, zuständiger Redakteur für das Bildungswesen aus dem Politikressort, warf Stürmer vor, die Bedeutung der demonstrierenden Bevölkerung zu vernachlässigen. Es entspann sich eine lebhafte Diskussion, die typisch für die Diskussionskultur der Wendetage war: Die Situation war derart offen und von Konjunktiven bestimmt, dass eine fundierte Beurteilung der Lage kaum möglich war. So betonten die einen die Stabilität der Institutionen im Osten und die anderen den Druck, der von den Demonstrationen ausging. Gillessen stellte schließlich die Frage: „Was können wir steuern?“, und meinte damit die Rolle der FAZ als Stichwortgeber der politischen Debatte. Doch zuvor musste man sich über die eigene Haltung klar werden.

Gillessen war seit vielen Jahren Experte für Außen- und Sicherheitspolitik in der politischen Redaktion. Er hatte stets für einen westorientierten Kurs in der Deutschlandpolitik und damit für die Argumente der Entspannungskritiker geworben.¹²⁹ Im Herbst 1989 erhob er mit der Zustimmung der Mehrheit seiner Kollegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker zur obersten Prämisse und sprach damit den Bürgerinnen und Bürgern im Osten wie im Westen die führende Rolle zu. Darin lag für ihn der Kern der politischen Haltung der Zeitung. Dazu gehörte die Grundauffassung, dass nur die Menschen in beiden Teilen Deutschlands darüber befinden könnten, wie sich die folgende Entwicklung vollziehen werde. Die ehemaligen Besatzungsmächte betrachtete er als einen nachgeordneten Faktor. Herausgeber Reißmüller hatte diese Position bereits zuvor eingenommen, als er in seinem Leitkommentar vom 10. Oktober 1989 die Kategorien Nation und Staat aufgriff. Seiner Auffassung nach bestand längst eine gemeinsame deutsche Nation, wie sich spätestens mit der Massenflucht der DDR-Bürger über Ungarn gezeigt habe. Diese hätten selbstverständlich in der Bundesrepublik Zuflucht gesucht und nicht in einem anderen Land: „Für eine Nation ist es das natürliche, in einem Staat zusammenzuleben.“¹³⁰ Das Volk und dessen „Einheitswille“ war der entscheidende

¹²⁸ Hierzu und zum Folgenden FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen 1.4.1986–30.9.1991, Protokoll über die Redaktionskonferenz, 31.10.1989.

¹²⁹ Vgl. Hoeres, *Zeitung*, S. 126 f.

¹³⁰ FAZ vom 10.10.1989: „Man spricht wieder von der Einheit“.

Faktor. Diese Haltung widersprach Stürmers Auffassung, dass die Wiedervereinigung vor allem an die Bedingungen der außenpolitischen Konstellationen geknüpft war, denn er sah die DDR als Staat im Verband des Ostblocks, der auch die Bedingungen der Einheit diktieren werde. Die Selbstbestimmung war auch für Herausgeber Fack das entscheidende Kriterium, „denn das Volk hat keine Angst mehr“.¹³¹ Euphorisch schloss er seinen Leitkommentar am 6. November 1989: „Nichts ist mehr unmöglich oder undenkbar, auch in Deutschland nicht.“¹³²

Undenkbar war in diesem Moment auch nicht mehr, dass die FAZ von alten Positionen abwich. Eine davon war die Betonung der Rechtsansprüche auf das Gebiet jenseits der Oder-Neiße-Linie. Im Dezember 1989 wurde intensiv darüber diskutiert, welche Folgen sich aus einer möglichen Vereinigung der beiden deutschen Staaten für die polnische Westgrenze ergeben würden. Günther Nonnenmacher war seit 1986 der verantwortliche Redakteur für die Außenpolitik. Der habilitierte Politikwissenschaftler hatte 1982 den Weg in die Politikredaktion gefunden und sich schnell einen Namen mit scharfen Analysen der weltpolitischen Lage gemacht.¹³³ Bereits vor seiner Berufung zum Herausgeber 1994 als Nachfolger Facks war er einer der prominentesten Köpfe der Zeitung gewesen.¹³⁴

Nonnenmacher sah in der Beharrung auf den Rechtsansprüchen ein schweres Hindernis für die Wiedervereinigung, vor allem, weil die westeuropäischen Staaten darin ein entscheidendes Kriterium für den weiteren Prozess sahen.¹³⁵ Er entstammte – 1948 geboren – zudem einer anderen Generation und hatte keinen biografischen Bezug zu den ehemaligen Ostgebieten.¹³⁶ Kurt Reumann aus dem Politikressort meinte, dass sich „alle Deutschen die Föderation, Vereinigung oder Wiedervereinigung in den Grenzen von 1989“ wünschten und nicht in denen von 1937.¹³⁷ Der gebürtige Dresdner Friedrich Karl Fromme meldete sich in der Debatte ebenfalls zu Wort. Als verantwortlicher Redakteur für die Innenpolitik zwischen 1974 und 1997 prägte er mit seiner konservativen Lesart des Tagesgeschehens über fast 25 Jahre hinweg das Politikressort stark. 1986 war er kommissarisch sogar für die Außenpolitik verantwortlich.¹³⁸ Fromme appellierte in der amorphen Situation des Herbsts 1989 an die Opposition im Bundestag, „die vielleicht erreichbare Vereinigung Deutschlands in den Grenzen der Bundesrepublik und der DDR durch Hinweise auf das zu erschweren, was jetzt in der Hand der Bundesrepublik

¹³¹ FAZ vom 6.11.1989: „Der vierte November“.

¹³² FAZ vom 6.11.1989: „Eine deutsche Chance“.

¹³³ Vgl. FAZ vom 20.7.1988: „Was in Warschau ungesagt blieb“, und vom 11.10.1988: „Paris sucht seine Ostpolitik“.

¹³⁴ Im Herausbergremium gab es während der 1980er Jahre außer bei der Zuständigkeit für den Wirtschaftsteil keine Verschiebungen. Welter schied 1980 aus, Eick verblieb bis zur seiner Ablösung durch den gebürtigen Zeitzer Jürgen Jeske 1986; vgl. Kutzner, *Marktwirtschaft*, S. 64–68.

¹³⁵ Vgl. FAZ vom 16.12.1989: „Falsche Angst vor Deutschland“.

¹³⁶ Vgl. Sie redigieren und schreiben (1988), S. 81.

¹³⁷ FAZ vom 30.12.1989: „In den Grenzen von 1989“.

¹³⁸ Vgl. Hoeres, *Zeitung*, S. 572.

nicht liegt“.¹³⁹ Für die Zeitung und ihre Macher war die alte Grenzfrage nun kein Thema mehr, denn es ging ihr, wie Fromme es in seinem Kommentar formulierte, um die Einheit als „nationale Frage“. Zu deren Gunsten verwarf die FAZ die alte Position zur Ostgrenze.

Zu diesen euphorischen Tönen gesellte sich eine kritische Betrachtung der zurückhaltenden Politik der Bundesregierung. Reißmüller hatte schon Anfang Oktober 1989 pathetisch gefordert, Deutschlandpolitik müsse mehr sein als die Verwaltung der Teilung.¹⁴⁰ „Man habe stets nur starre Formeln heruntergebetet, jetzt seien die Politiker in Bonn genauso aufgeregt wie in Ost-Berlin.“¹⁴¹ Für Reißmüller lag eine der Aufgaben der FAZ nun darin, der Politik Beine zu machen und Argumente gegen eine schnelle Vereinigung zu entkräften. Eines davon war die Sorge um die Vorbehalte der Nachbarländer, die oft in politischen Reden vorgebracht wurde. Reißmüller und Fack argumentierten, das vereinigte Deutschland werde weiterhin fest in das westliche Bündnissystem eingebunden sein, um auch den östlichen Nachbarn Sicherheit vor einem erstarkten Deutschland zu vermitteln.¹⁴² Die beiden Herausgeber sahen in einer solchen Konstellation den Weg zur Einheit, der alle Vorbehalte entkräftete. Entsprechend positiv wurde Helmut Kohls Zehn-Punkte-Programm beurteilt, in dem genau diese Forderung ihren Niederschlag fand.¹⁴³ In den aufregenden Tagen des Herbsts 1989 war die Stimmungslage bei Redakteuren und Verantwortlichen euphorisch. Die FAZ war nun die „Zeitung für ganz Deutschland“. Damit hatte sich nach der Etablierung der Marktwirtschaft auch der zweite Wunsch aus den Gründungstagen der Zeitung erfüllt.

VI. Resümee

Im Juni 1991 war der Bundeskanzler zu Gast in der Redaktionskonferenz. Bei der ersten Bundestagswahl im vereinten Deutschland hatte Kohl 1990 ein respektables Ergebnis erzielt. Nun, gut sechs Monate später, befand sich die CDU im Stimmungstief, da die versprochenen Verbesserungen der wirtschaftlichen und sozialen Situation in der ehemaligen DDR ausblieben.¹⁴⁴ Die Redakteure waren überaus kritisch bei den Ausführungen des Bundeskanzlers, dass schon in wenigen Jahren eine wirtschaftliche Angleichung von Ost und West zu erwarten sei. Angesichts der in ihren Augen verfehlten Währungsreform und den steigenden Kosten für den Aufbau Ost sahen die meisten Anwesenden die Wiedervereinigung nun kritischer als zuvor. Wieder einmal hatte die „Zeitung für Deutschland“ ihre Haltung zur

¹³⁹ FAZ vom 2.1.1990: „Deutschland aus zwei Staaten“.

¹⁴⁰ FAZ vom 10.10.1989: „Man spricht wieder von der Einheit“.

¹⁴¹ FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen 1.4.1986–30.9.1991, Protokoll über die Redaktionskonferenz, 31.10.1989.

¹⁴² Ebenda. Vgl. auch FAZ vom 6.11.1989: „Eine deutsche Chance“.

¹⁴³ FAZ vom 30.11.1989: „Kohl nutzt die Gunst der Stunde“.

¹⁴⁴ FAZ-Archiv, Redaktionskonferenzen 1.4.1986–30.9.1991, Protokoll über die Redaktionskonferenz, 18.6.1991.

deutschen Frage verändert, nachdem sie im Herbst 1989 als starker Befürworter der Wiedervereinigung aufgetreten war.

Der vorliegende Aufsatz hat gezeigt, dass ein schablonenhaftes Urteil, das von der vorherrschenden politischen Ausrichtung einer Zeitung auf deren Haltung in deutschlandpolitischen Fragen schließt, weder der Komplexität innerredaktioneller Meinungsbildungsprozesse noch dem Charakter von Medienakteuren gerecht wird. Dies gilt insbesondere für die FAZ, in deren genetischer Matrix die Frage der deutschen Einheit tief verankert war. Umso erstaunlicher erscheint der Befund, dass die FAZ wegen ihrer großen Binnenpluralität bei allen konservativen Standortbestimmungen und -verschiebungen in der Frage der Wiedervereinigung in den 1970er und 1980er Jahren stets auch alternative Lesarten anbot, etwa durch die Unterstützung der Neuen Ostpolitik von Redakteuren wie Cramer oder Winters. Letzterer hatte durchaus recht mit seiner Einschätzung, dass der FAZ nie das „Einheitsgefühl“ abhanden gekommen sei. Doch gilt es hier zu fragen: Welche Form der Einheit? Es zeigt sich, dass eben diese Frage einen ständigen Konflikt herdkonstituierte – vom Ausscheiden Paul Sethes 1955 bis zur Bewertung der Wiedervereinigung 1989.

Bemerkenswert ist dabei, dass die Zeitung nicht trotz, sondern wegen der immer wieder aufflammenden inneren Konflikte ein einflussreicher deutschlandpolitischer Medienakteur werden konnte, was wohl nur in zweiter Linie auf die gestiegene Auflage zurückzuführen war. Denn indem die Zeitung unterschiedliche Lesarten anbot, war sie an unterschiedliche politische Gruppen anschlussfähig. Der Kontakt zu Barzel repräsentiert die Kontakte zum bürgerlichen Lager, der Umgang von Cramer mit Brandt und Walter Scheel deutet auf einen Austausch mit der Gegenseite hin. In jedem Fall wurde die Zeitung als Faktor in der Deutschlandpolitik wahrgenommen, sogar in der DDR. Es gelang ihr aber nur selten, tatsächlich ihre Position in den politischen Diskurs zu bringen. Die Hoffnung auf einen Kurswechsel 1982 wurde trotz der vorangegangenen intensiven Kontakte mit Kohl und seinem Umfeld jäh enttäuscht. Die FAZ und ihre Redakteure wurden in manchen Fällen gar instrumentalisiert, um politische Entscheidungen zu beeinflussen oder herbeizuführen, wie in der Affäre um Günter Gaus.

Die „Zeitung für Deutschland“ zu sein, konnte unterschiedliche Bedeutungen haben, wie sich insbesondere in den 1970er und 1980er Jahren zeigte: Unter dieser Parole konnte man für ein neutrales Deutschland zur Erhaltung der Einheit ebenso eintreten wie für ein im westlichen Staatenbündnis integriertes Deutschland, für das Deutschland in den Grenzen von 1937, für Ost-Deutschland, für West-Deutschland und während einiger euphorischer Wochen im Herbst 1989 – für ganz Deutschland.

Die Beteiligung am Irakkrieg 2003 gehört zu den umstrittensten Kapiteln in der Geschichte Großbritanniens im beginnenden 21. Jahrhundert. Handelte Tony Blair als Bushs „poodle“ oder entwickelte er eine eigenständige Strategie, die schließlich zur militärischen Intervention im Irak führte? Fiel die Entscheidung des britischen Premiers aufgrund der sicherheitspolitischen Bedrohung nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 oder täuschte er die Öffentlichkeit? Martin Günzel hat die Dokumente und den zwölfbändigen Bericht der 2009 eingesetzten *Iraq Inquiry* analysiert und kommt zu einem eindeutigen Befund: Blair wollte von Anfang an einen Regimewechsel im Irak, konnte Washington aber davon überzeugen, zu diesem Zweck den diplomatischen Weg über die Vereinten Nationen zu gehen. Als dieser scheiterte, setzte der britische Premier eine Teilnahme an der Invasion auch ohne deren Mandat durch.

Martin Günzel

Die Wegbereiter

Tony Blair, Großbritannien und die Entscheidung für den Irakkrieg 2001 bis 2003

I. Großbritanniens Beteiligung am Irakkrieg – ein offenes Forschungsfeld

Wohl keine Entscheidung eines britischen Premierministers nach dem Zweiten Weltkrieg ist so stark in die Kritik geraten wie die Tony Blairs zur Beteiligung britischer Truppen an dem von den USA geführten Krieg gegen den Irak im Jahr 2003. Bis heute ist die öffentliche Behandlung dieses Themas in Großbritannien mit einer Schärfe und Emotionalität behaftet, die eine sachliche Debatte schwierig machten und machen. Angesichts der bekannten verheerenden Auswirkungen der Invasion, die den Irak ebenso betreffen wie die Glaubwürdigkeit westlicher Politik, ist dies wenig verwunderlich. Infolgedessen gilt Blair, ehemals als Hoffnungsträger und Star der britischen Politik gefeiert, heute im eigenen Land als *persona non gratissima*, und wird aufgrund seiner eifertigen Folgsamkeit dem amerikanischen Präsidenten gegenüber als Bushs „poodle“ verspottet, sehr oft aber auch als Kriegsverbrecher oder Lügner („Bliar“) diskreditiert.¹

¹ James Strong, *Public Opinion, Legitimacy and Tony Blair's War in Iraq*, Abingdon/New York 2017, S. 2 f., hier S. 3 („poodle“), und Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 6.5.2019: „Aufstieg und Fall des Tony B.“ („Bliar“). Vgl. auch David Coates/Joel Krieger, *The Mistake Heard Round the World. Iraq and the Blair Legacy*, in: Terrence Casey (Hrsg.), *The Blair Legacy. Politics, Policy, Governance, and Foreign Affairs*, Basingstoke/New York 2009, S. 247–259, hier S. 247, und Stephan Bierling, *Geschichte des Irakkriegs. Der Sturz Saddams und Amerikas Alptrium im Mittleren Osten*, München 2010, S. 77 und S. 215.

Doch weder der öffentliche Konsens über die dezidiert negative Bewertung des Irakkriegs noch die umfassende politische Aufarbeitung seines Zustandekommens durch mittlerweile fünf Untersuchungskommissionen² sollten die Wissenschaft darüber hinwegtäuschen, dass der Forschungsstand zu diesem eminent wichtigen Thema alles andere als eindeutig ist: Es fehlte lange Zeit an einer umfassenden, quellenfundierten geschichtswissenschaftlichen Studie; stattdessen dominieren journalistische oder politikwissenschaftliche Beiträge auf mehr oder weniger dünner Quellengrundlage.³

Seit 2003 konzentriert sich die publizistische Auseinandersetzung über den britischen Weg in den Krieg auf die offizielle Version Tony Blairs und seiner Berater. Diese betonten bis heute einhellig, dass vor dem Hintergrund der weltweiten sicherheitspolitischen Bedrohungslage nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 und der potenziellen Gefahr Saddam Husseins für die Weltgemeinschaft eine Konfrontation mit dem Irak gerechtfertigt gewesen sei. Großbritannien und die USA hätten jedoch der „Entwaffnung“⁴ des Irak von seinen Massenvernichtungswaffen Priorität beigemessen, von deren Existenz die politischen Verantwortlichen damals überzeugt gewesen seien. Erst aufgrund der unzureichenden irakischen Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen in dieser Frage und der Uneinigkeit im Sicherheitsrat der *United Nations* (UN) Anfang 2003 habe man sich in Washington und London zu einem Kriegseinsatz als *Ultima Ratio* entschlossen.⁵

² Vgl. The Report of the Iraq Inquiry (Report of a Committee of Privy Counsellors), London 2016 – dieser Text steht im Mittelpunkt des Aufsatzes, der Bericht selbst wird im Folgenden als „Chilcot Report“ bezeichnet und ist hier online einzusehen: webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123237/http://www.iraqinquiry.org.uk/ [7.6.2019]. Die Kommission hat damals einen erheblichen Teil des Materials den „The National Archives“ zur Verfügung gestellt, die dieses dann online veröffentlicht hat. Dies betrifft allerdings längst nicht alle Dokumente, die sie für ihre Arbeit einsehen konnte und in ihrem Bericht in den Fußnoten zitiert hat. Sofern nicht anders gekennzeichnet, beruhen alle im Folgenden zitierten Dokumente auf der „Iraq Inquiry“ (Übersetzungen durch den Verfasser). Die nach der „Inquiry“ wohl wichtigste Kommission war der als „Butler Report“ bekannte „Review of Intelligence on Weapons of Mass Destruction“ aus dem Jahr 2004, der sich mit der Rolle der Geheimdienste und der Nutzung ihrer Informationen durch die Regierung im Vorfeld des Irakkriegs befasste.

³ Vgl. John Kampfner, *Blair's Wars*, London 2003; Peter Riddell, *Hug Them Close*. Blair, Clinton, Bush and the „Special Relationship“, London 2003; Con Coughlin, *American Ally*. Tony Blair and the War on Terror, New York 2006; Oliver Daddow/Jamie Gaskarth (Hrsg.), *British Foreign Policy. The New Labour Years*, Basingstoke/New York 2011, und Steve Kettell, *New Labour and the New World Order. Britain's Role in the War on Terror*, Manchester/New York 2011.

⁴ Tony Blair, *Mein Weg*, München 2010, S. 412 f.

⁵ Blairs Aussage vor der Chilcot-Kommission: Transkript Anhörung Blair vom 29.1.2010; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122254/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/229766/2010-01-29-transcript-blair-s1.pdf, und Transkript Anhörung Jonathan Powell (Stabschef Blairs) vom 18.1.2010; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122841/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/95166/2010-01-18-Transcript-Powell-S1.pdf. Alle Links, die zum Material der Chilcot-Kommission gehören, wurden zuletzt am 4.1.2021 abgerufen. Vgl. auch Jeremy Greenstock, *Iraq. The Cost of War*, London 2016, S. 126, S. 160, S. 162 und S. 215.

Abgesehen von einigen Autorinnen und Autoren, die diese Version im Wesentlichen stützen, wie beispielsweise Con Coughlin und Jason Ralph,⁶ ist sie frühzeitig auf breite publizistische Kritik gestoßen, die im Kern auf die Annahme hinausläuft, die damaligen britischen Entscheidungsträger um Blair hätten sich frühzeitig für eine Kriegsteilnahme entschieden, keine friedlichen Optionen verfolgt und die Öffentlichkeit über ihre wahren Absichten sowie über die Existenz der Massenvernichtungswaffen belogen.⁷

Doch die Fragen nach den konkreten Entscheidungszeitpunkten, den Motiven und strategischen Überlegungen, die hinter der britischen Kriegsbeteiligung standen, konnten in der verfügbaren Literatur, nicht zuletzt aufgrund der dünnen Quellengrundlage, lange Zeit nicht eindeutig geklärt werden.⁸ Auch der 2016 vorgelegte Abschlussbericht der sieben Jahre zuvor eingesetzten *Iraq Inquiry* lieferte, so die hier vertretene These keine befriedigenden, geschweige denn abschließenden Antworten auf diese Fragen. Zwar wertete die Kommission über 150.000 Dokumente aus, befragte über 200 Zeugen und präsentierte schließlich einen zwölfbändigen Bericht, der sich mit sämtlichen relevanten Aspekten der britischen Beteiligung am Irakkrieg befasste: dem Entscheidungsprozess, der eigentlichen Kriegführung, völkerrechtlichen Aspekten, den Nachkriegsplanungen und der Besatzungszeit. Die Kommission untersuchte vor allem, wie gerechtfertigt die militärische Invasion in den Irak gewesen sei. Letztlich fällt sie ein vernichtendes politisches Urteil über die bewaffnete Intervention, die sie als voreilig, ungerechtfertigt und schlecht geplant einstufte und dafür verantwortlich machte, dass Großbritanniens Glaubwürdigkeit beschädigt worden sei.⁹ Die Ergebnisse der Kommission sind jedoch mitunter ausgesprochen interpretationsoffen und unterstützen sogar zum Teil das Narrativ der damaligen Entscheidungsträger, wonach der Krieg das Resultat gescheiterter, aber aufrichtiger diplomatischer Bemühungen um eine „Entwaffnung“ des Irak gewesen sei.¹⁰

⁶ Vgl. Coughlin, *American Ally*, S. 211–268 und S. 280 f.; Jason Ralph, *After Chilcot. The „Doctrine of International Community“ and the UK Decision to Invade Iraq*, in: *British Journal of Politics and International Relations* 13 (2011), S. 304–325; Anthony Seldon, *Blair*, London 2004, S. 579 und S. 588, sowie Riddell, *Hug them Close*.

⁷ Vgl. Kampfner, *Blair's Wars*, S. 167 f.; Stephen Benedict Dyson, *The Blair Identity. Leadership and Foreign Policy*, Manchester/New York 2009, S. 99, und Eric Herring/Piers Robinson, *Deception and Britain's Road to War in Iraq*, in: *International Journal of Contemporary Iraqi Studies* 8 (2014), S. 213–232. Dies ist auch die Argumentation von John Prados in einer vom „National Security Archive“ online gestellten Dokumentation: *The National Security Archive, Electronic Briefing Book 328, The Iraq War – Part II: Was There Even a Decision?; nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB328/index.htm* [9.9.2018].

⁸ Vgl. Frédéric Bozo, *A History of the Iraq Crisis. France, the United States, and Iraq, 1991–2003*, Washington/New York 2016, S. 320, Anm. 17, und Patrick Porter, *Blunder. Britain's War in Iraq*, Oxford 2018, S. 2–10.

⁹ *The Iraq Inquiry, Statement by Sir John Chilcot*, 6.7.2016.

¹⁰ Vgl. *Chilcot Report, Executive Summary*, S. 51, par. 363 f. An manchen Stellen hat es den Anschein, als habe die Kommission die Darstellungen der damaligen Regierung und ihrer Mitarbeiter unhinterfragt übernommen, während gleichzeitig wichtige Dokumente zwar zitiert, jedoch nicht in die Deutung einbezogen wurden.

Paradoxerweise bietet das von der Kommission zusammengetragene Quellenmaterial nunmehr eine exzellente Grundlage, um genau diese Perspektive infrage zu stellen und den britischen Entscheidungsfindungsprozess im Vorfeld des Kriegs detailliert zu rekonstruieren. Diesen Ansatz verfolgten, allerdings meist nur ansatzweise, auch die wenigen seit 2016 erschienenen wissenschaftlichen Beiträge. Während sich jedoch beispielsweise die Arbeiten von Piers Robinson vor allem darauf konzentrieren, Tony Blairs Regierung eine systematische Kampagne der Täuschung der Öffentlichkeit nachzuweisen und weniger darauf, deren tatsächlichen Motive offenzulegen, publizierte der Politikwissenschaftler Patrick Porter Ende 2018 die erste fundierte Studie zum britischen Weg in den Irakkrieg, mit der die hier herausgearbeiteten Ergebnisse im Folgenden immer wieder abgeglichen werden sollen.¹¹ Gerade die Geschichtswissenschaft könnte davon profitieren, dass die Kommission einen erheblichen Teil der von ihr zusammengetragenen Dokumente – interne Memoranden und Besprechungsnotizen der britischen Entscheidungsträger sowie nicht zuletzt den umfangreichen persönlichen und brieflichen Austausch zwischen britischen und amerikanischen Akteuren – veröffentlicht und in ihrem Abschlussbericht in einen thematischen Gesamtzusammenhang gebracht hat. Dieser ging allerdings analytisch nicht in die Tiefe und gelangte, wie erwähnt, zu keinen überzeugenden abschließenden Resultaten über die Frage der Genesis der britischen Kriegsbeteiligung. Bislang aber hat sich die Geschichtswissenschaft dieses Quellenmaterials nicht angenommen.

Auf dieser Grundlage ist im Folgenden zu klären, wann genau, aus welchen Gründen und mit welchen strategischen Zielen die britische Entscheidung zur Beteiligung am Irakkrieg gefallen ist. Im Rahmen dieser Analyse wird auch untersucht, wie sehr die britische Regierung überhaupt an einer diplomatischen Lösung der Irakfrage interessiert war und welche Rolle die Frage der Massenvernichtungswaffen in ihrer Politik spielte. Auch gilt es, eine Antwort auf die noch immer offene Frage zu finden: Folgte das Land lediglich dem amerikanischen Kriegskurs, war Blair also, wie ihm zeitgenössisch und seit 2003 regelmäßig unterstellt wurde, lediglich Bushs „poodle“? Oder entwickelte man in London eine eigenständige Strategie gegenüber dem Irak, die letztlich in den Krieg führte? Wenn ja, wie sah diese aus – und in welcher Weise beeinflusste sie das amerikanische Vorgehen?

Da sich hierzulande die Rezeption des Irakkriegs oftmals auf den Antagonismus zwischen den USA und Deutschland beschränkt, geht es in diesem Aufsatz vor allem darum, die historische Bedeutung der britischen Beteiligung am Irakkrieg herauszuarbeiten. Diplomatiegeschichtliche Studien erfreuen sich in den Geschichtswissenschaften heutzutage nicht mehr der gleichen Beliebtheit wie früher. Die folgende Analyse zeigt aber einmal mehr die Bedeutung von Arbeiten auf, bei denen es um die existenzielle Problematik von Krieg und Frieden geht. Die Frage,

¹¹ Vgl. Piers Robinson, Learning from the Chilcot Report. Propaganda, Deception and the „War on Terror“, in: Journal of Contemporary Iraqi Studies 11 (2017), S. 47–73, und Porter, Blunder; vgl. auch Strong, Public Opinion.

wie es zu einer der verheerendsten militärischen Konfrontation der jüngsten Vergangenheit kommen konnte und welche Rolle einer der bekanntesten Staatsmänner der letzten 20 Jahre dabei spielte, hat für die Zeitgeschichtsforschung eine nicht zu vernachlässigende Relevanz.

II. Die außenpolitischen Voraussetzungen der britischen Kriegsbeteiligung vor 2001

Die britische Beteiligung am Irakkrieg war das Resultat von Entscheidungen, die in Washington und London in Reaktion auf die Terroranschläge des 11. September 2001 getroffen wurden.¹² Doch sind mit Blick auf die Vorgeschichte der britischen Entscheidung auch zentrale Kategorien der Außenpolitik Großbritanniens und Tony Blairs vor 2001 zu diskutieren. Sie müssen berücksichtigt werden, will man die eigentlichen Entscheidungsprozesse im unmittelbaren Vorfeld des Kriegs verstehen. Es handelt sich um die britische Irakpolitik der 1990er Jahre, die Bedeutung der Politik des „Regime Change“ sowie der *special relationship* Londons mit den USA für die britische Politik.

Im Zusammenhang mit der Vorgeschichte des Irakkriegs wird häufig zu wenig beachtet, dass der Irak Saddam Husseins über die gesamten 1990er Jahre ein konfliktträchtiges Dauerthema im UN-Sicherheitsrat war. Das Land, das 1990/91 nur im Rahmen einer UN-gestützten Militärmission unter Führung der USA von der gewaltsamen Besetzung Kuwaits abzubringen war und bis dahin nachweislich chemische und biologische Massenvernichtungswaffen – nicht zuletzt gegen die eigene Bevölkerung – eingesetzt hatte, wurde in der Folge einem strikten Kontroll- und Sanktionssystem der Vereinten Nationen unterworfen. Grundlage dafür war, und auch dies wird oft vergessen, die bis 2003 in der Weltgemeinschaft und unter den internationalen Waffenexperten weit verbreitete Vermutung, dass der Irak weiterhin an der Herstellung sogenannter Massenvernichtungswaffen arbeite und daher eine potenzielle Bedrohung des regionalen und weltweiten Friedens darstelle. Gerade für den britischen Premierminister Tony Blair spielte diese Überzeugung seit seiner Amtsübernahme im Jahre 1997 eine wichtige Rolle.¹³

Doch der Versuch der UN, den Irak in der Frage der Abrüstung und Überwachung seiner vermeintlichen Waffensysteme zur Zusammenarbeit mit der Weltgemeinschaft zu bewegen, gestaltete sich ausgesprochen schwierig und war Ende der 1990er Jahre in eine Sackgasse geraten: Die UN-Waffeninspektoren, von Saddam Hussein systematisch an ihrer Arbeit gehindert, verließen 1998 aus Protest das Land, woraufhin die USA unter Präsident Bill Clinton und Großbritannien unter Blair im Dezember desselben Jahrs die Operation *Desert Fox* initiierten und den Irak bombardierten, um die vermuteten Waffensysteme zu zerstören und den

¹² Vgl. Bernd Greiner, 9/11. Der Tag, die Angst, die Folgen, München 2011, S. 47–80.

¹³ Vgl. Bierling, Geschichte, S. 23–25; Hans Blix, Mission Irak. Wahrheit und Lügen, München 2004, S. 44 f. und S. 186 f., sowie Christoph Bluth, The British Road to War. Blair, Bush and the Decision to Invade Iraq, in: International Affairs 80 (2004), S. 871–892, hier S. 873.

Diktator zur Raison zu bringen – ohne Erfolg.¹⁴ Bereits während dieses Militäreinsatzes, aber auch schon zuvor, hatte sich Blair öffentlich zu einer Politik der, wenn nötig militärisch gestützten, Härte gegenüber dem Irak bekannt und die Hoffnung geäußert, dass es eines Tages als Endziel seiner Politik möglich sein würde, Saddam Husseins Regime zu stürzen.¹⁵

Die irakpolitischen Pläne der britischen Regierung bis zum Sommer 2001 wurden exemplarisch in einem Memorandum des Außenministeriums vom 7. März 2001 umrissen: Das Ziel, so hieß es dort, sei die Wiederherstellung eines freiheitlichen, rechtsstaatlichen Irak, der in Frieden mit sich, seinen Nachbarn und der Weltgemeinschaft lebe. Schon damals wurde die – naheliegende – Schlussfolgerung gezogen, dass dieses Ziel mit dem Fortbestand des Saddam-Regimes unvereinbar sei, weil es eine „fundamentale Veränderung“ der innerirakischen Verhältnisse voraussetze. Deshalb müssten „militärische Maßnahmen“ zumindest „toleriert“ werden. Die Entscheidung für einen militärischen Regimesturz hänge jedoch einerseits davon ab, ob der Irak erneut, beispielsweise durch eine Aufrüstung seiner vermuteten Waffenprogramme, zu einer Bedrohung werden würde, und andererseits, ob es gelänge, die notwendige internationale Unterstützung sowie die rechtliche Basis für einen Krieg zu gewährleisten.¹⁶ Schon an dieser Stelle wird klar: Sollten die Umstände sich ändern, waren die Briten auch schon vor 2001 zum Krieg bereit. Und die Umstände sollten sich ändern.

Grundsätzlich jedoch bestand das Ziel der britischen Regierung bis zum September 2001 nicht darin, einen Krieg vorzubereiten, sondern die Rückkehr der Waffeninspektoren in den Irak und eine verbesserte Sanktionspolitik des UN-Sicherheitsrats zu forcieren. Auch galt es, die neue und gegenüber dem Irak deutlich konfrontativere US-Administration unter George W. Bush auf diesen Kurs festzulegen.¹⁷ Da sich dieses Vorhaben angesichts der Obstruktionspolitik des Irak, aber auch angesichts der in dieser Frage ausgesprochen desinteressierten Haltung der Sicherheitsratsmitglieder Frankreich, Russland und China als kaum umsetzbar erwies, zeigte sich nicht nur die Bush-Administration, sondern auch die britische

¹⁴ Vgl. Greenstock, Iraq, S. 59 f.; Bierling, Geschichte, S. 25 f., sowie Coughlin, American Ally, S. 21, S. 68–72 und S. 79.

¹⁵ Die Reden Blairs in: Hansard UK Parliament, House of Commons, Vol. 307, Iraq, 24.2.1998, Sp. 174 f., und Hansard UK Parliament, House of Commons, Vol. 322, Iraq, 17.12.1998, Sp. 1101–1103.

¹⁶ Sawers an Cowper-Coles, 7.3.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122749/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/187402/2001-03-07-letter-sawers-to-cowper-coles-iraq-new-policy-framework.pdf.

¹⁷ Ebenda, und Joint Memorandum des Secretary of State for Foreign and Commonwealth Affairs und des Secretary of State for Defence, 17.5.1999; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171124153729/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/247558/1999-05-17-sofs-fco-and-sofs-defence-iraq-future-strategy.pdf. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 1, Section 1.2: Development of UK Strategy and Options, September 2000 to September 2001, S. 188, par. 6, und S. 249–262, par. 306–370, sowie Chilcot Report, Vol. 7, Section 9.4: June 2005 to May 2006, S. 576–578, par. 34 f.

Regierung bis zum Sommer 2001 zunehmend frustriert über die festgefahrene Irakpolitik.¹⁸

Obgleich im Falle des Irak bis 2001 eine Politik des „Regime Change“ nicht konkret auf der britischen Agenda stand, korrespondierte die Härte, die Premierminister Blair in der Irakfrage seit Ende der 1990er Jahre an den Tag gelegt hatte, auffallend mit seiner sich zeitgleich verfestigenden Überzeugung, dass eine Politik der militärischen Intervention zum Zwecke der Beseitigung weltpolitischer Bedrohungen und der Verbreitung sogenannter liberaler Werte unter bestimmten Umständen geboten und segensreich sein konnte. Hier spielten das Jahr 1999 und der Kosovokrieg eine wichtige Rolle.¹⁹ In diesem Konflikt, der mit der Verhinderung des vermeintlich genozidalen Vorgehens von Serbiens Staatschef Slobodan Milošević im Kosovo begründet wurde, hatte sich der Premierminister als ein besonders entschlossener Verfechter eines Militäreinsatzes, der sogar für den Einsatz von Bodentruppen warb, exponiert und profiliert.²⁰

Nur einen knappen Monat nach Beginn der westlichen Angriffe formulierte Blair in Chicago seine bekannte *Doctrine of the International Community*, die für seine Außenpolitik gleichsam leitmotivischen Charakter haben sollte. In dieser Rede plädierte der Brite, auch und gerade mit Verweis auf Miloševićs Serbien und Saddam Husseins Irak, dafür, das grundsätzliche Gebot der militärischen Nicht-Intervention in andere Länder infrage zu stellen, wenn diese Länder von menschenverachtenden Diktatoren unterdrückt würden. Die kollektive Sicherheit der Weltgemeinschaft, so legte Blair nahe, sei mitunter am besten zu verteidigen, wenn man mithilfe militärischer Macht liberal-demokratische Werte exportiere. Die Vereinten Nationen forderte er auf, sich diese Ideen zu eigen zu machen, wenn sie weiterhin als effektiver Garant globaler Sicherheit gelten wollten.²¹

Blairs hier angedeuteter und im Kosovo bereits entschlossen praktizierter „liberaler Interventionismus“²² lief auf einen fundamentalen Bruch mit den außenpolitischen Traditionen der Labour-Partei hinaus, vor allem weil Blair die maßgebliche Rolle der UN als Legitimationsmacht durch die implizite Suggestion infrage stellte, es gebe einen eventuell auch über dem Völkerrecht stehenden humanitären Imperativ, der unter bestimmten Umständen in eine Interventionspflicht

¹⁸ Vgl. ebenda, und Bierling, *Geschichte*, S. 26–28. Und: JIC Assessment vom 25.7.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123124012/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/203196/2001-07-25-jic-assessment-iraq-continuing-erosion-of-sanctions.pdf.

¹⁹ Vgl. Lawrence Freedman, *Force and the International Community. Blair's Chicago Speech and the Criteria For Intervention*, in: *International Relations* 31 (2017), S. 107–124, hier S. 114.

²⁰ Vgl. Blair, *Mein Weg*, S. 237–272; Kampfner, *Blair's Wars*, S. 48, S. 57 und S. 83; Seldon, *Blair*, S. 394, und Martin Woollacott, *Großbritannien und die Kosovo-Krise*, in: Jens Reuter/Konrad Clewing (Hrsg.), *Der Kosovo-Konflikt. Ursachen – Verlauf – Perspektiven*, Klagenfurt 2000, S. 417–428.

²¹ Vgl. Tony Blair, *The Blair Doctrine*, Rede vom 22.4.1999, online unter: archive.globalpolicy.org/empire/humanint/1999/0422blair.htm [17.3.2021].

²² Vgl. Raymond Plant, *Blair's Liberal Interventionism*, in: Matt Beech/Simon Lee (Hrsg.), *Ten Years of New Labour*, Basingstoke/New York 2008, S. 151–169.

münden könne.²³ Seine eigene Partei hatte jahrzehntelang das Prinzip der unbedingten Hoheit völkerrechtlicher Normen und insbesondere der UN in Fragen von Krieg und Frieden hochgehalten sowie eine grundsätzlich anti-interventionistische Außenpolitik präferiert.²⁴ Blairs außenpolitisches Profil hingegen war seit seiner Amtsübernahme von der Überzeugung geprägt, dass Großbritannien außen- und sicherheitspolitisch eine wichtigere Stellung und eine entschlosseneren Haltung einnehmen müsse. Der Kosovokrieg hatte ihn, wie sich auch sein ehemaliger Minister Chris Smith erinnert, in der Sichtweise bestärkt, dass er sich in der Frage von Krieg und Interventionen zur Not auch über fehlende völkerrechtliche Legitimationen hinwegsetzen könne, wenn er selbst überzeugt war, das „Richtige“ zu tun.²⁵ Der Kosovokrieg und die oben erwähnte Chicago-Doktrin wurden von Blair selbst später im Vorfeld des Irakkriegs zu Orientierungspunkten seiner Kriegspolitik erklärt und sind auch deshalb mit Blick auf das Verständnis seiner Politik nicht zu unterschätzen.

Schwieriger ist die Bestimmung der historischen Bedeutung der *special relationship* für die britische Rolle im Irakkrieg: Laut gängigen, vornehmlich politikwissenschaftlichen Ansichten steht dieser militärische Konflikt in der Kontinuität der bis zum Zweiten Weltkrieg zurückreichenden Neigung britischer Politiker, wichtige außenpolitische Ziele und Schritte der USA zu unterstützen und nachzuvollziehen.²⁶ In der Tat waren Briten und Amerikaner seit dem Zweiten Weltkrieg enge, auch kulturell wie wirtschaftlich verbundene Partner. Doch allzu häufig herrscht in der Literatur ein allzu unterkomplexes Verständnis dieser Tradition vor: Denn die Geschichte der britisch-amerikanischen *special relationship* seit 1945 war alles andere als widerspruchsfrei und aus ihr lässt sich keineswegs ohne Weiteres eine unbedingte, unkritische britische Gefolgschaftstreue in internationalen Konflikten ableiten: Beim Vietnam-Krieg, dem Falkland-Krieg, bei der Grenada-Invasion und (anfangs) auch der deutschen Wiedervereinigung stellten sich die Briten jeweils gegen die amerikanische Politik.²⁷

²³ Vgl. Franz-Josef Brüggemeier, *Geschichte Großbritanniens im 20. Jahrhundert*, München 2010, S. 355 f.; Heinrich August Winkler, *Geschichte des Westens*, Bd. 4: *Die Zeit der Gegenwart*, München 2015, S. 131 f., und Jan Eckel, *Die Ambivalenz des Guten. Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern*, Göttingen 2014, S. 836.

²⁴ Vgl. Mark Phythian, *The Labour Party, War and International Relations, 1945–2006*, Abingdon/New York 2007, S. 20.

²⁵ Vgl. Seldon, *Blair*, S. 407; Coates/Krieger, *Mistake*, in: Casey (Hrsg.), *Blair Legacy*, S. 254 f.; Kelly McHugh, *Bush, Blair and the War in Iraq. Alliance Politics and the Limits of Influence*, in: *Political Science Quarterly* 125 (2010), S. 465–491, hier S. 469–472; Mark Wickham-Jones, *Labour's Trajectory in Foreign Affairs. The Moral Crusade of a Pivotal Power?*, in: Richard Little/Mark Wickham-Jones (Hrsg.), *New Labour's Foreign Policy. A New Moral Crusade?*, Manchester/New York 2000, S. 3–32, hier S. 3–5 und S. 15, sowie Dyson, *Blair Identity*, S. 66.

²⁶ Vgl. Jane M. O. Sharp, *Tony Blair Nurtures the Special Relationship*, in: Jane K. Cramer/A. Trevor Thrall (Hrsg.), *Why Did the United States Invade Iraq?*, Abingdon/New York 2012, S. 167–200; Robert Jervis, *Explaining the War in Iraq*, in: Ebenda, S. 25–48, hier S. 37, und Dyson, *Blair Identity*, S. 18 f.

²⁷ Vgl. Rhiannon Vickers, *Harold Wilson, the British Labour Party, and the War in Vietnam*, in: *Journal of Cold War Studies* 10 (2008), S. 41–70; Margaret Thatcher, *The Downing Street*

Hinzu kommt, dass besonders aus einer deutsch-zentrierten Perspektive häufig vergessen wird, dass die britische Folgebereitschaft gegenüber den USA in der Frage des Irakkriegs 2002/03 keineswegs exzeptionell für die Haltung Europas war – im Gegenteil: Der Großteil der heutigen Europäischen Union (EU) unterstützte den amerikanischen Kriegskurs, und, wie der damalige deutsche Außenminister Joschka Fischer bemerkte, fast alle betreffenden Länder „begründeten die sich abzeichnende Zustimmung ihrer Regierung zu dem Krieg vor allem bündnispolitisch“, nicht inhaltlich. Dieser Imperativ prägte auch die Position der deutschen Opposition um Angela Merkel und Edmund Stoiber, den Kanzlerkandidaten der Union.²⁸

Im britischen Fall existierte, besonders seit 1990/91, in Bezug auf die Irakpolitik eine besonders starke Interessenkongruenz mit den USA – gerade im Vergleich zu Frankreich und Russland. Darüber hinaus ist für die britische Beteiligung am Irakkrieg vor allem die spezifische Bedeutung, die Tony Blair der *special relationship* beimaß, von Relevanz:

Seit seiner Amtsübernahme war er von der Überzeugung getrieben, dass die Festigung der britisch-amerikanischen Sonderbeziehung „eines der wichtigsten Ziele der britischen Politik“ darstellen müsse.²⁹ Auch war Blair nach 9/11 der Ansicht, in Bush einen Verbündeten im Geiste für den liberal-interventionistischen Kampf gegen Terrorismus und Diktaturen gefunden zu haben.³⁰ Doch mit diesen Auffassungen verband der Premierminister auch eine bestimmte Erwartung: Bereits mit Präsident Clinton gab es große politische Gemeinsamkeiten und ein vertrauensvolles persönliches Verhältnis. Damals und auch später in der Zusammenarbeit mit dessen Nachfolger, George W. Bush, spielte die Überlegung eine große Rolle, durch einen engen Schulterschluss die amerikanische Politik im liberalen und multilateralen Sinne zu beeinflussen, dadurch weltpolitische Konflikte lösbar zu machen und nicht zuletzt auch Großbritanniens Bedeutung auf der Weltbühne zu stärken.³¹ Dieses Kalkül geriet zu einem Kernmotiv von Blairs Politik gegenüber den amerikanischen Kriegsbestrebungen ab 2001/02. Es führte ihn zu der, wie er selbst zugab, glaubensähnlichen Überzeugung, dass alles andere als eine bedingungslose Unterstützung der USA im „War on Terror“ undenkbar sei.³² Gleichwohl wird noch deutlich werden, dass auch die britisch-amerikanische Zusammen-

Years, London 1993, S. 220 f. und S. 230–232, sowie Klaus-Rainer Jackisch, Eisern gegen die Einheit. Margaret Thatcher und die deutsche Wiedervereinigung, Frankfurt a. M. 2004.

²⁸ Vgl. Joschka Fischer, „I am not convinced“. Der Irak-Krieg und die rot-grünen Jahre, Köln 2011, S. 221 und S. 150 (Zitat); vgl. auch Jürgen Schuster, Das „alte“ und das „neue“ Europa. Die Reaktionen der europäischen Länder auf die amerikanische Irak-Politik, Münster 2004.

²⁹ Blair, Mein Weg, S. 378.

³⁰ Vgl. McHugh, Bush, S. 489.

³¹ Vgl. Blair, Mein Weg, S. 378 und S. 432; Coughlin, American Ally, S. 384; Mark Phythian, From Asset to Liability. Blair, Brown and the „Special Relationship“, in: Daddow/Gaskarth (Hrsg.), British Foreign Policy, S. 188–204, hier S. 189–193, sowie Kettell, New Labour, S. 6, S. 13 und S. 22 f.

³² Zur Rede Blairs: Hansard des UK Parliament, House of Commons, Vol. 390, Sp. 21, 24.9.2002; vgl. auch Strong, Public Opinion, S. 142, sowie Kampfner, Blair's Wars, S. 168 und S. 203.

arbeit in der Irakfrage, gemeinhin als Höhepunkt der *special relationship* angesehen, weder widerspruchsfrei noch ausschließlich von eifertiger britischer Gefolgschaft geprägt war.

Vorläufig ist zu konstatieren, dass wichtige Aspekte der britischen Außenpolitik, die zu der späteren britischen Kriegsbeteiligung beitrugen, schon vor 2001 maßgeblich auf die persönlichen außenpolitischen Anschauungen Blairs zurückgingen. Tony Blair ist wiederholt als ein typischer Überzeugungspolitiker mit enormem Sendungsbewusstsein und Geltungsbedürfnis beschrieben worden. Ein französischer Diplomat im Umfeld von Jacques Chirac drückte es so aus: „Es gibt kein einziges Problem, von dem Blair meint, dass er es mit seinem eigenen persönlichen Einsatz nicht lösen könnte.“³³ Stephen Dyson charakterisierte ihn als einen Politiker „mit einem sehr starken Glauben an seine Fähigkeit, Ereignisse zu kontrollieren, mit geringer konzeptioneller Komplexität und einem ausgeprägten Machtbedürfnis.“³⁴ Blair war bestrebt, der internationalen Politik seinen Stempel aufzudrücken und seinen Einfluss zu stärken. Die Irakkrise mit einer auf einen Krieg zielenden Supermacht USA bot dafür natürlich einen günstigen Ansatzpunkt.

Es ist sicher interessant, darüber zu spekulieren, ob ein anderer Premierminister sich in der Irakkrise von 2002/03 ähnlich oder genau so verhalten hätte, und ebenso sehr ist es berechtigt, wie Porter vor einer allzu verengten Fokussierung auf die Person Blair zu warnen.³⁵ Doch ergibt sich das Gewicht des Faktors Blair allein schon dadurch, dass der Labour-Politiker seit 1997 wie kaum ein Vorgänger seit 1945 die britische Außenpolitik und deren Entscheidungsprozesse prägte. Historiker wie Ian Kershaw und Timothy Garton Ash sind sich mit Politikwissenschaftlern wie Mark Phythian und langjährigen journalistischen Beobachtern wie Simon Jenkins darin einig, dass Blair Parlament, Partei und Kabinett mit seinem präsidial-autoritären Führungsstil domestiziert und in ihrer Bedeutung marginalisiert habe. Diese Tendenz hatte zwar bereits vor 1997 begonnen, verstärkte sich jedoch danach weiter. Downing Street No. 10 und Blairs persönlicher Stab gewannen im Entscheidungsprozess ein immer stärkeres Gewicht. Kershaw sieht in dieser Entwicklung eines der historisch bemerkenswertesten Charakteristika der Blair-Ära.³⁶ Die Autorität Blairs beruhte dabei auf seinem politischen Nimbus: 1997 und 2001 errang er die eindrucksvollsten Wahlsiege der britischen Geschichte – was auch dazu beitrug, dass er und seine Beschlüsse in seinem Umfeld kaum noch infrage gestellt wurden.³⁷ Auch kennzeichnete insbesondere seine Außenpolitik eine hohe Affini-

³³ Zit. nach ebenda, S. 128. Vgl. auch Phythian, *Labour Party*, S. 131, und Riddell, *Hug them Close*, S. 8.

³⁴ Dyson, *Blair Identity*, S. 43.

³⁵ Vgl. Porter, *Blunder*, S. 9–15; vgl. auch Stephen Benedict Dyson, *What Difference Did He Make? Tony Blair and British Foreign Policy from 1997–2007*, in: Casey (Hrsg.), *Blair Legacy*, S. 235–246.

³⁶ Vgl. BBC News vom 10.5.2007: „How will History Judge Blair?“; news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/6636091.stm [7.6.2019]; The Guardian vom 24.7.2003: „President Blair“; Simon Jenkins, *Thatcher and Sons. A Revolution in Three Acts*, London u. a. 2006, S. 205, S. 232 und S. 236–240, sowie Phythian, *Labour Party*, S. 129 f.

³⁷ Vgl. ebenda, S. 127.

tät zu personalisierter Politik unter Umgehung von Institutionen und formellen Treffen (wie im Kabinett). Dagegen bevorzugte er die sogenannte Sofa-Diplomatie und schnelle Entscheidungen.³⁸ Hier bestimmte er die Agenda weitgehend uneingeschränkt, während er seine Außenminister (Robin Cook und Jack Straw) aus dem Zentrum der Macht drängte.³⁹

Nicht zuletzt war die persönliche Macht von Premierminister Blair, mit der er dem Entscheidungsprozess seinen Stempel aufzudrücken vermochte, den strukturellen Rahmenbedingungen des britischen politischen Systems geschuldet: Es handelt sich um ein traditionell zentralistisches, hierarchisches System mit einer starken exekutiven Spitze, relativ schwach ausgeprägten *Checks and Balances*, einer parteipolitisch ausgesprochen großen Loyalität bei wichtigen parlamentarischen Entscheidungen und, nicht zuletzt, einem enormen Informationsvorsprung des Premierministers gegenüber dem übrigen Kabinett.⁴⁰ All diese Faktoren helfen zu erklären, weshalb sich Blair mit seinen ganz persönlichen außenpolitischen Vorstellungen relativ widerstandslos durchsetzen konnte, sodass sich die Irakpolitik Großbritanniens in hohem Maße an der Person Tony Blairs festmachen und mit ihr erklären lässt.⁴¹ Gleichwohl müssen aber auch die innenpolitischen, rechtlichen und internationalen Rahmenbedingungen bei der Positionierung Blairs im Irakkonflikt berücksichtigt werden.

III. Politik der günstigen Gelegenheit(en) – die britische Vorfestlegung auf einen Krieg

Die grundsätzliche Entscheidung Großbritanniens für eine Beteiligung an einer US-geführten Militärintervention gegen den Irak fiel im internen Kreis um Premierminister Blair im Zeitraum von Dezember 2001 bis März 2002. Der Entschluss zu einem militärischen Eingreifen im Irak ging, wie wir heute wissen und wie auch Porter in seiner Analyse betonte, auf die amerikanische Intention zurück, die Terroranschläge des 11. September 2001 als Ausgangspunkt für eine Verwirklichung von bereits seit langem, besonders von konservativen Republikanern im Umfeld von George W. Bush, erwogenen Plänen zu nutzen, den irakischen Diktator Saddam Hussein zu stürzen, das Projekt eines vermeintlichen Demokratieexports in den Irak voranzutreiben und die amerikanische geopolitische Bedeutung in der Region und darüber hinaus zu stärken sowie das eigene militärische Machtpotenzial unter Beweis zu stellen.⁴²

³⁸ Vgl. Dyson, *Blair Identity*, S. 2 und S. 37, sowie Jenkins, *Thatcher and Sons*, S. 273–276.

³⁹ Vgl. ebenda, S. 243 und S. 255, sowie Seldon, *Blair*, S. 680.

⁴⁰ Vgl. Steve Kettell, *The Curious Incident of the Dog that Didn't Bark in the Night-Time. Structure and Agency in Britain's War with Iraq*, in: *Politics and Policy* 37 (2009), S. 415–439, hier S. 431. Unter Theresa May schien genau dieses System stark infrage gestellt zu werden.

⁴¹ Vgl. Dyson, *Blair Identity*, S. 2.

⁴² Vgl. Porter, *Blunder*, S. 24 f.; George Herring, *The American Century and Beyond. U.S. Foreign Relations, 1893–2015*, Oxford 2017, S. 643–650; Greiner, 9/11, S. 99; Terry H. Anderson, 9/11. *Bush's Response*, in: Beth Bailey/Richard H. Immerman (Hrsg.), *Understanding the U.S. Wars in Iraq and Afghanistan*, New York/London 2015, S. 54–77, hier S. 62; Kettell,

Die britische Regierung wurde bereits früh nach dem ersten Schock über 9/11 – die mit über 3.000 Toten bis dahin verheerendsten Terroranschläge in der Geschichte der westlichen Staatengemeinschaft – mit der Perspektive konfrontiert, dass die USA in ihrer Reaktion auf die Anschläge nicht bei dem von den UN gedeckten Kampfeinsatz gegen das Taliban-Regime in Afghanistan haltmachen würden: Schon am 14. September informierte Blairs Pressechef und Intimus Alastair Campbell den Premier, dass das amerikanische Verteidigungsministerium „begierig“ auf eine Invasion des Irak sei. Blair machte sich daraufhin zur Aufgabe, die Amerikaner auf einen „vernünftigen Weg“ zu führen.⁴³

Tatsächlich agierte Blair, der bereits unmittelbar nach den Anschlägen die unbedingte Solidarität mit den USA als Imperativ der britischen Politik bezeichnet hatte, in den ersten Wochen nach dem 11. September ausgesprochen vorsichtig: Seine Prioritäten lagen zu dieser Zeit, wie er Bush und die US-Administration bei mehreren Gelegenheiten wissen ließ, auf der Bildung und Festigung einer breiten internationalen Anti-Terror-Koalition sowie dem Afghanistan-Krieg. Vor einer vor-schnellen Zielverlagerung auf Saddam Hussein warnte er die Amerikaner zunächst ausdrücklich und argumentierte am 11. Oktober in einem persönlichen Brief an Bush, dass ein Losschlagen gegen den Irak ohne sorgfältige strategische und internationale Vorbereitung die EU, Russland und die arabische Welt verprellen würde.⁴⁴ Ähnlich äußerten sich das *Foreign Office* und der britische UN-Botschafter Jeremy Greenstock.⁴⁵

Nur knapp zwei Monate später deutete sich jedoch ein signifikanter Wandel dieser vorsichtigen Haltung an: In zwei Memoranden an den Premierminister von Mitte November beziehungsweise Anfang Dezember regte Blairs Stabschef Jonathan Powell, vor dem Hintergrund der offenkundigen amerikanischen Bestrebungen, im Irak militärisch zu intervenieren, an, die bisherige britische Politik gegenüber dem Saddam-Regime zu überdenken: „Mir scheint, dass unser übergeordnetes Ziel in der Beseitigung Saddams und nicht in der Entsendung von

New Labour, S. 45–47 und S. 66; Jane K. Cramer/A. Trevor Thrall, Introduction. Why did the United States invade Iraq?, in: Cramer/Thrall (Hrsg.), *Why*, S. 1–24, und Jane K. Cramer/Edward C. Duggan, In Pursuit of Primacy. Why the United States invaded Iraq, in: Ebenda, S. 201–244. Letztere betonten vor allem, dass der Einfluss neokonservativer Intellektueller auf den amerikanischen Entscheidungsfindungsprozess sehr oft übertrieben dargestellt wird. Auch der Begriff neokonservativ werde häufig zu undifferenziert operationalisiert.

⁴³ Alastair Campbell, *The Alastair Campbell Diaries*, Bd. 4: *The Burden of Power. The Countdown to Iraq*, London 2013, Eintrag für den 14.9.2001, S. 13. Campbells Tagebücher gehören zu den wichtigsten veröffentlichten Quellen über die Blair-Ära. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 1, Section 3.1: Development of UK Strategy and Options, 9/11 to Early January 2002, S. 324, par. 65.

⁴⁴ Blair an Bush, 11.10.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122709/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243721/2001-10-11-letter-blair-to-bush-untitled.pdf.

⁴⁵ Greenstock an Manning, 29.10.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123347/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/203216/2001-10-29-letter-greenstock-to-manning-iraq-cabinet-office-meeting-30-october.pdf. Zur Position des Foreign Office vgl. Chilcot Report, Vol. 1, Section 3.1, S. 339, par. 150.

Waffeninspektoren liegt.⁴⁶ In seinem zweiten Memorandum forderte Powell dann bereits dezidiert die diplomatische Vorbereitung einer Militäraktion, die „erst mit der Beseitigung Saddams abzuschließen“ sei.⁴⁷

Zum ersten Mal also wurde in Downing Street No. 10 explizit ein militärischer Regimewechsel in Bagdad gefordert und hierfür auch bereits eine Strategie skizziert, deren einzelne Elemente in den folgenden Monaten maßgeblich die britische Gesamtstrategie gleich einer Blaupause bestimmen sollten. Powells Überlegungen stießen bei Blair sofort auf ein positives Echo: „Ich stimme dem uneingeschränkt zu“, notierte der Premier handschriftlich über Powells erstes Memorandum und ergänzte, dass er über diese Überlegungen mit „G[eorge]WB[ush]“ sprechen werde.⁴⁸

Im Grunde wird bereits an dieser Stelle das oben dargestellte Narrativ Blairs und seiner Berater widerlegt. In den folgenden Wochen bestimmte – wie die Quellen belegen – die Festlegung auf eine Kriegsunterstützung der USA eindeutig die internen Gespräche über die Irakpolitik des innersten Führungskreises: Im Februar 2002 fand in Blairs Amtssitz ein Treffen statt, auf dem man die Irakfrage als „Phase 2“ des „War on Terror“ einordnete und sich dazu entschloss, entsprechende politische Strategien auszuarbeiten, die man im März mit US-Vizepräsident Dick Cheney in London sowie einen Monat später mit Bush auf dessen texanischer Ranch in Crawford besprechen wollte.⁴⁹ Anlässlich des Gesprächs mit Cheney in London instruierte das *Foreign Office* den Premierminister am 11. März, folgende Botschaft zu kommunizieren: „Völlige Übereinstimmung mit der Zielsetzung. Welt ein besserer Ort ohne Saddam. Notwendigkeit der Verschärfung des Drucks auf den Irak.“⁵⁰ Im gleichen Sinne versicherte Blairs außenpolitischer Berater David Manning – der sich zu einer der wichtigsten Figuren im internen Entscheidungsprozess entwickeln sollte – Bushs Nationaler Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice drei Tage später in Washington: Blair „würde in seiner Unterstützung für einen Regime Change standhaft bleiben“.⁵¹ US-Außenminister Colin Powell konnte

⁴⁶ Mitteilung Powell an Blair vom 15.11.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123636/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/203220/2001-11-15-minute-powell-to-prime-minister-the-war-what-comes-next.pdf.

⁴⁷ Notiz Powell an Blair, verfasst zwischen dem 30.11. und 3.12.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123124105/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/236906/2001-11-30-note-j-powell-to-pm-filed-between-30-november-and-3-december-2001-iraq-change-of-heart-or-change-of-regime.pdf.

⁴⁸ Mitteilung Powell an Blair vom 15.11.2001.

⁴⁹ Campbell, *Diaries*, Bd. 4, Eintrag vom 14.9.2001, S. 170–172. Vgl. auch *The Guardian* vom 24.2.2002: „Blair and Bush to Plot War on Iraq“, und Chilcot Report, Vol. 1, Section 3.2: Development of UK Strategy and Options, January to April 2002 – „axis of evil“ to Crawford, S. 398, par. 6.

⁵⁰ Notiz Foreign and Commonwealth Office (FCO) vom 8.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123049/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211011/2002-03-08-briefing-fco-visit-of-us-vice-president-dick-cheney-11-march-as-attached-to-letter-mcdonald-to-rycroft-8-march-2002.pdf.

⁵¹ Mitteilung Manning an Blair vom 14.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123010/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211115/2002-03-14-minute-manning-to-prime-minister-your-trip-to-the-us.pdf.

Ende des Monats mit Blick auf das kommende Treffen in Crawford angesichts dieser eindeutigen Signale und offensichtlich gestützt auf weitere Zusicherungen ebenso beruhigt wie dezidiert an seinen Präsidenten schreiben, dass Blair in der Frage des anvisierten Irakkriegs „weiterhin an der Seite“ der USA stehe.⁵²

Somit gab es bereits im Vorfeld des bis heute oft diskutierten Zusammentreffens von Blair und Bush Anfang April 2002 in den USA auf höchster Ebene eine grundsätzliche Einigung zwischen Briten und Amerikanern, im Irak militärisch zu intervenieren. In den Quellen findet sich kein Hinweis auf eine intern verfolgte alternative britische Politik der Friedenssicherung und Kriegsvermeidung – dies deckt sich mit Porters Befunden, der allerdings der Frage, wann genau sich die Regierung intern festgelegt hatte, keine große Bedeutung zumaß.⁵³ Welche Motive sowie strategischen Grundüberlegungen hinter dieser britischen Festlegung standen, lässt sich mittlerweile ebenfalls durch die Quellen rekonstruieren.

Die von Blair und seinen damaligen Beratern noch vor der Chilcot-Kommission vertretene und von dieser in ihrem Abschlussbericht implizit als Hauptmotiv akzeptierte Erklärung der konfrontativen Wendung der britischen Irakpolitik im Gefolge von 9/11 betont bekanntlich die Gefahr, die von den vermeintlichen irakischen Massenvernichtungswaffen ausging: Nach den verheerenden Terroranschlägen in den USA sei, so das Narrativ, sicherheitspolitisch der mögliche Besitz solcher Waffen durch Diktatoren und ihre Weiterverbreitung an Terroristen nicht mehr hinnehmbar gewesen.⁵⁴ In der Tat äußerten sich Blair und sein Außenminister Straw bereits in der ersten Parlamentssitzung nach den Anschlägen in diesem Sinne. Auch in den internen Dokumenten wurde die Notwendigkeit einer bewaffneten Konfrontation mit dem Irak regelmäßig mit der Unterstellung, dass Saddam Hussein über diese Waffen verfüge, begründet.⁵⁵ Entgegen den öffentlichen Verlautbarungen in den folgenden Monaten spielte jedoch keineswegs der Glaube an eine konkrete Bedrohung durch ein vermeintlich einsatzfähiges irakisches Waffenprogramm eine Rolle, sondern vielmehr eine Überlegung, die der damalige Politische Direktor des *Foreign Office*, Peter Ricketts, im März 2002 folgendermaßen auf den Punkt brachte: „Die Wahrheit ist: Was sich geändert hat, ist nicht das Tempo

⁵² Faksimile des „Memorandum for the President“, 28.3.2002, Colin Powell an Bush, in: Mail Online vom 17.10.2015: „Smoking Gun Emails Reveal ‚Deal in Blood‘. George Bush and Tony Blair Made as They Secretly Plotted the Iraq War Behind Closed Doors a YEAR Before the Invasion“; www.dailymail.co.uk/news/article-3277493/Smoking-gun-emails-reveal-deal-blood-George-Bush-Tony-Blair-secretly-plotted-Iraq-War-closed-doors-YEAR-invasion-started.html [9.9.2018].

⁵³ Vgl. Porter, Blunder, S. 40–43.

⁵⁴ Transkript Anhörung Blair vom 29.1.2010. Vgl. auch Blair, Mein Weg, S. 412–434.

⁵⁵ Vgl. Hansard des UK Parliament, House of Commons, Vol. 371, Sp. 606–608, 14.9.2001. Und: Notiz Blair an Bush, 4.12.2001; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123022/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243731/2001-12-04-note-blair-to-bush-the-war-against-terrorism-the-second-phase.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243731/2001-12-04-note-blair-to-bush-the-war-against-terrorism-the-second-phase.pdf), sowie Cabinet Office Paper vom 8.3.2002; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123731/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211103/2002-03-08-paper-cabinet-office-iraq-options-paper.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211103/2002-03-08-paper-cabinet-office-iraq-options-paper.pdf).

von Saddam Husseins Programmen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen, sondern unsere diesbezügliche Toleranz nach dem 11. September.“⁵⁶

Wir wissen heute, dass erstens der Irak seit den 1990er Jahren keine Massenvernichtungswaffen mehr besaß und dass zweitens sowohl die amerikanische als auch die britische Regierung die Öffentlichkeit in dieser Frage grob täuschten – darauf ist noch zurückzukommen. Doch darf man aus einer Sicht ex post nicht unterschätzen, in welchem Maße das Ereignis 9/11 tatsächlich die sicherheitspolitischen Bedrohungsszenarien in der westlichen Welt und ganz besonders in Washington wie auch London veränderte und den Umgang mit Staaten verschärfte, die bereits seit Jahren als sicherheitspolitische Unruhestifter der internationalen Politik ausgemacht worden waren – zumal wenn diese, wie der Irak, in der Vergangenheit nachweislich Massenvernichtungswaffen besessen, eingesetzt und die UN über ihre Abrüstungsprogramme getäuscht hatten.⁵⁷

Entgegen den Suggestionen des Blair-Lagers lagen die entscheidenden Triebkräfte der britischen Irakpolitik ab Ende 2001 allerdings nicht in diesem Gefährdungspotenzial. Vielmehr verfolgte man in London eine Politik der günstigen Gelegenheiten, die sich aus mehreren Motivbündeln speiste: Der Ausgangspunkt der britischen Kriegspolitik war die sich seit November 2001 in London verfestigende Erkenntnis, dass die Amerikaner auf eine Konfrontation mit dem Irak, möglicherweise einen Krieg, zusteuerten. Dies bestätigte rückblickend vor allem der damalige britische Botschafter in Washington, Christopher Meyer.⁵⁸ Und laut David Manning sei es damals alternativlos gewesen, auf diesen wahrgenommenen Kurs der Amerikaner einzugehen: „Die Amerikaner waren entschlossen, sich darauf zu konzentrieren. Wir hatten keine Wahl.“⁵⁹

Diese Herausforderung bot aus Sicht der britischen Verantwortlichen jedoch offenbar auch Chancen, wie ein im Auftrag von Blair erstelltes, zehnsseitiges Gutachten des *Cabinet Office*,⁶⁰ das sogenannte *Options Paper* vom 8. März 2002, belegt, in dem die britische Irakpolitik und ihre Perspektiven analysiert wurden. Dort wurde eine großangelegte Militäroperation mit dem Ziel eines Regimewechsels in Bagdad als eine nunmehr logische und gewinnbringende Fortsetzung der britischen

⁵⁶ Mitteilung Ricketts (FCO) an Straw vom 22.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123234/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211047/2002-03-22-minute-ricketts-to-sofs-fco-iraq-advice-for-the-prime-minister.pdf.

⁵⁷ Vgl. Mohamed ElBaradei, *Wächter der Apokalypse. Im Kampf für eine Welt ohne Atomwaffen*, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 59 f.; Bierling, *Geschichte*, S. 33–48; Bozo, *History*, S. 93 f., und Porter, *Blunder*, S. 43.

⁵⁸ Transkript Anhörung Meyer vom 26.11.2009, S. 41 f.; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123156/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/94794/2009-11-26-Transcript-Meyer-S1.pdf, und Transkript Anhörung Powell vom 18.1.2010, S. 17.

⁵⁹ Transkript Anhörung Manning vom 24.6.2010, S. 30; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122853/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/98213/2010-06-24-Transcript-Manning-S1-declassified.pdf.

⁶⁰ Das „Cabinet Office“ ist eine zentrale Behörde des britischen Regierungsapparats, deren Hauptaufgabe darin besteht, die Regierungsarbeit und besonders die Minister in verschiedener Weise zu unterstützen und mit Expertisen zu versorgen.

Irakpolitik befürwortet: Diese beruhe, so das *Cabinet Office* in Anlehnung an Strategiepapiere wie das oben zitierte Memorandum vom 7. März 2001, auf dem Bestreben, einen freiheitlich-rechtsstaatlichen und friedlichen Irak wiederherzustellen. Dazu wurde angemerkt: „Dies impliziert, dass das nicht geschehen kann, solange Saddam Hussein an der Macht ist.“⁶¹ Die bisherige Politik der diplomatischen Konfrontation und Eindämmung des Irak sei nicht zukunftsfähig, Saddams Regime nicht dauerhaft kooperationsfähig und im Übrigen – und dies war ganz offensichtlich der entscheidende Punkt, auch wenn er nicht als solcher kenntlich gemacht wurde – hätten die USA das Vertrauen in die bisher praktizierte diplomatische Politik verloren.⁶² Somit hatte sich aus Sicht des *Cabinet Office* eine entscheidende Bedingung verändert, die bislang gegen eine militärische Option in der Irakpolitik gesprochen hatte.

Dieses Tony Blair vorgelegte Gutachten dürfte dem britischen Premier, der einen liberalen Interventionismus vertrat, ausgesprochen entgegengekommen sein. Wie sehr diese Ansichten ihn dazu brachten, den Irakkrieg als eine günstige Gelegenheit anzusehen, belegt eindrücklicher als vermutlich alle anderen Quellen ein Brief Blairs an George W. Bush vom 26. März 2003, verfasst eine Woche nach Beginn der Kriegshandlungen. Mit bezeichnender Offenheit bekannte sich der Brite dort gegenüber seinem amerikanischen Amtskollegen und Kriegspartner zu einer Politik, die die Konfrontation mit dem Terrorismus und mit dem Saddam-Regime nach 9/11 als Gelegenheit und Ausgangspunkt begriff, die Welt im Sinne westlicher Werte umzugestalten und sie auf diese Weise auch sicherer zu machen: „Daher ist unser fundamentales Ziel die Verbreitung unserer Werte wie Freiheit, Demokratie, Toleranz und Rechtsstaatlichkeit. [...] Aus diesem Grund ist, wenngleich Iraks Massenvernichtungswaffen die unmittelbare Rechtfertigung für ein militärisches Eingreifen bilden, die Befreiung Iraks von Saddam der eigentliche Gewinn.“⁶³

Blairs Weltsicht war erkennbar manichäisch geprägt: Die freiheitlichen Staaten des Westens würden von einer Gruppe terroristischer Kräfte und „Schurkenstaaten“ (Blair machte hier keinen Unterschied) herausgefordert und müssten darauf mit einer selbstbewussten und militärisch gestützten Verbreitung der eigenen Werte reagieren. Wie Porter erkannt hat: Die Briten glaubten tatsächlich daran, mithilfe einer militärischen Intervention und durch den Sturz Saddam Husseins ein Problem aus der Welt zu schaffen und den Irak „zum Besseren“ zu verändern.⁶⁴

Aus Blairs Ausführungen spricht zweifellos eine bemerkenswerte weltpolitische Hybris; er sah sich hier ganz unverhohlen als Mitarchitekt von nichts weniger als

⁶¹ Cabinet Office Paper, 8.3.2002. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 1, Section 2: Decision-Making Within Government, S. 273–276, par. 41–54.

⁶² Cabinet Office Paper, 8.3.2002, S. 2–4 und S. 8 f.

⁶³ Notiz Blairs an Bush, 26.3.2003; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123715/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/244166/2003-03-26-note-blair-to-bush-26-march-2003-note-the-fundamental-goal.pdf.

⁶⁴ Ebenda. Vgl. auch Porter, *Blunder*, S. 25, S. 43 und S. 73.

einer „neuen Weltordnung“.⁶⁵ Ebenso ist diese Quelle ein bezeichnendes Beispiel für die damals in London und Washington herrschende unreflektierte Begeisterung für das Konzept des *Regime Change*. Nicht zuletzt standen die dort deutlich werdenden Zielsetzungen in direkter Kontinuität zu Blairs in Chicago wenige Jahre zuvor umrissenen Prinzipien. Wer genau hingehört hatte, hatte Blairs weltpolitische Hybris auch in seiner Ansprache auf der *Labour Party Conference* Anfang Oktober 2001 erkannt, in der der Premierminister und Parteivorsitzende ausführlich auf die Terroranschläge in den USA Bezug genommen und sich zu dem Satz verstiegen hatte: „Dies ist eine Gelegenheit, die man wahrnehmen muss. Das Kaleidoskop ist geschüttelt worden. Die Stücke sind in Bewegung. Bald werden sie sich neu zusammensetzen. Bevor sie das tun, lasst uns die Welt um uns herum neu ordnen!“⁶⁶ Seine Meinung, dass sich aus einer linksliberalen Weltsicht, den Erfahrungen des Kosovokriegs und seinen Chicagoer Grundsätzen zwingend die Bereitschaft ergeben müsse, andere Länder von diktatorischer Unterdrückung zu befreien, äußerte der Regierungschef auch im März 2002 in einem internen Memorandum gegenüber Powell und Manning – dezidiert und unverhohlen mit Blick auf den anvisierten Irakkrieg.⁶⁷

Doch so wichtig diese Hybris und diese inhaltlichen Motive gerade für Blairs persönliche Rechtfertigung eines auf einen Regimewechsel zielenden Kriegs gegen den Irak gewesen sein mögen, so reichen sie gleichwohl nicht aus, die britische Entscheidung zur Unterstützung des amerikanischen Kriegskurses vollständig zu erklären. Dieser Krieg mochte aus Sicht der politisch Verantwortlichen in London nicht zuletzt ein „Krieg der Ideen“ gewesen sein, wie Porter jüngst argumentierte,⁶⁸ doch darf man diese These nicht auf Kosten der machtpolitischen und diplomatisch-strategischen Motive der britischen Regierung allzu sehr in den Vordergrund stellen.

Am 3. Dezember bemerkte Simon McDonald, Parlamentarischer Privatsekretär von Außenminister Straw, in einem Memorandum an Manning, dass ein möglicher US-Angriff auf den Irak die Briten mit einem „Dilemma“ konfrontieren könnte: „Unterstützung einer rechtswidrigen und weithin unpopulären Militäraktion oder Distanzierung von einem Kernziel der US-Politik.“ Die Lösung bestand aus Sicht des *Foreign Office* darin, tatsächlich die Politik gegenüber dem Irak zu verschärfen und sich über die möglichen Grundlagen für einen Krieg Gedanken zu machen sowie in der Zwischenzeit zu versuchen, in enger Abstimmung mit den Amerikanern zu bleiben, solange noch keine endgültigen Entscheidungen gefallen waren.⁶⁹

⁶⁵ Notiz Blairs an Bush, 26.3.2003. Besonders aus den ersten Absätzen wird dies deutlich.

⁶⁶ Speech by Prime Minister, Tony Blair, at the Labour Party Conference, 2.10.2001; www.theguardian.com/politics/2001/oct/02/labourconference.labour6 [3.5.2019].

⁶⁷ Mitteilung Blair an Powell vom 17.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123515/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/75831/2002-03-17-Minute-Blair-to-Powell-Iraq.pdf.

⁶⁸ Porter, *Blunder*, S. 1.

⁶⁹ McDonald an Tatham, 3.12.2001; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123909/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/177424/2001-12-03-Letter-McDonald-to-Tatham-Iraq-Options.pdf.

Allerdings gab es von Beginn an eine klare Tendenz, die auf eine verhängnisvolle Kettenreaktion hinauslaufen sollte: Nicht nur, dass Blair innerhalb der britischen Regierung niemals einen Hehl daraus machte, dass Großbritannien als Antwort auf die Herausforderung der USA durch die New Yorker Terroranschläge auch in der Frage des Umgangs mit dem Irak Schulter an Schulter mit Washington stehen müsse.⁷⁰ Die Londoner Regierung, so der britische Botschafter Meyer später vor der Chilcot-Kommission, habe ohnehin von Beginn an mögliche Versuche, die US-Regierung von einem Krieg abzubringen, als „verschwendete Zeit“ verworfen. Vielmehr bestand das Kalkül darin, die Amerikaner von einem durchdachten und international sowie völkerrechtlich durchsetzbaren und vermittelbaren Kurs zu überzeugen.⁷¹ Diese Strategie sollte gleichsam leitmotivischen Charakter für die britische Politik des Jahres 2002 haben. Die Chilcot-Kommission hat die diesbezüglichen britischen Intentionen nur halbwegs erkannt: Sie ging davon aus, dass die Blair-Regierung ab Ende 2001 bemüht gewesen sei, durch eine enge Zusammenarbeit mit den USA in der Irakfrage die Ziele der US-Administration zu beeinflussen.⁷² Doch den Briten ging es nicht um das Ziel Krieg, sondern um die Art und Weise, wie dieses erreicht werden sollte. Alternative Zielsetzungen sind in den Quellen ohnehin nicht erkennbar. Ricketts brachte es im März 2002 auf den Punkt, als er argumentierte, dass Blair durch die Beteiligung an der amerikanischen Irakpolitik auch die Art und Weise, wie diese durchzusetzen sei, mitbestimmen könne. Blairs Mission beschrieb er mit den Worten: „Er kann Bush dabei helfen, gute Entscheidungen zu treffen, indem er ihm Dinge sagt, die ihm sein eigener Apparat vielleicht nicht sagt.“⁷³

Laut den Tagebuchaufzeichnungen des späteren Anti-Kriegs-Rebellen Cook formulierte daher Blair während einer Kabinettsitzung am 7. März 2002 seine Haltung in der Irakfrage folgendermaßen: „Ich sage Ihnen, dass wir uns eng an Amerikas Seite halten müssen. Falls wir das nicht tun, verlieren wir den Einfluss darauf mitzugestalten, was sie tun.“⁷⁴ Die Bedingungen für eine solche Politik schienen seit Anfang 2002 auch günstig: Im Gefolge von Bushs berüchtigter „Axis of Evil“-Rede Ende Januar 2002, in der der US-Präsident auf offenen Konfrontationskurs mit dem Irak gegangen und damit auf breite internationale Ablehnung gestoßen war,⁷⁵ informierten sowohl Botschafter Meyer als auch Manning den Pre-

⁷⁰ Transkript Anhörung Blair vom 21.1.2011; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123726/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/230337/2011-01-21-transcript-blair-s1.pdf; Transkript Anhörung Blair vom 29.1.2010, S. 7 und S. 24, und Mitteilung Rycroft an Manning vom 23.7.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122607/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/210955/2002-07-23-minute-rycroft-to-manning-iraq-prime-ministers-meeting-23-july.pdf.

⁷¹ Transkript Anhörung Meyer vom 26.11.2009, S. 41 f.

⁷² Vgl. Chilcot Report, Vol. 1, Section 3.2, S. 449, par. 355. Und: The Iraq Inquiry, Statement by Sir John Chilcot, 6.7.2016.

⁷³ Mitteilung Ricketts an Straw vom 22.3.2002.

⁷⁴ Robin Cook, *The Point of Departure*, London 2003, S. 114–116.

⁷⁵ The White House, President Bush delivers State of the Union Address, 29.1.2002; georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2002/01/20020129-11.html [4.5.2019].

mierminister aus den USA, dass die Briten momentan die einzigen ausländischen Partner seien, auf die Bush noch hören würde, was ihn schlussfolgern ließ: „Das verleiht Ihnen echten Einfluss.“⁷⁶ Diese amerikanische Aufgeschlossenheit spricht auch aus Powells Memorandum an George W. Bush von Ende März: Blair wolle, so der US-Außenminister, dem Präsidenten die „strategischen, taktischen und öffentlichkeitsbezogenen Überlegungen präsentieren“, die den Erfolg der Durchsetzung eines Irakkriegs garantieren würden.⁷⁷ Mit anderen Worten: Die US-Seite akzeptierte bereits zu einem frühen Zeitpunkt die von Blair angestrebte Rolle eines wichtigen strategischen Stichwortgebers und Wegbereiters bei der politischen Vorbereitung des geplanten Kriegs.

Doch was versprachen sich die Briten konkret von dieser Politik der Beeinflussung durch Kooperation? Zwei (weitere) günstige Gelegenheiten boten sich hier: Zum einen dürfte die bloße Aussicht, die mächtige Weltmacht USA in einer solch elementaren Frage wie der eines möglichen Irakkriegs beeinflussen zu können, für einen profilierungsorientierten Politiker wie Tony Blair eine lohnende Aussicht und eine Möglichkeit gewesen sein, Großbritannien weltpolitisch in Szene zu setzen. Dieses Motiv sah beispielsweise Blairs langjähriger Vertrauter und späterer Generalstaatsanwalt, Ken MacDonald, rückblickend als besonders wichtig an.⁷⁸ Zum anderen – und das war nun weder eine opportunistische noch eine rein machtpolitische Überlegung – erkannten die maßgeblichen Politiker und Diplomaten in Downing Street No. 10 und im *Foreign Office* angesichts der öffentlichen Widerstände gegen die sich abzeichnende aggressive Irakpolitik der USA sowie des völkerrechtlich fragwürdigen Charakters einer möglichen militärischen Intervention die eminente Notwendigkeit, einen solchen Krieg auf eine „clevere Strategie“ aufzubauen, die die Konstruktion eines legitimen Kriegsvorwands unter Berücksichtigung sorgfältiger diplomatischer Vorbereitungen, völkerrechtlicher Aspekte sowie adäquater Kriegs- und Nachkriegsplanungen implizieren sollte. Diese Gedanken artikuliert Blair sowohl in einem Brief an Bush Anfang Dezember 2001 als auch in seinem Gespräch mit dessen Vizepräsidenten Cheney im März 2002 in London. Auch Manning zog aus einer Unterredung mit Rice in Washington den Schluss, dass die Briten versuchen müssten, den von ihm wahrgenommenen amerikanischen „Enthusiasmus“ in Bezug auf den Krieg in diesem Sinne zu ergänzen und mit einer rationalen Rechtfertigung zu versehen. Meyer bestätigte später diese Strategie vor der *Iraq Inquiry*.⁷⁹

⁷⁶ Mitteilung Manning an Blair vom 14.3.2002, und Telegramm 196 Washington (Meyer) an das FCO, 11.2.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122221/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/237126/2002-02-11-telegram-196-washington-to-fco-london-us-foreign-policy-the-axis-of-evil.pdf.

⁷⁷ Colin Powell an Bush, 28.3.2002.

⁷⁸ Vgl. *The Times* (London) vom 14.12.2009: „Intoxicated by Power, Blair Tricked us Into War“.

⁷⁹ Notiz Blair an Bush, 4.12.2001; Mitteilung Manning an Blair vom 14.3.2002, und Transkript Anhörung Meyer vom 26.11.2002. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 1, Section 3.2, S. 449, par. 353.

Die Briten arbeiteten dazu im ersten Halbjahr 2002 einen grundlegenden strategischen Rahmen aus – und waren monatelang damit beschäftigt, die USA von diesem zu überzeugen.

IV. Der Weg in den Krieg – die britische Strategie und die Täuschung der Öffentlichkeit

Den Briten war im Gegensatz zu den Amerikanern bereits 2001/02 vollkommen bewusst, dass es international und öffentlich ausgesprochen schwierig durchzusetzen sein würde, den Irak zum Ziel eines westlichen Militärschlags zu machen. Dies konnte aus Londoner Sicht nur gelingen, wenn man für einen Krieg einen scheinbar legitimen Vorwand und breite internationale Unterstützung fand. Diese Überlegungen prägten maßgeblich die britischen strategischen Konzeptionen im Vorfeld des militärischen Konflikts – und letztlich den Weg der US-geführten Koalition in den Irakkrieg insgesamt.

Bereits in seinem Memorandum an Blair von Anfang Dezember 2001 hatte Stabschef Jonathan Powell dem Premier einen Vorschlag gemacht, wie ein möglicher Irakkrieg legitimiert werden könne: Es sei wichtig, gegenüber der nationalen wie internationalen Öffentlichkeit die vermeintliche Bedrohung durch Saddam Husseins angebliche Massenvernichtungswaffen und die daraus folgende Notwendigkeit, den Irak zum Ziel eines internationalen Konfrontationskurses zu machen, hervorzuheben.⁸⁰ Auf dieser Begründung aufbauend, müsse dann diplomatischer Druck auf Saddam dahingehend ausgeübt werden, dass dieser die UN-Waffeninspektoren wieder ins Land zurückkehren lasse. Falls der Diktator dies ablehne, würde unverzüglich eine Militäraktion folgen. Falls er aber wider Erwarten einlenke, entstehe „die Notwendigkeit, eine neue Forderung für die Rechtfertigung einer Militäraktion zu finden“.⁸¹

Diese – hier noch relativ unausgegorenen – Überlegungen lieferten die Stichpunkte für die in den folgenden Monaten ausgearbeitete britische Strategie und die Verhandlungen mit den USA über die Bedingungen des Irakkriegs, die auf der Annahme aufbauten, dass die militärische Invasion als solche bereits grundsätzlich anvisiert war und es lediglich um die Frage ging, wie sie international und öffentlich legitimiert und vorbereitet werden konnte. Im *Options Paper* von Anfang März wies das *Cabinet Office* noch einmal darauf hin, dass ein US-geführter Angriffskrieg gegen den Irak ohne den konkreten Anlass einer irakischen Bedrohung völkerrechtswidrig sei, weshalb auch dort die strategischen Überlegungen Powells aufgegriffen wurden: Eine Zurückweisung neuer, verschärfter UN-Auflagen zur Rückkehr der UN-Waffeninspektoren durch Saddam Hussein und die formelle Feststellung dieses Sachverhalts durch den UN-Sicherheitsrat könnten die notwendige völkerrechtliche Legitimation für einen Krieg schaffen.⁸² Dabei lassen die

⁸⁰ Notiz Powell an Blair, verfasst zwischen dem 30.11. und 3.12.2001.

⁸¹ Ebenda.

⁸² Cabinet Office Paper, 8.3.2002.

internen Dokumente aus dieser Zeit keinen Zweifel daran, dass es den Briten nur darum ging, gegenüber der internationalen Gemeinschaft den Anschein zu wahren, an einer diplomatischen Lösung des Irakproblems interessiert zu sein: „Es muss so aussehen, als hätten wir es versucht“, gab das *Foreign Office* als Taktik vor.⁸³

Diese Strategie setzte natürlich voraus, dass die USA und Großbritannien in der Irakfrage den Weg über die Vereinten Nationen beschritten. Von dieser Vorgehensweise versuchten die Briten, die Amerikaner in den folgenden Wochen immer wieder zu überzeugen; Botschafter Meyer, Manning und nicht zuletzt Blair selbst hatten diesbezüglich mehrere Gespräche mit der amerikanischen Regierung: mit Cheney, Rice, Vize-Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und mit Präsident Bush persönlich.⁸⁴ Bei ihrem lange vorbereiteten Treffen auf Bushs texanischer Ranch in Crawford im April schien es Blair auch zu gelingen, die USA auf diesen Kurs festzulegen. Der US-Präsident machte zwar deutlich, dass er wenig Vertrauen in die UN und die Möglichkeit, über den Sicherheitsrat einen Irakkrieg durchzusetzen, hatte: „Aber ich versprach, *seine* [Blairs] Idee in Betracht zu ziehen.“⁸⁵ Doch das Treffen von Crawford sowie die dortigen Gespräche sind in der Literatur oft überschätzt worden.⁸⁶ Nicht nur trug Blair dort lediglich Ideen vor, die die Briten den Amerikanern bereits im März präsentiert hatten. Vor allem zeigte jedoch das grundsätzliche Einvernehmen in Crawford zunächst keine Wirkungen, wie die Briten noch im Juli 2002 frustriert feststellen mussten: Bis zu diesem Zeitpunkt war noch keine Bereitschaft der USA erkennbar, einen möglichen Irakkrieg in einen internationalen und völkerrechtlichen Rahmen einzubetten.⁸⁷

Für Blair und seine engsten Berater war dies ein Problem: Das *Foreign Office* und Außenminister Straw fürchteten vor allem, dass ohne eine UN-Resolution kein völkerrechtskonformes Mandat für eine britische Kriegsbeteiligung und daher auch keine Grundlage für eine Zustimmung der Labour-Partei und des Kabinetts

⁸³ Notiz FCO, 8.3.2002.

⁸⁴ The National Security Archive, Electronic Briefing Book 328, Dok. 5; nsarchive2.gwu.edu/NSAEBB/NSAEBB328/index.htm; Meyer an Manning, 18.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122949/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211035/2002-03-18-letter-meyer-to-manning-iraq-and-afghanistan-conversation-with-wolfowitz.pdf; Mitteilung Manning an Blair vom 14.3.2002, und Notiz FCO vom 8.3.2002. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 1, Section 3.2, S. 449, par. 353.

⁸⁵ George W. Bush, *Decision Points*, London 2011, S. 232; Hervorhebung durch den Autor. Zum Treffen von Crawford nur die nachträglich vom „Cabinet Office“ angefertigte Zusammenfassung der Gespräche: Cabinet Office Paper, 19.7.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123305/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211007/2002-07-19-note-manning-to-prime-minister-attaching-paper-cabinet-office-iraq-conditions-for-military-action.pdf.

⁸⁶ Vgl. Kampfner, *Blair's Wars*, S. 167 f.; Phythian, *Labour Party*, S. 137; Dyson, *Blair Identity*, S. 99; Herring/Robinson, *Deception*, S. 225; Philip Stephens, *Tony Blair. The Making of a World Leader*, New York 2004, S. 211 f. Und: The National Security Archive, *Electronic Briefing Book 328*.

⁸⁷ Cabinet Office Paper, 19.7.2002. Vgl. auch Chilcot Report, *Executive Summary*, S. 14, par. 82.

sichergestellt werden könnten.⁸⁸ Blair hatte somit, trotz der gewichtigen Stellung, die Downing Street No. 10 im Entscheidungsprozess der Briten besaß, einen gewissen rechtlichen und politischen Rahmen zu berücksichtigen. So entsprach die Achtung vor UN und Völkerrecht nicht nur den traditionellen Prinzipien der Labour-Partei, sondern grundsätzlich einem gewissen Konsens in der britischen Außenpolitik. Greenstock beispielsweise betonte in seinen Erinnerungen: „Das Vereinigte Königreich ist für die Durchsetzung und Verteidigung unserer globalen Interessen auf das ordnungsgemäße Funktionieren des internationalen Systems, mit den UN als dessen Zentrum, angewiesen.“ Großbritannien sei keine Supermacht und müsse gerade deshalb besonderes Gewicht auf „internationale und rechtliche Grundsätze“ legen, wenn es um die Frage der Teilnahme an einem Krieg gehe.⁸⁹ Hier lagen die Unterschiede zur unilateralen US-Politik – und die Divergenzen in der britisch-amerikanischen Zusammenarbeit auf dem Weg in den Irakkrieg, denn die von Blair in seinem Memorandum vom 26. März 2003 retrospektiv skizzierten ideologischen Rechtfertigungen mochten grundsätzlich denen der Bush-Administration entsprechen, doch gab es zwischen Blairs Vorstellungen und denen der Stäbe von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, seines Stellvertreters Wolfowitz, Cheney und der Nationalen Sicherheitsberaterin Rice auch gewisse Unterschiede. Diese Republikaner, von Michael Mann in seiner immer noch lesenswerten Kollektivbiografie von 2004 als „Vulcans“ bezeichnet, sahen den Irakkrieg vor allem als Gelegenheit für eine Demonstration unilateraler amerikanischer Machtpolitik, die UN und die internationale Diplomatie hingegen in erster Linie als Hindernisse auf diesem Weg.⁹⁰ Bis zum Spätsommer 2002 war Blair nicht in der Lage, sich mit seinem multilateral-strategischen Ansatz gegenüber diesen mächtigen Gegenstimmen bei Präsident Bush nachhaltig Gehör zu verschaffen.⁹¹

Auch auf dem Treffen von Blair mit seinen engsten Beratern – darunter Außenminister Straw und Generalstaatsanwalt Peter Goldsmith – am 23. Juli 2002 in Downing Street No. 10, dessen im Jahr 2005 geleaktes Protokoll zu den bekanntesten Quellen zur Geschichte des Irakkriegs gehört, wurde diese Problematik erörtert. Allerdings führte der Premier den dort Anwesenden eindringlich vor Augen, dass sich Großbritannien „an jeder Militäraktion“ gegen den Irak zu beteiligen habe: Denn unabhängig von einer sicherlich „hilfreichen“ rechtlichen Legitimation eines Kriegs sei es keine Option, den USA die Gefolgschaft zu verweigern,

⁸⁸ Mitteilung Grainger an Straw vom 21.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122832/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/75839/2002-03-21-Minute-Grainger-to-PS-Iraq-Regime-Change.pdf, und Mitteilung Straw an Blair vom 25.3.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122437/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/195509/2002-03-25-minute-straw-to-prime-minister-crawford-iraq.pdf.

⁸⁹ Greenstock, Iraq, S. 95. Vgl. auch Phythian, Labour Party.

⁹⁰ Vgl. Michael Mann, *Rise of the Vulcans. The History of Bush's War Cabinet*, New York u. a. 2004, S. 362–372; Bozo, *History*, S. 115, und McHugh, *Bush*, S. 477 f.

⁹¹ Vgl. Campbell, *Diaries*, Bd. 4, Eintrag vom 31.8.2002, S. 287 f., und Greiner, 9/11, S. 105.

zumal er, der Regierungschef, einen *Regime Change* in Bagdad als die beste Politik in Bezug auf den Irak ansehe.⁹²

Gleichwohl sah sich der kriegswillige Premierminister genötigt, in einem persönlichen Brief an Bush vom 28. Juli seine strategische Konzeption noch einmal ausführlich zu begründen: Die USA, so Blair, könnten diesen Krieg selbstverständlich allein beziehungsweise mit britischer Unterstützung führen; dies sei für ihn kein Problem. Doch angesichts der Herausforderungen, die ein Irakkrieg für die beteiligten Staaten bedeute, bedürfe es internationaler Unterstützung. Gerade für den Fall, so der Brite in einer bemerkenswerten Antizipation der späteren desaströsen Folgen des Kriegs für den Irak und die Region, dass es zu einem langwierigen und opferreichen Feldzug mit „unerwarteten Folgen“ kommen würde, sei eine internationale Beteiligung besser. Die internationale Gemeinschaft sollte offensichtlich für alle negativen Kriegsfolgen präventiv in Mithaftung genommen werden. Doch ohne UN-Mandat oder überhaupt den Weg über die Vereinten Nationen würde eine solche Koalition niemals zustande kommen und auch die britische öffentliche Meinung würde schwer für einen Feldzug zu gewinnen sein.⁹³

Der britische Premier skizzierte ausführlich, wie er sich das Vorgehen über die UN vorstellte: Man würde von Saddam ultimativ die Rückkehr der UN-Waffeninspektoren fordern, was dieser vermutlich ablehnen werde. „Falls er ja sagen sollte, schicken wir Teams [Waffeninspektoren] hinüber, und sobald er sich obstruktiv verhält, sagen wir: Er spielt wieder seine Spielchen. Das wär’s dann.“⁹⁴ Mithilfe dieses Vorwands, so hoffte Blair, könne man die UN davon überzeugen, dass ein Krieg die geeignete Antwort auf Saddams Verhalten sei.

Diese Quelle belegt nochmals eindeutig, dass es Blair war, der die Idee, einen Krieg mit der Verweigerung von UN-Inspektionen durch den Diktator des Irak zu begründen, an die Amerikaner herangetragen hat. Dem Gesprächsprotokoll des Downing Street-Treffens ist schließlich zu entnehmen, dass die Amerikaner noch im Juli keine diplomatische Strategie hatten, in die sie ihren Kriegsentschluss einzubetten gedachten.⁹⁵ Diese Aufgabe übernahm Blair. Seine Strategie beruhte vor allem darauf, sich die bisherigen, ernüchternden Erfahrungen der internationalen Gemeinschaft mit dem Irak und den internationalen Abrüstungsbemühungen zunutze zu machen, Saddam Hussein eine Falle zu stellen und darauf zu spekulieren, dass dieser sich durch die erneute Obstruktion der UN und ihrer Inspektionen selbst ins Unrecht setzte. Hier zeigt sich: Die Art und Weise, wie der Irakkrieg von 2003 letztlich diplomatisch durchgesetzt und legitimiert werden sollte, fußte maßgeblich auf einer in London konzipierten und von dort aus forcierten Strategie.

⁹² Mitteilung Rycroft an Manning vom 23.7.2002. Es handelt sich hier um das berüchtigte „Downing Street Memo“; vgl. Campbell, *Diaries*, Bd. 4, Eintrag vom 23.7.2002, S. 287 f.

⁹³ Notiz Blair an Bush, 28.7.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122728/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243761/2002-07-28-note-blair-to-bush-note-on-iraq.pdf. Eine eingehende Analyse dieses Dokuments gibt es bislang nicht.

⁹⁴ Ebenda.

⁹⁵ Mitteilung Rycroft an Manning vom 23.7.2002.

Doch implizierte dieses Vorgehen mehrere problematische Vorannahmen und Voraussetzungen: So wurde das Ergebnis, nämlich ein Krieg als Folge grober irakischer Verstöße gegen eine UN-Resolution, bereits vorweggenommen. Da mit Saddams zu erwartender Behinderung von Waffeninspektionen ein Krieg gegen den Irak gerechtfertigt wurde, lag es nahe, dass dieser Prozess im Sinne einer *self-fulfilling prophecy*, bei der der Prophezeiende sich so verhält, dass er zur Erfüllung der eigenen Prophezeiung selbst beiträgt, beurteilt würde. Es war zu diesem Zeitpunkt jedoch noch gar nicht absehbar, wie eine erneute Inspektion aussehen und sich entwickeln würde, und ebenso wenig, wie sich die übrigen Mitglieder des UN-Sicherheitsrats (deren Mitwirkung an einer Neuauflage von Waffeninspektionen notwendig war) bei einer erneuten irakischen Obstruktion der Inspektionen verhalten würden. Würde der Irak sich überhaupt unkooperativ verhalten? Dies lag angesichts seiner vergangenen Haltung gegenüber der UN vielleicht nahe. Sicher war dies jedoch ebenso wenig wie die Annahme Blairs, dass man die übrigen Mitglieder des Sicherheitsrats dazu bewegen könnte, aus einer erneuten irakischen Obstruktionspolitik die Legitimation eines Kriegs abzuleiten. Eine Konfrontation dieser britisch-amerikanischen Perspektive mit davon abweichenden Sichtweisen im UN-Sicherheitsrat (wir kennen sie heute) war von Anfang an angelegt, ohne dass es Anzeichen dafür gibt, dass die britischen Entscheidungsträger in der Downing Street oder im *Foreign Office* diese Möglichkeit bis zum Sommer 2002 auch nur diskutierten.

Das ist schwer zu erklären, doch darf man nicht vergessen, dass für Blair und seine Berater zum damaligen Zeitpunkt die Intention prioritär war, einen vonseiten der Amerikaner offenbar bereits beschlossenen Krieg in einen Rahmen einzubetten, der aus britischer Sicht national, international und völkerrechtlich vermittelbar war. Und die britische Seite war sehr erleichtert, als sie Anfang September 2002 bei den Amerikanern endlich auf Gehör stieß: Rice versicherte Manning in einem Telefongespräch von Ende August, dass der Präsident nach der aufmerksamen Lektüre des Blair-Schreibens vom 28. Juli von dem dort niedergelegten Kurs überzeugt worden sei.⁹⁶ Am 7. September einigten sich Bush und Blair bei einem Gespräch in Camp David definitiv darauf, die britische Strategie zur Grundlage für ihre UN-Politik zu machen: Man würde erstens eine harte UN-Resolution im Sicherheitsrat einbringen, die dem Irak ein straffes, neues Waffeninspektionsregime auferlegen sollte. Zweitens verständigte man sich, im Falle der Nicht-Kooperation des Irak eine zweite Resolution vorzulegen, die den Einsatz militärischer Gewalt gegen Saddams Regime legitimieren würde.⁹⁷

Blair machte, unter anderem auf Anraten des wieder einmal mitgereisten Manning, allerdings deutlich, dass die Briten, sollte Saddam seine Verpflichtungen verletzen, auch ohne ein UN-Mandat mit den Amerikanern in den Krieg ziehen und dabei „eine bedeutende militärische Rolle“ spielen würden. Er und Manning ver-

⁹⁶ Vgl. Chilcot Report, Vol. 2, Section 3.4: Development of UK Strategy and Options, late July to 14 September 2002, S. 127, par. 191.

⁹⁷ Vgl. ebenda, S. 162, par. 396–400.

wiesen dabei auf die „Kosovo-Lösung“: Sollten die Vereinten Nationen, wie drei Jahre zuvor im Konflikt mit Slobodan Milošević, ihrer „Verantwortung“ nicht entsprechen, also ein Mandat für eine Militäraktion verweigern, würden die Briten zusammen mit den Amerikanern trotzdem handeln.⁹⁸

Die Protokolle mehrerer Telefongespräche zwischen Rice und Manning am 10. und 11. September 2002 machen jedoch deutlich, dass die Briten ihre amerikanischen Partner geradezu schulmeisterlich darauf festlegen mussten, sich vorerst an das verabredete Drehbuch zu halten. Dies hieß, die UN davon zu überzeugen, dass es beiden Ländern um die so lange geforderte Neuauflage der Waffeninspektionen im Irak gehe, während die USA und Großbritannien die Ergebnisse dieser Inspektion abwarten mussten. Manning und Blair gaben sich überzeugt: Die Inspektionen würden den Vorwand liefern, einen Krieg zu begründen – selbst wenn es sich nur um falsche Angaben der irakischen Regierung über verbotene Waffenprogramme handelte, die London und Washington Saddam unterstellten. Rice und die US-Regierung, die den UN-Prozess weiterhin im Grunde nur als eine Zeitverschwendung auf dem Weg hin zu einem Krieg ansahen und bei der erstbesten Gelegenheit losschlagen wollten, mussten zunächst ausgebremst werden.⁹⁹

Dieses Vorgehen beruhte jedoch weiterhin auf der Voraussetzung, dass es gelingen würde, der Öffentlichkeit das irakische Waffenprogramm als drängende Bedrohung darzustellen. So arbeiteten die Briten seit Februar 2002 fieberhaft daran, genügend geheimdienstliche Belege für diese gewagte These zu finden. Doch obgleich Regierung und Geheimdienste, wie oben dargelegt, durchaus von der möglichen Existenz eines wie auch immer gearteten irakischen Waffenprogramms ausgingen, mussten die verfügbaren Informationen bewusst übertrieben wiedergegeben und zum Teil manipuliert werden, weil schnell deutlich wurde, dass es keine Beweise oder auch nur Hinweise auf eine tatsächliche, imminente Bedrohung durch Massenvernichtungswaffen gab. Das Ziel bestimmte hier die Mittel; die Fakten mussten der Politik angepasst werden.¹⁰⁰ Das Ergebnis war das berühmte „September Dossier“, das der Premierminister am 24. September 2002 im

⁹⁸ Vgl. ebenda, S. 163–165, par. 407–420.

⁹⁹ Mitteilung Manning an Blair vom 10.9.2002; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123122728/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243761/2002-07-28-note-blair-to-bush-note-on-iraq.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243761/2002-07-28-note-blair-to-bush-note-on-iraq.pdf), und Mitteilung Manning an Blair vom 11.9.2002; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123936/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243776/2002-09-11-minute-manning-to-prime-minister-iraq-conversation-with-condi-rice-s232-02.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/243776/2002-09-11-minute-manning-to-prime-minister-iraq-conversation-with-condi-rice-s232-02.pdf).

¹⁰⁰ Mitteilung McDonald an Ricketts vom 11.3.2002; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123124156/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211023/2002-03-11-minute-mcdonald-to-ricketts-iraq.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/211023/2002-03-11-minute-mcdonald-to-ricketts-iraq.pdf); Mitteilung Williams an Straw vom 3.9.2002; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171124153731/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/247643/2002-09-03-minute-williams-to-straw-iraq-publication.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/247643/2002-09-03-minute-williams-to-straw-iraq-publication.pdf), und Mitteilung Ricketts (FCO) an Straw vom 22.3.2002. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 4, Section 4.1: Iraq's WMD Assessments, pre-July 2002, S. 76, par. 332, S. 63, par. 283, und S. 79, par. 355; Chilcot Report, Vol. 4, Section 4.2: Iraq's WMD Assessments, July to September 2002, S. 126, par. 68, S. 183, par. 365 und S. 177, par. 335, sowie Robinson, Learning from the Chilcot Report, S. 52 f.

Parlament vorstellte. Aus diesem Dokument leitete er in verzerrender Weise ein dramatisches Bild von dem angeblichen irakischen Waffenprogramm ab und rechtfertigte damit die These von der Notwendigkeit einer scharfen Konfrontation mit dem Irak.¹⁰¹

Dieses heute bekannte öffentliche britisch-amerikanische Begründungsmuster hatte mehrere Vorteile: Der Öffentlichkeit versicherte Blair seit dem Frühjahr 2002 wiederholt, dass es noch keine Entscheidung über einen Krieg gebe, sondern der Fokus auf der UN-gestützten Überprüfung der irakischen Waffensysteme und gegebenenfalls deren Abrüstung liege. Auch im britischen Kabinett blieb Blair bei dieser Sprachregelung – die die Ergebnisse der von ihm und seinen Beratern mit der amerikanischen Seite im Hintergrund geführten Verhandlungen unterschlug.¹⁰² Der britische UN-Botschafter Greenstock versuchte, seinen Kollegen bei der UN weiszumachen, dass hinter der mit den übrigen Sicherheitsratsmitgliedern auszuhandelnden Resolution die britisch-amerikanische Intention stehe: „Den Sicherheitsrat zusammenzuhalten, indem der Irak, mit welchen dafür notwendigen Mitteln auch immer, vollständig entwaffnet wird, allerdings, soweit möglich, ohne Gewaltanwendung.“¹⁰³

Natürlich war schon damals vielen Beobachtern bewusst, dass die Kriegsbefürworter nur nach einem Vorwand für einen Krieg suchten, doch zunächst schien Blairs Strategie aufzugehen: Viele Politiker – unter anderem Joschka Fischer – zeigten sich erleichtert, dass die USA sich offenbar entschlossen hatten, in der Irakfrage den multilateralen Weg über die UN und den Sicherheitsrat zu beschreiten und der Neuentsendung der Waffeninspektoren in den Irak den Vorzug vor einem Militäreinsatz zu geben. Es schien sich den Ländern, wie Frankreich, Russland und Deutschland, die Vorbehalte gegen eine militärische Intervention im Irak hatten, eine Chance zu eröffnen, den spätestens seit Bushs „Axis of Evil“-Rede weltweit befürchteten Krieg zu verhindern, indem man den amerikanisch-britischen Forderungen nach einer scharfen Resolution, die den Irak zur Zusammenarbeit mit den UN in der Frage der Massenvernichtungswaffen aufforderte, entgegenkam. Nur so lässt sich die letztlich einstimmige Verabschiedung der Resolution 1441 durch den UN-Sicherheitsrat im November 2002 erklären.¹⁰⁴ Dabei reflektierte die Resolution – dies darf nicht übersehen werden – auch einen breiten internationalen Konsens über die Notwendigkeit erneuerter internationaler Inspektionen der ira-

¹⁰¹ Vgl. Rede Blairs, in: Hansard des UK Parliament, House of Commons, Vol. 390, Sp. 1–7, 24.9.2002.

¹⁰² Vgl. ebenda; BBC News vom 28.2.2002: „Blair Hints at Iraq Action“; news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/1845771.stm [22.2.2021]; BBC News vom 3.3.2002: „Blair Gives Iraq New Warning“; news.bbc.co.uk/2/hi/uk_news/politics/1851841.stm [22.2.2021]; London Times vom 5.3.2002: „Straw, Saddam Must Allow Weapons Inspectors Into Iraq“, und BBC Newsnight vom 6.2.2003: „Interview mit Blair“. Und: Cabinet Conclusions, 7.3.2002.

¹⁰³ Greenstock, Iraq, S. 162.

¹⁰⁴ Vgl. Fischer, I am not convinced, S. 156 und S. 160; Greenstock, Iraq, S. 108; Coughlin, American Ally, S. 256 f.; Frédéric Bozo, French Foreign Policy since 1945. An Introduction, New York 2016, S. 175, sowie ders., History, S. 9 f. und S. 112.

kischen Waffensysteme vor dem Hintergrund des sicherheitspolitischen Klimas nach dem 11. September 2001.¹⁰⁵

Die Resolution 1441 – auch dies wird häufig übersehen – war im Ergebnis sehr hart gegenüber dem Irak und lieferte, wie auch Joschka Fischer rückblickend zu geben sollte, den Kriegsbefürwortern von Beginn an gute Ansatzpunkte: Der Sicherheitsrat verurteilte die bisherige, obstruktive irakische Haltung in der Frage der Inspektion seiner Waffenarsenale, legte dem Land ein scharfes neues Inspektionssystem auf und forderte unter Androhung ansonsten erfolgender „ernsthafter Konsequenzen“ die sofortige und uneingeschränkte Zusammenarbeit des Saddam-Regimes mit den Inspektoren, die ab Ende November im Irak ihre Arbeit aufnahmen.¹⁰⁶ Laut Resolutionstext genügte bereits eine mangelhafte Kooperation mit den Waffeninspektoren und eine Täuschung hinsichtlich der Waffenaktivitäten, um eine „Verletzung“ der Resolution festzustellen.¹⁰⁷ Genau dieses Szenario erschien damals aufgrund des Umgangs des Saddam-Regimes mit den UN-Resolutionen und -Inspektoren in der Vergangenheit alles andere als unwahrscheinlich, was Amerikaner wie Briten von vornherein ins Kalkül gezogen hatten.¹⁰⁸ Beide Länder kamen – im Sinne der erwähnten *self-fulfilling prophecy* – angesichts des zunächst unvollständigen Kooperationsverhaltens der Iraker schnell zu dem Schluss, dass das Regime die Resolution 1441 „materiell verletzt“ und somit „den Pfad des Friedens“ verlassen habe. Daran änderte auch die Tatsache nichts, dass die Inspektoren bis zum März 2003 keinerlei Massenvernichtungswaffen finden konnten.¹⁰⁹

Das amerikanisch-britische Vorgehen verlor jedoch auf diese Weise an Überzeugungskraft: Länder wie Frankreich, Russland und Deutschland weigerten sich, die britischen und amerikanischen Argumente zu akzeptieren, den Inspektionsprozess und die Diplomatie für gescheitert zu erklären sowie ihre Zustimmung zu einem Kriegsmandat zu erteilen.¹¹⁰ Doch Blairs Strategie hatte auf eben ein solches Mandat gezielt; der Weg über die Vereinten Nationen war für ihn kein bloßer Vorwand, wie oft nachträglich angenommen, sondern eine reelle Chance, den amerikanischen Kriegskurs über den Weg der Waffeninspektoren zur gemeinsamen und völkerrechtlich abgesicherten Angelegenheit der UN zu machen.

¹⁰⁵ Vgl. Chilcot Report, Vol. 2, Section 3.5: Development of UK Strategy and Options, September to November 2002 – the Negotiation of Resolution 1441, S. 387, par. 1086.

¹⁰⁶ United Nations Security Council, Resolution 1441 (2002). Adopted by the Security Council at its 4644th meeting, 8.11.2002; www.un.org/Depts/unnmovic/documents/1441.pdf [9.9.2018]; vgl. auch Fischer, I am not convinced, S. 178 f.

¹⁰⁷ United Nations Security Council, Resolution 1441.

¹⁰⁸ Vgl. Chilcot Report 3.5, par. 324–328, S. 258, und Strong, Public Opinion, S. 105.

¹⁰⁹ Jack Straws Ausführungen vor dem UN-Sicherheitsrat am 5.2.2003; www.theguardian.com/politics/2003/feb/05/foreignpolicy.iraq; vor dem UN-Sicherheitsrat am 7.3.2003: UN Security Council, 4714 Meeting; www.un.org/en/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/PV.4714. Zur Haltung der USA im Frühjahr 2003 vgl. The White House, President Bush: The World can rise to this Moment, 6.2.2003; georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2003/02/20030206-17.html. Alle zuletzt eingesehen am 23.3.2021.

¹¹⁰ Vgl. ebenda; Greenstock, Iraq, S. 181 f., und Bierling, Geschichte, S. 78 sowie S. 80.

Entsprechend hatte sich Straw noch Ende August 2002 gegenüber Powell geäußert.¹¹¹

Die Situation Anfang 2003 war verfahren: Wollten Briten und Amerikaner noch eine Chance haben, den Sicherheitsrat für einen Konfrontationskurs gegenüber dem irakischen Regime zu gewinnen, musste man den Fortgang der Inspektionen noch mehrere Monate abwarten und darauf hoffen, dass sie verborgene irakische Waffenaktivitäten zutage fördern würden. Diese Verzögerung aber, so erkannte auch Greenstock, würden die USA nicht akzeptieren, denn diese hatten ab dem Frühjahr die Geduld mit dem Prozess verloren und drängten auf den baldigen Krieg entsprechend ihrer bereits ausgearbeiteten militärischen Zeitpläne.¹¹²

Für die Briten verschärfte sich dieses Dilemma noch dadurch, dass ihr Generalstaatsanwalt Goldsmith seit September 2002 mehrfach deutlich gemacht hatte, dass ein Kriegseinsatz ohne ein explizites Mandat durch die UN völkerrechtswidrig sei und er dies auch genau so begutachten werde.¹¹³ Blair jedoch war entschlossen, nötigenfalls auch ohne UN-Mandat in den Krieg zu ziehen – unter anderem mit dem Verweis auf das „Kosovo-Modell“, wie er im Oktober intern nochmals bekräftigte.¹¹⁴ In den folgenden Wochen versuchte er, aus dem Zwiispalt herauszukommen: Er versicherte Bush seinen Kriegswillen, gewann jedoch dessen Zusicherung, sich weiterhin gemeinsam um ein UN-Kriegsmandat zu bemühen.¹¹⁵ Gleichzeitig bereitete der Premierminister eine alternative Legitimationsstrategie für einen britischen Weg in den Krieg vor, indem er bis Anfang März Goldsmith – unter offensichtlich massivem Druck – davon überzeugte, seine Meinung zu ändern und einen britischen Militäreinsatz auch auf der Basis einer einseitigen Auslegung der Resolution 1441 und somit auch ohne zweite Resolution für legitim zu erklären: Der Irak, so argumentierte Goldsmith nur wenige Tage vor dem geplanten Kriegsbeginn Mitte März auf einmal vor dem britischen Kabinett, habe zweifellos die Resolution 1441 verletzt, folglich liege ein Kriegsgrund vor.¹¹⁶

¹¹¹ McDonald an Manning, 21.8.2002; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123124216/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/210815/2002-08-21-letter-mcdonald-to-manning-foreign-secretarys-visit-to-the-us-20-august-2002.pdf.

¹¹² Vgl. Greenstock, Iraq, S. 154 und S. 181 f. Und: Transkript Anhörung Meyer vom 26.11.2009, S. 55.

¹¹³ Mitteilung Goldsmith an Blair vom 30.1.2003; webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123853/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/76159/2003-01-30-Minute-Goldsmith-to-Prime-Minister-Iraq.pdf. Vgl. auch Sharp, Tony Blair, in: Cramer/Thrall (Hrsg.), Why, S. 186.

¹¹⁴ Vgl. Chilcot Report, Vol. 2, Section 3.5, S. 258, par. 326.

¹¹⁵ Vgl. Chilcot Report, Vol. 3, Section 3.6: Development of UK Strategy and Options, November 2002 to January 2003, S. 163–166, par. 882–906.

¹¹⁶ Cabinet Conclusions, 7.3.2003. Vgl. auch Chilcot Report, Vol. 5, Section 5: Advice on the Legal Basis For Military Action, November 2002 to March 2003, S. 109–112, par. 598–616, S. 123–132, par. 685–737 und S. 133–136, par. 743–759, sowie ebenda, Executive Summary, S. 66, par. 467 f.

Auf die rechtliche Fragwürdigkeit dieses Vorgehens ist in der völkerrechtshistorischen Forschung zum Irakkrieg bereits hingewiesen worden.¹¹⁷ Wichtig ist hier: Die rechtlichen Rahmenbedingungen wurden genau wie andere politische Aspekte, etwa die Geheimdienstberichte über die Massenvernichtungswaffen, so konstruiert und öffentlich kommuniziert, dass sie dem angestrebten Ergebnis entsprachen.¹¹⁸ Alle weiteren auftretenden Probleme wurden ähnlich gelöst. So lieferte Blair bereits am 15. Januar 2003 dem *House of Commons* eine Legitimation für sein Vorgehen im Falle eines „unvernünftigen Vetos“: Sollte Saddam Hussein die Resolution 1441 verletzen, ein Mitglied des UN-Sicherheitsrats sich aber – unter Bruch des „Geistes der UN-Resolution“ – weigern, daraus die notwendigen Konsequenzen zu ziehen, also eine Kriegsresolution durch sein Veto verhindern, dann würde die britische Regierung die Möglichkeit in Betracht ziehen, trotzdem militärisch gegen den Irak vorzugehen.¹¹⁹ Dies war eine unverkennbare Variation des „Kosovo-Modells“.

Aus Blairs Sicht waren damit, trotz seiner und Bushs erfolgloser Versuche, die Mehrheit des UN-Sicherheitsrats hinter eine explizite Kriegsresolution zu versammeln, alle wesentlichen Voraussetzungen für eine britische Kriegsteilnahme und deren Rechtfertigung vor der Öffentlichkeit erfüllt. Nachdem sich Amerikaner und Briten mit ihren Unterstützern aus Spanien und Portugal am 16. März 2003 endgültig auf einen Abbruch des diplomatischen Prozesses geeinigt hatten,¹²⁰ beschloss das britische Kabinett am folgenden Tag, im Anschluss an die Vorstellung von Goldsmiths Rechtsgutachten, das Unterhaus um die Legitimation des Einsatzes militärischer Mittel gegen den Irak zu ersuchen.¹²¹ Allerdings bestand nach wie vor die Gefahr, dass Blair, der sich angesichts der massiven öffentlichen Widerstände dazu entschlossen hatte, die Frage der britischen Kriegsteilnahme im Unterhaus zur Abstimmung zu bringen, dort eine parlamentarische Niederlage erleiden und folglich seinen Sturz riskieren könnte.¹²² Doch ein Angebot Bushs in einem Telefongespräch wenige Tage vor der entscheidenden Parlamentsitzung, gleichsam in letzter Minute aus der Kriegscoalition auszuschneiden, um ein solches politisches Fiasko zu vermeiden, lehnte Blair mit Verweis auf die gemeinsam erkannte politische Notwendigkeit eines militärischen Eingreifens ab: Er wollte den Krieg und hatte sich bereits derart prononciert dafür ausgesprochen, dass ein Zurück-

¹¹⁷ Zu diesem Aspekt und allgemein zur völkerrechtshistorischen Perspektive auf den Krieg vgl. Philippe Sands, *A Grand and Desastrous Deceit*, in: *London Review of Books* 38 (2016), S. 9–11, und ders., *Lawless World. America and the Making and Breaking of Global Rules from FDR's Atlantic Charter to George W. Bush's Illegal War*, New York u. a. 2005, S. 174–205; ausführlich, wenn auch zurückhaltend vgl. Chilcot Report, Vol. 5, Section 5.

¹¹⁸ Vgl. Sands, *Deceit*.

¹¹⁹ Rede Blairs, in: *Hansard des UK Parliament, House of Commons*, Vol. 397, Sp. 677 f., 15.1.2003.

¹²⁰ Vgl. Chilcot Report, Vol. 3, Section 3.8: *Development of UK Strategy and Options*, 8 to 20 March 2003, S. 517–524, par. 677–703, und Campbell, *Diaries*, Bd. 4, Eintrag vom 16.3.2003, S. 501–504.

¹²¹ *Cabinet Conclusions*, 17.3.2003.

¹²² Vgl. Seldon, Blair, S. 595.

rudern aus seiner Sicht wohl mit einem massiven persönlichen Gesichtverlust verbunden gewesen wäre.¹²³

Bei der Abstimmung im Unterhaus am 18. März 2003 und der zuvor stattfindenden Debatte zeigte sich deutlich, dass Blairs gewählter Kurs der öffentlichen Täuschung über seine wahren Absichten und strategischen Ziele tatsächlich verfiel: Die Parlamentsmehrheit schenkte Blairs Versicherungen Glauben, dass er bis zum Schluss sich für eine friedliche Lösung des Streits um die irakischen Waffenprogramme eingesetzt habe, nunmehr aber alle diplomatischen Optionen ausgeschöpft seien und eine militärische Konfrontation angesichts von Saddams Resolutionsbrüchen sowie der – angeblich – imminenten Gefahr seiner Waffenprogramme geboten sei.¹²⁴ Der Großteil der Abgeordneten betrachtete die Auslegung und Umsetzung der Resolution 1441 durch Großbritannien als korrekt und den Krieg als notwendiges Mittel zur Sicherstellung der „Entwaffnung“ des Irak. Sie kritisierten die Weigerung der Mehrheit des Sicherheitsrats, der vermeintlichen Obstruktionspolitik und dem brutalen Charakter des Saddam-Regimes mit militärischer Härte zu begegnen. Auch Analogien zu der gescheiterten Appeasement-Politik der 1930er Jahre gegenüber NS-Deutschland spielten in der Debatte eine, wenn auch untergeordnete, Rolle.¹²⁵

Die bisherigen Analysen haben jedoch eindeutig gezeigt, dass es Blair und seinen Beratern nie um eine friedliche Lösung oder vorrangig um die „Entwaffnung“ des Irak ging und sie niemals von einer konkreten Bedrohung ausgegangen waren, sondern vornehmlich machtpolitische Ziele verfolgten und den Weg über die UN lediglich als Mittel zum Zweck der nachträglichen Legitimation eines bereits früh gefassten Kriegsentschlusses betrachteten.

Diejenigen Gegenstimmen, die bereits damals den völkerrechtswidrigen Charakter des Kriegs, die mangelnde internationale Unterstützung und die Fragwürdigkeit der vorgebrachten Motive hervorhoben,¹²⁶ konnten nichts daran ändern, dass es der Regierung letztlich gelang, die Abstimmung mit 412 gegen 149 Stimmen zu gewinnen.¹²⁷ Für die Labour-Abgeordneten war dabei eine Überlegung nicht unmaßgeblich: Offensichtlich wollten sie einen bleibenden politischen Schaden oder gar das politische Ende Tony Blairs, den die meisten von ihnen zu diesem Zeitpunkt für den erfolgreichsten Labour-Regierungschef aller Zeiten hielten, vermeiden. Die Regierung verstand es obendrein, sie entsprechend zu bearbeiten.¹²⁸

Die breite parlamentarische Zustimmung zu der Politik der britischen Regierung beruhte jedoch nicht zuletzt auf der Tatsache, dass Blair die zentralen Vor-

¹²³ Vgl. Bob Woodward, *Der Angriff*, München 2004, S. 383 f., und Coates/Krieger, *Mistake*, in: Casey (Hrsg.), *Blair Legacy*, S. 248 f.

¹²⁴ Vgl. Hansard des UK Parliament, House of Commons, Vol. 401, Iraq, Sp. 760–817, 18.3.2003, und Rede Blairs, in: Ebenda, Sp. 760–773.

¹²⁵ Vgl. ebenda.

¹²⁶ Vgl. ebenda, Sp. 775, Sp. 790, Sp. 782–787 und Sp. 817.

¹²⁷ Vgl. *The Guardian* vom 18.3.2003: „Parliament Gives Blair Go-Ahead For War“.

¹²⁸ Vgl. Strong, *Public Opinion*, S. 51; Coughlin, *American Ally*, S. 290, sowie Woodward, *Angriff*, S. 382 f. und S. 387.

entscheidungen der vorangegangenen Monate vor der Öffentlichkeit, dem Parlament und sogar vor dem Großteil des Kabinetts abgeschirmt hatte. Auch die Chilcot-Kommission kritisierte im Nachhinein diese Politik: Sie stellte fest, dass der Entscheidungsfindungsprozess rund um den Irakkrieg von hoher Informalität, mangelnder Informationsbereitschaft gegenüber den zuständigen politischen Gremien und deren Umgehung sowie der Marginalisierung von Kritikern (wie Cook) geprägt war.¹²⁹ Laut den Tagebüchern von Cook scheint im Kabinett am 7. März 2002 (!) das letzte Mal wirklich kontrovers über das Thema Irak diskutiert worden zu sein.¹³⁰ Generalstaatsanwalt Goldsmith war nach anfänglichen Widerständen gegen die völkerrechtliche Basis des Kriegs gleichsam umgedreht worden. Außenminister Straw wiederum stellte zwar intern mehrmals die Legitimität eines Kriegs ohne UN-Mandat und internationale Unterstützung infrage, vertrat aber nach außen hin loyal den Kurs des Premierministers.¹³¹ Mit Ausnahme von Clare Short und Cook, die beide als Folge der britischen Kriegspolitik zurücktreten sollten, regte sich im britischen Kabinett offenbar kein nennenswerter Widerstand.¹³² Die Tatsache, dass der letztlich gewählte Kurs im eklatanten Widerspruch zu den traditionellen außenpolitischen Prinzipien der Labour-Partei und Großbritanniens insgesamt stand, wurde dabei ignoriert.

Blairs spätere wiederholte Beteuerung, dass er Parlament, Kabinett und Öffentlichkeit niemals in die Irre geführt habe, ist eindeutig eine Lüge. Vielmehr baute die gesamte britische Irakpolitik von Ende 2001 bis März 2003 auf der systematischen Manipulation von Fakten und der ebenso systematischen Irreführung von Parlament und nationaler wie internationaler Öffentlichkeit auf. Dieser Kurs aber war konstitutiv für den britischen Weg in den Krieg und die Fragen von Lüge und Täuschung sind somit, anders als Porter meinte, durchaus wichtig und weiterführend, um den Prozess der Entscheidungsfindung zu verstehen. Weniger eine breite innerbritische Unterstützung einer *Regime Change*-Politik, die Porter zu erkennen glaubte, als vielmehr die systematische Täuschung über dieses Ziel war wegbereitend für die innenpolitische Durchsetzung von Blairs Kurs.¹³³ Es ist schwer erklärlich, weshalb der Abschlussbericht der britischen *Iraq Inquiry* angesichts der von der Kommission selbst zutage geförderten Fakten solch ein klares Urteil vermeidet.

Im Rückblick gehörte es zu den schwerwiegendsten und am meisten kritisierten Aspekten der Entscheidungsfindung der politisch Verantwortlichen in Großbritannien, dass das Land letztlich in einen Krieg zog, bei dem die Planungen für die

¹²⁹ Vgl. Chilcot Report, Executive Summary, S. 57 f., par. 403–409, und Porter, Blunder, S. 40 f.

¹³⁰ Vgl. Cook, Point of Departure, S. 114–116. Und: Cabinet Conclusions, 7.3.2002.

¹³¹ Besonders deutlich wurde Straws Kritik bei dem Treffen am 23.7.2002 in der Downing Street; vgl. Campbell, Diaries, Bd. 4, S. 278 f., und Sharp, Tony Blair, in: Cramer/Thrall (Hrsg.), Why, S. 193.

¹³² Vgl. Cook, Point of Departure, und Clare Short, An Honourable Deception? New Labour, Iraq and the Missuse of Power, London 2004.

¹³³ Vgl. Porter, Blunder, S. 2–10.

Nachkriegszeit nicht einmal ansatzweise durchdacht worden waren.¹³⁴ So schlug die Regierung verschiedene Warnungen vor allem des *Foreign Office* in den Wind, dass der Irak infolge einer Invasion durch die Zerstörung der staatlichen Strukturen „fundamental instabil“, ein Hort der Gewalt sowie ein attraktives Feld für Terroristen werden könnte.¹³⁵ Dabei hatte Tony Blair sehr viel früher und klarer als die Bush-Administration erkannt, dass ein Feldzug in das vorderasiatische Land die Unvermeidlichkeit, „sich gegenüber dem Irak für eine längere Zeit zu verpflichten“, mit sich bringen würde.¹³⁶ Auch deshalb spielte die Notwendigkeit einer durchdachten Nachkriegsplanung in London bereits im Sommer 2002 eine Rolle in den internen Diskussionen, und die Briten wussten auch um die unzulängliche Aufmerksamkeit, die die Amerikaner dieser Frage widmeten.¹³⁷ Es gelang Blair jedoch nicht einmal, die USA von einer direkten und tragenden Rolle der UN beim Wiederaufbau des Lands zu überzeugen. Er scheiterte, wie Kelly McHugh betonte, einmal mehr an der UN-kritischen Haltung Cheneys und auch Condoleezza Rices.¹³⁸ Auf britischer Seite gab es jedoch ebenfalls eigene, verheerende Versäumnisse: So wurde die *Iraq Planning Unit*, die zentrale Planungseinheit, die die Neuordnung des Irak in der Nachkriegszeit skizzieren sollte, erst acht Wochen vor Invasionsbeginn ins Leben gerufen.¹³⁹ In London vertraute man ohnehin darauf, dass die Amerikaner den Großteil der Besatzungs- und Neuordnungsaufgaben übernehmen würden.¹⁴⁰

Vor allem aber hatten die Londoner Politiker bis zum Schluss all ihre politische Energie darauf verwandt, die rechtliche und diplomatische Basis für die militärische Intervention zu schaffen, ohne sich viele Gedanken darüber zu machen, was denn nach Beendigung der unmittelbaren Kriegshandlungen kommen würde.¹⁴¹ Angesichts der Tatsache, dass das Ziel der britischen Irakpolitik bereits seit Jahren in der Herstellung eines stabilen irakischen Staats bestand, von dem keine Bedro-

¹³⁴ Vgl. Chilcot Report, Vol. 6, Section 6.4: Planning and Preparation For a Post-Saddam Hussein Iraq, Mid-2001 to January 2003, und Section 6.5: Planning and Preparation For a Post-Saddam Hussein Iraq, January to March 2003.

¹³⁵ Mitteilung Driver an „Principal Staff Officer to the Chief of the Defence Staff“ vom 13.6.2002; [webarchive.nationalarchives.gov.uk/20171123123332/http://www.iraqinquiry.org.uk/media/244416/2002-06-13-minute-driver-to-pso-cds-supporting-paper-for-cos-strategic-think-tank-on-iraq-18-june-attaching-paper-12-june.pdf](http://www.iraqinquiry.org.uk/media/244416/2002-06-13-minute-driver-to-pso-cds-supporting-paper-for-cos-strategic-think-tank-on-iraq-18-june-attaching-paper-12-june.pdf).

¹³⁶ The Iraq Inquiry, Statement by Sir John Chilcot, 6.7.2016, S. 3.

¹³⁷ Manning an Blair, 14.3.2002 („Your Trip to the US“), und Mitteilung Rycroft an Manning vom 23.7.2002. Zur tatsächlichen Unzulänglichkeit der US-Planungen vgl. Bierling, Geschichte, S. 127.

¹³⁸ The Iraq Inquiry, Statement by Sir John Chilcot, 6.7.2016, S. 7 f. Vgl. McHugh, Bush, S. 484 f.; Kampfner, Blair's Wars, S. 316–320, und Coughlin, American Ally, S. 315–319 sowie S. 322 f.

¹³⁹ Vgl. Kettell, New Labour, S. 50.

¹⁴⁰ Vgl. Chilcot Report, Vol. 6, Section 6.5, S. 561, par. 1431 f., und ebenda, Section 6.4: Planning and Preparation For a Post-Saddam Hussein Iraq, Mid-2001 to January 2003, S. 115, par. 8.

¹⁴¹ Vgl. Kettell, New Labour, S. 52 f.

hung für die regionale Sicherheit mehr ausgehen sollte, erscheint dieses Versäumnis rückblickend als besonders paradox – und folgenschwer.

V. Fazit

Der interne Kreis um Premierminister Blair hat sich früher als lange angenommen und öffentlich behauptet für den Krieg an der Seite der USA entschieden, nämlich bereits zwischen Ende 2001 und März 2002 – ohne dass intern jemals Alternativen zum Krieg erwogen wurden. Dabei folgten die Briten bis Kriegsausbruch nicht einfach dem Kurs der USA gegenüber dem Irak, sondern entwickelten ein eigenes Konzept und konnten dieses gegenüber den USA auch durchsetzen. So ging der Weg über die Vereinten Nationen auf Tony Blair und seine Berater zurück, und insgesamt fußte die Art und Weise, wie der Irakkrieg von 2003 letztlich diplomatisch in Gang gesetzt wurde, maßgeblich auf einer in London konzipierten und von dort aus forcierten Strategie. Insofern war dieser Krieg kein amerikanischer, sondern stärker als bislang angenommen ein amerikanisch-britischer Krieg. Dies ist die zentrale Erkenntnis im Hinblick auf die relative historische Bedeutung des britischen Wegs in den Krieg.

Der Entschluss zur Kriegsteilnahme war vor allem durch die Überlegung Blairs und seiner Berater motiviert, den bereits seit Anfang 2002 als relativ feststehend wahrgenommenen amerikanischen Kriegskurs als eine in vielerlei Hinsicht günstige Gelegenheit für die eigene Politik zu begreifen: Die anvisierte militärische Intervention sollte zur Verwirklichung von bereits seit längerem erwogenen irakpolitischen Zielen, zur Durchsetzung einer liberal-interventionistischen Politik des *Regime Change* als Auftakt zu einer demokratischen Neuordnung im Mittleren Osten, zu einer konstruktiven Beeinflussung der Politik der führenden westlichen Macht USA und deren Realisierung auf multilateralem Weg in Form eines UN-Mandats für den geplanten Krieg genutzt werden. Als jedoch die britische Strategie, die von London unterstützte amerikanische Kriegspolitik über den Umweg der Waffeninspektionen zur gemeinsamen Sache der UN zu machen, scheiterte, war der bis dahin unangefochtene Erfolgspolitiker Blair nicht bereit, seine Unterstützung für die USA zu widerrufen, weil er an den Krieg und die sich mit ihm eröffnenden irak- und weltpolitischen Möglichkeiten glaubte, offenbar keinen Gesichtsverlust riskieren wollte und überdies überzeugt war, auch ohne UN-Mandat einen ausreichenden legitimen Grund für das militärische Eingreifen zu haben.

Das Insistieren auf die Einbeziehung der UN und der Verweis auf völkerrechtliche Grundsätze war der spezifische Beitrag Großbritanniens zur Vorkriegspolitik der Kriegsbefürworter, der sich auch aus den historischen außenpolitischen Prinzipien des Lands ergab, die die britische Politik markant von der unilateralen Machtpolitik der USA unterschieden und zumindest gewisse, temporäre Widersprüche in der *special relationship* erkennen ließen. Die Briten benötigten Monate, um die USA von dem Weg über die UN zu überzeugen. Umso bemerkenswerter ist die leichtfertige Bereitschaft von Parlament und Regierung in London, sich in der Frage des Irakkriegs 2003 über genau diese Leitlinien hinwegzusetzen und letzt-

lich doch den völkerrechtswidrigen Kurs der USA zu akzeptieren und nachzuvollziehen.

Die nun freigegebenen Unterlagen zeigen in aller Deutlichkeit, dass Blair das Parlament und die nationale wie internationale Öffentlichkeit sowohl in Bezug auf die vermeintlichen irakischen Massenvernichtungswaffen als auch hinsichtlich der Motive der Regierung und den Weg zum Kriegsende täuschte. Zwar spielte die prinzipielle Besorgnis hinsichtlich Saddams vermeintlicher Waffenprogramme durchaus – im Gegensatz zu einer heute weit verbreiteten Überzeugung – eine Rolle bei den Beweggründen für das Eingreifen im Irak; in erster Linie handelte es sich bei diesem Argument jedoch um einen Vorwand und ein Instrument der Täuschung. Auf der Grundlage eines vor der Öffentlichkeit und dem Großteil von Kabinett und Parlament abgeschirmten Entscheidungsprozesses, der paradigmatisch für das personalisierte System Blair steht, gelang es dem Premierminister, diejenige Politik durchzusetzen, auf die er sich mit Präsident Bush früh geeinigt hatte. Die Untersuchung widerlegt endgültig das von Blair und seinen Beratern vorgetragene Narrativ und korrigiert auch die Ergebnisse des Chilcot Reports. Sie wirft am Beispiel der britischen Irakpolitik ein frappierendes Licht auf die unreflektierte Affinität westlicher Politiker zum Konzept des *Regime Change* Anfang des 21. Jahrhunderts, die sich über völkerrechtliche Normen ebenso bedenkenlos hinwegsetzte wie über das Fehlen durchdachter Neuordnungspläne nach vollzogenem Regimewechsel. Da sowohl dieses politische Projekt als auch der britische Weg in den Irakkrieg maßgeblich von Tony Blair geprägt wurden, ist dieser Beitrag darüber hinaus ein Plädoyer, die Bedeutung von Personen auch in der Geschichte des frühen 21. Jahrhunderts mit seinen zum Teil neuartig komplexen Machtstrukturen hoch einzuschätzen. Nicht zuletzt deshalb ist abschließend festzuhalten: Aufgrund der signifikanten, ja wegbereitenden Rolle, die die britische Regierung und insbesondere Tony Blair persönlich im Vorfeld des Irakkriegs spielten, kommt ihnen eine nicht unerhebliche Mitverantwortung für die desaströsen Folgen des Kriegs zu.

Während Bischöfe wie Clemens August Graf von Galen und Konrad Graf von Preysing Verletzungen des Reichskonkordats durch das NS-Regime mit scharfen Protesten entgegengetreten wollten und Verhandlungen mit Hitler äußerst skeptisch betrachteten, hoffte Michael Kardinal von Faulhaber, als er sich am 4. November 1936 auf den Weg zum Obersalzberg begab, auf einen Modus Vivendi zwischen katholischer Kirche und NS-Staat. Am Ende des dreistündigen Gesprächs stand ein vermeintliches *do ut des*: Faulhaber erhielt den Auftrag, die führenden Kirchenvertreter für ein gemeinsames Hirtenwort gegen den Bolschewismus zu gewinnen, Hitler versprach die – freilich ohnehin geplante – Einstellung der Devisen- und Sittlichkeitsprozesse gegen Geistliche und Ordensangehörige. Die von Philipp Gahn präsentierten Dokumente werfen ein neues Licht auf die Begegnung zwischen dem Münchner Kardinal und dem „Führer“ auf dem Obersalzberg. Dieser setzte auf eine Mischung aus Zuckerbrot und Peitsche, um Faulhaber und die katholische Kirche für seine Ziele einzuspannen.

Philipp Gahn

Widersprüche eines Modus Vivendi

Dokumente zum Besuch Michael Kardinal von Faulhabers bei Adolf Hitler auf dem Obersalzberg im November 1936

I. Eine bohrende Frage

In seiner „kritischen Betrachtung“ des Verhaltens von Repräsentanten und Funktionsträgern der katholischen Kirche im Jahr 1933 konstatierte Ernst-Wolfgang Böckenförde: „Man sah Hitler, trotz der früheren entschiedenen Warnungen [...], offenbar ziemlich vorbehaltlos als die neue Obrigkeit an, hielt ihn daher für verträglich und war bereit, seine Worte für Erklärungen eines Staatsmannes zu nehmen.“¹ Der zu Beginn der 1960er Jahre verfasste Aufsatz gilt als Meilenstein in der stets kontrovers geführten Debatte über die Rolle der katholischen Kirche im Nationalsozialismus.² Hier stellte ein gläubiger Katholik seiner Kirche die unange-

¹ Ernst-Wolfgang Böckenförde, Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Eine kritische Betrachtung, in: Ders., Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Kirche und demokratisches Ethos, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1988, S. 39–69, hier S. 48. Zuerst veröffentlicht unter dem Titel Der deutsche Katholizismus im Jahre 1933. Stellungnahme zu einer Diskussion, in: Hochland 54 (1961/62), S. 217–245. Der 2019 verstorbene Jurist fungierte zwischen 1983 und 1996 als Richter am Bundesverfassungsgericht.

² Vgl. Mark Edward Ruff, The Battle For the Catholic Past in Germany, 1945–1980, Cambridge u. a. 2017, S. 87–120, hier S. 98–113.

nehm präzise und weithin hörbare Frage nach „den *inneren* Gründen“³ der Mitverantwortung für die schnelle Festigung von Hitlers Herrschaft. Auch einen Antwortversuch blieb er nicht schuldig: Die „Anfälligkeit“ für gewisse Aspekte des Nationalsozialismus sei im Allgemeinen einer Skepsis vieler Katholiken vor der modernen Welt seit der Französischen Revolution und der Säkularisation sowie im Besonderen dem dezidierten Antiliberalismus geschuldet.⁴

Die wissenschaftlichen Anstrengungen der vergangenen 60 Jahre sorgten für vielerlei Differenzierungen, so dass Vorsicht geboten wäre, wollte man die Antwort heute noch so unbefangen geben wie der damals junge Jurist. Seine Frage aber hat nichts von ihrer Schärfe verloren. Das zeigen auch die hier präsentierten Dokumente, die belegen, dass Michael Kardinal von Faulhaber⁵ nach seinem Besuch auf dem Obersalzberg, also noch Ende 1936, Adolf Hitler nicht allein für „vertragsfähig“ hielt, sondern hart daran arbeitete, den Papst und seine bischöflichen Mitbrüder von dieser Einschätzung zu überzeugen. Darüber herrschte zu diesem Zeitpunkt längst nicht mehr Einhelligkeit im deutschen Episkopat. Selbst als Ende März 1937 durch die Verkündigung der Enzyklika „Mit brennender Sorge“, dem schärfsten Protest der katholischen Kirche gegen den Nationalsozialismus, die Basis für substanzielle Gespräche mit Hitler nicht mehr gegeben war, änderte dies nichts an Faulhabers Überzeugung.⁶

³ Böckenförde, *Katholizismus*, in: Ders., *Katholizismus*, S. 60; Hervorhebung im Original. Das folgende Zitat ebenda.

⁴ Vgl. ebenda, S. 60–69.

⁵ Michael von Faulhaber (1869–1952), 1903–1911 Professor für Alttestamentliche Exegese in Straßburg, 1911–1917 Bischof von Speyer, 1917–1952 Erzbischof von München und Freising, seit 1921 Kardinal. Zur Biografie und Bibliografie vgl. Kritische Online-Edition der Tagebücher Michael Kardinal von Faulhabers (1911–1952); www.faulhaber-edition.de [25.3.2021]. Zur kontroversen Deutung seiner Person vgl. Walter Ziegler, *Kardinal Faulhaber im Meinungsstreit. Vorwürfe, Kritik, Verehrung, Bewunderung*, in: *Kardinal Michael von Faulhaber 1869–1952. Eine Ausstellung des Archivs des Erzbistums München und Freising, des Bayerischen Hauptstaatsarchivs und des Stadtarchivs München zum 50. Todestag*, hrsg. von der Generaldirektion der Staatlichen Archive Bayerns, München 2002, S. 64–93. Zu seinem Verhältnis zum Nationalsozialismus vgl. Walter Ziegler, *Kardinal Faulhaber im Widerstand gegen Marxismus und Nationalsozialismus 1918–1933/1933–1945*, in: *Würzburger Diözesangeschichtsblätter* 79 (2016), S. 269–294, und Andreas Wirsching, *Mehr Nähe als Distanz? Kardinal Michael von Faulhaber und der Nationalsozialismus*, in: *Friedrich Wilhelm Graf/Hans Günther Hockerts (Hrsg.), Distanz und Nähe zugleich? Die christlichen Kirchen im „Dritten Reich“*, München 2017, S. 199–223.

⁶ Als Ergänzung zu dieser Dokumentation findet sich bei den Zusatzangeboten von VfZ-Online in der Rubrik „Beilagen“ das Beiblatt *Nachlese Obersalzberggespräch*, 9./28.11.1936 (www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_06393_0313r [25.3.2021]) als Digitalisat und Transkript sowie eine Aufstellung von Pressereaktionen auf Faulhabers Treffen mit Hitler zur Erleichterung weiterer Recherchen; www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/.

II. Verhandlungen hinter verschlossenen Türen oder offener Protest?

Nachdem die katholische Kirche gegenüber dem Nationalsozialismus noch zu Beginn der 1930er Jahre einen scharfen Konfrontationskurs eingeschlagen hatte,⁷ wurde durch Hitlers Regierungserklärung vom 23. März 1933 jene Phase der vorläufigen Entspannung eingeleitet, auf die Böckenfördes Kritik zielte. Hitler gab vor, im Christentum „die unerschütterlichen Fundamente des sittlichen und moralischen Lebens unseres Volkes“⁸ zu sehen und für ein aufrichtiges Zusammenleben zwischen Kirche und Staat sorgen zu wollen.⁹ Nur fünf Tage später veröffentlichten die deutschen Bischöfe einen Hirtenbrief, worin sie die „allgemeinen Verbote und Warnungen nicht mehr als notwendig betrachtet[en]“ und „zur Treue gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit“ mahnten.¹⁰ Der „Höhepunkt“ dieser Art von „Unterstützung des NS-Regimes“¹¹ war das am 20. Juli unterzeichnete Reichskonkordat.¹² Bedeutete es für die neue Reichsregierung den ersten größeren außenpolitischen Erfolg und Prestigegewinn, so schien die katholische Kirche durch den Staatskirchenvertrag Rechtssicherheit gewonnen zu haben, um auch im NS-Staat die Seelsorge ausüben zu können. Dass die Nationalsozialisten gewillt waren, Sinn und Buchstaben des Vertrags auszuhebeln, zeigte sich allerdings sofort. Im Artikel 31 wurde festgelegt, dass in „vereinbarlicher Abmachung zwischen der Reichsregierung und dem deutschen Episkopat“¹³ näher zu spezifizieren sei, welche der

⁷ Dazu Faulhabers Aussage: „Der Nationalsozialismus ist eine Haeresie, eine Irrlehre, weil er wesentliche Lehrpunkte des katholischen Glaubens ablehnt und nach der Erklärung seiner Führer eine neue Weltanschauung an die Stelle der christlichen Weltanschauung setzen will“; Entwurf Faulhabers für Pastorale Anweisungen, 6.12.1930, in: Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. I: 1933–1934, bearb. von Bernhard Stasiewski, Mainz 1968, Anhang Nr. 2*a, S. 791–794, hier S. 791.

⁸ Verhandlungen des Reichstags, Bd. 457: 8. Wahlperiode 1933, Berlin 1934, S. 25–32, hier S. 31.

⁹ Vgl. ebenda, S. 28.

¹⁰ Kundgebung der deutschen Bischöfe, 28.3.1933, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 1, Nr. 14a, S. 30–32, hier S. 31 f.

¹¹ Böckenförde, *Katholizismus*, in: Ders., *Katholizismus*, S. 48.

¹² Vgl. Klaus Scholder, *Die Kirchen und das Dritte Reich*, Bd. I: *Vorgeschichte und Zeit der Illusionen 1918–1934*, Frankfurt a. M./Berlin/Wien 1977, S. 453–524; Thomas Brechenmacher (Hrsg.), *Das Reichskonkordat 1933. Forschungsstand, Kontroversen, Dokumente*, Paderborn u. a. 2007; Hubert Wolf, *Reichskonkordat für Ermächtigungsgesetz? Zur Historisierung der Scholder-Repgen-Kontroverse über das Verhältnis des Vatikans zum Nationalsozialismus*, in: *VfZ* 60 (2012), S. 169–200 – dort auch der Verweis auf die vorangehenden Debattenbeiträge, die u. a. in den *VfZ* veröffentlicht wurden; Rudolf Morsey, *Ermächtigungsgesetz und Reichskonkordat 1933*, in: Christoph Kösters/Mark Edward Ruff (Hrsg.), *Die katholische Kirche im Dritten Reich. Eine Einführung*, 2., überarbeitete Aufl., Freiburg im Breisgau 2018, S. 35–49, und Peer Volkmann, *Das „Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich“ vom 20. Juli 1933*, in: Martin Löhnig (Hrsg.), *Staat und Religion in der Moderne*, Regensburg 2018, S. 41–54.

¹³ Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, 20.7.1933, in: *Kirchliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933*, bearb. von Ludwig Volk, Mainz 1969, S. 283–294, Artikel 31, S. 290 f., hier S. 291.

sozialpolitisch orientierten Organisationen und Verbände unter den Schutz des Konkordats fielen und damit dem totalitären Zugriff des Staats entzogen sein sollten. Die staatliche Seite, die daran kein Interesse hatte, behinderte und verzögerte von Anfang an die Verhandlungen mit einer eigens dafür bestimmten bischöflichen Delegation und brach sie schließlich im Januar 1936 ganz ab.¹⁴ Denn solange über die Vereine keine verbindliche Liste vorlag, wurden die sozialen und berufsständischen Organisationen der katholischen Kirche wie alle anderen behandelt, also entweder nach dem sogenannten Führerprinzip „gleichgeschaltet“ oder verboten. Darüber hinaus waren Doppelmitgliedschaften sowohl in kirchlichen als auch in staatlichen Vereinigungen nicht erlaubt.

Da der Laienkatholizismus in Deutschland seit dem 19. Jahrhundert zu einem wesentlichen Teil über das Vereinswesen organisiert war, hatte ein erfolgreicher Abschluss der Verhandlungen für die Bischöfe gleichsam existenzielle Bedeutung. Doch es folgte Rechtsbruch auf Rechtsbruch, und gleichzeitig verstärkte die Propaganda der NSDAP die antikirchliche Polemik. So ergab sich die Situation, dass die Kirche mit dem Reichskonkordat einen völkerrechtlichen Vertrag in Händen hielt – und dennoch schutzlos dastand. Den ernüchternden Status quo resümierte im März 1936 der Münsteraner Bischof Clemens August Graf von Galen¹⁵ in einer Denkschrift an den Vatikan: „Es ist zuzugeben, daß der Abschluß und Bestand des Reichskonkordates uns eine positiv rechtliche Hilfe gewährt, auf welche wir freiwillig nicht verzichten dürfen. Aber es ist kaum ein Artikel des Konkordates, der nicht von Regierungsstellen mißachtet, dessen Verletzung durch Parteistellen von der Regierung gehindert worden wäre.“¹⁶ Gegen diese Verstöße hatten der Vatikan und die deutschen Bischöfe teils gemeinsam, teils einzeln immer wieder protestiert. Doch blieben die Eingaben zumeist wirkungslos, manchmal sogar unbeachtet. Ebenso groß war der Schaden für die Laien, die von den Protesten der Bischöfe

¹⁴ Das letzte Treffen der Bischöfe Konrad von Preysing (Berlin), Wilhelm Berning (Osnabrück) und Jacobus von Hauck (Bamberg) mit dem Reichskirchenminister Hanns Kerrl fand am 28./29.1.1936 statt und endete ergebnislos. Ein Abbruch erfolgte freilich nie offiziell; vgl. Bericht Bernings betr. Besprechung mit Kerrl, 28.11.1935, Nr. 257, S. 120–123; Bericht Bernings und Preysings betr. Besprechung mit Kerrl, 18.12.1935, Nr. 260/I, S. 136–139; Aufzeichnungen Bernings betr. Besprechung mit Kerrl, 19.12.1935, Nr. 260/II, S. 140–147; Protokoll Haucks, Preysings und Bernings über Verhandlungen betr. Ausführung von Artikel 31, 28.1.1936, Nr. 266/I, S. 233–236, und Protokoll der Regierungsvertreter über Verhandlungen betr. Ausführungen von Artikel 31, Nr. 266/III, S. 240–243, in: Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. 3: 1935–1936, bearb. von Bernhard Stasiewski, Mainz 1979.

¹⁵ Clemens August Graf von Galen (1878–1946), 1933–1946 Bischof von Münster, 1946 Kardinal.

¹⁶ Denkschrift Galens, Anfang März 1936, in: Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945, Bd. 2: 1935–1945, bearb. von Ludwig Volk, Mainz 1978, Nr. 528, S. 109–116, hier S. 115. Dazu vgl. Hubert Wolf, „Wechsel in der Kampftaktik“? 75 Jahre nach der Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in: Stimmen der Zeit 230/2012, S. 241–252, hier S. 243. Dort wird Galen als „Initiator der Enzyklika“ gewürdigt. Was Volk nur vermuten konnte, verifizierte Wolf mit dem Auffinden des Schreibens im Archiv des Staatssekretariats: Adressat der Denkschrift war der Heilige Stuhl.

nichts erfahren und so den Eindruck gewinnen konnten, ihren Rückhalt verloren zu haben.

Seit 1935 kam der Versuch der Nationalsozialisten hinzu, mit Devisen- und Sittlichkeitsprozessen gegen Geistliche und Ordensangehörige die katholische Kirche moralisch zu diskreditieren.¹⁷ Des Weiteren sorgte ab 1936 der „Schulkampf“, der im Laufe des Jahrs bereits 600 Lehrerinnen den Arbeitsplatz gekostet hatte, für große Verbitterung.¹⁸

In dieser Lage schlug Galen einen „Wechsel in der Kampfaktik“ vor.¹⁹ Da er bemerkt zu haben glaubte, die höheren Parteistellen seien mit ihren christentumsfeindlichen Äußerungen zurückhaltender geworden, seit der Heilige Stuhl einige scharfe Noten gegen die Reichsregierung gerichtet hatte,²⁰ riet er, künftig „[b]ei jeder sich bietenden Gelegenheit [...] gegen jeden neuen Eingriff in die Rechte und die Freiheit der Kirche öffentlich [zu] protestieren“.²¹ Weitere Verhandlungen ließen sich seiner Meinung nach nur dann sinnvoll führen, wenn als Vorbedingung die mediale Polemik vollständig eingestellt beziehungsweise den Katholiken ermöglicht würde, sich öffentlich dagegen zu wehren. Dabei konnte er sich auf Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli²² berufen, der dasselbe zuvor schon gefordert hatte.²³

Diese Andeutung der Vorgeschichte mag genügen, um sich klar zu machen, dass der international beachtete Besuch des Münchner Erzbischofs auf dem Obersalzberg unter den Bischöfen keineswegs unumstritten war. Aufschlussreich ist eine Bemerkung des Speyerer Bischofs Ludwig Sebastian²⁴ anlässlich der Bischofskonferenz im August 1936, die eine allgemeine Skepsis gegenüber Verhandlungsversuchen mit Hitler ausdrückte. „Allgemeine Aussprache: [...] die bisherigen Versuche beim Führer wären vollständig nutzlos [gewesen]. Es würde auch [ein] neuer Versuch nichts nützen.“²⁵ Dieser Meinung schloss sich auch

¹⁷ Zu den Devisenprozessen vgl. Anm. 145. Zu den Sittlichkeitsprozessen vgl. Hans Günter Hockerts, *Die Sittlichkeitsprozesse gegen katholische Ordensangehörige und Priester. Eine Studie zur nationalsozialistischen Herrschaftstechnik und zum Kirchenkampf*, Mainz 1971.

¹⁸ Zum Kampf der Nationalsozialisten gegen die Bekenntnisschule vgl. Dokument 1, Abs. 7.

¹⁹ Denkschrift Galens, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 528, S. 116.

²⁰ Vgl. Note des Kardinalstaatssekretärs Pacelli an Botschafter von Bergen, 10.7.1935, Nr. 64, S. 254–259, und Note des Kardinalstaatssekretärs Pacelli an Botschafter von Bergen, 26.7.1935, Nr. 65, S. 259–268, in: *Der Notenwechsel zwischen dem Heiligen Stuhl und der Deutschen Reichsregierung*, Bd. 1: *Von der Ratifizierung des Reichskonkordats bis zur Enzyklika „Mit brennender Sorge“*, bearb. von Dieter Albrecht, Mainz 1965.

²¹ Denkschrift Galens, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 528, S. 116.

²² Eugenio Pacelli (1876–1958), 1917–1924 Nuntius in Bayern, 1920–1929 zugleich Nuntius beim Deutschen Reich und in Preußen, 1930–1939 Kardinalstaatssekretär, seit 1939 Papst Pius XII.

²³ Vgl. Denkschrift Galens, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 528, S. 112 f.

²⁴ Ludwig Sebastian (1862–1943), seit 1917 Bischof von Speyer.

²⁵ Aufzeichnungen Sebastians von der Plenarkonferenz des deutschen Episkopats, 18.–20.8.1936, in: *Akten Deutscher Bischöfe*, Bd. 3, Nr. 315/III, S. 466–478, hier S. 468; Zusätze in eckigen Klammern in der Edition.

der Berliner Bischof Konrad Graf von Preysing²⁶ an. Aus eigener Erfahrung schätzte er die Aussichten auf Verhandlungserfolge mit den Nationalsozialisten gering ein, gehörte er doch zu der erwähnten bischöflichen Delegation, die im Januar 1936 zum letzten Mal vergeblich versucht hatte, mit dem Reichskirchenministerium zu einer Einigung über die Ausführungen des Artikel 31 des Reichskonkordats zu kommen. Von Faulhabers Zusammentreffen mit Hitler dürfte er darum wenig erwartet haben. Sein späteres Wort vom „Saubesuch“ lässt sogar eine seit längerem angestaute Wut über Faulhabers Zugehen auf den Diktator erahnen.²⁷

Faulhaber jedoch gehörte zu jenen, die lieber ohne Vorbedingungen als gar nicht verhandeln wollten.²⁸ Wonach er suchte, war ein Modus Vivendi mit dem Regime, der es der Kirche – in welcher Form auch immer – ermöglichen sollte, ihre Lehre unverkürzt zu verbreiten und die Seelsorge unbehindert auszuüben.²⁹

III. Anbahnung des Gesprächs

Die erste Andeutung einer Initiative für das Zusammentreffen ist dem Bericht Preysings über seinen Antrittsbesuch bei Hitler am 23. Oktober 1935 zu entnehmen. Dabei erklärte der Reichskanzler, „er wolle auch Kardinal Faulhaber einmal sprechen“.³⁰ Hier fiel zum ersten Mal das Wort vom Modus Vivendi, das Hitler

²⁶ Konrad Graf von Preysing (1880–1950), 1932–1935 Bischof von Eichstätt, seit 1935 Bischof von Berlin, seit 1946 Kardinal.

²⁷ Aufzeichnung Adolphs, 20.4.1937, in: Walter Adolph, Geheime Aufzeichnungen aus dem nationalsozialistischen Kirchenkampf 1935–1943, bearb. von Ulrich von Hehl, Mainz 1979, S. 120 f., hier S. 120. Dazu auch die nur ein knappes Jahr nach dem Obersalzbergbesuch Faulhabers vorgelegte Denkschrift Preysings, 17.10.1937, in: Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. 4: 1936–1939, bearb. von Ludwig Volk, Mainz 1981, Nr. 409, S. 356–361, hier S. 358 f., in der mit großer Klarheit festgestellt wurde: „[Es] muß wahr sein, daß der Führer und Reichskanzler den Kampf gegen das offenbarungsgläubige Christentum inspiriert und gutheißt. [...] Die nat[[ional]]-soz[[ialistische]] Weltanschauung macht es ihren Angehörigen unmöglich, mit einer anderen Weltanschauung auch den geringsten Kompromiß einzugehen. [...] Deshalb sind alle Verhandlungen in ihrem Endziel zum Scheitern verurteilt.“ Der Verfasser der Denkschrift war, wie Volk mitteilte, Walter Adolph. Preysing identifizierte sich aber vollkommen mit ihrem Inhalt; vgl. ebenda, S. 356, Anm. 1. Die doppelte Klammer ruht aus der Edition, bei der die Ausschreibung von „nat-soz“ in eckige Klammern gesetzt ist.

²⁸ Dazu Dokument 3, S. 521: „Eine Verhandlungsbasis solange als möglich, auch eine schwache Möglichkeit.“

²⁹ Zu Faulhabers Mittelstellung in der Fuldaer Bischofskonferenz zwischen der ausgleichenden Linie Kardinal Bertrams und der konfrontativen Linie Preysings vgl. Antonia Leugers, Positionen der Bischöfe zum Nationalsozialismus und zur nationalsozialistischen Staatsautorität, in: Rainer Bendel (Hrsg.), Die katholische Schuld? Katholizismus im Dritten Reich – Zwischen Arrangement und Widerstand, 2., durchgesehene Aufl., Münster 2004, S. 122–141, hier S. 133–139.

³⁰ Faulhaber an Meissner, 18.12.1935, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 516, S. 91 f., hier S. 91, Anm. 4.

Preysing gegenüber verwendete, um ein vages Ziel des Staat-Kirche-Verhältnisses zu beschreiben.

Für Faulhaber, der Preysings Bericht bald erhalten hatte, bot sich die Gelegenheit einer Kontaktaufnahme mit Hitler freilich nicht sofort. Ihr stand vor allem entgegen, dass die Bischöfe im August 1935 eine lange Denkschrift mit ihren Beschwerden und Sorgen an Hitler versandt hatten und seither vergeblich auf Antwort warteten.³¹ Dazu kam, dass der Passauer Generalvikar Franz Riemer Anfang Dezember unter einem fadenscheinigen Vorwand inhaftiert worden war.³² Das gab Faulhaber allerdings Anlass, direkt an Hitler zu telegrafieren und auf die sofortige Freilassung des Generalvikars zu dringen. Tags darauf kam Riemer tatsächlich frei. Nun konnte der Kardinal den Dank für das umgehende Entgegenkommen mit dem Hinweis auf seine Gesprächsbereitschaft verbinden.³³ Darauf antwortete die Präsidialkanzlei, dass man diesen Punkt mit Hitler besprechen und sich im Januar melden werde.³⁴

Überraschenderweise kam Mitte Januar 1936 aber keine amtliche Stelle auf Faulhaber zu, um „die Frage einer Aussprache“³⁵ zu erörtern, sondern der ehemalige bayerische Gesandte beim Apostolischen Stuhl, Baron Otto von Ritter zu Groenesteyn³⁶ als Privatmann. Sein hervorragender Leumund in der katholischen Kirche und die enge persönliche Verbindung zu Reichsaußenminister Konstantin von Neurath³⁷ machten ihn zum idealen Mittelsmann.³⁸

Aus den Akten lässt sich nicht ersehen, warum konkrete Schritte für ein Zusammentreffen erst wieder Ende September unternommen wurden.³⁹ Terminli-

³¹ Vgl. Denkschrift des deutschen Episkopates an Hitler, 20.8.1935, in: Akten Deutscher Bischöfe über die Lage der Kirche 1933–1945, Bd. 2: 1934–1935, bearb. von Bernhard Stasiewski, Mainz 1976, Nr. 231/I, S. 341–373.

³² Franz Seraph Riemer (1884–1965), 1931–1965 Generalvikar in Passau. Zu seiner Inhaftierung vgl. Riemer, Franz Seraph, in: *Priester unter Hitlers Terror. Eine biographische und statistische Erhebung*, Bd. 2, bearb. von Ulrich von Hehl u. a., 4., durchgesehene und ergänzte Aufl., Paderborn u. a. 1998, S. 1267.

³³ Vgl. Faulhaber an Meissner, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 516, S. 91 f.

³⁴ Vgl. ebenda, S. 91 f., Anm. 4.

³⁵ Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 14.1.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10016_1936-01-14_T01 [25.3.2021].

³⁶ Otto von Ritter zu Groenesteyn (1864–1940), 1920–1934 bayerischer Gesandter und bevollmächtigter Minister beim Heiligen Stuhl. Die erstaunliche Aktivität Ritters zu Groenesteyns, 1936/37 an der Verbindung zwischen Hitler und Faulhaber mitzuwirken, reicht über das, was man bisher aus seiner „politischen Biografie“ wusste, hinaus; vgl. Jörg Zedler, *Bayern und der Vatikan. Eine politische Biographie des letzten bayerischen Gesandten am Heiligen Stuhl Otto von Ritter (1909–1934)*, Paderborn u. a. 2013.

³⁷ Konstantin Freiherr von Neurath (1873–1956), 1932–1938 Reichsaußenminister, 1939–1945 Reichsprotektor von Böhmen und Mähren.

³⁸ In einem späteren Beiblatt hielt Faulhaber fest, dass die „entferntere Einleitung“ durch Ritter zu Groenesteyn und Neurath erfolgt sei; Faulhaber-Edition, Besuch auf dem Obersalzberg, 4.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0090s [25.3.2021].

³⁹ Über Ritter zu Groenesteyn heißt es am 29.9.1936: „Geht nächstens zu Neurath auf die Jagd und will ihm beibringen, daß der Führer mich sprechen soll“; Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 29.9.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10017_1936-09-29_T01 [25.3.2021].

che Engpässe dürften gewiss eine Rolle gespielt haben. Schließlich beging Faulhaber im Februar sein 25-jähriges Bischofsjubiläum, das ihn für längere Zeit in Beschlag nahm. Hitler könnte einen Termin nach den Olympischen Spielen bevorzugt haben.

Im Laufe des Oktober folgten weitere Gespräche mit Ritter zu Groenestejn⁴⁰ und dem päpstlichen Nuntius Cesare Orsenigo,⁴¹ ehe der Leiter der Reichskanzlei, Hans Heinrich Lammers,⁴² schließlich am 3. November per Telefon den Erzbischof informierte, dass der „Führer“ am nächsten Tag bereit sei, den Kardinal auf dem Obersalzberg zu empfangen.⁴³

Faulhaber kam pünktlich gegen 11.00 Uhr auf dem Berghof an, wo er von Hitler im Beisein von Rudolf Heß⁴⁴ „durch Handschlag und Händedruck“ begrüßt wurde; die Umstehenden grüßten „durch Erhebung der Hand“.⁴⁵ Er hatte wohl ein Vieraugengespräch erwartet und fragte sich nun: „Warum Heß, der Führer der Partei, dabei war?“ Er konnte nur vermuten: „Als Zeuge, daß diesem Bischof rein alles gesagt werde ... als Vertreter der Partei, hat mich scharf beobachtet. Vielleicht auch sich selber zu ermutigen, alles scharf zu sagen gegen die Feinde des Staates, gegen die Zentrumspriester.“⁴⁶

Die gespannte bis feindselige Atmosphäre bei dem knapp dreistündigen Gespräch über die aktuellen Hauptstreitpunkte zwischen dem Nationalsozialismus und der Kirche ließ sich also kaum übersehen. Hitler wollte für den gemeinsamen Kampf gegen den Kommunismus werben, Faulhaber hatte sich vorgenommen, den „Schulkampf“, die Misere der Verbände und die permanente Indoktrinierung zur Sprache zu bringen. Trotz dieser schwierigen Ausgangslage sah es der Kardinal als ehrenvolle Aufgabe an, seine Kirche gegenüber dem Staatsoberhaupt zu vertreten. Später soll er angeblich der Meinung gewesen sein, er habe „Satan ins Angesicht geschaut“.⁴⁷ Die ersten Wochen nach der Unterredung muss bei ihm aber ein anderer Eindruck vorgeherrscht haben. Ehrerbietung dem Gesprächspartner gegenüber, das Bewusstsein für die historische Situation des Zusammentreffens und

⁴⁰ Vgl. Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 17.10.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10017_1936-10-17_T01 [25.3.2021].

⁴¹ Cesare Orsenigo (1873–1946), 1930–1945 Nuntius in Deutschland. Zu dem Gespräch vgl. Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Orsenigo, 22.10.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0088s [25.3.2021].

⁴² Hans Heinrich Lammers (1879–1962), 1933 Staatssekretär in der Reichskanzlei, 1937–1945 Reichsminister und Chef der Reichskanzlei.

⁴³ Vgl. Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 3.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10017_1936-11-03_T01 [25.3.2021].

⁴⁴ Rudolf Heß (1894–1987), 1923 Teilnahme am Hitler-Ludendorff-Putsch, 1925 Hitlers Privatsekretär, 1933 Stellvertreter des „Führers“ in der NSDAP, Reichminister ohne Geschäftsbereich.

⁴⁵ Faulhaber-Edition, Besuch auf dem Obersalzberg, 4./12.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0090s [25.3.2021].

⁴⁶ Ebenda; die Auslassung findet sich schon im Original.

⁴⁷ So ohne Quellenangabe in: Ludwig Volk SJ, Kardinal Faulhabers Stellung zur Weimarer Republik und zum NS-Staat, in: Stimmen der Zeit 177/1966, S. 173–195, hier S. 186.

die Konzentration auf die Erfüllung der ihm vom Reichskanzler gestellten Aufgabe, von der sogleich zu reden sein wird, sind unverkennbar für seine Haltung und sein Handeln.

IV. Zweierlei Aufträge, zweierlei Folgen

Obwohl weder die Fuldaer noch die bayerische Bischofskonferenz ihn zu dem Besuch auf den Obersalzberg entsandten⁴⁸ und ein Teil der Bischöfe skeptisch gewesen sein dürfte, gab es auch andere Stimmen, die den Münchner Erzbischof zu dem Treffen drängten. Die prominenteste unter ihnen war die von Nuntius Orsenigo, der die Hoffnung hegte, es könne aus der persönlichen Begegnung „eine Verbindung werden“.⁴⁹ Da Faulhaber von Hitler mit dem „Auftrag“⁵⁰ schied, mit den „Führern der Kirche“⁵¹ zu sprechen, um sie zu einem gemeinsamen Hirtenwort gegen den Kommunismus zu bewegen, konnte in ihm der Eindruck entstehen, von beiden Seiten mit einer diplomatischen Mission betraut worden zu sein.

Am Ende des Gesprächs schlug Hitler einen „Kompromiss oder Kuhhandel“⁵² vor. Faulhaber erhielt den erwähnten „Auftrag“, und im Gegenzug war Hitler bereit, die Devisen- und Sittlichkeitsprozesse gegen Priester und Ordensangehörige einzustellen. Weil Hitler die katholische Kirche in seinen Kampf gegen den Kommunismus miteinbeziehen wollte, war er – was der Kardinal nicht wissen konnte – freilich ohnehin gewillt, diese Verfahren aus taktischen Gründen zu sistieren.⁵³

⁴⁸ In ihrer an Hitler gerichteten Denkschrift vom 20.8.1936 hatten die Bischöfe um eine Audienz gebeten, was aber abschlägig beschieden worden war; vgl. Heinz-Albert Raem, Pius XI. und der Nationalsozialismus. Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ vom 14. März 1937, Paderborn u. a. 1979, S. 19 f. Dazu der Beschluss im Protokoll der Plenarkonferenz des deutschen Episkopates, 18.–20.8.1936, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 3, Nr. 315/II, S. 408–434, hier S. 412: „Es wird eine Eingabe an den Führer und Reichskanzler beschlossen, die die wichtigsten Beschwerden der Katholiken Deutschlands behandeln, die auch eine Audienz erbitten soll. Falls keine entsprechende Antwort einläuft, wird vonseiten der Bischöfe ein Manifest an das katholische Volk in Aussicht genommen, das den Inhalt der Eingaben von 1935 und 1936 wiedergeben soll.“

⁴⁹ Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Orsenigo, 22.10.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0088s [25.3.2021].

⁵⁰ Dokument 3, S. 520.

⁵¹ Dokument 1, Abs. 15, S. 512.

⁵² Dokument 2, S. 515. Vgl. auch Dokument 1, Abs. 15, S. 512. Dort verneinte Hitler zwar rhetorisch, dass es ihm um einen „Kuhhandel“ gehe, der Zusammenhang macht aber klar, dass er eben dies anstrebte, um seine Aggressionspläne ohne innenpolitische Störungen durchführen zu können.

⁵³ Vgl. Hockerts, Sittlichkeitsprozesse, S. 62–77, besonders S. 67–72. Die Prozesse wurden seit Juli 1936 kurz vor den Olympischen Spielen ausgesetzt, aber auch mit Blick auf die Entwicklungen in Spanien zunächst nicht wieder aufgenommen. Erst nach Erscheinen der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ wurden sie von April bis Juli 1937 weiter durchgeführt und propagandistisch ausgeschlachtet, ehe sie erneut um Hitlers außenpolitischer Ambitionen willen, die eine innenpolitische Beruhigung erforderten, sistiert wurden.

Sowohl für die Verbände als auch für die in ihrer Existenz bedrohten Klosterschulen und ihr Lehrpersonal konnte er indessen rein gar nichts erwirken. Das musste nicht nur die Betroffenen und manchen Bischof enttäuschen. Auch die Skepsis Pacellis hinsichtlich eines möglichen Modus Vivendi mit der NS-Diktatur dürfte dadurch gewachsen sein.⁵⁴

Hitler erwartete eine vorbehaltlose Identifikation der Bischöfe mit dem nationalsozialistischen Ziel der kriegerischen Vernichtung des Kommunismus in Europa. Alle bisherigen bischöflichen Äußerungen genügten ihm nicht. Das machte selbst einen auf Ausgleich bedachten Bischof wie Adolf Kardinal Bertram⁵⁵ ratlos. Schließlich sei, so schrieb er an Faulhaber, dem Wunsch des Reichskanzlers „bereits in klarster Weise durch den gemeinsamen Hirtenbrief vom 20. August d[ieses] J[ahres]“ Rechnung getragen worden.⁵⁶

Faulhaber aber setzte unbeirrt seine ganze Energie auf die Erfüllung des „Auftrags“. Ab dem 15. Dezember begab er sich dazu auf eine Reise zu den westdeutschen Bischöfen, um sie von der Notwendigkeit eines gemeinsamen Hirtenworts zu überzeugen. Zuvor noch hatte er am 24. November den bayerischen Bischöfen über seine Unterredung mit Hitler Bericht erstattet⁵⁷ und war mit ihnen übereingekommen, dem gesamtdeutschen Hirtenbrief einen bayerischen vorausgehen zu lassen. Dieser schien nötig geworden zu sein, da in der Zwischenzeit eine Verlautbarung der Bischöfe der Kölner und der Paderborner Kirchenprovinzen veröffentlicht worden war. Diese prangerte die Vergewaltigung der „Seelen“ an, weil „Lehrer und Vorgesetzte sich bemühen, den Kindern in Wort und Schrift den Glauben ihrer Eltern verächtlich zu machen“.⁵⁸ Die bayerischen Bischöfe bekräftigten diese Vorwürfe, kritisierten unter anderem die grobe Rechtsverdrehung im „Schulkampf“, um gegen Ende in versöhnlichem Ton auf das Thema des geplanten gesamtdeutschen Hirtenbriefs überzuleiten: „Der Führer möge versichert sein, daß wir Bischöfe ihn in seinem weltgeschichtlichen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mit moralischen Mitteln in jeder Weise unterstützen.“ Doch

⁵⁴ Vgl. Pacelli an Faulhaber, 16.11.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 575, S. 197 f., hier S. 198. Darin heißt es: „Ein aufmerksames Studium des von Euerer Eminenz verfaßten Berichts läßt es angezeigt erscheinen, die Aussichten auf eine baldige Überwindung der gegenwärtigen Gegensätze als nicht groß zu betrachten.“

⁵⁵ Adolf Bertram (1859–1945), 1906–1914 Bischof von Hildesheim, 1914–1945 Fürstbischof von Breslau, seit 1916 Kardinal.

⁵⁶ Bertram an Faulhaber, 2.12.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 579, S. 212 f., hier S. 212; eckige Klammern in der Edition. Der Hirtenbrief der deutschen Bischöfe vom 19.8.1936 führte ausgehend vom Spanischen Bürgerkrieg den Gläubigen die vom Kommunismus ausgehenden Gefahren vor Augen, rahmte diese Warnungen aber mit einem eindringlichen Appell an das Regime, man möge endlich die Missachtung des Reichskonkordats beenden; vgl. Hirtenwort des deutschen Episkopats, 19.8.1936, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 3, Nr. 316, S. 478–483.

⁵⁷ Vgl. Dokument 4, S. 522–524.

⁵⁸ Hirtenwort der Bischöfe der Kölner und der Paderborner Kirchenprovinz, 10.11.1936, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 4, Nr. 334a, S. 42 f., hier S. 42.

fügten sie bestimmt hinzu: „[W]ir verlangen nur die Wahrung der göttlichen Rechte und der gesetzlich verbürgten Freiheit für unsere heilige Kirche und unser Amt.“⁵⁹

Faulhaber sah bereits vor der Veröffentlichung des bayerischen Hirtenbriefs „einen Sturm heraufziehen“,⁶⁰ was sich alsbald bestätigte: Er wurde vom Reichsministerium für kirchliche Angelegenheiten verboten,⁶¹ und somit war auch für das gesamtdeutsche Hirtenwort nicht mehr mit einer positiven Resonanz zu rechnen. Die praktische Undurchführbarkeit seines „Auftrags“ in einer Hitler zufriedenstellenden Weise hätte ihm spätestens damals klar sein müssen.

Ende 1936 war das gesamtdeutsche Hirtenwort fertig,⁶² am 3. Januar 1937 wurde es von den Kanzeln verlesen, in der Presse aber totgeschwiegen. Behörden behinderten oder verboten sogar teilweise seine Verbreitung. Auf der Fuldaer Bischofskonferenz am 12. und 13. Januar 1937 musste Faulhaber diese niederschmetternde Bilanz eingestehen.⁶³

Parallel dazu begannen seit dem Spätsommer 1936 im Vatikan Diskussionen um eine entschiedeneren Haltung gegenüber dem nationalsozialistischen Regime. In deren Folge wurde eine bischöfliche Delegation für den Januar 1937 nach Rom eingeladen, um über eine angemessene Reaktion auf die immer bedrückendere kirchliche Lage in Deutschland zu beraten. Dieser gehörten neben Faulhaber noch die Kardinäle Karl Joseph Schulte⁶⁴ (Köln) und Adolf Bertram (Breslau) sowie die Bischöfe von Münster und Berlin, Clemens August von Galen und Konrad von Preysing, an. Unmittelbar nach Beendigung der Bischofskonferenz brach man von Fulda nach Rom auf. In intensiven Gesprächen mit Kardinalstaatssekretär Pacelli und Papst Pius XI.⁶⁵ entstand der Plan zu der späteren Enzyklika „Mit brennender Sorge“.⁶⁶ Nach den vergangenen Monaten war Faulhaber unter allen

⁵⁹ Hirtenwort der bayerischen Bischöfe, 24.11./6.12.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 583, S. 228–233, hier S. 233.

⁶⁰ Faulhaber an Hauck, 4.12.1936, in: Ebenda, Nr. 581, S. 215 f., hier S. 216.

⁶¹ Vgl. Kerrl an Faulhaber, 19.12.1936, in: Ebenda, Nr. 588, S. 239 f.

⁶² Vgl. Hirtenwort des deutschen Episkopats, 24.12.1936, in: Ebenda, Nr. 592, S. 244–252, und Faulhaber an Hitler, 30.12.1936, in: Ebenda, Nr. 599, S. 261 f.

⁶³ Vgl. Referat Faulhabers, 12.1.1937, in: Ebenda, Nr. 602, S. 264–272, hier S. 267 f.

⁶⁴ Karl Joseph Schulte (1871–1941), 1909–1920 Erzbischof von Paderborn, 1920–1941 Erzbischof von Köln, seit 1921 Kardinal.

⁶⁵ Achille Ratti (1857–1939), 1914 Präfekt der Biblioteca Vaticana, 1918 Apostolischer Visitator für Polen, Litauen, Russland, 1919 Nuntius in Warschau, 1921 Erzbischof von Mailand, seit 1922 Papst Pius XI.

⁶⁶ Amtlicher Text: Acta Apostolicae Sedis 29 (1937), S. 145–167; www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS-29-1937-ocr.pdf [25.3.2021]. Allgemein vgl. Rudolf Vorderholzer, Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“, in: Kardinal Michael von Faulhaber 1869–1952, S. 311–321, und Thomas Brechenmacher, Mit brennender Sorge (Enzyklika, 1937), in: Historisches Lexikon Bayerns, [www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mit_brennender_Sorge_\(Enzyklika,_1937\)](http://www.historisches-lexikon-bayerns.de/Lexikon/Mit_brennender_Sorge_(Enzyklika,_1937)) [25.3.2021]. Detaillierter zur Vorgeschichte und den sowohl kirchenpolitischen als auch theologischen Handlungssträngen, die zur Enzyklika führten, vgl. ders., Die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ als Höhe- und Wendepunkt der päpstlichen Politik gegenüber dem nationalsozialistischen Deutschland, in: Rupert Strachwitz (Hrsg.), Christen und Nationalsozialismus. Andechser Betrachtungen, München 2011, S. 26–74, und Hubert Wolf, Pius XI.

Beteiligten am besten in die Thematik eingearbeitet. Darum wurde er mit der Ausarbeitung eines Entwurfs beauftragt, den er zwischen dem 18. und 21. Januar verfasste.⁶⁷

Was Faulhaber ablieferte, war ein Mahnschreiben an die Gläubigen in Deutschland, das Pacelli und Pius XI. im Aufbau übernahmen, in seiner Diktion jedoch verschärften und erweiterten. Unter ihrer Hand entstand ein autoritatives Lehrschreiben, das sich in die gegen die Zeitirrtümer gerichtete päpstliche Gesamtstrategie einfügte.⁶⁸ Damit unterschied sich der endgültige Text der Enzyklika, die in allen katholischen Kirchen Deutschlands am 21. März 1937 verkündet wurde, erheblich von dem, den Faulhaber zwei Monate zuvor Pacelli ausgehändigt hatte. Das betraf vor allem die höhere lehramtliche Qualifizierung, die eine Zurückweisung der Rassenideologie und des Führerkults zur verbindlichen Richtlinie machte. Faulhaber etwa hatte in mahnendem Ton an die Gläubigen geschrieben: „Habet acht, daß nicht die Rasse oder der Staat oder andere Werte der Volksgemeinschaft [...] überschätzt und mit Götzenkult vergöttert werden.“⁶⁹ Die Enzyklika hingegen wandte sich indirekt an die NS-Ideologen und lehnte sich somit bewusst an die traditionelle Formulierung kirchlicher Verurteilungen an – freilich ohne eine solche vollständig auszusprechen:⁷⁰ „Wer die Rasse, oder das Volk, oder den Staat, oder die Staatsform, die Träger der Staatsgewalt oder andere Grundwerte menschlicher Gemeinschaftsgestaltung [...] aus [...] ihrer irdischen Werteskala herauslöst [...] und sie mit Götzenkult vergöttert, der verkehrt und fälscht die gottgeschaffene und gottbefohlene Ordnung der Dinge.“⁷¹ Einem noch schärferen Verdikt verfiel der Führerkult: „Wer [...] irgendeinen Sterblichen, und wäre er der Größte aller Zeiten, neben Christus zu stellen wagt, oder gar über Ihn und gegen Ihn, der muß sich sagen lassen, daß er ein Wahnprophet ist.“⁷² Mindestens ebenso schwer wie das theologische Urteil musste für

und die „Zeitirrtümer“. Die Initiativen der römischen Inquisition gegen Rassismus und Nationalsozialismus, in: VfZ 53 (2005), S. 1–42, hier S. 31–38.

⁶⁷ Faulhabers Entwurf und der endgültige Text der Enzyklika sind einander gegenübergestellt in: Anhang Nr. 7, 14.3.1937, in: Notenwechsel, Bd. 1, S. 404–443. Zuletzt wurde vermutet, dass der Rottenburger Bischof Joannes Baptista Sproll (1870–1949) Ideengeber für den Entwurf gewesen sei; vgl. Franz X. Schmid, *Verborgener Inspirator. Bischof Joannes Baptista Sproll und die Enzyklika „Mit brennender Sorge“ von Papst Pius XI.*, Lindenberg 2019. Über eine bloße Mutmaßung kam Schmid aber nicht hinaus.

⁶⁸ Vgl. Thomas Brechenmacher, *Der Heilige Stuhl und die totalitären Ideologien. Die März-Enzykliken von 1937 in ihrem inneren Zusammenhang*, in: *Historisches Jahrbuch* 133 (2013), S. 342–364, und Wolf, Pius XI.

⁶⁹ Anhang Nr. 7, Spalte Text des Entwurfs, in: *Notenwechsel*, Bd. 1, S. 410.

⁷⁰ Eine formelle kirchliche Verurteilung einer bestimmten Lehre (ein sogenanntes Anathema) wird durch folgende Satzstruktur ausgedrückt: „Wer sagt, [...] der sei ausgeschlossen.“ Damit unterliegen alle, die eine entsprechende Lehre vertreten, dem Kirchenbann, der schärfsten geistlichen Sanktion.

⁷¹ Anhang Nr. 7, Spalte Text der Enzyklika, in: *Notenwechsel*, Bd. 1, S. 410.

⁷² Ebenda, S. 415 f.

das NS-Regime der nun öffentlich gemachte Vorwurf wiegen, die Beziehungen zum Heiligen Stuhl hätten durch „Machenschaften [...] von Anfang an kein anderes Ziel“ gekannt „als den Vernichtungskampf“,⁷³ dem sich die Kirche in Deutschland seit 1933 ausgesetzt sah.⁷⁴

Mochte Faulhaber Pius XI. seine „seelische Freude“ mitteilen, die Enzyklika verlesen zu haben,⁷⁵ so ist doch unverkennbar, dass auch diesmal eine Entwicklung eingetreten war, die seinen Versuchen, zu einem Modus Vivendi mit dem NS-Regime zu gelangen, entgegenstand. Seine Unzufriedenheit über die Schärfe der Enzyklika verhehlte er gegenüber Baron Ritter zu Groenesteyn nicht: „Als in Rom der Vorschlag kam: Was tun. Rundschreiben an die deutschen Katholiken, habe ich vor allen Bischöfen erklärt: Um Gottes Willen nicht polemisieren, jeder Satz ein Dogma.“ Im Hinblick auf die abgebrochene Verbindung zu Hitler blieb ihm nur noch die Feststellung: „Ich kann den Führer nicht sprechen, weil ich natürlich die Vorgeschichte nicht erklären kann, obwohl ich selber darunter leide. Besonders der Satz ‚Machenschaften von Anfang an‘.“⁷⁶ Die beiden hier abgedruckten Briefentwürfe an Hitler⁷⁷ belegen, wie schwer es ihm fiel, den Status quo zu akzeptieren, und wie weit er zu gehen bereit war, um die Verbindung doch wiederherzustellen.

V. Die Dokumente

Die Spannung, die zwischen dem Obersalzbergbericht und dem Entwurf zur Enzyklika „Mit brennender Sorge“ besteht, ist bisher nur unzureichend in den Blick genommen worden. In der vorliegenden Dokumentation wird diese Spannung ebenso deutlich wie Faulhabers widersprüchliche Strategie des Modus Vivendi – sie zeigt sich in der Komposition des Obersalzbergberichts, in seinem letztlich vergeblichen Werben um Unterstützung bei den anderen Bischöfen und nicht zuletzt daran, dass er an dem inneren Zwiespalt litt, in den er sich durch sein Lavieren selbst gebracht hatte.

Präsentiert werden die bisher unbekannte Fassung seines Berichts (Dokument 1) für den Papst sowie weitere Materialien aus Faulhabers Nachlass, unter denen die bis vor kurzem unbekanntesten stenografischen Gesprächsnotizen (Dokument 2) am bedeutendsten sind. Sie müssen sehr zeitnah zu dem Gespräch abgefasst worden sein, denn die Unmittelbarkeit des Eindrucks ist überall spürbar.⁷⁸

⁷³ Ebenda, S. 406.

⁷⁴ Zur Frage, inwieweit Faulhaber die Diskussionsprozesse kannte, vgl. Wolf, Pius XI., S. 34–36.

⁷⁵ Faulhaber an Pius XI., 22.3.1937, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 620, S. 310 f., hier S. 311.

⁷⁶ Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Otto von Ritter zu Groenesteyn, 17.5.1937; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0097s [25.3.2021].

⁷⁷ Vgl. Dokument 5, S. 524–526.

⁷⁸ Auf Nachfrage schloß die Kennerin der Gepflogenheiten in Hitlers sogenanntem Hofstaat, Frau Dr. Heike Görtemaker, Potsdam, eine unmittelbare Mitschrift aus. Ich danke Frau Dr. Görtemaker für die freundliche Auskunft.

Eine genaue Abfolge der disparat wirkenden, gleichwohl vollständig wiedergegebenen Notizen zu den Redebeiträgen lässt sich allerdings nicht rekonstruieren. Vielmehr hielt Faulhaber auf dem einen Blatt überwiegend fest, was Hitler sprach, auf dem anderen, was er selbst sagte. Dort finden sich auch Notizen zu dem nachfolgenden Tischgespräch. Allerdings erschließt sich der Inhalt der einzelnen Abschnitte nicht immer vollständig; diese erratischen Stellen lassen sich auch durch Kommentare nicht in allen Fällen auflösen.

Die Gegenüberstellung von Gesprächsnotizen und Bericht ermöglicht es, den Blick auf Weggelassenes zu richten und die dahinter liegenden Absichten zu erkennen. Hitler sollte als seriöser Verhandlungspartner erscheinen, mit dem es sich lohnte, weitere Gespräche zu führen. Darum dürfte Faulhaber zum Beispiel Hitlers offen und aggressiv vorgetragene Formulierungen zur weiteren Aufrüstung⁷⁹ unterschlagen haben. Die Kenntnis des Berichts erleichtert das Verstehen der Gesprächsnotizen. Darum wird dieser zuerst und der an sich frühere Text anschließend präsentiert.

Falsch wäre es indessen, davon auszugehen, Faulhaber habe den Sinn seines „Auftrags“ nie in Zweifel gezogen. An seinen Bedenken ließ er sogar die anderen bayerischen Bischöfe und die Dekane seiner Diözese teilhaben. Andererseits rief er sie dazu auf, den Blick nicht nur auf das Negative zu richten.⁸⁰ Beides verrät sein Referat, das er zunächst vor den bayerischen Bischöfen und später vor den Dekanen seiner Diözese hielt (Dokument 3).

Als unmittelbares Zeugnis des Abwägens über die Opportunität seines Agierens wird man Faulhabers Pro- und Kontraliste (Dokument 4) verstehen können. Sie dürfte vor oder während der oben erwähnten Reise zu den westdeutschen Bischöfen, also um den 15. Dezember 1936, verfasst worden sein. Allerdings offenbart sich auch hier die partielle Verkennung der Realität. Faulhaber hielt eine Art „Friedensschluß“⁸¹ für möglich und glaubte obendrein, eine nicht veröffentlichte Erklärung der Regierung, das Reichskonkordat zu respektieren, würde die bestehende Lage ändern. Dass eine solche Erklärung nichts wert gewesen wäre, konnte jeder Bischof wissen, seit Hitler persönlich bereits im Jahr 1934 eine ebenfalls nie veröffentlichte schriftliche Zusicherung gegeben hatte, die mediale Polemik gegen die Kirche einzustellen.⁸²

Die vorgestellten Dokumente stehen in engem Zusammenhang mit weiteren Aufzeichnungen zum Obersalzbergbesuch, die ebenfalls in der heute nur noch wenigen Experten bekannten Kurzschrift nach dem System Gabelsberger abgefasst sind. Sie können auf der Website des Langfristvorhabens der Deutschen Forschungsgemeinschaft der Kritischen Online-Edition der Tagebücher Kardi-

⁷⁹ Dazu Dokument 2, S. 514: „Wenn wir nur noch drei bis vier Jahre aufrüsten können.“

⁸⁰ Dazu Dokument 3, S. 520: „Wir sind zu viel negativ, darum defensiv geworden.“

⁸¹ Dokument 4, S. 523.

⁸² Vgl. Niederschrift Bernings über die Verhandlungen einer bischöflichen Delegation im Reichsinnenministerium, 25.–30.6.1934, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 1, Nr. 160, S. 726–735, hier S. 731 f. und Schreiben Bertrams an Frick, 1.7.1934, in: Ebenda, S. 747, Anm. 3.

nal Faulhabers eingesehen werden.⁸³ Faulhaber hielt darin im Nachgang geführte Gespräche fest, exzerpierte das internationale Presseecho und gab Meinungen aus seiner Umgebung wieder. Damit kann die Begegnung in einer bisher nicht bekannten Tiefe betrachtet und kontextualisiert werden.

Die beiden Briefentwürfe an Hitler (Dokument 5) dürften wohl auf Ende August 1937 zu datieren sein. In einem Gespräch mit Baron Ritter zu Groenesteyn am 22. August 1937 erwog er, sich bei Hitler, der die Enzyklika als Wortbruch⁸⁴ ansah, durch eine Aufklärung über die Genese des Lehrschreibens zu entschuldigen. Dass Faulhaber über den Anfang nicht hinausgekommen ist und den eigentlich intendierten Punkt gar nicht berührt hat, lässt darauf schließen, dass ihm das Abwegige daran selbst klar geworden sein dürfte. Warum aber blieben sie dann überhaupt erhalten und wurden nicht einfach weggeworfen? So erscheinen sie vor allem als Zeugnisse der Ratlosigkeit.

VI. Wahre und falsche Aporien

Merkwürdig bleibt, warum Faulhaber derart auf seiner Strategie eines Modus Vivendi beharrte. Klar genug sah er, dass sich mit Christentum und nationalsozialistischer Ideologie zwei nicht zu versöhnende Weltanschauungen gegenüberstanden, schließlich hat er nicht nur in den berühmten Adventspredigten des Jahres 1933, sondern auch später immer wieder mutig die Ideologie des NS-Regimes verurteilt. Was er freilich nicht zu akzeptieren schien, war die Tatsache, dass ein friedliches Nebeneinander von weltanschaulich Unvereinbarem in einem totalitären Staat ausgeschlossen war. Auch nahm er in Kauf, dass bei Verhandlungen ohne Vorbedingungen die Nationalsozialisten die Kirche mit Forderungen und vagen Versprechen vor sich hertreiben konnten. Umso mehr erstaunt es, dass er an seiner Position wie an einem „Strohalm“⁸⁵ festhielt. Noch im Dezember 1938 erklärte er zwei Missionsbischöfen aus Südafrika trotz des durch die Enzyklika belasteten Verhältnisses zwischen katholischer Kirche und NS-Staat „würde [er] die Hoffnung nicht aufgeben“. Schließlich solle „man [...] verhandeln, solange noch ein Funke ist“.⁸⁶

⁸³ Außer dem in Anm. 38 erwähnten handeln vor allem folgende Beiblätter vom Obersalzberggespräch: Faulhaber-Edition, Tischgespräch Obersalzberg, 4.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_06393_0310r; Nachlese Obersalzberggespräch, 9./28.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_06393_0313r; Gesprächsprotokoll Schmidt, 16.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0092s, und Gesprächsprotokoll Eltz-Rübenach, 13.12.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0094s [alle 25.3.2021].

⁸⁴ Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Otto von Ritter zu Groenesteyn, 22.8.1937; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0099s [25.3.2021]. Dort die Formulierung: „Der Führer erklärt für wortbrüchig, weil nach der Aussprache die Encyclika kam.“

⁸⁵ Dokument 3, S. 521.

⁸⁶ Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 4.12.1938; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10018_1938-12-04_T01 [25.3.2021].

Es wäre jedoch voreilig, wollte man auf der Suche nach den bereits erwähnten „inneren Gründen“ für diese eigenartige Erkenntnisbarriere die Argumente Böckenfördes einer allgemeinen Konvergenz der Ziele von katholischer Kirche und Nationalsozialismus im Hinblick auf den Antiliberalismus und den Kampf gegen den Kommunismus auf Faulhaber übertragen – so verführerisch das bei einem herausragenden Repräsentanten des katholisch-konservativen Bürgertums auch sein mag. Manche werden vielleicht auf die persönliche Eitelkeit Faulhabers, der sich als privilegierter Gesprächspartner des „Führers“ und Reichskanzlers wertgeschätzt fühlen konnte, verweisen. Immerhin hat Hitler keinen anderen Bischof je auf dem Berghof empfangen, und mit keinem anderen sprach er je so ausführlich.⁸⁷ Doch als Erklärung greift das zu kurz: Sowohl die Arbeiten am gemeinsamen Hirtenbrief als auch am Entwurf für die Enzyklika setzten eine schonungslose Analyse der Fakten und das Hintanstellen aller persönlichen Befindlichkeiten voraus.

Was heute als eine schwer verständliche Realitätsblindheit erscheint, bedeutete nicht nur für Faulhaber eine aporetische Situation, die bereits mit dem Abschluss des Reichskonkordats für die katholische Kirche eingetreten war. Aporien entstehen, wenn es bei divergierenden Möglichkeiten an einer Hierarchie der grundlegenden Argumente mangelt. Dabei gilt es, zwischen einer bloßen Verlegenheit, die den Handelnden zum Getriebenen machen kann, und einer tatsächlichen Ausweglosigkeit zu unterscheiden. Alle Akteure der katholischen Kirche einte als oberstes strategisches Ziel der *Modus Vivendi* mit dem Regime, um der Kirche einen seelsorgerlichen Freiraum zu garantieren. Das gilt für Faulhaber nicht minder als für Galen oder für Pacelli.⁸⁸ Um dieses Ziels willen war man das Reichskonkordat eingegangen.

⁸⁷ Alle anderen Begegnungen Hitlers mit katholischen Bischöfen fanden in der Reichskanzlei statt und waren knapper gehalten. Außer der schon erwähnten Audienz Preysings am 23.10.1935 und dem einstündigen Empfang der bischöflichen Delegation Berning/Gröber/Bares am 27.6.1934 waren dies, erstens, ein gut einstündiges Treffen mit Berning am 26.4.1933 im Vorfeld der Reichskonkordatsverhandlungen (vgl. Konferenz von Vertretern der Kirchenprovinzen: Protokoll Negwers, 25./26.4.1933, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 1, Nr. 32/I, S. 87–103, hier S. 100–103); zweitens eine Besprechung mit Kardinal Schulte am 7.2.1934 wegen dessen zuvor eingereichter Beschwerden (vgl. Orsenigo an Pacelli vom 8.2.1934, Ausfertigung, in: Berichte des Apostolischen Nuntius Cesare Orsenigo aus Deutschland 1930 bis 1939, laufende Nr. 374 – dabei handelt es sich um eine digitale Edition, die hier abrufbar ist: dhi-roma.it/index.php?id=digital_humanities_singleview1&tx_ttnews%5Byear%5D=2017&tx_ttnews%5Bmonth%5D=08&tx_ttnews%5Bday%5D=30&tx_ttnews%5Bt_news%5D=3084&cHash=c5205d1043fae12cc9fe9cccb55826c4 [25.3.2021]), und drittens ein Empfang des Augsburger Weihbischofs Franz Xaver Eberle am 6.12.1937; vgl. Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Franz Xaver Eberle, 22.12.1937; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09265_0399s [25.3.2021].

⁸⁸ Dazu Raphael Hülsbömer, Eugenio Pacelli im Spiegel der Bischofseinsetzungen in Deutschland von 1919 bis 1939, Teil 4, Darmstadt 2019, S. 193, Anm. 647: „Pacelli [ging es] bei seiner Strategie, den Bruch [mit dem nationalsozialistischen Regime] zu vermeiden, [...] um den Erhalt des ‚Systems‘ Kirche in Deutschland. Allerdings impliziert das vor allem die Fortexistenz des kirchlichen, seelsorgerlich-sakramentalen Lebens [...] – die *salus animarum* war die *causa finalis* seiner Bischofspolitik.“

Faulhaber, der das Reichskonkordat grundsätzlich begrüßte,⁸⁹ glaubte allerdings noch im Jahr 1936, trotz aller Rechtsbrüche zu einer Einigung mit dem NS-Staat kommen zu können. Um diese Illusion aufrecht zu erhalten, wollte er Hitler weiterhin für einen ehrlichen Mann halten, an dessen Vertragsfähigkeit keine Zweifel aufkommen sollten. Diese ergab sich freilich nur, wenn er als seriöser Staatsmann nicht in Frage stand. Mit dem in der Enzyklika gemachten Vorwurf eines vom NS-Regime von Anfang an geführten „Vernichtungskampfes“⁹⁰ gegen die Kirche und der Qualifizierung des Personenkults als Perversion der göttlichen Ordnung wurde dieses Argument massiv bestritten. Mehr noch: Aus Gründen des Gehorsams gegenüber dem römischen Lehramt musste der Kardinal dieses Gegenargument zu seinem eigenen machen. Die klaren Worte der Enzyklika „Mit brennender Sorge“ hätten Faulhaber von seiner Fiktion befreien können. Stattdessen verstärkte die Furcht davor, die Seelsorge zu gefährden, und wohl auch seine Verlegenheit, vor Hitler, mit dem er sich auf dem Obersalzberg über manches Ziel hatte verständigen können, als wortbrüchig zu erscheinen, seinen inneren Zwiespalt.

Auch für den Vatikan gab es keinen Königsweg aus dem Dilemma. Die Enzyklika hatte den totalen Bruch vermieden und musste ihn vermeiden, wollte sie am obersten Ziel der weiterhin freien Ausübung der Seelsorge festhalten. Aus dem gleichen Grund wollte Galen das Reichskonkordat nicht in Frage stellen – und hatte dennoch den Strategiewechsel zum offenen Protest bei gleichzeitiger Bereitschaft zu Verhandlungen mit Vorbedingungen empfohlen. Bis zu diesem Punkt der Unterscheidung drang Faulhaber jedoch nicht vor. Im Zwiespalt verharrend blieb er – obwohl Hauptakteur – unentschlossen.

⁸⁹ Vgl. Faulhaber an Hitler, 24.7.1933, in: Staatliche Akten über die Reichskonkordatsverhandlungen 1933, bearb. von Alfons Kupper, Mainz 1969, Nr. 117, S. 293 f.

⁹⁰ Vgl. S. 493.

Dokument 1 – Editorische Notiz

Der „streng vertrauliche Bericht“ wurde bereits in den von Ludwig Volk herausgegebenen Akten Faulhabers ediert.⁹¹ Eine Neuedition ist dennoch nötig, da die bisherige Quellengrundlage nicht befriedigen kann. Volk kannte zwei Fassungen des Berichts,⁹² in Faulhabers Nachlass befinden sich aber vier verschiedene Fassungen.⁹³ Da außerdem fraglich blieb, welche Fassung an wen geschickt wurde,⁹⁴ war die Empfängerüberlieferung zu überprüfen.

Außerhalb des Faulhaber-Nachlasses sind heute noch vier Exemplare des Berichts nachweisbar: Das erste Exemplar ließ Faulhaber durch seinen Kurier, den damaligen Domkapitular Johannes Neuhäusler,⁹⁵ Papst Pius XI. überbringen. Unter den Exemplaren, die an die bischöflichen Mitbrüder geschickt wurden,⁹⁶ haben sich, wie eine Umfrage in allen deutschen Diözesanarchiven ergab, nur diejenigen für den Osnabrücker Bischof Wilhelm Berning⁹⁷ und den Limburger Bischof Antonius Hilfrich⁹⁸ erhalten. Am 13. Dezember 1936 übergab Faulhaber in einem persönlichen Gespräch dem Verkehrs- und Postminister Peter Paul Freiherr von Eltz-Rübenach⁹⁹ ebenfalls einen Bericht. Weitere Empfängerexemplare,

⁹¹ Bericht Faulhabers über eine Unterredung mit Hitler, 4./5.11.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 572, S. 184–194, hier S. 184. Der Text wurde erneut abgedruckt in: Kardinal Michael von Faulhaber 1869–1952, S. 541–547.

⁹² Volk entschied sich für eine der beiden Fassungen als Leittext und verwies auf die andere in den Fußnoten, da sie „nur in den beiden Schlußabschnitten von der Vorlage geringfügig“ abweiche; Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 572, S. 184, Anm. 3. Es ist jedoch nicht genau feststellbar, welche Fassung sein Leittext war. Vielmehr scheint Volk eine Mischung aus den ihm vorliegenden Fassungen zusammengestellt zu haben.

⁹³ Alle abgelegt in: Erzbischöfliches Archiv München (künftig: EAM), Nachlass (künftig: NL) Faulhaber, 08203.

⁹⁴ Die bei Volk nur lückenhaft mitgeteilte Empfängerliste Faulhabers findet sich in: EAM, NL Faulhaber, 09263. Dort werden genannt: Papst Pius XI., Nuntius Cesare Orsenigo, Kardinalstaatssekretär Eugenio Pacelli, die Kardinäle Adolf Bertram und Karl Joseph Schulte, die Bischöfe Wilhelm Berning, Konrad von Preysing, Conrad Gröber (Freiburg), Clemens August von Galen, Franz Rudolf Bornewasser (Trier), Antonius Hilfrich (Limburg), Albert Stohr (Mainz), Joannes Baptista Sproll und Johannes Erik Müller (Schweden) sowie die Freiherren Otto von Ritter zu Groenesteyn und Peter Paul von Eltz-Rübenach.

⁹⁵ Johannes Neuhäusler (1888–1973), seit 1932 Domkapitular in der Erzdiözese München und Freising, seit 1947 Weihbischof.

⁹⁶ Grundsätzlich wollte Faulhaber allen Bischöfen, sei es mündlich oder schriftlich, Bericht erstatten. Wie er aber kurz vor Weihnachten feststellen musste, war ihm dies bis dahin nicht vollständig gelungen; vgl. Faulhaber an den deutschen Episkopat, 23.12.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 590, S. 242 f., hier S. 242.

⁹⁷ Wilhelm Berning (1877–1955), seit 1914 Bischof von Osnabrück. Sein Exemplar im Diözesanarchiv Osnabrück trägt die Signatur BAOS 04–62-14-01.

⁹⁸ Antonius Hilfrich (1873–1947), seit 1930 Bischof von Limburg. Sein Exemplar im Diözesanarchiv Limburg trägt die Signatur 561 C/2.

⁹⁹ Peter Paul Freiherr von Eltz-Rübenach (1875–1943), 1932–1937 Reichsverkehrs- und Reichspostminister. Sein Exemplar im Archiv Haus Rankenberg (Herren von Kempis) befindet sich im Nachlass Peter Paul Freiherr von Eltz-Rübenach, Akte Nr. 53.

insbesondere die von Kardinalstaatssekretär Pacelli und Baron Ritter zu Groenesteyn,¹⁰⁰ konnten nicht aufgefunden werden.

Alle Fassungen sind auf den 5. November 1936 datiert. Tatsächlich ergeben sich aber unterschiedliche Abfassungszeiten: Neuhäusler reiste am 8. November nach Rom.¹⁰¹ Wie aus dem auf den 7. November datierten Begleitschreiben hervorgeht, war zu diesem Zeitpunkt bereits eine Überarbeitung des Berichts angedacht. Bis Mitte Dezember entstanden dann die anderen Fassungen, deren genauere Datierung aber nicht möglich ist.

Der dem Papst vorgelegte Obersalzbergbericht (OB) ist die erste und längste Fassung, die außerdem an den ranghöchsten Empfänger gerichtet wurde. Ihr wird im Folgenden der Vorzug gegeben. Inhaltliche Veränderungen, die Faulhaber später vornahm, werden in Fußnoten angemerkt. Vom Leittext werden folgende Fassungen unterschieden:

OB I-F: Faulhabers Handexemplar der an Papst Pius XI. versandten Fassung mit Streichungen und handschriftlichen Korrekturen.

OB II-F: Version, in die Faulhabers Korrekturen der ersten Fassung eingearbeitet sind.

OB II-ER: Von der eben genannten leicht abweichende Version, die Minister Eltz-Rübenach vorlag.

OB III: Korrigierte Version von OB II-F. Diese ließ Faulhaber den Bischöfen Berning und Hilfrich zukommen.

OB III-F: Handexemplar Faulhabers derselben Version mit weiteren eigenhändigen Korrekturen.

OB IV: Version, in die die Korrekturen der dritten Fassung nebst anderen eingearbeitet sind.

Stillschweigend korrigiert wurden orthografische Fehler; ebenso wurden bloße Durchstreichungen übergangen, die aus Falschschreibungen resultieren. Offensichtliche Fehler in der Interpunktion wurden ebenfalls richtiggestellt. Sämtliche maschinenschriftlichen Abkürzungen wurden aufgelöst. Die teils im gleichen Dokument divergierenden Schreibungen von Wörtern mit ß und ss wurden beibehalten. Das Gleiche gilt bei allen anderen Dokumenten für heute nicht mehr übliche Schreibweisen.

¹⁰⁰ Dazu Pacelli an Faulhaber, 1.12.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 577, S. 209 f., hier S. 210, wo es heißt: „Der Bericht, von dem mir Eure Eminenz mit Schreiben vom 20. v[origen] M[onats] auch persönliche Abschrift zugehen ließ [...]“; Zusätze in eckigen Klammern in der Edition. Bezüglich Baron Ritter zu Groenesteyn vgl. die Begegnung am 10.11.1936, über die Faulhaber festhielt: „Ich berichte mündlich und gebe ihm dann das Manuskript ‚streng vertraulich‘.“ Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 10.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10017_1936-11-10_T01 [25.3.2021].

¹⁰¹ Vgl. Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 8.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10017_1936-11-08_T01 [25.3.2021].

Dokument 1¹⁰²

München, 7. November 1936

Heiliger Vater, Euere Heiligkeit bitte ich gehorsamst, einen Immediatbericht über die Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler entgegenzunehmen. Ehrerbietigst bitte ich um Nachsicht wegen der Correcturen im Schriftsatz, der leider wegen Kürze der Zeit bis zur Abreise des Herrn Prälaten Neuhäusler nicht mehr neu geschrieben werden kann. In tiefster Ehrfurcht bittet um den Apostolischen Segen Euerer Heiligkeit Gehorsamster M. Card. Faulhaber

Streng vertraulicher Bericht über die Aussprache mit dem Herrn Reichskanzler Adolf Hitler auf dem Obersalzberg am 4. November 1936, 11 bis 14 Uhr.

[1] Der Besuch beim Führer war in der letzten Phase durch den Herrn Apostolischen Nuntius Orsenigo und den Herrn Staatssekretär Lammers vorbereitet, der nach den fernmündlichen Vereinbarungen des Vortags, nach dreistündiger Fahrt auf der Reichsautobahn am Fusse des Salzberges mich erwartete und in seinem Wagen den Steilweg zum tiefeingeschnittenen Ruhesitz des Führers brachte. Die Aussprache, bei der als dritter nur Herr Reichsminister Rudolf Heß zugegen war, dauerte drei Stunden: die erste Stunde redete der Führer¹⁰³ freimütig, vertraulich, gemütvoll, teilweise temperamentvoll. Die zweite Stunde konnte ich, fast ohne Unterbrechung, auf die Gedankengänge des Führers antworten und eigene Punkte vorlegen, in der dritten Stunde gab es ein immer mehr sich entspannendes Zwiegespräch. An die Aussprache schloß sich ein halbstündiges Mittagmahl in der Nische des Speisesaales im Anblick der verschneiten Alpen, die heute nach langer Regenzeit¹⁰⁴ in heller Sonne strahlten.

[2] Der Herr Reichskanzler begann: Manche von seinen Ausführungen würden meine Zustimmung nicht finden, es müsse aber einmal ganz offen gesagt werden, wie die Dinge liegen, und man müsse zu einer Lösung kommen, „positiv oder negativ“. Das erste Thema war die aussenpolitische Gefahr des Bolschewismus. Wenn es nach dem Fall von Madrid¹⁰⁵ nicht gelinge, die Roten in Katalanien vernichtend zu schlagen (Einzelangaben in dieser Frage muß ich vertraulich behan-

¹⁰² Maschinenschriftliches Original. Segreteria di Stato, Sezione per i Rapporti con gli Stati, Archivio Storico, Affari Ecclesiastici Straordinari, pos. 713, Periodo Originario, fasc. 308, fol. 83r–92r. Den Seiten 1–9 des Berichts entsprechen fol. 84r–92r. Für die freundliche Hilfe beim Abgleich des päpstlichen Exemplars aus dem Historischen Archiv des Vatikans mit der entsprechenden Version im Nachlass Faulhabers sowie für die Übermittlung des Texts des handschriftlichen Begleitschreibens habe ich meinem Kollegen Dr. Sascha Hinkel, Münster, zu danken.

¹⁰³ OB I-F „allein,“ handschriftlich eingefügt, OB II–IV „allein,“ in den laufenden Text integriert.

¹⁰⁴ OB III-F „heute“ bis „Regenzeit“ gestrichen, OB IV weggelassen.

¹⁰⁵ Im November 1936 versuchte General Francisco Franco (1892–1975), unterstützt durch Deutschland, Italien und Portugal, Madrid zu erobern, was jedoch zunächst misslang; vgl. Antony Beevor, *Der Spanische Bürgerkrieg*, München 2006, S. 214–237.

deln) wird jeder Erfolg des Bolschewismus weitere Erschütterungen bringen: Zunächst in Frankreich, wo durch die Politik von Léon Blum¹⁰⁶ alles vorbereitet sei, dann in der Tschechoslowakei¹⁰⁷ und anderen Staaten. Das sei nicht Schwarzseherei. Er sei schon öfter Prophet gewesen. Die katholische Kirche dürfe sich darüber nicht täuschen, werde der Nationalsozialismus nicht Herr über den Bolschewismus, dann sei es auch mit dem Christentum und mit der Kirche in Europa vorbei. Der Bolschewismus sei ebenso der Todfeind der Kirche wie des Faschismus. Leider habe das Zentrum das Verbrechen begangen und die Begriffe verwirrt: Das Volk musste glauben, es könne mit dem Kommunismus nicht so schlimm sein, wenn die Zentrumsgeistlichen mit ihm zusammengingen. Wie die Untermenschen, von Juden aufgehetzt, als Bestien in Spanien hausen, darüber habe er genaue Berichte ... Er werde die geschichtliche Stunde nicht verpassen. „Siegen wir ohne die Kirche, dann wird auch die Kirche keinen Anteil an unserem Siege haben.“¹⁰⁸

[3] Der Übersicht halber setze ich meine an sich spätere Antwort auf diesen Grundgedanken gleich hierher: Das ist für mich keine Schwarzseherei, Herr Reichskanzler, das ist alles in erschütternder Weise, nur ohne die Einzelheiten, in Ihrer grossen Rede auf dem Parteitag in Nürnberg¹⁰⁹ teils offen, teils zwischen den Zeilen ausgesprochen. Papst Pius XI. hat in seiner Rede Februar 1930¹¹⁰ und in diesem Jahr in der Rede vor den spanischen Flüchtlingen¹¹¹ den Bolschewismus als den Todfeind jeder christlichen Kultur gekennzeichnet, und ebenso haben die Bischöfe von Fulda in ihrem diesjährigen Hirtenbrief¹¹² und den früheren Kundgebungen sich geäußert. Während die Führerrede in Nürnberg mit eindrucksvollen Gedankengängen die allgemeinen kulturellen und wirtschaftlichen Auswirkungen des Bolschewismus darlegte,¹¹³ hat die Rede des Heiligen Vaters, am

¹⁰⁶ Léon Blum (1872–1950), 1936/37 und 1938 sowie 1946/47 Ministerpräsident Frankreichs. Der Sozialist Blum stand seit Juni 1936 einer Volksfrontregierung vor, die von den Kommunisten toleriert wurde.

¹⁰⁷ OB I-F „Polen“ handschriftlich eingefügt, OB II–IV „in Polen“ in den laufenden Text integriert.

¹⁰⁸ OB I-F „Siegen wir“ bis „haben“ gestrichen, OB II–IV weggelassen.

¹⁰⁹ Vgl. Hitlers Rede vom 14.9.1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg, in: Max Domarus, Hitler. Reden und Proklamationen 1932–1945. Kommentiert von einem deutschen Zeitgenossen, Bd. 1: Triumph (1932–1938), Neustadt a. d. Aisch 1962, S. 645–647.

¹¹⁰ Eine Papstrede im Februar 1930 zu diesem Thema ist nicht nachweisbar. Volk verwies auf einen Brief vom 2.2.1930 an den Generalvikar von Rom, Basilio Pompili, in: Acta Apostolicae Sedis 22 (1930), S. 89–93; www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS-22-1930-ocr.pdf [25.3.2021].

¹¹¹ Vgl. Ansprache Pius XI. am 14.9.1936 in Castelgandolfo. Druck in: Acta Apostolicae Sedis 28 (1936), S. 373–381; www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS-28-1936-ocr.pdf [25.3.2021].

¹¹² Vgl. Hirtenwort des deutschen Episkopats, 19.8.1936, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 3, Nr. 316.

¹¹³ OB II–IV „(kann nur niederreißen, wird von Juden geführt, vernichtet jede Volkswirtschaft)“ in den laufenden Text eingefügt.

gleichen Tag gehalten, den Atheismus, die Gottlosigkeit und Gottfeindlichkeit als die Wurzel und das innerste Wesen des Bolschewismus bezeichnet. Schade, daß die Papstrede und die Kundgebungen der Bischöfe in deutschen Zeitungen oder in Broschürenform nicht verbreitet werden durften.¹¹⁴ Ich war Ohrenzeuge, als Papst Pius XI. im öffentlichen Konsistorium 13.3.¹¹⁵1933¹¹⁶ den Reichskanzler des Deutschen Reiches öffentlich den ersten Staatsmann nannte, der offen und bestimmt mit Ihm, dem Papst, die bolschewistische Gefahr erkannt habe.¹¹⁷ (Ich konnte Einzelangaben bringen, weil ich natürlich auf diesen Punkt mich vorbereitet hatte). Sie können sich denken, Herr Reichskanzler, wie schmerzlich es uns Katholiken berühren musste, die Unwahrheit zu hören und zu lesen, die heute noch da und dort in deutschen Zeitungen und Schulungsreden verbreitet wird: Im Stillen stehe der Papst doch im Bunde mit Moskau, er denke sogar daran, ein Konkordat mit Moskau zu schliessen, darum habe er anfangs zu den Greueln in Spanien geschwiegen, und immer noch hoffe man, der Bolschewismus werde das Dritte Reich vernichten. In meiner Papstrede 1936 habe ich nach dem Osservatore Romano, also nach einer amtlichen Erklärung, dieses Märchen, es sei ein Konkordat mit Moskau im Anmarsch, als den „Gipfel gewissenloser Erfindungskunst“ bezeichnet.¹¹⁸ Trotzdem brachte das „Schwarze Korps“ die Lüge aufs Neue mit Berufung auf einen Zeitungsartikel in Prag und mit der Überschrift: „Herr Kardinal – wer lügt“.¹¹⁹ Ich bin der Sache nachgegangen und habe festgestellt: Der Artikelschreiber in der „Deutschen Presse“¹²⁰ in Prag, mit dem Schriftstellernamen Roland, ein Emigrant und wie er selber erklärt ein fanatischer Gegner des Natio-

¹¹⁴ Die „Kölnische Volkszeitung“ durfte die Papstrede an die spanischen Flüchtlinge nur unter Weglassung der Teile, die auf die kritische kirchliche Lage in Deutschland zielten, veröffentlichen; vgl. dazu Deutsche Briefe 1934–1938. Ein Blatt der katholischen Emigration, Bd. 2: 1936–1938, bearb. von Heinz Hürten, Mainz 1969, Nr. 107 (9.10.1936), S. 405–413, hier S. 412.

¹¹⁵ OB I-F: „13.3.“ gestrichen, OB II–IV weggelassen.

¹¹⁶ Vgl. Acta Apostolicae Sedis 25 (1933), S. 106–123; www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS-25-1933-ocr.pdf [25.3.2021].

¹¹⁷ Zu beachten ist, dass Faulhaber das päpstliche Lob für Hitler im Jahr 1933 als geradezu „tragisch“ verzerrte Wahrnehmung der deutschen Verhältnisse aus dem vatikanischen Blickwinkel betrachtete; zit. nach Ludwig Volk, Das Reichskonkordat vom 20. Juli 1933. Von den Ansätzen in der Weimarer Republik bis zur Ratifizierung am 10. September 1933, Mainz 1972, S. 65, Anm. 26.

¹¹⁸ Vgl. Steinwürfe gegen den Thron der Päpste. Predigt in Sankt Michael in München am Papstsonntag, 9.2.1936, in: Beilage II zum Amtsblatt der Erzdiözese München und Freising Nr. 6 vom 18.2.1936, S. 1–12, hier S. 10. Auch in: Dieter Katte, Wort und Antwort. Eine Untersuchung der Predigten, die Kardinal Faulhaber in der Zeit zwischen dem 1. Januar 1933 und dem 30. April 1945 gehalten hat; Bd. 2: Dokumentation der Predigten, die Kardinal Faulhaber zwischen dem 1. Januar 1933 und dem 30. April 1945 gehalten hat, Diss., Salzburg 1976, S. 394–409, hier S. 406.

¹¹⁹ Das Schwarze Korps vom 20.2.1936: „Wer lügt, Herr Kardinal“. In seinem unveröffentlichten Manuskript „Die Myrrhen meiner Bischofsjahre“ (EAM, NL Faulhaber, 09269) gab Faulhaber auf S. 81 f. einen ausführlichen Bericht über den im Folgenden geschilderten Vorgang.

¹²⁰ Vgl. Deutsche Presse vom 9.2.1936: „Sowjetrußland, Komintern und Katholizismus“.

nalsozialismus, hat aus der moskaufreundlichen Stimmung in Prag heraus als Privatansicht die Meinung ausgesprochen, mit dem Religionshass in Moskau sei es heute nicht mehr so schlimm wie im Anfang, und das „Schwarze Korps“ bringt es fertig, diese Fälschung eines Emigranten im Gegensatz zur amtlichen Erklärung der vatikanischen Zeitung in die Wagschale zu werfen. Für meine Person stelle ich die Tatsache fest, daß ich auf dem Katholikentag in Salzburg 1921 die Worte gesprochen: „Die Völker sterben am Bolschewismus“, der „die tiefste Todeswunde unserer Zeit“ ist. Bei der gleichen Gelegenheit habe ich das furchtbare Wort zurückgewiesen: „Lieber Bolschewismus als Katholizismus“. 1922 habe ich den marxistischen Umsturz von 1918 und 1919 als „Meineid und Hochverrat“ bezeichnet und trotz aller Bedrohungen das Wort nicht zurückgenommen. Bald darauf erschienen die ersten Maueranschläge der ersten Nationalsozialisten mit dem Aufruf „Gegen die Novemberverbrecher“. Im Februar 1930 habe ich eine besondere Predigt über den „Kampf des Bolschewismus gegen Gott und jede Religion“ gehalten. Das alles ist nicht in die Jahre 1921, 1922, 1930 zurückdatiert, es kann in meinen Büchern nachgelesen werden. (Erst hier in diesem Bericht füge ich ein: „Rufende Stimmen“ S. 14–25. 378. 383. 470¹²¹). Auch wenn irgendwo ein Kaplan¹²² im Westen des Reiches oder ein Prälat in Böhmen¹²³ oder, wie Herr Reichskanzler sagte, Priester in Katalanien sich versöhnlich über den Bolschewismus äussern – Einzelentgleisungen wird es immer geben – kann ich Sie versichern, Herr Reichskanzler, daß alle deutschen Bischöfe und alle amtlichen Stellen der Kirche davon überzeugt sind, der Bolschewismus kann nur Chaos und den Ruin des religiösen Lebens bringen, und daß sie alle mit kirchlichen Mitteln, ohne ins Politische sich zu verirren, gegen den Bolschewismus anzukämpfen bereit sind.

[4] Das zweite Thema des Führers war Nationalsozialismus und die Kirche. Dabei sprach der Führer nur von der katholischen Kirche. Es habe sich doch in der Kirche „alles gewandelt“: die Frage, ob die Welt in 6 Tagen oder 6 Millionen Jahren erschaffen wurde, ob die Sonne sich um die Erde drehe, der Einmarsch der Hunnen, die Reformation, die französische Revolution... So müsse auch die

¹²¹ Es handelt sich um folgende Beiträge: Familie und Volksgemeinschaft (Predigt vom 22.10.1921), S. 380–390; Weltkirche und Weltfriede (Rede auf dem Katholikentag in München vom 30.8.1922), S. 463–476; Der Religionskrieg in Rußland. Eine Zeit- und Weltfrage (Predigt vom 9.2.1930), S. 14–25; Unsere Kirche und unser Volk (Rede auf dem Katholikentag in Münster vom 7.9.1930), S. 365–379, in: Michael von Faulhaber, Rufende Stimmen in der Wüste der Gegenwart. Gesammelte Reden, Predigten, Hirtenbriefe, Freiburg im Breisgau 1931.

¹²² Joseph Rossaint (1902–1991), am 29.1.1936 wegen angeblich hochverräterischer Beziehungen zu Funktionären des ehemaligen kommunistischen Jugendverbands verhaftet und im April 1937 zu elf Jahren Zuchthaus verurteilt; vgl. Priester unter Hitlers Terror, Bd. 2, S. 781.

¹²³ Wie der Bericht in „Die Myrrhen meiner Bischofsjahre“ (EAM, NL Faulhaber, 09269, S. 81 f.) vermuten lässt, könnte hier der oben genannte Emigrant mit dem Pseudonym „Roland“ gemeint sein.

Kirche ihren Kampf aufgeben gegen unsere Rassengesetzgebung, „die auf absoluten wissenschaftlichen Forschungen beruhe“. Gegen diese Gesetze werde immer noch von der Kanzel gepredigt. Er habe auf seinem Schreibtisch die Akten über 380¹²⁴ Anklagen gegen Geistliche, die feindlich gegen den neuen Staat sich geäußert hätten. Die Zentrumspriester könnten es nicht verwinden, dass der Nationalsozialismus sich durchgesetzt und so Grosses geleistet habe. Das Christentum sei durch eine tausendjährige Geschichte mit unserem Volk und mit der abendländischen Kultur unlöslich verbunden. Man könne nicht alles gut heissen, was in diesen 1900 Jahren vorgekommen sei, etwa in der Geschichte der deutschen Kaiser im Kampfe¹²⁵ mit den Päpsten, das Christentum sei aber damals eine Macht gewesen. Wenn jetzt die Kirche sich gegen den Nationalsozialismus weiterhin feindlich verhalte und den Kampf fortsetze, dann müsse der Nationalsozialismus auch ohne die Kirche fertig werden. Man sage ihm: Wir dürfen tun, was wir wollen, die Kirche sei nicht zu versöhnen, sie habe vor der Machtübernahme gegen uns gekämpft und tue es heute noch trotz der Gefahr, dass sich weite Kreise von ihr abwenden. Wenn doch die Kirche wenigstens aus taktischen Erwägungen den Kampf aufgäbe! Im Vergleich mit dem grossen Ziel, das der Führer sich gesteckt habe, den Bolschewismus niederzuschlagen und das deutsche Volk glücklich zu machen, sei ja alles klein und eine lächerliche Bagatelle.

[5] Meine Antwort: Herr Reichskanzler, ich bin erschüttert, dass Sie von einem „Kampf“ der Kirche gegen den Nationalsozialismus und von einer „unversöhnlichen“ Haltung der Kirche sprechen. Die deutschen Bischöfe haben auf Ihre erste Reichstagsrede¹²⁶ hin, in der Sie vom Konkordatsfrieden mit der Kirche sprachen, ihre früheren Bedenken zurückgenommen und in einer gemeinsamen feierlichen Erklärung¹²⁷ (Datum war mir nicht gegenwärtig) sich zur friedlichen Mitarbeit mit dem Neuen Reich bereit erklärt, und immer wieder haben die deutschen Bischöfe ihren Klerus ermahnt, in den Predigten alle politischen Seitensprünge zu unterlassen und auch in Privatgesprächen die Zunge zu beherrschen. Man kommt immer wieder auf die Warnungen der Kirche vor der Machtübernahme zu sprechen. Die Warnungen von damals haben sich auf Aussprüche und Vorkommnisse bezogen, die mit dem kirchlichen Dogma und der christlichen Sittenlehre unvereinbar waren, und dem gegenüber war es die Pflicht der Bischöfe zu reden. Ich stelle aber fest, daß nach einer amtlichen Umfrage in Bayern in jenen Jahren keinem einzigen das kirchliche Begräbnis einzig deshalb verweigert wurde, weil er Nationalsozialist war.¹²⁸ Herr Reichskanzler haben von „dem ewigen Wandel“ in der

¹²⁴ OB I-F „(370?)“ handschriftlich eingefügt, OB II-IV „(370?)“.

¹²⁵ OB II-IV „im Kampfe“ weggelassen.

¹²⁶ Vgl. S. 483.

¹²⁷ Vgl. Kundgebung der deutschen Bischöfe, 28.3.1933, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 1, Nr. 14a, S. 30–32.

¹²⁸ Vgl. die Anfrage Faulhabers an den bayerischen Episkopat vom 28.7.1933, in: Akten Kardinal Michael von Faulhabers 1917–1945, Bd. I: 1917–1934, bearb. von Ludwig Volk, Mainz 1975, S. 755, Anm. 1. Überliefert sind jeweils unter dem Datum des 30.7.1933 die Antworten der Bischöfe von Regensburg und Passau, Michael Buchberger (vgl. Nr. 336, S. 753–755,

Kirche gesprochen. Die Dogmen der Kirche haben sich nicht gewandelt. Herr Reichskanzler haben von einem Frieden „aus taktischen Erwägungen“ gesprochen. Für uns gibt es in dieser Frage nicht taktische, sondern dogmatisch sittliche Erwägungen: Sie sind als das Oberhaupt des Deutschen Reiches für uns die gottgesetzte Autorität, die rechtmässige Obrigkeit, der wir im Gewissen Ehrfurcht und Gehorsam schulden. Herr Reichskanzler haben so klar gesagt, Mißachtung der staatlichen Autorität erschüttere die Achtung vor jeder Autorität. Ich glaube, dass der Autoritätsgedanke in keiner Religionsgesellschaft so stark betont wird wie in der katholischen Kirche. Wenn freilich Ihre Behörden oder Gesetze gegen Dogma oder gegen das Sittengesetz, also gegen unser Gewissen verstossen, müssen wir das als die verantwortlichen Verkünder des Sittengesetzes aussprechen dürfen. Wir achten die grossen Ziele Ihrer Politik, die Störungen des Friedens zwischen Staat und Kirche betreffen aber doch nicht immer nur Kleinigkeiten und Bagatellen. Es sei mir gestattet, auf drei Tatsachen hinzuweisen, die heute den Frieden immer wieder stören oder, wie Sie sagten, immer wieder als Kampf gegen den Staat ge deutet werden:

[6] 1. Die Deutsche Glaubensbewegung von Stuttgart.¹²⁹ Der Führer winkt mit einer energischen Handbewegung ab: „Mit der hat die Partei nichts zu tun“. Herr Reichskanzler! Die Flugblätter der Deutschen Glaubensbewegung stellen es so dar, als ob der Vollsieg des Nationalsozialismus nur durch Vernichtung des Christentums komme (nachträglich finde ich den Wortlaut: Die Deutsche Glaubensbewegung wolle alle Deutschen sammeln, die sich vorbehaltlos zum Dritten Reich bekennen; das Christentum müsse aus dem öffentlichen Leben verschwinden). Die Deutsche Glaubensbewegung will Trennung von Kirche und Staat, will die theologischen Fakultäten aus den Universitäten entfernt haben und wird dabei von Parteistellen unterstützt. In den Versammlungen dieser Bewegung wird gegen Christentum und Kirche gehetzt, in München werden Theaterstücke aufgeführt, wie „Der König reitet“,¹³⁰ in denen im Dienste der Deutschen Glaubensbewegung die grössten Beschimpfungen über Papsttum und Kirche ausgegossen werden. Uns sind alle Flugblätter verboten, auch wenn sie nur die Gedanken einer Predigt

hier S. 755) und Sigismund Felix Freiherr von Ow-Felldorf (vgl. Nr. 337, S. 755–757, hier S. 756 f.).

¹²⁹ Die 1933 aus diversen Vorläuferorganisationen zusammengefasste Arbeitsgemeinschaft der Deutschen Glaubensbewegung befand sich aufgrund interner Querelen zum Zeitpunkt des Obersalzberggesprächs bereits in der Zersplitterung; vgl. dazu Ulrich Nanko, *Die Deutsche Glaubensbewegung. Eine historische und soziologische Untersuchung*, Marburg 1993, S. 278–288.

¹³⁰ Am 27.10.1936 protestierte Faulhaber in einem Schreiben an den Reichsstatthalter in Bayern, Franz Xaver Ritter von Epp, gegen die Aufführung des Theaterstücks der Schriftstellerin Hildegunde Fritzi Anders „Der König reitet“. In der gleichen Sache wandte er sich am 22.4.1937 an Propagandaminister Joseph Goebbels, der umgehend antwortete, das Stück werde am 9.5.1937 zum letzten Mal aufgeführt. Von einer weiteren Aufführung sei ihm nichts bekannt. Darum betrachte er die Sache als erledigt; EAM, NL Faulhaber, 08215.

wiedergeben. Die Deutschgläubigen können unter den Augen der Polizei Flugblätter in Massen verteilen. Wenn in einem solchen Flugblatt behauptet wird, das Christentum gefährde den Bestand des deutschen Volkes, die Person des Stifters Jesus sei für uns nicht verpflichtend, dann sind das für uns keine Kleinigkeiten. Wenn wir gegen diese Verlästerungen unseres Heilandes durch die Deutschgläubigen auftreten, dann ist das nicht Kampf gegen den Nationalsozialismus. Darauf der Führer in seiner bestimmten Art: „Herr Kardinal! Wenn der Friede zwischen Nationalsozialismus und der Kirche kommt, wird das alles aufhören. Wir haben mit dieser Bewegung nichts zu tun“.

[7] 2. Eine zweite Störung des Friedens ist die Art und Weise, wie gegenwärtig der Schulkampf¹³¹ geführt wird: Die Bekenntnisschule wird mit Druckmitteln beseitigt und in Bayern werden zunächst 600 und bald darauf alle 1676 klösterlichen Lehrerinnen in Staatsschulen abgebaut. Es handelt sich um Schulorden, die wie die Schulschwester¹³² seit 100 Jahren (oder wie die Englischen Fräulein¹³³ seit 300 Jahren) in Zeiten, in denen die Mädchenbildung noch im Argen lag, ihre Mädchenschulen eröffneten. Es handelt sich um Lehrerinnen, die, deutscher und arischer Abkunft, nach staatlichen Vorschriften den Befähigungsnachweis für die Volksschule erworben und in der Führung solcher Schulen von staatlichen Schulbehörden die besten Zeugnisse erhalten haben. (Vergessen habe ich, darauf hinzuweisen, daß diese Or-

¹³¹ Obwohl durch die Artikel 23 bis 25 des Reichskonkordats geschützt, versuchten die Nationalsozialisten in den einzelnen Ländern, die Bekenntnis- bzw. Ordensschulen aufzulösen und in staatliche Gemeinschaftsschulen umzuwandeln. Das brachte einerseits katholische Eltern, die von der Kirche zur Erziehung ihrer Kinder in katholischen Schulen verpflichtet waren, in Gewissensnöte. Andererseits gerieten dadurch verschiedene, vor allem weibliche Ordensgemeinschaften in existenzielle Sorgen, weil sie ihr Apostolat auf das Schulwesen aufgebaut hatten. Der Abbau der klösterlichen Schulen wurde 1936 begonnen und war in Bayern bis 1943 abgeschlossen. Zur Situation in Bayern vgl. Eva-Maria Kleinöder, Der Kampf um die katholische Schule in Bayern in der NS-Zeit, in: Georg Schwaiger (Hrsg.), Das Erzbistum München und Freising in der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft, Bd. 1, München u. a. 1984, S. 596–638. Zur Situation in Baden vgl. Joachim Maier, Schulkampf in Baden 1933–1945. Die Reaktion der katholischen Kirche auf die nationalsozialistische Schulpolitik, dargestellt am Beispiel des Religionsunterrichts in den badischen Volksschulen, Mainz 1983. Zur Situation in Westfalen vgl. Wilhelm Damberg, Der Kampf um die Schulen in Westfalen 1933–1945, Mainz 1986.

¹³² Die im 19. Jahrhundert gegründete Kongregation der Armen Schulschwester Unserer Lieben Frau war in Bayern sehr verbreitet. 1847 gründete sie die erste Niederlassung in den USA; vgl. Karl Suso Frank, Arme Schulschwester, in: Walter Kasper u. a. (Hrsg.), Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 1: A bis Barcelona, 3., völlig neu bearbeitete Aufl., Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1993, Sp. 996 f.

¹³³ Die von Maria Ward (1585–1645) gegründete Kongregation der Englischen Fräulein (heute Congregatio Jesu) konnte unter dem Schutz des bayerischen Kurfürsten trotz großer Widerstände Roms im Lauf der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts in Bayern Fuß fassen; vgl. M. Immolata Wetter, Englische Fräulein, in: Walter Kasper u. a. (Hrsg.), Lexikon für Theologie und Kirche, Bd. 3: Dämon bis Fragmentenstreit, 3., völlig neu bearbeitete Aufl., Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 1995, Sp. 672 f.

denenschulen dem staatlichen Schulhaushalt jährlich Millionen ersparten, weil die klösterlichen Lehrerinnen nicht den vollen Gehalt der weltlichen Lehrerinnen und namentlich nicht Pension erhielten). Jetzt sollen diese wertvollen deutschen Menschen im Ausland sich Brot und Stelle suchen. Seit 1848 hatten die Schulschwester in Nordamerika viele deutsche Schulen, die erst durch das Gesetz, das die englische Sprache als einzige Unterrichtssprache einführte, ihren deutschen Charakter verloren. Angebote haben diese klösterlichen Lehrerinnen auch aus Südamerika, sie verstehen nur nicht, warum sie schuldlos in so grosser Zahl aus ihrer deutschen Heimat verbannt werden sollen. Man sagt ihnen: „Wenn ihr das Kleid der weltlichen Lehrerinnen anzieht, werdet ihr sofort wieder angestellt“. Man sollte sich schämen, den Erziehern deutscher Jugend einen Treubruch gegenüber ihren Ordensgelübden zuzumuten. Der Führer folgte dieser Darstellung mit gespannter Aufmerksamkeit, nahm aber zu dieser Frage keine Stellung.

[8] 3. Eine dritte Störung des innerpolitischen Friedens ist das Verbot der Doppelmitgliedschaft¹³⁴ für die Arbeitervereine, die Jugendvereine, in der allerletzten Zeit auch für die Lehrerinnenvereine und sogar für die Lehrerinnenkongregationen. Die Arbeitervereine haben sich durch Änderung ihrer Statuten und Ausschaltung alles dessen, was berufsständisch oder gar gewerkschaftlich klingen könnte, auf rein religiöse und sittliche Fragen umgestellt. Sie gehören zu 95 vom Hundert der Deutschen Arbeitsfront an, zahlen ihre Beiträge, sind also dabei, und trotzdem mutet man ihnen aus lauter Mißtrauen gegen die katholischen Vereine zu, aus ihrer rein religiösen Vereinigung auszutreten. Von den katholischen Jugendvereinen sind viele nicht bei der HJ, nicht aus staatsfeindlicher Einstellung, sondern deshalb, weil die HJ auf die kirchlichen Pflichten der katholischen Jugend keine Rücksicht nimmt. Wie oft wird in der HJ ein Appell angesetzt gerade in der Zeit, in der die Jugend eine gemeinsame Kommunion in der Kirche feiern wollte! Wie oft wird durch Übungen der HJ der katholischen Jugend unmöglich gemacht, ihre Sonntagspflicht zu erfüllen! Das löst natürlich bei den Eltern ein starkes Misstrauen gegen die HJ aus. Staatsminister Schemm¹³⁵ hatte 1933 auf meine Bitte zugesagt, der Sonntag solle von 7 bis 10 von Übungen und Appellen freigehalten werden. Auch die Einführung des Staatsjugendtages sollte ursprünglich die Jugend für den Sonntag freigeben. Die Mitglieder der Lehrerinnenvereine wurden in den letzten Tagen aufgefordert, entweder aus dem NS-Lehrerbund oder aus ihren katholischen Vereinen und sogar aus der Kongregation auszutreten, die ohne Zweifel im ersten Satz des Art. 31 des Reichskonkordates unter staatlichen Schutz gestellt ist. Über diese katholischen Vereine schweben zur Zeit noch Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Bischöfen, und trotzdem fahren die Un-

¹³⁴ Vgl. S. 485.

¹³⁵ Hans Schemm (1891–1935), NSDAP, seit 1933 bayerischer Staatsminister für Unterricht und Kultus. Zu seiner Unterredung mit Faulhaber vgl. Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Schemm, 4./6.5.1933; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0032s [25.3.2021].

terbehörden mit dem Verbot der Doppelmitgliedschaft dazwischen, ohne den Abschluss der Verhandlungen abzuwarten. Darauf der Führer: „Vereine sind Staatssache. Mir war das Reichskonkordat von Anfang an nicht klar und bestimmt genug. Ich habe eine Liste der Vereine eingefordert, aber das waren zu viele.“

[9] Wiederholt und einmal mit erhöhter Stimme kam der Herr Reichskanzler auf den „Kampf der Kirche gegen die Rassengesetzgebung des Dritten Reiches“ zu sprechen. In dieser Frage kennt der Führer offenbar die Akten über den Widerspruch von kirchlicher Seite sehr genau. Unter Hinweis auf den Verbrecher Spee,¹³⁶ der 22 Jahre lang seine Opfer durch Gift ermordete, erklärte er: Wir wollen das deutsche Volk vor solchen erblich belasteten Verbrechern schützen, wie sie jetzt in Spanien hausen. „Ich erblicke darin den Willen Gottes“. Die Gesunden wollen nur wenige Kinder, und da sollen die Kranken einen Haufen Kinder haben? Die Operation ist ja einfach und macht für den Beruf und für die Ehe nicht unfähig, und nun fällt uns die Kirche in den Arm. Bei keinem andern Punkt der Aussprache drohte die Ruhe der Auseinandersetzung so in die Brüche zu gehen wie hier. In diesem Punkt hatten die Hoftheologen der Partei offenbar die Erlaubtheit der Sterilisierung schon zugegeben.¹³⁷

[10] Meine Antwort: Von kirchlicher Seite, Herr Reichskanzler, wird dem Staat nicht verwehrt, im Rahmen des Sittengesetzes in gerechter Notwehr diese Schädlinge von der Volksgemeinschaft fernzuhalten. In diesem Obersatz sind wir einig. Wir gehen aber auseinander in der Frage, wie sich der Staat gegen das Verderbnis der Rasse wehren kann und darf. Schon vor der Machtübernahme habe ich mit Professor Hermann Muckermann¹³⁸ vom Kaiser-Wilhelm-Institut stundenlang gesprochen. Muckermann war der eigentliche Herold, der in seinen Wandervorträgen und in seinen Büchern „Mutter und Kind“¹³⁹ weiteste Volkskreise auf die erbbiologischen Pflichten gegenüber der Rasse aufmerksam machte. Ich habe Muckermann erklärt: Ihre Ziele sind, sozial gesehen, überaus schön und hoch, aber vor der körperlichen Verstümmelung müssen zuerst die anderen Abwehrmittel versucht wer-

¹³⁶ OB I-F „(?)“ handschriftlich eingefügt, OB II–III „Spee (?)“, OB IV „Seefeld“ statt „Spee (?)“. Volk merkte an, dass es sich um den Serienmörder Adolf Seefeld handle, auf den Hitler in seinen Tischgesprächen während des Kriegs gelegentlich zu sprechen kam; vgl. Bericht Faulhabers über eine Unterredung mit Hitler, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 572, S. 190, Anm. 2. Zu Adolf Seefeld und seinen teilweise bis heute nicht restlos aufgeklärten Morden vgl. Frank-Rainer Schurich/Michael Stricker, Der Serienmörder Adolf Seefeld und die moderne Kriminalistik, Berlin 2015.

¹³⁷ Wer mit den „Hoftheologen“ genau gemeint ist, bleibt unbestimmt. Papst Pius XI. hatte in seiner Enzyklika „Casti conubii“ gegen alle damaligen eugenischen Bestrebungen das Recht auf körperliche Unversehrtheit betont und damit auch die Sterilisierung als legitimes Mittel der Bevölkerungspolitik ausgeschlossen; vgl. Acta Apostolicae Sedis 22 (1930), S. 539–592, hier S. 564 f.; www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS-22-1930-ocr.pdf [25.3.2021].

¹³⁸ Hermann Muckermann (1877–1962), 1927–1933 Abteilungsleiter für Eugenik des Kaiser-Wilhelm-Instituts für Anthropologie, menschliche Erblehre und Eugenik.

¹³⁹ Vgl. Hermann Muckermann, Mutter und Kind. Die Bedeutung und Notwendigkeit des Säuglings- und Kleinkinderschutzes in Bayern, Kempten 1917.

den, und es gibt noch ein solches Mittel: die erbkranken Menschen internieren. Muckermann antwortete: Für so hohe Staatskosten sind die Sozialdemokraten im Reichstag nicht zu haben, (obwohl es sich nur um Kosten für den Übergang handelt). Der Führer warf dazwischen: Es handelt sich um eine ungeheure grosse Zahl. (Ich glaube, er sprach von einer halben Million, die interniert werden müssten). Soll also der Kampf der Kirche gegen die Rassengesetze des Dritten Reiches weitergehen? Herr Reichskanzler! Es hat auch früher unter der Monarchie¹⁴⁰ Staatsgesetze gegeben, die vom staatlichen Gesetzgeber für eine Notwendigkeit erachtet, von der Kirche aber abgelehnt wurden. Nach dem Personenstandsgesetz 1875 führte der Staat die Ehescheidung ein und führt sie bis heute durch, während die Kirche die Ehe für unauflöslich erklärt.¹⁴¹ 1925 erklärte ein Reichsgesetz, gezeichnet vom Reichskanzler Marx,¹⁴² die Abtreibung in den ersten drei Monaten für straffrei, während die Kirche das für Menschenmord erklärt.¹⁴³ Es stehen sich also in diesen Gesetzen Staat und Kirche wie Ja und Nein gegenüber. So wird sich auch in anderen Fragen, in denen die Kirche ihren dogmatisch sittlichen Standpunkt nicht verlassen kann, trotzdem ein Modus vivendi finden, ohne dass man von einem Kampf der Kirche gegen den Staat sprechen muß. Der Herr Reichskanzler war, so machte es den Eindruck, in dieser Frage ruhiger geworden.

[11] Als Zeichen seiner Bereitschaft, einen „Trennungsstrich unter die Vergangenheit zu machen“ und Frieden zu schliessen, kam der Führer zweimal auf die Prozesse gegen die Ordenspersonen zu sprechen. „Ich habe Auftrag gegeben, sagte er mit Betonung, die Berichte über diese Prozesse werden eingestellt. Der Justizminister¹⁴⁴ ist kürzlich wieder bei mir gewesen. Diese Klosterfrauen haben nicht aus Eigennutz gehandelt, diese Bauernmädchen haben gemeint, ihrem Orden einen Vorteil zu verschaffen und haben die Tragweite ihrer Handlung nicht überschaut. Das muß gestraft werden, weil es unsere Wirtschaft schwer schädigen wür-

¹⁴⁰ OB II-F-IV „und Republik“ ergänzt, OB II-ER keine Ergänzung.

¹⁴¹ In seinem Fastenhirtenbrief von 1925 „Geheimnis und Sündenfall der christlichen Ehe“, in: Rufende Stimmen, S. 163–178, hier S. 170, führte Faulhaber aus: „Das Personenstandsgesetz vom 6. Februar 1875 (mit einigen Zusätzen vom 11. Juni 1920) hat mit der Einführung der Zivilehe den weltlichen Standesbeamten das Recht zuerkannt, die bürgerliche Ehe zu trennen und den Getrennten neue Ehen in unbegrenzter Zahl zu gestatten. Damit werden dem sittlichen Leichtsinns und der zügellosen Entartung der ehelichen Ordnung Tür und Tor geöffnet. Damit werden dem volklichen Gemeinschaftsleben selber die schwersten Wunden geschlagen. Wenn also der weltliche Beamte eine christliche Ehe trennt und den geschiedenen Ehegatten erlaubt, sich wieder zu verheiraten, so hat dies vor Gott und der Kirche keine Gültigkeit.“

¹⁴² Wilhelm Marx (1863–1946), Zentrum, 1923–1925 und 1926–1928 Reichskanzler.

¹⁴³ Die straffreie Abtreibung in den ersten drei Schwangerschaftsmonaten wurde in der Weimarer Zeit breit diskutiert. Das Gesetz vom 18.5.1926 bestätigte aber das bisher geltende Abtreibungsverbot; vgl. Reichsgesetzblatt 1926, S. 239: „Gesetz zur Abänderung des Strafgesetzbuchs. Vom 18. Mai 1926“. Zur Haltung der katholischen Kirche in der Weimarer Republik vgl. Dirk von Behren, Die Geschichte des § 218 StGB, Tübingen 2004, hier S. 308 f.

¹⁴⁴ Franz Gürtner (1881–1941), DNVP bzw. NSDAP, 1922–1932 bayerischer Justizminister, 1932–1941 Reichsjustizminister.

de, wenn das alle täten.¹⁴⁵ Ich will das aus der Welt schaffen. Man kann sie in Gruppen entlassen, ohne viel davon zu reden. Wir hätten, erklärte er mit einem Blick nach Herrn Reichsminister Heß, die Sache taktisch für die Partei gegen die Kirche ausschlichten können. Ich will das nicht“. Ich dankte dem Führer durch eine Verneigung.

[12] Der Führer: „Ohne Gottesglauben können die Menschen nicht sein. Der Soldat, der 3 und 4 Tage im Trommelfeuer liegt, braucht einen religiösen Halt. Gottlosigkeit ist Leerheit“. Ich erwiderte: „Die herrlichen Gottesbekenntnisse, die der Führer bei verschiedenen Gelegenheiten und gerade in den feierlichsten Reden abgelegt habe, noch diesen Sommer in der Schlußrede des Parteitag in Nürnberg¹⁴⁶ und auf dem Bückeberg,¹⁴⁷ Bekenntnisse, wie man sie aus dem Munde von Léon Blum, etwa in dessen geistesarmen Antwort auf die Nürnberger Rede, oder bei anderen Staatsmännern vergeblich suche, hätten in der Welt sicher einen tiefen Eindruck gemacht. Gerade in dieser Frage Gottesglaube und Religion könne die Kirche aus ureigensten Kräften dem Staate helfen und die Seelen rüsten. Die deutschen Bischöfe seien eben darüber, die Seelsorge im Feld und die für künftige Kriege ebenso notwendige Seelsorge in der Heimat neu zu ordnen. Der Führer mit ansteigender Stimme: Die tausendjährige christliche Vergangenheit könne man nicht einfach aus der Geschichte des deutschen Volkes ausstreichen. Er habe sich von Ludendorff¹⁴⁸ getrennt, weil seine Frau Gemahlin¹⁴⁹ meinte, der Nationalsozialismus solle eine

¹⁴⁵ Die Devisenprozesse, denen teilweise tatsächlich justiziable Vergehen zugrunde lagen und die ab Mai 1935 auch gegen Schwesternkongregationen geführt wurden, wenn sie ihre Niederlassungen im Ausland mit Geldern finanzierten, die dem Fiskus im Deutschen Reich entgingen, wurden von der Parteipropaganda instrumentalisiert, um die katholische Kirche im Ganzen zu diskreditieren. Kardinalstaatssekretär Pacelli reagierte auf diese Prozesse in einer scharfen Note, die Faulhaber gekannt haben dürfte. Vor allem monierte er, dass „in gewissen Fällen umfassendster Verletzungen der deutschen Devisengesetze durch nichtkirchliche Personen – und zwar in einem Ausmaß, mit dem die überhöhten Schätzungen der Anklagebehörden in den Devisenprozessen gerade gegen katholische Geistliche und Ordensleute keinen Vergleich aushalten – auf ein Strafverfahren verzichtet [...] worden ist“; Note des Kardinalstaatssekretärs Pacelli an Botschafter von Bergen, 29.1.1936, in: Notenwechsel, Bd. 1, Nr. 73, S. 295–318, hier S. 306. Allgemein zu den Devisenprozessen vgl. Gerhard Besier, Die Kirchen und das Dritte Reich, Bd. 3: Spaltungen und Abwehrkämpfe 1934–1937, Berlin/München 2001, S. 159–162, und Maria Anna Zumholz, Der „Doppelstaat“ als Strukturmerkmal des NS-Regimes. Die Devisenprozesse gegen Ordensangehörige und katholische Priester 1935/36, in: Historisches Jahrbuch 139 (2019), S. 410–462.

¹⁴⁶ Vgl. Hitlers Rede am 14.9.1936 auf dem Reichsparteitag in Nürnberg, in: Domarus, Hitler, Bd. 1, S. 645–647.

¹⁴⁷ Vgl. Hitlers Rede am 4.10.1936 zum Erntedankfest auf dem Bückeberg bei Hameln, in: Ebenda, S. 649.

¹⁴⁸ Erich Ludendorff (1865–1937), General der Infanterie, 1916–1918 Erster Generalquartiermeister der Obersten Heeresleitung, 1923 Teilnahme am Hitler-Ludendorff-Putsch.

¹⁴⁹ Mathilde Ludendorff (1877–1966), 1930 Mitgründerin des völkisch-religiösen Vereins Deutschvolk.

neue Religion gründen. „Ich habe das meinen Parteiführern immer wieder gesagt, ich wolle nicht den religiösen Reformator spielen. Ich will es nicht tun und werde es nicht tun“. Aus dem gleichen Grund habe er sich von Artur Dinter¹⁵⁰ und von Reventlow¹⁵¹ getrennt.

[13] Mitten hinein kam der Führer auf den Mythus von Alfred Rosenberg¹⁵² zu sprechen. Seine Worte wurden scharf wie Schwerthiebe. „Einen Glauben im Herzen des Volkes könne man doch nicht mit einem Mythus überwinden. Wenn er wenigstens einen anderen Titel gewählt hätte! Erst dadurch, daß die Bischofskonferenz von Freising vor dem Buch gewarnt und als vollends die Kirche das Buch auf den Index¹⁵³ gesetzt hätte, seien die Auflagen des Buches in die Höhe geschwollen und das Buch in Hunderttausenden verkauft worden. Dabei gebe es in Deutschland keine 10000, die dieses Buch verstehen.“ Dieser Auffassung steht allerdings die Tatsache gegenüber, daß schon vor dem kirchlichen Verbot in den Schulungslagern der Mythus von Rosenberg der ganzen Schulungsarbeit zugrunde gelegt war, und daß, wie der Herr Bischof von Berlin¹⁵⁴ dem Herrn Reichskanzler schon gesagt hatte, der Mythus schon vor der Verurteilung durch den Index in einer Riesenzahl im Volke verbreitet war.¹⁵⁵

[14] In irgend einem Zusammenhang, ich weiß nicht mehr in welchem, bemerkte ich: Eine Einrichtung, die 1900 Jahre Geschichte hinter sich hat wie die katholische Kirche, hatte natürlich mehr Zeit, die menschliche Kurzsichtigkeit und Schwäche in ihren Amtswaltern zum Vorschein kommen zu lassen als eine Weltanschauung, die erst ein paar Jahre am Werke ist. In einem anderen Zusammenhang fragte ich, ob den Geistlichen, die zusammen mit den staatlichen Stellen gegen den Bolschewismus kämpfen, das nicht als Einmischung in die Politik, also als Konkordatswidrigkeit ausgelegt werde. Dessen dürfe der Herr Reichskanzler sicher sein: Auch wenn er 380 Fälle von unverantwortlichen oder mißverständlichen Redewendungen¹⁵⁶ in der Aktentasche habe, der Klerus als Ganzes wisse, daß, wenn der Bolschewismus auch in unserem Volk Herr werde, auch das kirchliche Leben wie alle Lebensgebiete in das vollendete Chaos gestossen würden.

¹⁵⁰ Artur Dinter (1876–1948), Schriftsteller, 1927 Gründer der Geistchristlichen Religionsgemeinschaft (ab 1933: Deutsche Volkskirche e.V.).

¹⁵¹ Ernst Graf zu Reventlow (1869–1943), Publizist, 1934–1936 stellvertretender Leiter der heidnisch-völkischen Deutschen Glaubensbewegung.

¹⁵² Alfred Rosenberg (1893–1946), NSDAP, seit 1941 Reichsminister für die besetzten Ostgebiete, Verfasser des Buchs *Der Mythus des 20. Jahrhunderts. Eine Wertung der seelisch-geistigen Gestaltungskämpfe unserer Zeit*, München 1930.

¹⁵³ Zum Prozess der Indizierung des Buchs durch das Heilige Offizium im Jahr 1934 vgl. Hubert Wolf, *Papst und Teufel. Die Archive des Vatikan und das Dritte Reich*, München 2012, S. 278–285.

¹⁵⁴ Gemeint ist Konrad von Preysing.

¹⁵⁵ In Preysings Bericht über die Unterredung mit Hitler vom 23.10.1935 heißt es knapp: „Ich hatte nur Gelegenheit, einmal dem Herrn Reichskanzler gegenüber zu bemerken, daß eben das Buch Rosenbergs, als die Kirche gegen dasselbe auftrat, schon große Verheerungen, besonders in der Jugend, angerichtet habe“; *Akten Faulhabers*, Bd. 2, Nr. 516, S. 92.

¹⁵⁶ OB I-F „von Geistlichen“ handschriftlich eingefügt, OB II–IV in den laufenden Text integriert.

[15] Gegen Ende der dritten Stunde fasste der Herr Reichskanzler alles zusammen: „Überlegen Sie, Herr Kardinal, und sprechen Sie mit den anderen ‚Führern der Kirche‘, in welcher Weise Sie die grosse Aufgabe des Nationalsozialismus, den Bolschewismus nicht Herr werden zu lassen, unterstützen und in ein friedliches Verhältnis zum Staate kommen wollen. Entweder siegen Nationalsozialismus und Kirche zusammen oder sie gehen beide zugrunde. Ich sage Ihnen: Ich werde all das Kleine, was die friedliche Zusammenarbeit stört, wie die Klosterprozesse und die Deutsche Glaubensbewegung aus der Welt schaffen. Ich will keinen Kuhhandel schliessen. Sie wissen, daß ich ein Feind von Kompromissen bin, aber es soll ein letzter Versuch sein“. Die Bischöfe werden also bestimmte Vorschläge machen müssen, sei es in Form eines neuen Hirtenbriefes oder in Form einer neuen Adresse, noch bevor Bischof Hudal¹⁵⁷ zum Hoftheologen der Partei ernannt wird.¹⁵⁸ Ich habe kein Wort gesprochen, das die deutschen Bischöfe in der Freiheit ihrer Entschliessung einschränken könnte.

[16] In der Auseinandersetzung hält sich der Führer mit einer imponierenden Sicherheit wie auch in seinen grossen Reden auf der staatsmännischen Linie und das gibt ihm den Vorsprung, daß er, sobald man Einzelvorkommnisse vorbringt, diese abtun kann mit dem Wort: „Das sind ja nur Kleinigkeiten“. Auch den Parteiführern sage er immer wieder: „Nur bei der grossen Linie bleiben und nicht für den Tag, sondern für die Zukunft arbeiten“. Der Führer beherrscht die diplomatischen und gesellschaftlichen Formen mehr wie ein geborener Souverän sie beherrschte.¹⁵⁹ Er lässt die Dinge nicht an sich herankommen, wie in der Zeit der parlamentarischen Auseinandersetzungen die Regierungen taten, er steuert ihnen entgegen. Er entwickelt seine Gedanken affektiv und doch sichtlich mit Selbstbeherrschung. Dazwischen kann er ganz feierlich und beinahe weich werden, wie bei den Worten: „Der einzelne ist nichts. Der einzelne wird sterben. Kardinal Faulhaber wird sterben, Alfred Rosenberg wird sterben, Adolf Hitler wird sterben. Da wird man innerlich und demütig vor Gott“.¹⁶⁰ Der Reichskanzler lebt ohne Zweifel im Glauben an Gott. Er anerkennt das Christentum als den Baumeister der abend-

¹⁵⁷ Alois Hudal (1885–1963), 1923–1952 Rektor des deutschsprachigen Kollegs Santa Maria dell’Anima in Rom, 1933 Bischofsweihe und Titularbischof von Ela. Seine These von der Vereinbarkeit von Christentum und Nationalsozialismus, die er 1936 zunächst in Zeitschriftenartikeln und danach in dem Buch *Die Grundlagen des Nationalsozialismus. Eine ideengeschichtliche Untersuchung von katholischer Warte*, Leipzig 1937, verbreitete, erregte vor allem in Österreich Aufsehen. In Deutschland wurde der Verkauf unterdrückt und auf 2.000 Exemplare begrenzt; vgl. Rudolf Ebneht, *Die Österreichische Wochenschrift „Der christliche Ständestaat“*. Deutsche Emigration in Österreich 1933–1938, Mainz 1976, S. 114–123.

¹⁵⁸ OB III-F „noch“ bis „wird“ gestrichen, OB IV weggelassen.

¹⁵⁹ OB III-F „mehr“ bis „beherrschte“ gestrichen, OB IV weggelassen, Komma statt Punkt nach „Formen“; Anmerkung bei Volk: „fehlt in der hektographierten Fassung“; Bericht Faulhabers über eine Unterredung mit Hitler, in: *Akten Faulhabers*, Bd. 2, Nr. 572, S. 194, Anm. c–d.

¹⁶⁰ OB III-F „Dazwischen“ bis „Gott“ gestrichen, OB IV weggelassen; Anmerkung bei Volk: „fehlt in der hektographierten Fassung“; ebenda.

ländischen Kultur (also doch nicht Chamberlain¹⁶¹). Weniger klar steht das Bild der katholischen Kirche vor seinem Geist als göttliche Stiftung, mit ihrer göttlichen dem Staat gegenüber selbstständigen Mission, mit ihren unveränderlichen Dogmen, mit ihrer geschichtlichen und kulturellen Grösse.

[17] Im Anfang der Aussprache herrschte eine Gewitterschwüle, als ob ein schweres Wetter sich entladen werde. Auch während der Aussprache ging es einige Male sehr laut her, in der zweiten und noch mehr in der dritten Stunde kam es mehr und mehr zu einem friedlichen Ausklang. Also so wie im 28. Psalm: Zuerst Gewitter über dem Libanon, zum Schlusse: Dominus benedicet populo suo in pace.¹⁶² Bei Tisch kam die Unterhaltung auf die volkswirtschaftliche Lage, worin der Führer erstaunliches Einzelwissen besitzt und wozu ich einige Vorschläge machen durfte.¹⁶³ Naturgemäß habe ich meine eigenen Worte hier in diesem Bericht ausführlicher wiedergegeben als die Worte des Führers. Doch glaube ich, keinen wesentlichen Gedanken in seinen Ausführungen ausgelassen zu haben.

[18] München, am 5. November 1936. *M. Card. Faulhaber, Erzbischof von München.*

Dokument 2¹⁶⁴

Obersalzberg, 4.11.36. Duce

[Hitler:] Einmal ganz offen zu sprechen, wie die Dinge liegen, es muß eine Lösung kommen, positiv oder negativ. Es wird manches Ihre Zustimmung nicht finden, aber es ist besser, ich rede offen. 1) Außenpolitisch: In Spanien¹⁶⁵ so, daß wir nicht wissen, wann auch Madrid fällt, aber die Catalanen (**Priester dort bei den Kommunisten**). **Ich habe ihm Tanks geschickt, Flugzeuge von Nationalsozialisten bedient, was bisher an Erfolg: Kommt von uns. Die Italiener sind wenige und überlassen uns die Ehre des Kampfes,**¹⁶⁶ wenn sie doch das Glück, daß einer ihn niederschießt,

¹⁶¹ Houston Stewart Chamberlain (1855–1927), Verfasser des Werks Die Grundlagen des Neunzehnten Jahrhunderts, 2 Bde., München 1899, das ein Standardwerk des rassistischen und ideologischen Antisemitismus war.

¹⁶² OB III-F „Also“ bis „pace.“ gestrichen, OB IV weggelassen; Anmerkung bei Volk: „fehlt in der hektographierten Fassung“, Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 572, S. 194, Anm. c–d. Das Zitat entstammt Psalm 29 (28), 11. In deutscher Übersetzung lautet es: „Der Herr segne sein Volk mit Frieden.“

¹⁶³ Der Adjutant Hitlers, Julius Schaub vermerkte in seiner sehr knappen Aufzeichnung, dass das Mittagessen „im kleinen Eßzimmer“ eingenommen wurde; vgl. Julius Schaub, In Hitlers Schatten. Erinnerungen und Aufzeichnungen des Chefadjutanten 1925–1945, hrsg. von Olaf Rose, 2., durchgesehene Aufl., Stegen am Ammersee 2010, S. 141.

¹⁶⁴ Stenografische Aufzeichnung. Unkommentiert bereits online gestellt in: Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Hitler, 4.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_06393_0318r [25.3.2021]. Transkription durch das Team der Faulhaber-Edition. Fett gesetzt wurden die Teile des Konzepts, die nicht in den späteren Bericht übernommen wurden.

¹⁶⁵ Vgl. Anm. 105.

¹⁶⁶ Diesen nicht in den Bericht übernommenen Halbsatz teilte Faulhaber Kardinalstaatssekretär Pacelli in der Audienz am 16.1.1937 mit. Daraufhin Pacelli: „Aber in Italien sagt man genau-

wie bei uns den Kurt Eisner.¹⁶⁷ Jetzt wieder viele hundert Flugzeuge wie auch ein Armeekorps. In dem Einmischungskomitee sitzt nicht ein einziger, der sich nicht einmischt. Dann kommt Frankreich dran (dieser Léon Blum, ein Jude, der rassistisch alles umdreht, die Frontkämpfer sind schwache Leute, auch die Feuerkreuzler bürgerlich unfähig – mit Ausnahme von la Rocque¹⁶⁸). Dort genau Kurt Eisner. Dann kommt die Tschechoslowakei dran, ganz verseucht, – Sie werden es vielleicht Schwarzseherei nennen. Ich bin öfter ein Prophet gewesen, und ich bin es wieder. Ich habe erreicht, was ein Mensch erreichen kann, das Höchste, sein Volk zu retten. Wenn wir nur noch drei bis vier Jahre aufrüsten können.¹⁶⁹

[Hitler:] 2) Nationalsozialismus und Kirche. Die protestantische Kirche kommt nicht in Frage, die ist so zersplittert, aber die katholische Kirche. Bei diesem Kampf bedenken: Siegen wir ohne Kirche, dann scheidet sie aus, siegen wir mit der Kirche, dann hat sie an unserem Siege Teil. Es hat sich in der Kirche alles gewandelt. Ob die Welt in sechs Tagen oder sechs Millionen Jahren, ob die Sonne sich dreht um die Erde... So auch immer wieder, daß die Kirche gegen ihre Rassengesetze. Von der Kanzel herab. Kommt der Bolschewismus über uns, dann ist es auch mit dem Christentum aus. Wenn nur ein Gramm in die Schale fällt. Die Augen werden ihm feucht, wie oft er die Sache mit den Klöstern niedergeschlagen. Menschlich, sie haben nicht aus Eigennutz gehandelt, so ein Bauernmädchen hat die Tragweite nicht erkannt. Ich will das alles aus der Welt schaffen, gruppenweise entlassen, im Stillen. Der Justizminister war hier – manche will er nicht niederschlagen. Rein taktisch gesehen könnten wir daraus Material schlagen.

[Hitler:] Sterilisierung. Der Jude Spee¹⁷⁰ 22 Jahre lang ein Verbrecher. Darauf immer wieder zurück. Unser Rassengesetz ruht auf absolut wissenschaftlichen Beobachtungen.

so“, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 606, S. 277 f., hier S. 278. Tatsächlich erhöhte Italien nach dem Zustandekommen der sogenannten Achse Berlin-Rom seine Präsenz im Spanischen Bürgerkrieg bis Ende Dezember 1936 von anfänglich wenigen Hundert auf rund 50.000 Soldaten – vornehmlich Bodentruppen; vgl. Giorgio Rochat, *La guerre italienne 1935–1943. Dall'impero d'Etiopia alla disfatta*, Turin 2005, S. 98–126, hier S. 101–107.

¹⁶⁷ Kurt Eisner (1867–1919), SPD bzw. USPD, 1918/19 bayerischer Ministerpräsident, 1919 ermordet. Hitler spielte hier möglicherweise auf den damaligen spanischen Regierungschef und Kriegsminister Francisco Largo Caballero (1869–1946) an.

¹⁶⁸ François de la Rocque (1865–1946), seit 1931 Präsident der französischen rechtsextremen Organisation „Croix de Feu“ (im Deutschen Feuerkreuzler genannt). Diese war zum Zeitpunkt des Gesprächs verboten, existierte aber im „Parti Social Français“ weiter; vgl. Andreas Wirsching, *Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918–1933/39. Berlin und Paris im Vergleich*, München 1999, S. 480–492.

¹⁶⁹ Vgl. Denkschrift Hitlers Über die Aufgabe eines Vierjahresplanes: „I. Die deutsche Armee muß in 4 Jahren einsatzfähig sein. II. Die deutsche Wirtschaft muß in 4 Jahren kriegsfähig sein“; zit. nach Wilhelm Treue, *Hitlers Denkschrift zum Vierjahresplan 1936*, in: VfZ 3 (1955), S. 184–210, hier S. 210.

¹⁷⁰ Vgl. Anm. 136. Seefeld war nicht-jüdischer Abkunft.

[Hitler:] Rosenberg: Zuerst waren 3.000 Stück – dann Freisinger Bischofskonferenz dagegen. Dann 100.000. Dann Glaubensindex und jetzt auf 700.000. In Deutschland gibt es überhaupt nicht 10.000, die das Buch lesen können.

[Hitler:] **Vor Heß:** Der Gottesglaube. Das Christentum ist eine geschichtliche Tatsache, mit dem Volk verbunden. Tausendjährige christlich abendländische Kultur. Es gibt Bewegung der Hunnen, Reformation, französische Revolution.

[Hitler:] Konkordat: Manches war unklar. Ich habe gleich gesagt, Artikel über die Vereine.

[Hitler:] **Wiederholt sich.** Der Einzelne ist nichts, kann sterben, es kommt eine Zeit, da gibt es keinen Kardinal Faulhaber mehr, keinen Alfred Rosenberg, auch keinen Adolf Hitler.

Einmal wieder ganz weich mit feuchten Augen: **Wenn man etwas geleistet hat oder Geschichte gemacht, dann wird man nicht überheblich, wie die an keinen Gott glauben**, da wird man innerlich und demütig, da ist ja ein kleiner Fleck. **Es könnte eine untere Gewalt kommen. Der Golfstrom sich verlagern.**

[Faulhaber:] Für die Klosterlehrerinnen: In America bis vor zwei (?) Jahren deutsche Schule, seit 48, jetzt englische Schule. Jetzt werden diese kostbaren Menschen ins Ausland geschickt. Man sagt ihnen: Ihr könnt weltlich Lehrerinnen werden. – Die haben ihrem Beruf genau so zugeschworen, wie ein echter Nationalsozialist seiner Partei.

[Hitler:] Immer wieder: Nur das Grosse sehen und die Zukunft, – er sage das immer auch seinen Parteiführern – **mit einem Seitenblick auf Heß.**

[Hitler:] Er spricht von einem Kompromiss oder Kuhhandel, aber kein Mensch könne ihm Kuhhandel der Zentrumszeit nachweisen (die große **Verantwortung** von damals war, daß im Volk die Begriffe verwirrt werden, wenn das Christentum mit den Marxisten geht). Man sage, er handle taktisch (**wenn er alles niederschlage, um die Hilfe der Kirche für den Antibolschewismus zu haben**) – aber schließlich ist alles taktisch. [Faulhaber:] if.¹⁷¹ Nicht taktisch, sondern dogmatisch. Für uns sind Sie gottgesetzte Autorität. [Hitler:] **Er hoffe in den nächsten Tagen, die Regierung Franco anerkennen zu können.**¹⁷²

¹⁷¹ Bisher nicht eindeutig entschlüsselte Abkürzung Faulhabers. Meist diente sie ihm dazu, sich selbst als Redner zu kennzeichnen.

¹⁷² Die Regierung des Deutschen Reichs erkannte das Regime General Francos am 18.11.1936 offiziell an.

[Hitler:] Ich werde die Stunde nicht verpassen. Ich habe sie noch nicht verpasst. **Darum jetzt in Spanien. Ich muß den Bolschewismus schlagen, wo ich ihn treffe.**

[Hitler:] Deutsche Glaubensbewegung: Ich habe mich von Ludendorff getrennt, **dem größten General der Zeit**, einzig deshalb, weil seine Frau Gemahlin meinte, ich solle eine neue Religion gründen. Ich habe erklärt, **ich habe das Zeug nicht** für einen religiösen Reformator und will es nicht und **kann es nicht** und werde es nicht tun. Ich habe mich von Artur Dinter getrennt, – von Reventlow – **ihm gesagt: Hör mal zu, das geht doch nicht.** Die alten ZentrumsPriester können uns nicht verzeihen, daß wir uns durchgesetzt haben. **Die müssen eben absterben.** [Faulhaber:] if: **Nur ein Wahnsinniger kann eine Änderung wünschen.** Denn die einzige Änderung wäre das Chaos.

[Hitler:] Man kann manches beanstanden, in diesen 2.000 Jahren. Es hat sich alles gewandelt [Faulhaber:] (Dogma nicht). [Hitler:] **So etwas Lächerliches, die großen Judenblätter in Amerika nehmen sich um die Katholiken und Protestanten in Deutschland an. Unter den vom Bolschewismus bedrohten Ländern auch Oesterreich: Da drüben höchstens 30 % für die Regierung.**

[Hitler:] Wenn Ihre Geistlichen nicht mehr **gegen den Staat arbeiten**, in der Predigt, **im Beichtstuhl.**

[Hitler:] **Lächerlich, wenn man früher meinte: Norden Deutschlands ausgeräuchert werden, aber bei Coburg werden die Bolschewisten halt machen und nicht nach Bayern kommen.**

[Hitler:] Später: Der **Bolschewismus ist Gottlosigkeit.** Wenn staatliche Autorität erschüttert wird, wird jede Autorität erschüttert.

[Hitler:] So laut einige Male, **daß man es im ganzen Stiegenhaus hören mußte. Dazu schnalzt mit dem Finger.**

[Faulhaber:] if: Dank für die Möglichkeit einer Aussprache. Es ist nicht Schwarzseherei, die Gefahr des Bolschewismus zu sehen, aus der Nürnberger Rede klang es zwischen den Zeilen heraus, **und jene Rede und ihr Ton müßte alle vier Wochen über alle Sender gehen. Sie haben alles erreicht – Retter von Europa.**

[Faulhaber:] Bolschewismus und Kirche: Die Kirche in ihrem Wesen dagegen, größere Gegensätze kann es nicht geben. Der Papst begrüßte im Consistorium den ersten Staatsmann, der gegen Bolschewismus. Es hat uns wehgetan zu lesen ... Einem Fall bin ich nachgegangen, weil ich persönlich beteiligt: In der Papstrede den Osservatore Romano zitiert. Darauf Schwarzes Corps: „Wer lügt, Osservatore Romano oder die deutsche Presse?“ Roland, ein Emigrant. Was bedeutet das, wenn der eine oder andere Priester oder selbst Prälat in Westfalen oder Böhmen oder

Catalanien (die Rede von Nürnberg gleichzeitig die Rede des Papstes und der Hirtenbrief der Bischöfe). Persönlich gegen Bolschewismus: 1921 steht in meinen Büchern: Der Bolschewismus ist die Gefahr des Abendlandes. 1922, 1923 zum ersten Mal gegen die Novemberverbrecher.

[Faulhaber:] Mich erschüttert, wenn Sie von Kampf und einem Gegensatz sprechen. Vor der Machtergreifung kein einziger deshalb kirchlich nicht beerdigt, weil er Nationalsozialist [Hitler:] (er fällt dazwischen, hier 380 Fälle von Geistlichen, **persönliche Beleidigung lasse ich ganz draußen. Die Erklärungen der Bischöfe 100 Prozent?** [Faulhaber:] **90 Prozent sind 100 Prozent**). **Gibt so viele Menschen, die immer dagegen sind, auch Kranke, also nicht alle Geistliche.**

[Faulhaber:] Sterilisierung. Hermann Muckermann hat Statuten gemacht, Muckermann hat es mir vorgetragen. Gewiß darf der Staat sich wehren, aber wenn ein anderes Mittel da ist: Das Internieren [Hitler:] (es ist mehr als 500.000). [Faulhaber:] Aber auch in anderen Punkten Gegensätze: Civilehe, Crematorien und doch Modus vivendi.

[Faulhaber:] Drei Hindernisse: 1) Die Glaubensbewegung von Stuttgart. [Hitler:] Er: Mit der haben wir nichts zu tun. [Faulhaber:] Ich: Doch sie dürfen Versammlungen halten, Flugblätter verteilen, wir nicht. Eine furchtbare Sprache in den Versammlungen gegen das Christentum, gegen die Person Christi, die uns heilig ist. Im Theater „Der König reitet“. Die Entchristlichung des öffentlichen Lebens. Entweder sie nicht oder wir auch. [Hitler:] Wenn die Verständigung kommt: Werde ich das alles fällen, das wird den Frieden nicht stören. Wir haben mit dieser Bewegung nichts zu tun.

[Hitler:] Er hat von Gott und Gottesglauben gesprochen: Der Soldat drei Wochen im Trommelfeuer, Gottlosigkeit ist eine Leere. [Faulhaber:] If: Sein Glaubensbekenntnis mehr wie ein Gesetz. Wir können hier helfen. Gleich nach dem Nürnberger Parteitag die Seelsorge fürs Feld eingerichtet,¹⁷³ aber auch in der Heimat Seelsorge notwendig.

[Hitler:] Überlegen Sie, wie der Friede kommen kann, sprechen Sie mit den anderen Führern der Kirche. [Faulhaber:] (ob die Geistlichen nicht ins Politische kommen). 2) Der Abbau der Klosterlehrerinnen. Will daß 1.600 ins Ausland, in Nordamerika. Deutsche Schulen bisher, jetzt alle Angebote von dort.

¹⁷³ Vgl. die Vorschläge des deutschen Episkopates betr. Reichswehrseelsorge vom 20.8.1936, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 3, Nr. 315/III, S. 458–461.

[Faulhaber:] 3) Doppelmitgliedschaft: Die Arbeiter – gehören 95 Prozent zur Arbeitsfront, sind also dabei. Warum nicht religiös sie zusammensein lassen. Die Jugend: Immer Appell angesetzt, wenn Schulgottesdienst. Bei Schemm, der versprochen habe – besser sei freier Sonntag. Die Familien verstimmt. Die Lehrerinnen: Sind beim Lehrerbund. So viel Verstimmung und Verbitterung, die nicht notwendig wäre.

[Hitler:] **Manchmal so laut geschrien, daß die draußen meinen mußten ... Die Kirche muß einsehen, daß der Bolschewismus jetzt alles ist und das Judentum den Bolschewismus vorwärts treibt. Ich: In Spanien deshalb so arm, weil dort die Juden verfolgt wurden. Er: Die Marranen¹⁷⁴ seien es. Er hätte Bilder: Das seien keine Menschen: Syphilitiker.** Das sind die Untermenschen, die wir durch unsere Rassegesetze fernhalten wollen.

[Hitler:] Immer wieder: Entweder wir siegen mit der Kirche oder ohne die Kirche ...

[Faulhaber:] Keine Kleinigkeit, wenn die Deutsche Glaubensbewegung über Christus, der uns Gottessohn und Heiland ist, so spricht. Das ist für uns ein fremder Mann, wir lehnen das Christentum in jeder Form ab. Das Christentum muß aus dem öffentlichen Leben verschwinden, Trennung von Kirche und Staat, die Fakultäten aus den Universitäten. [Hitler:] Darauf: Herr Kardinal, ich sage ihnen, ich werde diese Deutsche Glaubensbewegung aus der Welt schaffen. [Faulhaber:] Ich: **Aber sie wird von der Partei unterstützt**, sie darf Flugblätter austeilen, Versammlungen halten, was wir nicht dürfen. [Faulhaber:] if: Kleinigkeit ja, im Vergleich mit dem Großen, aber es stört den Frieden.

[Faulhaber:] HJ: Wenn Gemeinschaftskommunion in der Schule, dann wird ein Appell der HJ angesetzt. Darüber große Aufregung bei den Eltern. Schemm hatte mir gesagt, von 7.00–10.00 Uhr bleibt frei.

[Hitler:] Am Anfang und am Schluß: Die Prozesse hunderte und hunderte, – man hätte sie ja taktisch gut ausnützen können, ich will das nicht. **Schon stehend: Ich bin immer zu Diensten.**

[Hitler:] Zu Tisch: Wasserleitung in alle Bauerndörfer und Stallungen (aus meiner Heimat), wir essen zu viel. Eintopf im Biwak, da würden die Bayern mir alle Sympathien aufkündigen. Süsse Kastanien, die Bucheln¹⁷⁵ im Wald, Eisen nicht mehr ausscheiden, sondern Silber. Benzin heute schon. Früher der größte Schafzucht-

¹⁷⁴ Als Marranen bezeichnete man die meist unter Zwang getauften Juden Spaniens.

¹⁷⁵ Anderes Wort für Bucheckern, aus deren Samen man Öl gewinnen kann.

und Hanfbau. Er spricht von den Erzen aus dem deutschen Boden, von der Verarbeitung der Kohle, das Gold abliefern? Noch eine Million, [Faulhaber:] was tun Sie damit, [Hitler:] wir können es zum Einkauf brauchen, denn wir wollen auch Ankaufen, um beim Handel zu bleiben.

Dokument 3¹⁷⁶

Was rot gezeichnet, wurde auf der Decanekonferenz 9.12.36 gesagt. Bericht in Regensburg, 24.11.36.

Vorgeschichte und äußerer Verlauf. Teilnahme von Heß, drei Stunden, dann bei Tisch. Das Facit der Aussprache: Kundgebung der Bischöfe, die zwei Do.¹⁷⁷ Der Führer erwartet das eine statim, das andere postea.¹⁷⁸ Sein Thema 1) Bolschewismus a) Die Gefahr heute. b) Geschichte (der Papst in Rede und Consistorium; im Stillen im Bund? Das Schwarze Korps. Ich persönlich: Roland.) c) Mit Recht erwartet, weil jeden Tag ausländische Bischöfe dagegen sich aussprechen: England, gestern Polen. 2) Der Kampf der Kirche gegen Nationalsozialismus. Die protestantische Kirche. Besonders gegen Rassengesetze! Sehr laut. 370 Anklagen. Wir dürfen tun, was wir wollen. Ein letzter Versuch, dann ohne die Kirche fertig werden. Wenn doch wenigstens aus taktischen Gründen ... Alles andere klein.

Respondeo: Ich bin erschüttert. – Die Erklärung der Bischöfe gemeinsam und einzeln. Alles hätte sich gewandelt? Die Dogmen obligat. Wenigstens aus taktischen Gründen? Die Autorität in den Gedanken. Sei alles klein? Wenn ein Beamter oder ein Gesetz gegen sittliches Gesetz, dann können wir nicht schweigen. Seine 370 Fälle. Wir achten Ihre großen Ziele, aber das sind keine Kleinigkeiten.

Im einzelnen. 1) Die Deutsche Glaubensbewegung. „Mit der hat die Partei nichts zu tun“. Flugblätter unter den Augen der Gestapo, Theater, Zeitung. „Herr Kardinal, wenn der Frieden zwischen Nationalsozialismus und der Kirche kommt, wird das alles aufhören. Wir haben mit dieser Bewegung nichts zu tun“. 2) Schulkampf: 600 klösterliche Lehrerinnen sollen das Ordenskleid ablegen? Ins Ausland gehen? Dazu nahm er keine Stellung, aber auch keine Notizen. 3) Verbot der Doppelmitgliedschaft den Arbeitervereinen 95 Prozent. Den Jugendvereinen Sonntagspflicht. Den Lehrerinnenvereinen – sind doch Verhandlungen. Kampf gegen Sterilisie-

¹⁷⁶ EAM, NL Faulhaber, 09265, Bl. 679; Transkription der stenografischen Aufzeichnungen durch das Team der Faulhaber-Edition. Das Referat wurde für die Konferenz der bayerischen Bischöfe am 24. und 25.11.1936 in Regensburg ausgearbeitet. In gekürzter Form wurde es vor den Dekanen der Erzdiözese München und Freising am 9.12.1936 wiederholt. Die hier schwarz – im Original rot – unterstrichenen Teile waren als Merkhilfen für das gedacht, was auch im zweiten Vortrag zur Sprache kommen sollte.

¹⁷⁷ Lat. „Ich gebe“. Faulhaber umschrieb hier den Kompromiss, den er als do ut des verstand.

¹⁷⁸ Mit den Leistungen der Bischöfe, die Hitler „sofort“ bzw. „später“ erwartete, sind der gemeinsame Hirtenbrief gegen den Bolschewismus und das friedliche Verhältnis zum Staat gemeint; vgl. Dokument 1, Abs. 15, S. 512.

rung. Verbrecher Spee¹⁷⁹ – Muckermann. Friede: Geistliche dürfen den Standpunkt der Kirche darlegen. Respondeo: Wir sprechen dem Staat das Recht zu, sich zu wehren. Aber Wie, 500.000? 1875–1925.¹⁸⁰ Ordensprozesse: Wir hätten ausschalten können. Wir werden sie entlassen – Dank, aber nicht das Wesentliche. Auf den Tisch geschlagen. Ohne Gottesglauben kann der Mensch nicht sein und die Gemeinschaft nicht. Sein Bekenntnis in den großen Reden, gerade zu der Kirche. Christentum und deutsches Volk. Der Mythus.¹⁸¹ Sein Auftrag. Kein Kuhhandel. In toto: Sein Auftreten sicher, seine Rede beherrscht, gesellschaftliche Form, Format; bleibt auf der großen Linie. Dann weich. Sein Glaube. Von Ludendorff getrennt.

Amtliche Nachspiele. Die Auffassung des Heiligen Vaters. Pizzardo,¹⁸² später, am 16. November, Pacelli:¹⁸³ Wenig positives Ergebnis. Der Heilige Vater dazu. – Hitler nicht zufrieden (Papen,¹⁸⁴ Schwarz,¹⁸⁵ Pater Schmidt¹⁸⁶).

Ein Hirtenwort? Können wir es? Gegen Bolschewismus. Man glaubt wirklich, wir wünschen ihn als kleineres Übel. Dabei anderes, was Nationalsozialismus Gutes tat – wir reden immer nur vom Schlechten. Wir sind zu viel negativ, darum defensiv geworden: Täglich Fälle ... Wie. – Natürlich das Negative, Kirchenfeindliche nicht verschweigen. Nach Cöln.¹⁸⁷ Zustände in den Arbeitslagern, Jugendführerschule, Zeitungswesen, Schulkampf. Hudal – sein Buch Hitler vorgelegen, erste Auflage vergriffen.

Nachspiele:¹⁸⁸ Schreiben Sie mir umgehend, wie Sie es angestellt haben. Der eine Druck seines Manuskripts, der andere Erhöhung der Rente, Begnadigung oder wenigstens Gefängnis statt Zuchthaus. Gerüchte: Im Arbeiterverein Trude-

¹⁷⁹ Vgl. Anm. 136.

¹⁸⁰ Gemeint sind die staatlichen Gesetze zur Ehescheidung und Abtreibung; vgl. Dokument 1, Abs. 10, S. 508 f.

¹⁸¹ Gemeint ist Rosenbergs Buch *Der Mythus des 20. Jahrhunderts*.

¹⁸² Giuseppe Pizzardo (1877–1970), 1929–1939 Sekretär der Kongregation für außerordentliche kirchliche Angelegenheiten, seit 1937 Kardinal. Pizzardo bestätigte am 12.11.1936 in einem kurzen Schreiben den Eingang des Berichts mit der Bemerkung, dass der Papst die bloße Tatsache des Zusammentreffens mit Hitler für sehr bedeutsam halte; vgl. Pacelli an Faulhaber, 16.11.1936, in: *Akten Faulhabers*, Bd. 2, Nr. 575, S. 197 f., hier S. 197, Anm. 5.

¹⁸³ Vgl. ebenda.

¹⁸⁴ Franz von Papen (1879–1969), 1932 Reichkanzler, 1933/34 Vizekanzler, 1934–1938 Gesandter bzw. Botschafter in Wien, 1939–1944 Botschafter in Ankara.

¹⁸⁵ Am 10.11.1936 besuchte Faulhaber den Reichsschatzmeister der NSDAP, Franz Xaver Schwarz (1875–1947), auf dessen Wunsch im Krankenhaus. Am 9.11.1936 war dieser zuvor schon von Hitler besucht worden. So konnte er dem Kardinal von Hitlers Eindruck über das Obersalzberggespräch berichten; vgl. *Faulhaber-Edition*, Tagebucheintrag, 10.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10017_1936-11-10_T01 [25.3.2021].

¹⁸⁶ Wilhelm Schmidt (1868–1954), Steyler Missionar und Ethnologe. Im Auftrag von Franz von Papen kam Schmidt, um mit Faulhaber das Ergebnis der Unterredung auf dem Obersalzberg und das weitere Vorgehen nach dem Erscheinen des Buchs von Alois Hudal (vgl. Anm. 157) zu besprechen; vgl. *Faulhaber-Edition*, Gesprächsprotokoll Schmidt, 16.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0092s [25.3.2021].

¹⁸⁷ Gemeint ist der Hirtenbrief der Paderborner und Kölner Kirchenprovinz; vgl. S. 490.

¹⁸⁸ Der folgende Absatz bezieht sich auf Begebenheiten, die sich rund um den Obersalzbergbesuch zutragen. Detaillierter sind diese festgehalten in dem Beiblatt: *Faulhaber-Edition*,

ring über Gehaltsverhältnis – davon Gebrauch machen. Jetzt mit einem Schlag alles zum Guten gewendet. Hof: Abschaffung des Buß- und Bettages. Die Bewegung – dagegen Denkschrift. Wurde verboten.¹⁸⁹

Ein Raten, die einen für Völkischen Herold, Seite 9.¹⁹⁰ Die anderen gleich Fantasie. Stipberger¹⁹¹ „reichlich spät“.

Eine Verhandlungsbasis solange als möglich, auch eine schwache Möglichkeit. Manchmal möchte man alles hinwerfen, aber Nein ...

Die Partei hat kein großes Interesse am Frieden mit der Kirche, innenpolitisch hat sie sogar einen Gegner als Kämpfer, Hitler dagegen aus ausenpolitischen Gründen mehr Anlaß Frieden mit der Kirche zu haben, innenseelisch zeitweise.

Eltz-Rübenach 13.12.36: Die Kirche treibe Verzögerungstaktik, ist aber dann zu Frieden. Meine Gründe: Auftrag an die Bischöfe, nicht den Schein bestellter Arbeit, es sei nicht sein Wille, daß die Jugend unchristlich beeinflusst werde (entgegen des Berichts aus den Lagern). Der Nationalsozialismus müsse die Massen auffangen, die aus der Kirche davonlaufen. Die Umgebung sucht ihn nur gegen Religion und Kirche einzunehmen. Es ist ein Wunder, daß er noch so viel glaubt. Darum Verhandlungen notwendig.

Das Ob? Bedenken natürlich. Schon sechs Mal gesagt? Nicht ich allein, sondern alle; eher den Auftrag zurückgeben, dann aber ... auch Strohalm. Den Führer isolieren, seine „Treue“ gegen die alten Kämpfer. Das Wie: Gegen Bolschewismus, nicht für die Partei, wohl für den Führer.

Nachlese Obersalzberggespräch, 9./28.11.1936; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_06393_0313r [25.3.2021].

¹⁸⁹ Gegen einen Artikel aus der Zeitschrift „Die Bewegung“ vom 2.12.1936 setzte sich Faulhaber am 5.12.1936 mit einer langen Denkschrift zur Wehr; vgl. Feststellungen Faulhabers, 5.12.1936, in: Akten Faulhabers, Bd. 2, Nr. 582, S. 216–228. Auf Anordnung Hitlers wurden daraufhin die restlichen Exemplare der Zeitschrift beschlagnahmt; vgl. Monatsbericht der Polizeidirektion, 6.1.1937, in: Die kirchliche Lage in Bayern nach den Regierungspräsidentenberichten 1933–1943, Bd. 1: Regierungsbezirk Oberbayern, bearb. von Helmut Witeschek, Mainz 1966, Nr. 88, S. 173–183, hier S. 182 f. Laut Joseph Goebbels hatte die Polemik ihren Ursprung im Kirchenministerium; vgl. Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Teil 1: Aufzeichnungen 1923–1941, Bd. 3/2: März 1936–Februar 1937, bearb. von Jana Richter, München 2001, Eintrag vom 9.12.1936, S. 282–284, hier S. 283.

¹⁹⁰ Es ist unklar, worauf sich diese Angabe bezieht. Der Völkische Herold 30 (1936), Nr. 46, brachte am 13.11.1936 auf S. 273 lediglich die Meldung, dass Hitler den Kardinal empfangen habe. Die Seitenzählung des Jahrgangs ist durchgehend. Eine Seite 9 findet sich erst wieder ab dem Jahrgang 1937, also nach Abfassung dieser Aufzeichnungen.

¹⁹¹ Georg Stipberger (1881–1971), 1905 Priesterweihe, 1921 Suspension vom Priesteramt und Schließung einer Zivilehe, 1933 Eintritt in die NSDAP und Kirchenaustritt; vgl. den ausführlicheren Eintrag in Faulhaber-Edition, Nachlese Obersalzberggespräch, 9./28.11.1936; vgl. www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_06393_0313r [25.3.2021]: „Gauedner Dr. Stipberger in Jetzendorf, 22.11.36: Unser Führer hat uns den Glauben an Deutschland und unseren Herrgott wiedergegeben. ‚Selbst ein Besuch auf Obersalzberg kam reichlich zu spät‘.“

Dokument 4¹⁹²

I Ob etwas tun. Dafür:

Ein Ruf der rechtmäßigen Regierung. In früherer Zeit den Ruf des Kaisers gewiß erfüllt. Damals, am 6. Nov. 1918,¹⁹³ nicht erfüllt, weil ...

Wenn dogmatische Bedenken nicht bestehen: Die Aussicht, daß die Klosterprozesse abgestellt werden und schon abgestellt sind, – die heidnische Glaubensbewegung und ihre furchtbare Propaganda eingestellt wird! Nicht Kuhhandel. Zu Pater Schmidt: Wir können nicht den Wirtschaftswissenschaftlern Begnadigung [...] ¹⁹⁴ mit Grundsätzen. Sehr schön, wenn sie frei werden. Etwas anderes ist die heidnische Bewegung. Ludendorff wird bleiben.

Dagegen:

Wir laden den ganzen Zorn der Emigranten, der Bolschewisten und ihrer Bundesgenossen, auch der Kommunisten im Land, auf uns. Das kann uns nicht abhalten, wenn wir es für unsere Pflicht halten. Es wäre ja lächerlich, wenn die Freimaurerpresse von Nordamerika uns lobte! Das müssen wir tragen.

Man wird sagen: Also wieder Politik. Unsere Kundgebung zur Saarabstimmung wurde nicht veröffentlicht!¹⁹⁵

Wenn der neue Krieg kommt, dann in erster Linie gegen die Bischöfe und Priester? Das wird auch der Fall sein ohne Kundgebung. Wir laufen Hudal nach? Nachdem dessen Buch erschienen ist. Wir könnten zur Bedingung machen: Wird gedruckt ohne Kommentar.

¹⁹² EAM, NL Faulhaber, 06393, Bl. 316; Transkription der stenografischen Aufzeichnung durch das Team der Faulhaber-Edition.

¹⁹³ Vgl. die folgende Stelle aus Faulhabers unveröffentlichter Autobiografie aus dem Jahr 1944: „Am 6. November [1918], also zwei Tage vor dem Umsturz, kam ein Herr in Uniform aus dem Hauptquartier des Kaisers zum Erzbischof von München mit der Anfrage, ob die deutschen Bischöfe gegenüber dem Ruf nach Abdankung des Kaisers einen Hirtenbrief über Autorität und die Heiligkeit des Eides erlassen wollten. Der Kaiser habe dabei ausdrücklich auf den Hirtenbrief der deutschen Bischöfe von Allerheiligen 1917 Bezug genommen. Der Erzbischof [Faulhaber] antwortete, er habe durch ein Triduum [d. h. in Gottesdiensten, die an drei Tagen aufeinanderfolgten] versucht, gerade in München die Gewissen zu wecken und die staatliche Ordnung zu stützen. Nun aber sei offenbar die Lawine im Rollen. Seit Allerheiligen 1917 habe sich in der Stimmung des deutschen Volkes eine Schwenkung vollzogen, die von den deutschen Bischöfen in keiner Weise begünstigt werden, die aber von den deutschen Bischöfen auch nicht aufgehalten werden könne. ‚Sehen Sie zu!‘ sagte er zu dem Abgeordneten, ‚daß Sie mit dem nächsten Zug zurückreisen, es könnte sein, daß die Züge nicht mehr gehen‘“; Archiv des Erzbistums München und Freising, Personendokumentation 4401/4, S. 560. Laut Tagebucheintrag vom 6.11.1918 handelte es sich um den Aachener Priester Ludwig Berg (1874–1939); Faulhaber-Edition, Tagebucheintrag, 6.11.1918; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=10002_1918-11-06_T01 [25.3.2021].

¹⁹⁴ Wort unleserlich.

¹⁹⁵ Es ist nicht ganz klar, worauf sich das „nicht veröffentlicht“ bezieht. Entgegen dem bisherigen Forschungsstand scheint die Frage einer gesamtdeutschen Äußerung der Bischöfe zur Saarabstimmung auf der Fuldaer Plenarkonferenz der deutschen Bischöfe vom 5.–7.6.1934 erörtert worden zu sein. Faulhaber notierte jedenfalls dazu: „Mein Antrag, einen Brief an

II. Was tun.

Nicht Aufruf zum Gebet allein. Darüber hat sich Nippold¹⁹⁶ lustig gemacht. Einige Punkte wie in einem Friedensschluß. 1) Die Bischöfe erklären aufs Neue, daß sie in der Regierung Adolf Hitler die rechtmäßige Obrigkeit des deutschen Reiches erblicken, der wir nach Gottes Gebot Ehrfurcht und Gehorsam schulden, durch Steuer und andere Opfer zur Erfüllung ihrer Aufgabe helfen müssen, und die übrigen staatsbürgerlichen Pflichten, confer Encyclica Leo XIII.¹⁹⁷ und Hirtenbrief.¹⁹⁸

2) Die Bischöfe anerkennen mit Dank, daß grundsätzlich Freidenker und Gottlose ... daß auch die Überreste ihrer Arbeit ... für die öffentliche Sittlichkeit in Buchwesen, Film und Theater.

3) Von der deutschen Glaubensbewegung.

Die Reichsregierung erklärt sich zur Treue gegenüber Reichskonkordat. Nur im Stillen, nicht veröffentlichen. Der Nationalsozialismus beansprucht die Totalität der Weltanschauung und der Erziehung dafür, confer Rust¹⁹⁹ Lehrerbildung eröffnet.

Hitler schreiben, angenommen, dagegen Saar abgelehnt“; Faulhaber-Edition, Fuldaer Bischofskonferenz (Reisetagebuch); www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_10221_0009r. [25.3.2021]. In einer späteren Kundgebung der Bischöfe der Kölner Kirchensprovinz vom 26.12.1934 empfahlen diese die Zustimmung zum Anschluss des Saargebiets an das Deutsche Reich; vgl. Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 2, Nr. 186, S. 57 f. Dem schlossen sich mit leicht verändertem Wortlaut die bayerischen Bischöfe an; vgl. Faulhaber an den bayerischen Episkopat vom 30.12.1934, in: Akten Faulhabers, Bd. 1, Nr. 458, S. 921 f., hier S. 922, Anm. 1. Diese Voten wurden vom Regime nicht unterdrückt. Hingegen wurde der zunächst von den deutschen Bischöfen selbst zurückgestellte Hirtenbrief vom 7.6.1934 (vgl. Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 1, Nr. 156, S. 704–715), der vehement gegen das durch Rosenbergs Buch propagierte sogenannte Neuheidentum protestierte, sich nicht aber zur Saarfrage äußerte, am 6.7.1934 von Reichsinnenminister Wilhelm Frick verboten; vgl. Schreiben Bertrams an Frick vom 16.7.1934, in: Akten Deutscher Bischöfe, Bd. 1, Nr. 166, S. 760 f., hier S. 760.

¹⁹⁶ Otto Nippold (1902–1940), 1935–1937 Kreisleiter der NSDAP in München, Landeskulturwarter für den Gau München-Oberbayern.

¹⁹⁷ Gemeint ist die Enzyklika „Immortale Dei“ Papst Leos XIII., die den göttlichen Ursprung der staatlichen Autorität betont: Acta Sanctae Sedis 18 (1885), S. 161–180; www.vatican.va/archive/ass/documents/ASS-18-1885-ocr.pdf [25.3.2021]. Vincenzo Gioacchino Pecci (1810–1903), 1846 Bischof von Perugia, 1853 Kardinal, seit 1878 Papst Leo XIII.

¹⁹⁸ Es dürfte die Kundgebung der deutschen Bischöfe vom 28.3.1933 gemeint sein; vgl. S. 484.

¹⁹⁹ Bernhard Rust (1883–1945), NSDAP, 1934–1945 Reichsminister für Wissenschaft, Erziehung und Volksbildung.

4) Denkt, daß sie in der heutigen Weltlage unter den Weltmächten den Kampf gegen Bolschewismus und daß Bürger des Reiches verpflichtet sind, dafür auch Opfer zu bringen.

5) Gegen Gerüchte ... Die Geistlichen auf der Kanzel und bei jeder Gelegenheit, auch Privatgespräch.

Dokument 5: Zwei Briefentwürfe an Adolf Hitler

Erster Entwurf²⁰⁰

Hitler

Am 4. November habe ich Ihnen zugesagt: Eine Kundgebung der deutschen Bischöfe gegen den Bolschewismus. Nach langer Rücksprache. Persönlicher Rücksprache mit zwei Drittel der Bischöfe und schriftlichen Verhandlungen mit den übrigen, besonders mit dem Vorsitzenden in Fulda. Ein Hirtenbrief zustande gekommen, den ich am 30. Dezember zugeleitet habe und der am 3. Januar auf allen Kanzeln verlesen wurde. Der Leitgedanke dieses Hirtenbriefes „Wir Bischöfe unterstützen den Führer in der Abwehr des Bolschewismus“ ist dort so tief und klar ausgesprochen, daß dieser Grundgedanke ... im Ausland Eindruck, weil von allen Bischöfen unterzeichnet ohne Ausnahme.

Nachgeschichte sehr traurig. Kein deutscher Sender hat Notiz davon genommen. Die deutschen Zeitungen, die über jeden Satz auswärtiger Bischöfe, auch der von Bekenntnis gegen Bolschewismus berichten, haben nichts von den deutschen Bischöfen übernommen. Das mußte in den Bischöfen den Gedanken erwecken, ich hätte entweder den Wunsch Eurer Exzellenz nicht genau gedeutet oder der Partei wäre es viel willkommener, wenn die Kirche sich für den Bolschewismus

²⁰⁰ EAM, NL Faulhabers, 06393, Bl. 320; Transkription durch das Team der Faulhaber-Edition. Bereits vor der Veröffentlichung der Enzyklika scheint Faulhaber zusammen mit Baron Ritter zu Groenesteyn die Idee eines Briefs entwickelt zu haben. In dem Gespräch vom 12.2.1937 hielt er fest: „Ich schreibe: Die Rede vom 30.1.37 hat mich tief ergriffen. Im besonderen der Dank an Gott den Allmächtigen (besonders stark betont). Den Auftrag des Reichsoberhauptes, mit den Bischöfen zu reden und eine Kundgebung klar und bestimmt gegen den Bolschewismus zu erwirken, habe ich erfüllt. Zwei Ärgernisse folgten: 1) Der niederträchtige Hetzartikel im Durchbruch [vgl. Anm. 203]. Die Deutsche Glaubensbewegung hält sich befugt, über die deutschen Bischöfe herzufallen. 2) Daß der gemeinsame Hirtenbrief der deutschen Bischöfe von der Polizei verboten wurde. Ich weiß nicht, ob damit der Ausgleichsversuch vollständig abgebrochen sein soll. Wenn Eure Eminenz eine Fortsetzung der Aussprache wünschen, bin ich jeden Tag bereit.“ Faulhaber-Edition, Gesprächsprotokoll Otto von Ritter zu Groenesteyn, 12.2.1937; www.faulhaber-edition.de/dokument.html?idno=BB_09263_0213s [25.3.2021].

aussprechen würde, um ein Kampfziel zu haben. Stadtschulrat Bauer:²⁰¹ Auf die katholische Kirche als Bundesgenossen müssen wir verzichten. Während also der Führer eine Kundgebung wünscht, verkünden die Nebenregierungen:²⁰² Wir verzichten darauf.

Noch mehr: Der Durchbruch brachte einen gemeinen Artikel.²⁰³ Die Deutsche Glaubensbewegung, mit der nach der Versicherung Eurer Exzellenz Regierung des Dritten Reiches nichts zu tun hat, wirft sich zum Richter auf.

Der Besuch in Rom.²⁰⁴ So wird in der Kirche immer Politik vom Volk erwartet, weil keine Zeitungen. Doch nicht immer mit Dictatur regieren – das Volk einmal frei geben, confer Elsass, daß es nicht zu spät kommt.²⁰⁵ Wenn ich mit dem Führer Aussprache halte über die Grundfrage zu Staat und Kirche, dann von meiner Seite kein Bettelgang und seitens des Führers kein Canossagang. Artikel 32²⁰⁶ politisch wichtig für die Geistlichen – Lateran Concordat 43²⁰⁷ „verboten, für irgendeine politische Partei sich einschreiben zu lassen.“ Der Vierjahresplan: Eintopfgericht, also Fasten. Wir wenden uns nicht gegen Nationalsozialismus, sondern gegen seine Auswüchse. Einige Bischöfe: Versöhnung unmöglich. Ohne Aussicht den Führer zu überzeugen Tisch [...] wie Göring.²⁰⁸

Zweiter Entwurf²⁰⁹

Bei der Aussprache 4.11.36 habe ich mich auf die Anregung Eurer Exzellenz verpflichtet, von den deutschen Bischöfen ein neues offenes Abrücken vom Bolschewismus und ein neues offenes Bekenntnis zum Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches. Dafür haben Sie das Aufhören, den Schluß der kirchenfeind-

²⁰¹ Josef Bauer (1881–1958), 1933–1937 Erster Vorsitzender des Bayerischen Lehrervereins, seit 1935 Oberstadtschuldirektor.

²⁰² „Nebenregierungen“ – unsichere Lesart.

²⁰³ Gemeint ist der Leitartikel „Bolschewismus – Katholizismus – Nationalsozialismus“, in: Durchbruch. Kampfblatt für Deutschen Glauben, Rasse und Volkstum vom 21.1.1937.

²⁰⁴ Vgl. S. 491. Im Original blieb an dieser Stelle die nachfolgende Hälfte der Zeile leer.

²⁰⁵ Die Stelle bleibt schwer verständlich. Möglicherweise werden hier Erfahrungen Faulhabers thematisiert, die er zwischen 1903 und 1908 als Professor für Alttestamentliche Exegese an der Universität Straßburg machen konnte.

²⁰⁶ Dieser Artikel des Reichskonkordats schloss für Geistliche und Ordensleute die Mitgliedschaft in und die Zusammenarbeit mit politischen Parteien aus. Das Schlussprotokoll hielt fest, dass dies „keinerlei Einengung der pflichtmäßigen Verkündigung und Erläuterung der dogmatischen und sittlichen Lehren und Grundsätze der Kirche“ bedeute; Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und dem Deutschen Reich, in: Kirchliche Akten, S. 293.

²⁰⁷ Das Konkordat zwischen dem Heiligen Stuhl und Italien schloss in Artikel 43 die Zusammenarbeit von Organisationen der Katholischen Aktion mit politischen Parteien aus. Ebenso verbot es katholischen Geistlichen und Ordensleuten eine parteipolitische Betätigung; vgl. Acta Apostolicae Sedis 21 (1929), S. 275–294, hier S. 293; www.vatican.va/archive/aas/documents/AAS-21-1929-ocr.pdf [25.3.2021].

²⁰⁸ Hermann Göring (1893–1946), 1923 Teilnahme am Hitler-Ludendorff-Putsch, 1933 Reichsminister der Luftfahrt, 1934 Preußischer Ministerpräsident, 1935 Oberbefehlshaber der Luftwaffe.

²⁰⁹ EAM, NL Faulhabers, 06393, Bl. 330; Transkription der stenografischen Aufzeichnung durch das Team der Faulhaber-Edition.

lichen Hetze der Deutschen Glaubensbewegung und eine großmütige Amnestie in Aussicht gestellt. Da ich keine Primatrechte habe, in Deutschland ein Primas²¹⁰ überhaupt nicht besteht, besuchte ich persönlich die meisten Bischöfe und erreichte von ihnen in mündlicher Aussprache, bei den anderen Herren durch rundschriftliche Abstimmung den Hirtenbrief, den ich mit einem kurzen Begleit-schreiben an der Wende von 36 auf 37 Ihnen zusandte. Kurze Zeit darauf wurde dieser Hirtenbrief, der auf die Anregung unseres Führers zurückging, nicht bloß in der Presse und von den deutschen Sendern totgeschwiegen, er wurde wenigstens in München polizeilich verboten. Während die gleichen Sprachrohre im Deutschen Reich bekannt gaben, wenn irgendwo ein polnischer oder belgischer Bischof (neben sehr vielen anderen weniger deutschfreundlichen Thesen) ein paar Sätze gegen Bolschewismus schrieb, wurde von der deutschen Presse und den deutschen Sendern das Bekenntnis der deutschen Bischöfe „wir danken unserem Führer...“ im eigenen Land totgeschwiegen.

Außer dieser Tatsache, die für die kirchlichen Kreise etwas furchtbar Niederschmetterndes hatte, mußte ich schließen, daß ich dem, was Sie von den deutschen Bischöfen erwartet, mit diesem Hirtenbrief nicht oder nicht ganz Genüge geschehen war. In dieser Auffassung wurde ich bestärkt durch die Beobachtung, wie die Zeitungen der Deutschen Glaubensbewegung in einer so maßlosen und schamlosen in Wort und Bild außer dem Durchbruch, Das Schwarze Korps und gleichgerichtete Presse, gegen Religion und Kirche, persönlich gegen Bischöfe und besonders gegen Erzbischof von München.

Seit den Spottbildern der Reformation wird nichts mehr so Gemeines geschrieben worden sein als diese Schundartikel. In der Nummer zuvor gibt es keine Schimpfnamen, wie Verräter, Erbschleicher, Bube. Ich will dankbar anerkennen, daß Reichsminister Dr. Goebbels.²¹¹ In der seelischen Auswirkung waren diese Artikel nichts anderes als eine Aufforderung zum politischen Mord.

²¹⁰ Unter einem Primas versteht man einen Erzbischof, der vor allen anderen Bischöfen eines Staatswesens mit Sonderrechten ausgestattet ist. In Deutschland existiert seit der Neuordnung der kirchlichen Strukturen und Rechte nach der Säkularisation im Jahr 1803 ein solches Amt nicht mehr.

²¹¹ Joseph Goebbels (1897–1945), 1930 Reichspropagandaleiter der NSDAP, 1933 Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, 1944 Reichsbevollmächtigter für den totalen Kriegseinsatz. Faulhaber dürfte hier die Reaktion Goebbels' auf seine Beschwerde über das Theaterstück „Der König reitet“ im Sinn gehabt haben.

Erst in jüngster Zeit ist es gelungen, die Geschichte von 500 Thorarollen zu rekonstruieren, die 1943 auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee vor dem Zugriff der nationalsozialistischen Machthaber versteckt wurden und nach der Befreiung zu einem Symbol des Neubeginns in vielen jüdischen Gemeinden Deutschlands, Westeuropas und Israels avancierten. Woher die Thorarollen ursprünglich stammten, blieb freilich weitgehend im Dunkeln. Auf der Basis neuer Quellen kann Anna Georgiev nun ihren Weg zurückverfolgen – bis hin zu ersten Initiativen des Preußischen Landesverbands jüdischer Gemeinden zum Schutz jüdischen Kulturguts in den 1920er Jahren. Für die Jahre nach 1933 skizziert die Autorin eine Geschichte von Verfolgung und Bewahrung, die schließlich auf dem Friedhof von Weißensee in einen Akt jüdischer Selbstbehauptung mündete.

Anna Georgiev

„Im fremden Erdteil ein Kleinod sein, ein Segen werden“

Über den Verbleib der Kultgegenstände (zwangs)aufgelöster jüdischer Gemeinden

I. Bewahrte Judaika auf dem Friedhof Weißensee

Im Oktober 2019 veröffentlichten die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* eine Rekonstruktion der Rettungsgeschichte von über 500 Thorarollen, die auf dem jüdischen Friedhof in Berlin-Weißensee die NS-Zeit überdauert hatten, unter anderem durch das Engagement des Rabbiners Martin Riesenburger. Die Bewahrung der Thorarollen wurde dabei als Zeichen jüdischer Selbstbehauptung gedeutet. Sie ermöglichten nicht nur die Durchführung erster öffentlicher Gottesdienste in Berlin nach der Befreiung, sondern gelangten im Zuge der Aktivitäten Hannah Arendts für die *Jewish Cultural Reconstruction* (JCR) auch in den Besitz jüdischer Gemeinden im Ausland, vor allem in Israel. Die Thorarollen zogen wieder in die Synagogen ein, wurden – wenn sie unbrauchbar waren – bestattet oder mitunter auch ausgestellt.¹ Doch in Bezug auf die Herkunft der Kultgegenstände konnte der Aufsatz kaum genaue Hinweise geben. Eine Beziehung zur Berliner Gemeinde lag nahe, konkret nachweisen ließ sie sich jedoch nicht.

Eine zeitliche und räumliche Ausdehnung der Untersuchung führte jedoch inzwischen zu weiteren Erkenntnissen, die Entwicklungslinien jüdischer Geschichte

¹ Vgl. Anna Georgiev, Jüdische Selbstbehauptung in Berlin. Die Geschichte der 500 Thorarollen, die die NS-Zeit in Berlin-Weißensee überdauerten, in: VfZ 67 (2019), S. 537–563. Vgl. auch die Lemmata Torarolle und Toraschmuck in: Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. 4/2: S–Z, Nachdruck der 1. Aufl., Königstein 1982, Sp. 983 f. und Sp. 984–989.

in Deutschland anschaulich und zusammenhängend im Rahmen einer Objektgeschichte nachzeichnen. Der Umgang mit den Kultgegenständen zeugt dabei zunächst von den Problemlagen jüdischer Gemeinden Anfang des 20. Jahrhunderts. Eine Registrierung und Sammlung wertvoller Kultgegenstände entstand hier auch aus dem Wunsch heraus, eine jüdische Kunstwissenschaft voranzubringen, war aber zusehends von dem Anliegen geprägt, aktiv mit Auflösungsprozessen jüdischer Gemeinden umzugehen. Die nationalsozialistische Herrschaft führte zur Emigration vieler Gemeindemitglieder, denen auch im Ausland Unterstützung durch die Übersendung überschüssiger Judaika zukommen sollte. Vor allem der Novemberterror 1938 und die damit einhergehende Auflösung vieler noch bestehender Gemeinden bedingte das Anwachsen der Sammlung. Somit gibt diese Miszelle Hinweise für die Provenienzforschung in Bezug auf den Verbleib auch derjenigen Judaika, die in die Hände des NS-Regimes fielen. Erstaunlich bleibt, dass einige Kultusgegenstände bis 1945 im Besitz jüdischer Protagonisten überdauern konnten. Dazu gehören die Thorarollen in Weißensee, und dazu zählt womöglich auch die jüdische Textilsammlung, die ehemals im Museum für Deutsche Geschichte aufbewahrt wurde und Stücke aus Guben in Brandenburg oder Schifferstadt in Rheinland-Pfalz vereint.²

II. Der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden und der Schutz jüdischen Kulturguts

Die Gründung einer Gesamtorganisation des deutschen Judentums wurde bereits Anfang des 20. Jahrhunderts angestrebt, doch erst die Weimarer Verfassung schuf hierfür einen neuen rechtlichen Rahmen. Zwar ließ sich ein Reichsverband noch immer nicht verwirklichen, aber zumindest konnten Landesverbände gegründet werden. Nachdem 1920 bereits der Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden ins Leben gerufen worden war, folgte 1922 – in dem Teilstaat der jungen Republik mit dem größten jüdischen Bevölkerungsanteil – der Preußische Landesverband jüdischer Gemeinden (PLV).³ Dieser Verband sollte sich schon bald für eine syste-

² Vgl. Deutsches Historisches Museum Berlin, Tätigkeitsbericht 2011/2012, Berlin 2012, S. 104.

³ Rechtliche Grundlage der Gründung war Art. 137 der Reichsverfassung vom 11.8.1919. Der Deutsch-Israelitische Gemeindebund existierte als privatrechtliche Dachorganisation bereits seit 1869. Zur „Gesamtorganisation der deutschen Juden“ vgl. Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. 2: D–H, Nachdruck der 1. Aufl., Königstein 1982, Sp. 1045–1050. Zum PLV vgl. Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. 4/1: Me–R, Nachdruck der 1. Aufl., Königstein 1982, Sp. 1117–1119. Zum Verband Bayerischer Israelitischer Gemeinden vgl. Jüdisches Lexikon, Bd. 4/2, Sp. 1165 f. In Preußen waren 1925 rund 404.000 Juden ansässig, gefolgt von Bayern mit 49.100 Juden. In Berlin lebten 172.700 Juden. Damit war der prozentuale Anteil an Juden in der Gesamtbevölkerung in Berlin wesentlich höher als in den anderen der insgesamt 13 Provinzen Preußens. 1925 lag dieser bei 4,3 Prozent, in Preußen insgesamt bei 1,1 Prozent. Höhere Werte erreichten einzig Hessen mit 1,5 Prozent sowie Hamburg mit 1,8 Prozent jüdischem Bevölkerungsanteil; vgl. Esra Bennathan, Die demographische und wirtschaftliche Struktur der Juden, in: Werner Mosse (Hrsg.), Entscheidungsjahr

matische Sichtung und später auch Sammlung von Thorarollen und -schmuck einsetzen. Sein letzter stellvertretender Generalsekretär schrieb 1981 die Geschichte des Verbands nieder,⁴ den die Forschung zur Geschichte der Juden in Preußen ansonsten meist ausklammerte, vielleicht auch, weil sie sich vornehmlich auf die Zeit vor 1918 und somit auf Preußen als Königreich konzentrierte.⁵

Die Gründung des Preußischen Landesverbands war nicht zuletzt auf demografische Entwicklungen zurückzuführen. Um 1815 lebten 124.000 Juden in Preußen, davon eine kleine Minderheit (0,64 Prozent) in Brandenburg und Berlin.⁶ Rund 100 Jahre später war ein Drittel der Juden Preußens in Berlin ansässig.⁷ An den Zahlen zeigt sich, dass sich die jüdische Bevölkerung zusehends in der Großstadt konzentrierte. Dies wiederum führte zu einem Anwachsen bedürftiger Gemeinden außerhalb Berlins. Staatliche Beihilfen waren für sie kaum zu erhalten. Auch angesichts dieser Situation rief der Vorstand der Berliner Jüdischen Gemeinde 1922 zur Gründung des Preußischen Landesverbands auf, um jüdische Interessen dem Staat gegenüber deutlicher vertreten zu können. Alle in Preußen gelegenen Gemeinden konnten freiwillig Mitglied werden.⁸ Ein Jahr nach seiner Gründung repräsentierte der Verband mit Sitz in Berlin zwar rund 96 Prozent der jüdischen Bevölkerung Preußens, galt aber dennoch offiziell nicht als der Vertreter der gesamten Juden Preußens, da noch rund drei Prozent im Preußischen Landesverband gesetzestreuer Synagogengemeinden (Halberstädter Bund) organisiert waren.⁹ Im zentralen Gremium des PLV, dem Verbandstag, hatte die jüdische Ge-

1932. Zur Judenfrage in der Endphase der Weimarer Republik, Tübingen 1965, S. 87–131, hier S. 90.

⁴ Vgl. Max P. Birnbaum, *Staat und Synagoge 1918–1938. Eine Geschichte des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden (1918–1938)*, Tübingen 1981.

⁵ Vgl. Selma Stern, *Der Preußische Staat und die Juden*, Berlin 1925; Albert Bruer, *Geschichte der Juden in Preußen 1750–1820*, Frankfurt a. M./New York 1991; Erika Herzfeld, *Juden in Brandenburg-Preußen. Beiträge zu ihrer Geschichte im 17. und 18. Jahrhundert*, Teetz 2001, und Marion Schulte, *Über die bürgerlichen Verhältnisse der Juden in Preußen. Ziele und Motive der Reformzeit (1787–1812)*, Berlin 2014. Zeitlich darüber hinausgehend, u. a. auch bis 1945, vgl. Katja Schmidt, *Die Entwicklung der Jüdischen Religionsgesellschaft zu einer Körperschaft des öffentlichen Rechts in der Zeit von 1671 bis 1918 in Preußen unter besonderer Würdigung der Berliner Verhältnisse*, Berlin 2006; Michael Brocke/Margret Heitmann/Harald Lordick (Hrsg.), *Zur Geschichte und Kultur der Juden in Ost- und Westpreußen*, Hildesheim/Zürich/New York 2000, und *Juden in Preußen. Ein Kapitel deutscher Geschichte*, Offizieller Katalog der Ausstellung „Juden in Preußen“, hrsg. vom Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz, Berlin 1981.

⁶ Vgl. Ernst G. Lowenthal, *Juden in Preussen. Ein biographisches Verzeichnis*, Berlin 1981, S. 6, mit Bezug auf Heinrich Silbergleit, *Die Bevölkerungs- und Berufsverhältnisse der Juden im Deutschen Reich*, Bd. 1: *Freistaat Preußen*, Berlin 1930, S. 5.

⁷ Vgl. Bennathan, *Struktur der Juden*, in: Mosse (Hrsg.), *Entscheidungsjahr*, S. 90.

⁸ Vgl. *Jüdisches Lexikon*, Bd. 4/1, Sp. 1118, und *Jüdisches Lexikon*, Bd. 2, Sp. 1048. Zur Gründungstagung vgl. Birnbaum, *Staat und Synagoge*, S. 59–61.

⁹ Birnbaum gab an, bei der Gründungstagung seien 70 Prozent der Juden Preußens repräsentiert gewesen. Dies wurde wohl in einer neueren Publikation so gedeutet, dass der PLV insgesamt 70 Prozent der in Preußen ansässigen Juden vertreten habe; vgl. ebenda, und Michael Demel, *Gebrochene Normalität. Die staatskirchenrechtliche Stellung der jüdischen Gemein-*

meinde zu Berlin mit Abstand die größte Zahl der Mandate inne.¹⁰ Auch zahlte sie über die Hälfte der Steuern, die beim Landesverband eingingen.¹¹ Weitere Organe neben dem Verbandstag waren der Rat und die Ausschüsse. Der Rat fungierte als Oberhaus und Exekutive. Ein Verbandsbeschluss konnte nur durch Zustimmung sowohl des Rats als auch des Verbandstags erzielt werden.¹²

Die Zwecksetzung des Verbands war die Zusammenfassung der Synagogengemeinden zur Wahrung ihrer Interessen.¹³ Dazu gehörte spätestens seit 1926 auch der Schutz jüdischer Altertümer, der angesichts der schrumpfenden Gemeinden auf dem Land dringend erforderlich schien. Da einige Objekte bereits ins Ausland „verschleudert“ worden waren, beschlossen die Delegierten des Verbandstags, darauf einzuwirken, dass die Gemeinden „nichts von den Sakralaltertümern wie z. B. Thorarollen, Leuchter, wertvolle Schriften und Bücher, Wimpeln u.dgl.“ ohne Zustimmung verkauften.¹⁴ Außerdem sollte eine historische Kommission mit Vertretern aus den Provinzen gegründet werden sowie eine Inventarisierung der jüdischen Altertümer, Kunstgegenstände und Archivalien erfolgen. Als positive Referenz galt hierbei die Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler in Frankfurt,¹⁵ die vorschlug, zur umfassenden Erfassung jüdischer Kunstdenkmäler auf Fragebogen zurückzugreifen.¹⁶

Im Landesverband wurde ein Ausschuss zur Erhaltung jüdischer Kunstdenkmäler gegründet, dessen Mitglieder aus den verschiedenen preußischen Provinzen stammten und erstmals im September 1928 tagten. Beabsichtigt wurde, die jüdische Öffentlichkeit über den Wert dieser Altertümer und Kunstdenkmäler zu informieren. Zunächst war die Erstellung und Publikation einer umfangreichen Bestandsaufnahme geplant, wobei eine enge Zusammenarbeit mit der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler und dem Gesamtarchiv der deutschen

den in Deutschland, Tübingen 2011, S. 129. Vgl. Jüdisches Jahrbuch für Groß-Berlin. Ein Wegweiser durch die jüdischen Einrichtungen und Organisationen Berlins 1926, S. 125–127.

¹⁰ Aus der Wahlkreiseinteilung geht hervor, dass Groß-Berlin über 53 Mandate verfügte, gefolgt von den Wahlkreisen Frankfurt a. M., der Rheinprovinz und Breslau mit je zehn Mandaten; vgl. Verwaltungsblatt des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 3/1924, S. 1, und Verwaltungsblatt des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 6/1925, S. 1.

¹¹ Stenographischer Bericht der fünften Verbandstagung des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 03.–04.02.1929, in: Verwaltungsblatt des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 2/1929, S. 29.

¹² Die laufenden Geschäfte führte ein engerer Rat; vgl. Birnbaum, Staat und Synagoge, S. 66–68 und S. 85–87, sowie Geschäftsordnung für den Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, o. O. o. J., § 2 und § 12.

¹³ Vgl. Jüdisches Lexikon, Bd. 4/1, Sp. 1118.

¹⁴ Abg. Dr. Kober, Stenographischer Bericht der zweiten Verbandstagung des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 21.–23.11.1926, in: Verwaltungsblatt des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 3/1927, S. 42.

¹⁵ Beschlüsse des Verbandstages, in: Ebenda, S. 53.

¹⁶ Vgl. Katharina Rauschenberger, Jüdische Tradition im Kaiserreich und in der Weimarer Republik. Zur Geschichte des jüdischen Museumswesens in Deutschland, Hannover 2002, S. 77–79 und S. 82, sowie Jens Hoppe, Jüdische Geschichte und Kultur in Museen. Zur nicht-jüdischen Museologie des Jüdischen in Deutschland, Münster u. a. 2002, S. 304 f.

Juden erfolgen sollte.¹⁷ Letzteres unterstützte der Preußische Landesverband finanziell maßgeblich.¹⁸ Der Ausschuss erhob über einen ausführlichen Fragebogen sowohl Daten zu vorhandenen Synagogen und Friedhöfen als auch detailliert zu einzelnen Objekten, darunter Thorarollen und ihr Zubehör. Relevant waren neben Kultgegenständen der Gemeinden auch Materialien in Privatbesitz oder in öffentlichen Sammlungen.¹⁹

Über die Ergebnisse der Befragung, die fünf Aktenbände umfassten, berichtete der Kustos des Museums Jüdischer Altertümer Erich Toeplitz auf Veranlassung des Landesverbands summarisch. Obwohl die Methodik der Erfassung durchaus ihre Herausforderungen mit sich brachte, unterstrich er, dass nur durch das Engagement des Landesverbands eine solche Datenerhebung überhaupt möglich gewesen sei.²⁰ Auf der Sitzung der Reichsarbeitsgemeinschaft der jüdischen Landesverbände – hier führte der Präsident des Preußischen Landesverbands den Vorsitz – wurden die Bemühungen zur Erhaltung jüdischer Kunstdenkmäler begrüßt; zugleich strebte man ein einheitliches Vorgehen an. Die einzelnen Landesverbände wollten die vorhandenen Kunstschatze inventarisieren und die Resultate an den Preußischen Landesverband schicken, der die Bearbeitung übernahm.²¹ Die schlechte wirtschaftliche Situation verhinderte jedoch eine detaillierte Auswertung des Materials.²²

III. Nach 1933: Bewahrung und Verfolgung

Vor allem in Folge der Machtübernahme der Nationalsozialisten lösten sich kleinere Gemeinden immer häufiger auf. Zugleich wuchs das Gebiet, für das der Preußische Landesverband zuständig war, stetig, da sich ihm sukzessive weitere Verbän-

¹⁷ Aus der Tätigkeit des Rates und der Ausschüsse seit dem letzten Verbandstag, in: Verwaltungsblatt des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 3/1928, S. 3.

¹⁸ Der PLV war neben der Großloge des Unabhängigen Ordens Bne Briss, der Berliner Jüdischen Gemeinde und dem Deutsch-Israelitischen Gemeindebund einer der Hauptgeldgeber; vgl. Geschäftsbericht, in: Mitteilungen des Gesamtarchivs der Deutschen Juden 6 (1926), S. 114–122, hier S. 115. Im Rechnungsjahr 1927/28 erhielt das Gesamtarchiv vom PLV 5.000 Reichsmark (RM). Ähnliche Zahlen auch in den folgenden Jahren; vgl. Vorschlag für das Rechnungsjahr 1927/28 des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, in: Verwaltungsblatt des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 4/1927, S. 9.

¹⁹ Einige partiell ausgefüllte Fragebogen des Ausschusses zur Erhaltung jüdischer Kunstdenkmäler finden sich im Centrum Judaicum Archiv (künftig: CJA), 1 B Be 2, Nr. 9, #9560.

²⁰ Vgl. den zweiteiligen Beitrag von Erich Toeplitz, Jüdische Kunstdenkmäler in Preußen, in: Notizblatt der Gesellschaft zur Erforschung Jüdischer Kunstdenkmäler zu Frankfurt a. M. 25/1929, S. 1–12, und 26/1929, S. 3–14. Zu Toeplitz vgl. Rauschenberger, Tradition, S. 77–79.

²¹ Aus der Tätigkeit des Rates und der Ausschüsse in der Zeit von Dezember 1928 bis Februar 1929, in: Verwaltungsblatt des preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 3/1929, S. 3. Zu den Landesverbänden vgl. Otto Dov Kulka (Hrsg.), Deutsches Judentum unter dem Nationalsozialismus, Bd. 1: Dokumente zur Geschichte der Reichsvertretung der deutschen Juden 1933–1939, Tübingen 1998, S. 501 f.

²² Vgl. Birnbaum, Staat und Synagoge, S. 206 f.

de anschlossen. Mit Ausnahme Hamburgs war im Frühjahr 1936 ganz Nord- und Mitteldeutschland im Verband vertreten.²³ Derweil wurden zwischen 1933 und 1937 rund 70 Gemeinden aufgelöst, vor allem in den Provinzen Hessen-Nassau sowie im Rheinland.²⁴ Die Frage nach dem Verbleib der beweglichen Kultgüter erlangte in diesem Zusammenhang noch einmal zusätzliche Relevanz. 1933 wandte sich der Verband an alle Mitgliedsgemeinden, um auf die Bewahrung von Kulturgut durch das Gesamtarchiv aufmerksam zu machen. Gerade angesichts der Auflösung kleiner Gemeinden drohte die Sicherung vorhandener Werte oftmals vernachlässigt zu werden. Das Gesamtarchiv könne einschlägige Akten, aber auch „kultisch und kulturell wichtige Gegenstände“ aufnehmen. Unter Umständen sei es auch möglich, Transportkosten zu übernehmen. Dabei bezog man sich explizit auf „wertvolle Kultgegenstände“.²⁵ Das Gesamtarchiv würde die Dinge verwahren, gegebenenfalls auch unter Beibehaltung des Eigentumsrechts der jeweiligen Gemeinden. Sie konnten auch an das Berliner Jüdische Museum in der Oranienburger Straße weitergeleitet werden.²⁶

Ein ähnliches Vorgehen erfolgte in der Provinz Hessen-Nassau. In Frankfurt war 1922 aus der Gesellschaft zur Erforschung jüdischer Kunstdenkmäler das Museum Jüdischer Altertümer hervorgegangen. Dessen Kustos unterstrich die Bedeutung des demografischen Wandels für die Museumsarbeit:

„Durch die Abwanderung der Juden aus kleineren Gemeinden und die dadurch hervorgerufene Auflösung mancher Gemeinden erwächst dem jüdischen Museum eine alte Aufgabe mit neuer, dringlicher Intensität. Den ‚Synagogenschatz‘ solcher Gemeinden zu verwahren, ihn vor Verschleuderung oder Einschmelzung zu schützen, durch fachliche Pflege und Wiederherstellung zu erhalten, ist eine überall mit Nachdruck geforderte Arbeit des jüdischen Konservators.“²⁷

²³ Vgl. Tätigkeitsbericht für 1936, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 2/1937, S. 4, und Die Tagung des großen Rates des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 19. April 1936, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 5/1936, S. 3.

²⁴ Leo Baeck Institute (künftig: LBI), Reichsvertretung der Deutschen Juden Collection, LBIJER 555, 1, 5, Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1938, S. 18–20. Bereits bei den Wahlen zum ersten Verbandstag des PLV waren die Rheinprovinz, Hessen-Nassau sowie die Städte Köln und Frankfurt als Wahlkreise vertreten; vgl. Die Wahlkreiseinteilung, in: Verwaltungsblatt des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 3/1924, S. 1.

²⁵ Das Schreiben des PLV an die Mitgliedsgemeinden vom 4.4.1933 ist abgedruckt in: Ina Lorenz/Jörg Berkemann, Die Hamburger Juden im NS-Staat 1933 bis 1938/39, Bd. 4: Dokumente, Göttingen 2016, 326 f., Zitat S. 326.

²⁶ Vgl. ebenda und Jacobson an Ludwig Fliess, 24.1.1936, in: Lorenz/Berkemann, Hamburger Juden, Bd. 4, S. 262.

²⁷ Hermann Gundersheimer, Bedeutung und Aufgaben des Museums jüdischer Altertümer, in: Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt. Amtliches Organ der Israelitischen Gemeinde 8/1934, S. 314 f.

Das Museum erhielt auf diese Weise zahlreiche Objekte aufgelöster Gemeinden, so dass die Sammlung erheblich ausgebaut werden konnte.²⁸ In Frankfurt wurde bei einer Sitzung der Gemeindevertretung ebenfalls über die Errichtung einer Denkmalschutzstelle beraten, die das Inventar aus den Synagogen aufgelöster Gemeinden verwalten sollte. Die Kosten waren vom Gesamtarchiv, dem Preußischen Landesverband und von der Jüdischen Gemeinde Frankfurt zu tragen.²⁹

Inzwischen war aus der Arbeitsgemeinschaft der Landesverbände heraus 1932/33 eine Reichsvertretung der deutschen Juden entstanden. Als 1935 die Nürnberger Rassegesetze eine strikte Grenze zwischen Deutschen und Juden zogen, erschien dieser Name nicht mehr tragbar und eine Umbenennung in Reichsvertretung der Juden in Deutschland erfolgte.³⁰ Sie arbeitete mit dem PLV zusammen. So übernahmen sie 1935 gemeinsam mit der Berliner Jüdischen Gemeinde die Trägerschaft des Gesamtarchivs. Aus den Sammlungsaufufen des dortigen Archivleiters Jacob Jacobson Mitte der 1930er Jahre wird ersichtlich, dass dieser verstärkt einen personengeschichtlichen Zugang verfolgte. Sein Bestreben zur Bewahrung jüdischer Archivalien war ebenfalls geprägt von den Nürnberger Gesetzen. In der ersten Verordnung zum Reichsbürgergesetz wurde so unter anderem festgelegt, dass Jude sei, wer drei „volljüdische“ Großeltern aufweise.³¹ Für Personenstandsnachweise im Sinne dieser Gesetzgebung war die historische Forschung von besonderer Relevanz. Als Folge der neuen Gesetze, so schrieb Jacobson, „haben unzählig viele die Früchte der stillen und emsigen Sammeltätigkeit des Gesamtarchivs genießen können“.³² Die Unterstützung dieser Arbeit liege daher im allgemeinen Interesse. Neben Akten sah Jacobson auch Grabinschriften, Widmungen in Büchern und insbesondere Thorawimpel als einschlägige Quellen an. Das Gesamtarchiv verwahrte Tausende dieser Wimpel, darunter beispielsweise

²⁸ Vgl. Rauschenberger, *Tradition*, S. 90; Was übrig blieb. Das Museum jüdischer Altertümer in Frankfurt 1922–1938, hrsg. im Auftrag des Dezernats für Kultur und Freizeit vom Jüdischen Museum Frankfurt, Frankfurt a. M. 1988, und Bernhard Purin, *Dinge ohne Erinnerung. Anmerkungen zum schwierigen Umgang mit jüdischen Kult- und Ritualobjekten zwischen Markt und Museum*, in: *Österreichische Zeitschrift für Volkskunde* 96 (1993), S. 147–166, hier S. 154.

²⁹ Vgl. Aus den Gemeinden. Frankfurt a. M., in: *Central-Verein-Zeitung* 29/1937, S. 4, und I. Meyer, *Aus der Gemeindevertretung. Sitzung vom 7. Juli 1937*, in: *Jüdisches Gemeindeblatt für die Israelitische Gemeinde zu Frankfurt am Main* 11/1937, S. 13 f.

³⁰ Vgl. Kulka (Hrsg.), *Geschichte der Reichsvertretung*, Bd. 1, S. 70–72, S. 233 f. und S. 501; S. Adler-Rudel, *Jüdische Selbsthilfe unter dem Naziregime 1933–1939. Im Spiegel der Berichte der Reichsvertretung der Juden in Deutschland*, Tübingen 1974, S. 14 f., und Hans-Erich Fabian, *Zur Entstehung der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“*, in: Herbert A. Strauss/Kurt R. Grossmann (Hrsg.), *Gegenwart im Rückblick. Festgabe für die Jüdische Gemeinde zu Berlin. 25 Jahre nach dem Neubeginn*, Heidelberg 1970, S. 165–179, hier S. 167 f.

³¹ Erste Verordnung zum Reichsbürgergesetz, 14.11.1935, in: *Reichsgesetzblatt* (künftig: RGBl.) I/1935, S. 1333, § 5.1.

³² Jacob Jacobson, *30 Jahre Gesamtarchiv*, in: *Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens* 11/1935, S. 4 f.

Stücke aus Bleicherode im Harz von 1636.³³ Diese in vier Streifen geschnittenen und zusammengenähten Beschneidungswindeln wurden kunstvoll gestaltet und mit Namen und Geburtsdatum versehen. Als genealogische Quelle können sie Auskunft über die ehemaligen Besitzer geben.³⁴ Wie sich schon 1935 andeutete, waren solche genealogischen Quellen für Personenstandsnachweise unumgänglich; daher wurden die diesbezüglichen Akten nach dem 9. November 1938 vom Reichssippenamt übernommen.³⁵

Thorarollen und andere Kultgegenstände waren für das Gesamtarchiv vor allem dann relevant, wenn es sich um bedeutende Stücke handelte. Dem Archiv sollten laut Aufforderung des Landesverbands Fotografien derselben zukommen. Ebenfalls bat man darum, auf die Existenz von Urkunden, Bildwerken und Kultgeräten in öffentlichen Sammlungen, Archiven und in Privatbesitz hinzuweisen.³⁶ Auch das Jüdische Museum in der Oranienburger Straße war Abnehmer für Objekte aus aufgelösten Gemeinden. Das Museum hatte dafür „eine Stelle geschaffen, wo alle diese Gegenstände sachkundige Betreuung“ fanden.³⁷ In relativ kurzer Zeit erreichte das Museum eine Vielzahl von Objekten, so dass im März 1938 die Ausstellung „Aus kleinen jüdischen Gemeinden“ auch mit Materialien aus dem Gesamtarchiv eröffnet werden konnte. Der Kunstkritiker Max Osborn hielt fest, dass sich das Kunsthandwerk in der Ausstellung durch „Schönheit und Feinheit“ auszeichnete, und sah das Berliner Museum als ihre „Zufluchtsstätte“ an.³⁸ Ähnlich gestaltete sich eine Ausstellung im Museum Jüdischer Altertümer in Frankfurt, in der Judaika der Umgebung Frankfurts ausgestellt wurden, die die Denkmalschutzstelle des Preußischen Landesverbands zusammengetragen hatte.³⁹

Doch während einerseits der Verbleib des historisch einmaligen Kulturguts und des Aktenmaterials geklärt wurde, stellte sich andererseits die Frage nach dem grundsätzlichen Umgang mit dem verbleibenden Vermögen immer dringlicher. Dies hatte letztlich auch finanzielle Gründe: Während im Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1931/32 noch Staatsbeihilfen von 330.000 RM und 1932/33 von

³³ Vgl. ebenda, und Jacob Jacobson, Schützt euer Archivgut!, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogen-Gemeinden in Preussen und Norddeutschland 9/1938, S. 6 f.

³⁴ Noch heute sind diese Thorawimpel eine wichtige historische Quelle; vgl. Frowald Gil Hüttenmeister, Die Genisot als Geschichtsquelle, in: Monika Richarz/Reinhard Rürup (Hrsg.), Jüdisches Leben auf dem Lande. Studien zur deutsch-jüdischen Geschichte, Tübingen 1997, S. 207–218, hier S. 212.

³⁵ Vgl. Peter Honigmann, Gesamtarchiv der deutschen Juden, in: Dan Diner (Hrsg.), Enzyklopädie jüdischer Geschichte und Kultur, Bd. 2, Stuttgart/Weimar 2012, S. 434–437.

³⁶ LBI, Reichsvertretung der Deutschen Juden Collection, LBIJER 555, 1, 9, Rundschreiben des PLV, Betr. Verkauf von Synagogen u. ä., 15.4.1936. Vgl. Erhaltung der Denkmäler jüdischer Vergangenheit, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 5/1936, S. 10.

³⁷ Max Osborn, Aus kleinen jüdischen Gemeinden, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogen-Gemeinden in Preussen und Norddeutschland 6/1938, S. 3 f.

³⁸ Ebenda. Vgl. auch Max Osborn, Aus kleinen jüdischen Gemeinden, in: Gemeindeblatt der jüdischen Gemeinde zu Berlin 19/1938, S. 7.

³⁹ Vgl. Aus dem Museum jüdischer Altertümer, in: Frankfurter Israelitisches Gemeindeblatt. Amtliches Organ der Israelitischen Gemeinde 7/1938, S. 10.

225.000 RM aufgeführt waren, fehlten diese nach der Machtübernahme Hitlers gänzlich.⁴⁰ Mit Blick auf diese missliche Situation betonte der Finanzdezernent des Verbands, dass unter anderem eine Inventarisierung des Gemeindevermögens vonnöten sei, damit beim Erlöschen einzelner Gemeinden keine Werte verloren gingen.⁴¹ In diesem Sinne lässt sich auch die Ergänzung der Normalstatuten für Mittel- und Kleingemeinden hinsichtlich des Umgangs mit ihrem Vermögen verstehen. Festgehalten wurde nun explizit, dass das bewegliche und unbewegliche Vermögen einer aufgelösten Gemeinde dem Preußischen Landesverband zukomme. Dies gelte nur dann nicht, wenn die Gemeinde sich einer anderen Synagogengemeinde angeschlossen hätte.⁴²

An den Kultgegenständen sich auflösender Gemeinden bekundeten auch andere Institutionen Interesse. Die Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums⁴³ hatte in der jüdischen Presse Anzeigen für die Übernahme von Thorarollen für die Abgabe im In- und Ausland, vor allem für die Jugend-*Alijah* (also die Emigration Jugendlicher nach Palästina), geschaltet und diesbezüglich aktiv einzelne Gemeinden kontaktiert.⁴⁴ Auch der Preußische Landesverband veröffentlichte in seinem Gemeindeblatt den Aufruf: „Liefert entbehrlich gewordene Kultgegenstände ab!“ Aus Palästina und anderen Ländern, in denen deutsche Juden Zuflucht suchten, würden täglich Bitten für die Übergabe von Thorarollen und anderen Kultgegenständen für die Durchführung von Gottesdiensten laut. Die Mitglieder des Landesverbands wurden daher gebeten, entbehrliche Objekte für die Ausgewanderten zur Verfügung zu stellen.⁴⁵ Der Landesverband wandte sich zudem an die Gemeinden, machte sie auf den Aufruf aufmerksam und bat um baldige Mitteilung, ob Thorarollen oder sonstige Kultgegenstände vorhanden seien.⁴⁶ Rückmeldungen blieben nicht aus, aber der Zustand der Gegenstände war mitunter äußerst dürftig. So hielt der Oberrat der Israelitischen Landesgemeinde Mecklenburg, Max Samuel, fest: „Die Sachen sind so schlecht

⁴⁰ Vgl. Haushaltsplan des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden für das Rechnungsjahr 1931/32, in: Verwaltungsblatt des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 4/1931, S. 6; Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1932/33, in: Verwaltungsblatt des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 3/1932, S. 12, und Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1933/34, in: Verwaltungsblatt des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 1/1934, S. 16.

⁴¹ Vgl. Tagung des großen Rates des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 4/1935, S. 8 f.

⁴² Vgl. Normalstatut, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 11/1935, S. 10.

⁴³ Die Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums wurde 1885 gegründet. Sie unterstützte die Einrichtung einer Gesamtorganisation des deutschen Judentums nicht; vgl. Jüdisches Lexikon, Bd. 2, Sp. 785.

⁴⁴ Landeshauptarchiv Schwerin (künftig: LHAS), 10.72-1 Israelitischer Oberrat, Bl. 37, Freie Vereinigung für die Interessen des orthodoxen Judentums an Max Samuel, 21.1.1936.

⁴⁵ Vgl. Liefert entbehrlich gewordene Kultgegenstände ab!, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 2/1936, S. 10.

⁴⁶ LHAS, 10.72-1 Israelitischer Oberrat, Bl. 41, PLV an Max Samuel, 18.2.1936.

und morsch durch das Alter der Zeit, dass es sich kaum lohnen würde, [sie] herüber zu schicken.“⁴⁷

Inzwischen war es entgegen den Anweisungen des PLV wiederholt zu Synagogenverkäufen gekommen, so dass eine stärkere Reglementierung geboten erschien. Dementsprechend erwog der Landesverband, die Kultusgegenstände einer „Zentralstelle, d.h. dem Landesverband“ zu überstellen. Der Verteilung des Gemeindegüter durch Privatvereine stand er ablehnend gegenüber.⁴⁸ In Folge diskutierte die Ratstagung über die Bergung von Judaika und Archivalien der sich auflösenden Gemeinden.⁴⁹ Festlegungen dazu fanden sich in den kurz darauf versandten „Richtlinien für die Vermögensverwaltung in den kleinen und mittleren Gemeinden“, die insbesondere als Handreichung für die allgemeine Verwaltungstätigkeit sowie die Auflösung von Gemeinden gedacht waren. Erneut unterstrich der Verband darin mit Nachdruck, es sei „unzulässig“, dass das Gemeindevermögen von „zufällig noch vorhandenen Gemeindegliedern“ in Verwahrung genommen oder unter den verbleibenden Mitgliedern aufgeteilt werde. Dies galt auch explizit für Kult- und Einrichtungsgegenstände. Diese seien an Sammelstellen abzugeben, über die alsbald informiert werde.⁵⁰ Zudem wurde die Vergabe der Thorarollen ins Ausland geplant. Über den Rabbiner Emil Nathan Levy in Tel Aviv, der vormals Mitglied des Rats im Verband war,⁵¹ liefen die Planungen, im Namen des PLV in Palästina ein Komitee zur Verteilung der Kultusgegenstände zu begründen. Levy, der im *Ichud* aktiv war, bot seine Institution als zentrale Instanz zur Verteilung an.⁵²

Die Sammlung von Thorarollen durch den Preußischen Landesverband wurde ab Ende 1936 weiter systematisiert. Voll- und Teilliquidationen von Gemeinden mussten immer öfter durchgeführt werden, und es war offensichtlich, dass hier

⁴⁷ LHAS, 10.72-1 Israelitischer Oberrat, Bl. 40, Oberrat der Israelitischen Landesgemeinde Mecklenburg an PLV, 19.2.1936, und LHAS, 10.72-1 Israelitischer Oberrat, Bl. 30, Oberrat der Israelitischen Landesgemeinde Mecklenburg an PLV, 6.7.1936.

⁴⁸ Central Zionist Archives (künftig: CZA), A142886-26 PLV, Rundschreiben betr. Verkauf von Synagogen u. ä., 15.4.1936.

⁴⁹ Vgl. Die Tagung des großen Rates des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, 19.4.1936, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 5/1936, S. 3 f.

⁵⁰ CZA, A142886-4, PLV, Richtlinien für die Vermögensverwaltung in den kleinen und mittleren Gemeinden, 20.5.1936; Hervorhebung im Original.

⁵¹ Als Levy 1934 nach Palästina emigrierte, sprach bei seiner Abschiedsfeier Rechtsanwalt Alfred Klee als stellvertretender Präsident des Rats im Preußischen Landesverband; vgl. Abschiedsfeier für Rabbiner Dr. Emil Levy-Berlin, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 8/1934, S. 9, und Tagung des Großen Rats des Preußischen Landesverbandes, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 5/1934, S. 13. Der Beitrag zeigt, dass sich Klee schon 1934 für die Aufrechterhaltung und finanzielle Unterstützung leistungsschwacher Gemeinden einsetzte.

⁵² CZA, A142882-36, Emil Nathan Levy an Alfred Klee, 14.6.1936. Der „Ichud“ war als liberale Gemeinde 1934 in Tel Aviv gegründet worden; vgl. Katharina Hoba, Generation im Übergang. Behemutungprozesse deutscher Juden in Israel, Köln/Weimar/Wien 2017, S. 206, und Christian Kraft, Aschkenas in Jerusalem. Die religiösen Institutionen der Einwanderer aus Deutschland im Jerusalemer Stadtviertel Rechavia (1933–2004), Göttingen 2014, S. 232.

zwangsweise ein Schwerpunkt der künftigen Tätigkeit liegen würde. Daher wurde eine Sonderabteilung für Vermögensverwaltung ins Leben gerufen, die unter der Leitung Hermann Schildbergers stand.⁵³ Schildberger war vor allem als Syndikus des Landesverbands bekannt, erledigte aber auch die Sachbearbeitung unter anderem für die Präsidialgeschäfte und das Rechtsdezernat und zeichnete für die technische Durchführung des Bürobetriebs verantwortlich.⁵⁴ Die neu etablierte Sonderabteilung stützte sich auf über 30 Bezirksbeauftragte für die Vermögensverwaltung,⁵⁵ die sich nach Schildbergers Anweisungen gleichfalls um den Verbleib der Kultgegenstände kümmerten. Er riet ihnen eine regelmäßige Kontrolle nicht mehr besuchter Synagogen an und schrieb Verfahrensweisen zur Verwaltung und Verwertung des Synagogeninventars fest. Dieses sollte bei Verkauf der Synagoge an die entsprechende Depotstelle versandt beziehungsweise im schadhafte Zustand nach religionsgesetzlichen Maßnahmen ausgesondert werden.

In diesem Zusammenhang wurden Sammelstellen für Thorarollen und „Kle Kodesch“, also Thoraschmuck,⁵⁶ eingerichtet. Durchaus sollte auch weiteres Inventar wie Vorhänge, Namenstafeln oder Spendenbüchsen verwahrt werden, ebenso wie Leichenwagen und Sargdecken.⁵⁷ Schildberger wies die Sammelstellen an, Güter nur durch die Beauftragten des Landesverbands entgegenzunehmen.⁵⁸ Wenn eine Abgabe von anderer Seite erfolgte, musste dies gemeldet und das Einverständnis des Bezirksbeauftragten eingeholt werden. Dabei war es den Gemeinden möglich, die Gegenstände ausschließlich zur Aufbewahrung zu übergeben, doch sollten die Sammelstellen darauf hinwirken, eine bedingungslose Übergabe zu erreichen. Ebenso galt es, die Richtlinien für die Aufbewahrung zu beachten: Thorarollen waren stehend unterzubringen, bestenfalls in einem Thoraschrein. Die *Schofarot*, für religiöse Zwecke genutzte Musikinstrumente aus Widderhorn, waren „besonders pfleglich“ zu behandeln. Sie mussten für den Erhalt gelüftet und mit Essig gereinigt werden. War diese Tätigkeit zu aufwendig, konnte sie nach Übergabe der Objekte durch den Landesverband übernommen werden. Wesentlich war zudem die Einrichtung einer Kartei, die in doppelter Ausführung – sowohl für die Sammelstelle als auch den Landesverband – zu erstellen war. Einzig

⁵³ Vgl. Birnbaum, Staat und Synagoge, S. 254. Spätestens für Juni 1936 lässt sich eine Beschäftigung Schildbergers mit der Vermögensverwaltung kleinerer Gemeinden aufzeigen; vgl. Verbandstag der Synagogengemeinden Niederschlesiens, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 6/1936, S. 10.

⁵⁴ Vgl. Ein Gang durch die Abteilungen des Landesverbandes, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 7/1935, S. 13.

⁵⁵ Eine namentliche Liste findet sich hier: Beauftragte für Vermögensverwaltung, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 3/1937, S. 8.

⁵⁶ Der Thoraschmuck oder auch „Kle Kodesch“ (Heiliges Gerät) dient zum Schmuck und Schutz der Thora. Dazu zählen Thoraufsätze, Krone, Mantel, Schild, Wimpel und Zeiger; vgl. Jüdisches Lexikon, Bd. 4/2, Sp. 984–989.

⁵⁷ CZA, A142886-37/43, PLV, Schildberger, Vermögensverwaltung der Kleingemeinden, 12.11.1936.

⁵⁸ Hierzu und zum Folgenden CZA, A142886-44, Schildberger an die Sammelstellen des PLV für Thorarollen und „Kle Kodesch“, 10.12.1936.

der PLV sollte über die gesammelten Stücke verfügen, nahm aber Vorschläge der Sammelstellen auf.

Auf der Tagung des Großen Rats im Januar 1937 erstattete Schildberger über die Sonderabteilung Vermögensverwaltung Bericht. Sechs Voll- und 20 Teilliquidationen seien bereits durchgeführt worden, 50 Fälle befänden sich in Bearbeitung. Er unterstrich erneut das Ziel der Sammelstellen: Ihre Aufgabe sei es nicht nur, durch eine systematische und zentrale Erfassung Verluste zu verhindern, sondern auch eine Doppel- oder Fehlbelieferung der Gemeinden außerhalb Deutschlands insbesondere in Palästina auszuschließen.⁵⁹ Insgesamt zwölf Sammelstellen waren im Verband eingerichtet worden.⁶⁰ Die Kosten für die Einrichtung der Depots für Synagogeninventar waren für die Rechnungsjahre 1937 und 1938 mit je 1.500 RM veranschlagt.⁶¹ Eine „Zentralsammelstelle“ des PLV soll sich laut einem Schreiben des Reichsbunds jüdischer Frontsoldaten in der Johannisstraße 16 in Berlin befunden haben.⁶² Dort stand die Synagoge der Jüdischen Reformgemeinde, die ebenfalls Mitglied des Verbands war.⁶³ Nur ein paar Häuser weiter, in der Johannisstraße 8 saß ab dem 1. Juni 1938 die Religiöse Auswanderer-Betreuung der 1912 gegründeten, orthodox ausgerichteten *Agudas Jisroel*, die religiöse Emigranten unabhängig von politischen Fragen im Ausland unter-

⁵⁹ Vgl. Tagung des Großen Rates des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 2/1937, S. 4, und Tätigkeitsbericht für 1936, in: Ebenda, S. 5.

⁶⁰ Die Sammelstellen befanden sich in Ostpreußen (Königsberg), in der Grenzmark (Scheidemühl), in Pommern (Stettin), in Nieder- und Oberschlesien (Breslau), in Mecklenburg (Rostock), Sachsen und Thüringen (Erfurt), in der Provinz Hannover und im Freistaat Braunschweig (Hannover), in Westfalen und Lippe (Bielefeld), im Regierungsbezirk Kassel (Kassel), in der Rheinprovinz, im Saargebiet und in Oldenburg-Birkenfeld (Köln); vgl. Amtlicher Teil, in: Gemeindeblatt für die jüdischen Gemeinden Preußens 3/1937, S. 8.

⁶¹ CZA, A142884-168/169, Voranschlag des PLV für das Rechnungsjahr 1937, 18.12.1936, und CZA, A142884-186, Voranschlag des PLV für das Rechnungsjahr 1938, 10.10.1937.

⁶² Drei Thorarollen aus Lippe wurden vom Reichsbund jüdischer Frontsoldaten an die „Zentralsammelstelle“ abgegeben, während ein anderer Teil an die „Jewish Ex-Servicemen's Legion“ nach London ging; Zentralarchiv zur Erforschung der Geschichte der Juden in Deutschland, Bestand B 1/34-786, Reichsbund jüdischer Frontsoldaten an Vorstand der Synagogengemeinde Lippe, 9.9.1938.

⁶³ Mitglieder der Jüdischen Reformgemeinde hatten im Verbandstag des PLV Sitze inne, darunter Bianka Hamburger oder der Rabbiner Joseph Lehmann; vgl. Bekanntmachung betr. das Ergebnis der Wahlen zum Verbandstag des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden, in: Verwaltungsblatt des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden 1/1931, S. 1. Wählbar waren nur Personen, die einer Verbandsgemeinde angehörten; vgl. Jüdisches Lexikon, Bd. 4/1, Sp. 1118. Der Reichsvertretung der deutschen Juden gegenüber positionierte sich die Reformgemeinde hingegen 1933 kritisch. 1939 erfolgte die Eingliederung der Reformgemeinde in die Reichsvereinigung, 1940 wurde letztere auch als Eigentümerin des Grundstücks Johannisstraße eingetragen; vgl. Simone Ladwig-Winters, Freiheit und Bindung. Zur Geschichte der Jüdischen Reformgemeinde zu Berlin von den Anfängen bis zu ihrem Ende 1939, hrsg. von Peter Galliner, Teetz 2004, S. 178, S. 210 und S. 241; darin Verweis auf: Walter Simon, Reichsvertretung der deutschen Juden?, in: Mitteilungen der Jüdischen Reformgemeinde vom 15.10.1933.

stützen wollte.⁶⁴ Auch sie bat um die Übergabe von Thorarollen und sorgte für die Vermittlung von Kultgegenständen ins Ausland. So überließ die Synagogengemeinde Wetzlar auf Initiative der Auswanderer-Betreuung einer neuen jüdischen Gemeinde in Rio de Janeiro eine Thorarolle.⁶⁵

Welche symbolische Bedeutung die Fürsorge für die Thorarollen der Kleingemeinden einnahm, unterstrich Alfred Klee als „einer der glänzendsten Redner der zionistischen Bewegung“.⁶⁶ Auf einer Kundgebung des Verbands sprach er zum Thema „Unser Landesverband und die Wanderung“. Er hoffte, die gesammelten Thorarollen würden Positives bewirken und den Gemeinden im Ausland zukommen. Als beispielgebend sah er den Weg einer Thorarolle, die von der Insel Barbados nach London gelangte und von dort nach Portugal weitergereicht wurde. In expliziter Anlehnung an Theodor Herzl und seine Vision des Judenstaats postulierte er: „Gemeinden wandern, ihre Rabbiner und Lehrer mit den Thorarollen voran [...] – so soll der ewige Geist Israels neues Leben gewinnen und fortdauern für alle Zeiten!“⁶⁷

Klee bezog sich hier auf die Thorarollen der Synagoge auf Barbados. Die Insel war seinerzeit britische Kolonie; seit dem 17. Jahrhundert sollen Juden dort gelebt haben. Um 1900 allerdings zeichnete sich ein Verschwinden der Gemeinde ab, so dass vereinbart wurde, dass Synagoge und Friedhof im Zweifelsfall an die *Bevis Marks Spanish and Portuguese Synagogue* in London fallen sollten. Als schließlich 1926 mit Edmund Baeza nur noch ein praktizierender Jude auf der Insel verblieb, war ein Teil des Synagogeninventars, darunter die Thorarollen, nach *Bevis Marks* überführt worden.⁶⁸ In der portugiesischen Hafenstadt Porto (Oporto) wurde zu

⁶⁴ Vgl. Religiöse Auswanderer-Betreuung, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogengemeinde Breslau 12/1938, S. 2. Zur Gründung der Agudas Jisroel vgl. Jacob Rosenheim, Was will, was ist Agudas Jisroel? Halberstadt 1919, und Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. 1: A–C, Nachdruck der 1. Aufl., Königstein 1982, Sp. 124–131.

⁶⁵ Vgl. Vermischtes. Ritualien für Brasilien, in: Der Israelit 33/1938, S. 11; Aus dem Gemeindeamt, in: Jüdisches Gemeindeblatt und Nachrichtenblatt der Gemeindeverwaltung der Israelitischen Religionsgemeinde zu Leipzig 34/1938, S. 3, und Jüdisches Gemeindeblatt für Berlin 38/1938, S. 3.

⁶⁶ Jüdisches Lexikon. Ein enzyklopädisches Handbuch des jüdischen Wissens in vier Bänden, Bd. 3: Ib–Ma, Nachdruck der 1. Aufl., Königstein 1982, Sp. 733 f.

⁶⁷ Eine Brücke wurde geschlagen... Die Kundgebung des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden in Berlin, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogen-Gemeinden in Preussen und Norddeutschland 1/1938, S. 2. Hierin finden sich auch Unterlagen zum PLV. Klee setzte sich auch persönlich für die Überführung von Material ein; LHAS, 10.72-1 Israelitischer Oberrat, Bl. 29, Klee an Samuel, 5.5.1937, und Bl. 70, Samuel an Klee, 7.5.1937.

⁶⁸ Die Umstände auf der Insel finden sich in der Literatur unterschiedlich skizziert; vgl. Eustace M. Shilstone, Monumental Inscriptions in the Burial Ground of the Jewish Synagogue at Bridgetown, Barbados, London 1959, S. xxii f und S. xxxiv; Jacob Beller, Jews in Latin America, New York 1969, S. 96–104, und Treasures of a London Temple. A Descriptive Catalogue of the Ritual Plate, Mantles and Furniture of the Spanish and Portuguese Jew's Synagogue in Bevis Marks, zusammengestellt von Arthur G. Grimwade, London 1951, S. 29. Zur Synagoge Bevis Marks vgl. Moses Gaster, History of the Ancient Synagogue of the Spanish and Portu-

dieser Zeit durch das lokale Engagement von Barros Basta⁶⁹ und mit Förderung durch das 1926 gegründete *Portuguese Marranos Committee* eine Wiederbelebung jüdischer Traditionen der portugiesischen Marranen angestrebt.⁷⁰ Diese Bevölkerungsgruppe war religiöser Verfolgung ausgesetzt gewesen und 1497 zwangsgetauft worden. Offiziell war sie demnach katholisch, fühlte sich jedoch partiell weiterhin mit jüdischen Traditionen verbunden.⁷¹ In Porto gelangte sie zu neuer Sichtbarkeit. Mithilfe von Spenden konnte 1938 eine repräsentative Synagoge errichtet werden.⁷² Zwei aus Barbados stammende Thorarollen wurden aus London dorthin abgegeben.⁷³

Als im Januar 1938 schließlich die neu errichtete Synagoge in Porto eingeweiht wurde, reiste Alfred Klee als Vertreter des Landesverbands und der Berliner Gemeinde persönlich zur Feier. Dabei galt ihm die „hoffnungsspendende“ Synagogenweihe gleichzeitig als „Symbol für die Ewigkeit“ der jüdischen Religion. Schließlich standen gerade die Marannen für eine Rückkehr zum jüdischen Glauben trotz christlicher Unterdrückung.⁷⁴ Auch die Jüdische Gemeinde zu Berlin stiftete zur Eröffnung eine Thorarolle als Zeichen der Verbundenheit.⁷⁵ Sie stammte aus der Synagoge Heidereutergasse und wurde durch Rabbiner Jacob Freimann geweiht. In Porto fand sie mit der Gabe aus Barbados sowie mit einer Rolle aus Livorno (Italien) Verwendung.⁷⁶

guese Jews. The Cathedral Synagogue of the Jews in England, Situate in Bevis Marks, London 1901.

⁶⁹ Vgl. Cecil Roth, *A History of the Marranos*, New York 1975, S. 370–372, und Marcus Ehrenpreis, *Das Land zwischen Orient und Okzident. Spanische Reise eines Juden*, Berlin 1928, S. 90–92.

⁷⁰ Vgl. Ana Gabriela da Silva Figueiredo, *The Portuguese Marranos Committee. A Contribution to an Unknown History*, in: José Tavim u. a. (Hrsg.), *As Diásporas dos Judeus e Cristãos-Novos de Origem Ibérica entre o Mar Mediterrâneo e o Oceano Atlântico*, Lissabon 2020, S. 285–305, hier S. 291 f. Kritisch berichtete der Sohn Wilfred Samuels, der zeitweise ebenfalls im „Portugese Marranos Committee“ aktiv war; vgl. Edgar Samuel, *Jewish Missionary Activity in Portugal Between the Wars*, in: *Jewish Historical Studies* 41 (2007), S. 173–181.

⁷¹ Vgl. Roth, *Marranos*, S. 54–56, und Carl Gebhardt, *Einleitung. Da Costa und das Marannenproblem*, in: Ders. (Hrsg.), *Die Schriften des Uriel da Costa*, Amsterdam 1922, S. v-xl, hier S. xix.

⁷² Vgl. *Dedicação Solene da Sinagoga Kadoorie Mekor H'aïm no Pôrto, Porto 1938*. Ein Nachdruck der Broschüre findet sich in: Arnold Diesendruck, *Os marranos em Portugal, 1920–1950*, São Paulo 2002, S. 267–269. Das dort abgedruckte Foto, das Alfred Klee u. a. mit Paul Goodman zeigt, findet sich in der Broschüre von 1938 allerdings nicht; vgl. ebenda, S. 273. Vgl. auch *Comunidade Israelita do Porto (Hrsg.), 70 Years Sinagoga Kadoorie Mekor Haim. 1938–2008, Porto 2008*.

⁷³ Vgl. *Treasures of a London Temple*, S. 29, und Paul Goodman, *Bevis Marks in History. A Survey of the External Influences of the Congregation Sahar Asamaim Bevis Marks*, London 1934, S. 17.

⁷⁴ CZA, A142886-55, Rundschreiben des PLV, Alfred Klee, undatiert.

⁷⁵ Vgl. *Die neue Synagoge in Oporto*, in: *Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogen-Gemeinden in Preussen und Norddeutschland* 2/1938, S. 5.

⁷⁶ Vgl. Hans Klee, *Die neue Synagoge in Oporto*, in: *Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogen-Gemeinden in Preussen und Norddeutschland* 3/1938, S. 1 f. Im Nachlass des 1937 verstorbenen Rabbiners Jacob Freimann befand sich eine weitere Thorarolle, die laut Angaben

Nicht nur der Preußische Landesverband sorgte sich um nutzlos gewordene Thorarollen. Im Verband der Israelitischen Kultusgemeinden der Pfalz wurden bis zu diesem Zeitpunkt zwölf Gemeinden aufgelöst, Thorarollen und Ritualgegenstände den Synagogen entnommen. Als Erinnerung erbatene einige Familien eine Thorarolle; der Bitte wurde „gerne“ entsprochen. Mit Wehmut, aber auch Zuversicht unterstrich der Synagogenvorstand Ludwig Strauß aus Bad Dürkheim, dass andere Thorarollen „bereits über die Meere gewandert“ seien. Sie sollten „den Ausgewanderten im fremden Erdteil ein Kleinod sein, – ein Segen werden“.⁷⁷ Das NS-Regime zerstörte diese Hoffnung auf eine Weiterverwendung der verbleibenden Kultgegenstände im Ausland jedoch nur allzu bald.

IV. Wendepunkt 1938

Insgesamt bedeutete das Jahr 1938 einen noch schärferen Einschnitt für das jüdische Leben in Deutschland.⁷⁸ Die zunehmenden Repressalien durch die nationalsozialistische Gesetzgebung, wie die Ausschaltung der Juden aus dem Wirtschaftsleben oder die Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens,⁷⁹ der alltägliche Antisemitismus, der physische Terror und die Zerstörung vieler Synagogen während der Pogrome um den 9. November 1938 und die damit im Zusammenhang stehenden Festnahmen führten zum Erlöschen zahlreicher Gemeinden, deren Mitglieder zu emigrieren versuchten. Zu Jahresbeginn besaß der Landesverband noch 743 Mitgliedsgemeinden, auch wenn diese nicht zwingend ein reges Gemeindeleben aufwiesen. Mehr als die Hälfte dieser Gemeinden löste sich im Laufe des Jahrs auf.⁸⁰

Zeitgleich strukturierten sich die jüdischen Organisationen mit dem Ziel einer effizienteren Verwaltung weiter um. Im Juli 1938 wurde unter dem maßgeblichen Einfluss des PLV eine Satzung für einen Reichsverband der Juden in Deutschland beschlossen, der wie die bisherige Reichsvertretung der Juden in Deutschland aufgebaut war, allerdings die Gemeinden noch stärker einbezog. Der Preußische Lan-

seines Urenkels heute wieder in London in Gebrauch ist; vgl. Jonathan Wittenberg, *Undressing our Scroll Story*, in: *Manna* 62 (1999), S. 31–33; lbc.ac.uk/wp-content/uploads/2016/05/manna-62.pdf [11.3.2021].

⁷⁷ Ludwig Strauß, *Aus der Pfalz. Auflösung jüdischer Gemeinden – Verkauf der Synagogen – Das Los unserer Friedhöfe*, in: *Jüdisches Gemeindeblatt für den Verband der Kultusgemeinden in Bayern und die Kultusgemeinden München, Augsburg, Bamberg, Würzburg* 24/1937, S. 427.

⁷⁸ Vgl. dazu Avraham Barkai, „Schicksalsjahr 1938“. Kontinuität und Verschärfung der wirtschaftlichen Ausplünderung der deutschen Juden, in: Walter H. Pehle (Hrsg.), *Der Judenpogrom 1938. Von der „Reichskristallnacht“ zum Völkermord*, Frankfurt a. M. 1994, S. 94–117.

⁷⁹ Vgl. Verordnung zur Ausschaltung der Juden aus dem deutschen Wirtschaftsleben, 12.11.1938, in: *RGBl. I/1938*, S. 1580, und Verordnung über den Einsatz des jüdischen Vermögens, 3.12.1938, in: *Ebenda*, S. 1709–1711.

⁸⁰ LBI, Reichsvertretung der Deutschen Juden Collection, LBIJER 555, 1, 5, *Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1938*, S. 18–20.

desverband sollte im Reichsverband aufgehen, nahegelegt wurde dies auch den anderen Landesverbänden. Die Bildung von Bezirken zur Zusammenfassung der Gemeinden war ebenfalls vorgesehen. Eine strukturierte, schlanke Arbeitsorganisation erschien als solide Grundlage der Selbsthilfe, wie eine Resolution der Reichsvertretung vom 27. Juli 1938 unterstrich:

„Die ernstesten Aufgaben liegen vor uns. In einer Lage, die seit Jahren auch in der an Prüfungen reichen Geschichte unseres Volkes kaum ihresgleichen hat, haben wir uns nicht ohne Erfolg darum bemüht, das drohende Gespenst des Chaos zu bannen. [...] Wir haben eine innere Ordnung aufgerichtet und neue Formen der seelischen und materiellen Selbsthilfe erschlossen.“⁸¹

Aufgrund organisatorischer Umstände (die behördliche Genehmigung war noch nicht vorhanden) arbeiteten der Landesverband und die Reichsvertretung jedoch zunächst parallel weiter.⁸² Ende 1938 übernahm dann die Reichsvertretung die Aktivitäten des PLV.⁸³ Im Februar 1939 sollte schließlich die Eintragung einer Reichsvereinigung ins Vereinsregister vorgenommen werden, doch dazu kam es nicht mehr.⁸⁴

Die rechtliche Legitimierung der Reichsvereinigung erfolgte nun auf der Basis nationalsozialistischer Gesetzgebung mit der „Zehnten Verordnung zum Reichsbürgergesetz“ vom 4. Juli 1939. Das Wesen der Reichsvereinigung gestaltete sich somit grundsätzlich anderes als geplant: Anstatt der von jüdischer Seite beabsichtigten konfessionellen Mitgliedschaft galten nun rassistische Prinzipien. Damit wurden auch diejenigen Teil der Reichsvereinigung, die sich selbst nicht als Juden definierten. In der Verordnung hieß es dementsprechend: „Die Juden werden in einer Reichsvereinigung zusammengeschlossen. [...] Der Reichsvereinigung gehören alle staatsangehörigen und staatenlosen Juden an, die ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt im Reichsgebiet haben.“⁸⁵ Festgelegt wurde ebenfalls, dass jüdische Vereine, Organisationen und Stiftungen durch den Reichsminister des Innern aufgelöst beziehungsweise in die Reichsvereinigung eingegliedert werden konnten. Nach der Liquidierung war das Vermögen an die Reichsvereinigung zu übertragen. Auch bei ihrer Eingliederung fiel es an dieselbe.⁸⁶ Da die Gemein-

⁸¹ Reichsverband der Juden in Deutschland, in: Jüdisches Gemeindeblatt für die Synagogen-Gemeinden in Preussen und Norddeutschland 8/1938, S. 1.

⁸² Vgl. Birnbaum, Staat und Synagoge, S. 259.

⁸³ LBI, Reichsvertretung der Deutschen Juden Collection, LBIJER 555, 1, 5, Arbeitsbericht der Reichsvertretung der Juden in Deutschland für das Jahr 1938, S. 3.

⁸⁴ Vgl. Fabian, Reichsvereinigung, S. 168–170; kritisch dazu, Birnbaum, Staat und Synagoge, S. 259; vgl. auch Beate Meyer, Tödliche Gratwanderung. Die Reichsvereinigung der Juden in Deutschland zwischen Hoffnung, Zwang, Selbstbehauptung und Verstrickung (1939–1945), Göttingen 2011, S. 37–39.

⁸⁵ Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz, 4.7.1939, in: RGBl. I/1939, S. 1097, § 1 und § 3. Vgl. Fabian, Reichsvereinigung, S. 170.

⁸⁶ Vgl. Zehnte Verordnung zum Reichsbürgergesetz, 4.7.1939, in: RGBl. I/1939, S. 1097, § 5.

den neuerdings als Vereine galten,⁸⁷ hieß dies folglich also seitens des Gesetzgebers, dass auch die Kultusgegenstände auf die genannte Weise schließlich an die Reichsvereinigung fallen würden.

Die Zentrale der Reichsvereinigung begleitete in der Folgezeit die Auflösung vor allem der Gemeinden, die zuvor zum Preußischen Landesverband gehört hatten. Von ehemals 743 Mitgliedsgemeinden waren Mitte 1939 bereits 109 vollständig liquidiert, und 572 Gemeinden befanden sich im Prozess der Auflösung. Weitere 62 Gemeinden existierten zumindest formell weiter. Binnen Jahresfrist sank auch die Zahl der vormals zum Landesverband gehörenden Kultusbeamten um mehr als 60 Prozent.⁸⁸ In anderen Regionen Deutschlands gestaltete sich die Situation ähnlich. Mit den verwaisten Kultgegenständen wurde weiterhin nach dem bekannten Prozedere verfahren. Bis Mitte 1939 erhielt das Zentraldepot Materialien aus 109 aufgelösten Gemeinden. Offenbar war die Sammlung nicht mehr nur auf das Gebiet des ehemaligen PLV zugeschnitten, da einige Rollen auch aus Bayern stammten. Die Zielsetzung der Sammlung folgte bisherigen Festlegungen. Explizit hieß es weiterhin: „Die Kultgegenstände, insbesondere die Thora-Rollen, werden in erster Reihe aus Deutschland ausgewanderten Juden im Ausland, besonders in Palästina und Übersee bei Gründung neuer jüdischer Gemeinden“ überlassen.⁸⁹

Für die Überführung ins Ausland bedurfte es jedoch einer offiziellen Erlaubnis. So erteilte beispielsweise die Devisenstelle beim Oberfinanzpräsidenten Genehmigungen, einzelne Thorarollen aus Hamburg mit in die Emigration zu nehmen.⁹⁰ Auch die Bitte des Rabbiners Julius Voos aus Münster, Thorarollen aus Drensteinfurt nach Buenos Aires zu versenden, wurde im September 1939, wie Akten der Oberfinanzdirektion Münster zeigen, positiv beschieden.⁹¹ Der nationalsozialistische Herrschaftsapparat unterband jedoch schließlich den Versand der gesammelten Thorarollen ins Ausland; 1942 traf das Reichssicherheitshauptamt Regelungen hierfür. Eine Sammlung der Kultgegenstände, insbesondere der Thorarollen und -vorhänge, sollte weiterhin in den Bezirksstellen der Reichsvereinigung bezie-

⁸⁷ Vgl. Gesetz über die Rechtsverhältnisse der jüdischen Kultusvereinigungen, 28.3.1938, in: RGBl. I/1938, S. 338.

⁸⁸ LBI, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Collection, LBIJER 556, 1, 1, Arbeitsbericht der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für das Jahr 1939, S. 5 f.

⁸⁹ Folgende Angaben zur Provenienz der Thorarollen sind angeführt: neun zu Bayern, 15 zu Brandenburg, sechs zur Grenzmark, eine zu Hannover, zwölf zu Hessen-Nassau, 17 zu Ostpreußen, zehn zu Pommern, 13 zum Rheinland, fünf zu Sachsen, zehn zu Schlesien, drei zu Thüringen, acht zu Westfalen und Lippe; LBI, Reichsvereinigung der Juden in Deutschland Collection, LBIJER 556, 1, 1, Arbeitsbericht der Reichsvereinigung der Juden in Deutschland für das Jahr 1939, S. 6.

⁹⁰ Der Fall bezieht sich auf die Antragsteller Henry Harrison und Helmut Halberstadt (Howard Hall), die im Februar 1939 beide in die USA auswanderten; vgl. Sybille Baumbach u. a., Rückblenden. Lebensgeschichtliche Interviews mit Verfolgten des NS-Regimes in Hamburg, Hamburg 1999, S. 86, und Bruno Lowitsch, Felix Halberstadt, in: Stolpersteine Hamburg; www.stolpersteine-hamburg.de/index.php?MAIN_ID=7&BIO_ID=771 [10.1.2020].

⁹¹ Vgl. Sabine Omland, Zur Geschichte der Juden in Drensteinfurt 1811–1941, Warendorf 1997, S. 79.

ungsweise ihrer Zentrale erfolgen. Die „Verwertung von Kultgegenständen im Ausland“ habe aber zu unterbleiben.⁹²

Während mit der Gründung der Reichsvereinigung bereits die Selbstorganisation der Juden durch die nationalsozialistische Gesetzgebung umgeformt wurde, so spiegelte sich dieser Vorgang auch im Umgang mit den Kultgegenständen wider. Die von jüdischen Verbänden initiierte Sammlungsaktivität wurde stark eingeschränkt, das ursprüngliche Ziel einer Überführung ins Ausland unmöglich gemacht. Doch die zuständigen Stellen des NS-Staats wussten mit der Sammlung offensichtlich nichts anzufangen. Dass die Verwertung der Rollen Schwierigkeiten bereitete, ermöglichte aller Wahrscheinlichkeit nach erst die Rettungsaktion auf dem jüdischen Friedhof Weißensee.

Als sich das jüdische Leben nach 1945 neu konstituierte, wurde auch auf die gesammelten Thorarollen zurückgegriffen. In ihrer Masse gab es jedoch keine Verwendung mehr für sie, so dass sich die Abgabe ins Ausland anbot, wo man bereits darum bat. Mehr als die Hälfte der Rollen wurde nachweislich überführt, wie die Ausführungen Martin Riesenburgers unterstreichen. Von den rund 560 gesammelten Thorarollen übergab er der Jüdischen Gemeinde Berlins am 19. Februar 1951 noch 307. Dazu kamen 97 Thoramäntel, drei Vorhänge und eine Altardecke.⁹³ Dabei handelte es sich wahrscheinlich um die Thorarollen, die dann über die JCR an jüdische Gemeinden im Ausland gelangten. Damit war im Grunde auch der ursprünglichen Intention der Sammlung entsprochen. So avancierten die Thorarollen nicht nur zu einem Symbol jüdischer Selbstbehauptung, sondern in gewisser Weise zu einem Zeichen der Kontinuität jüdischer Traditionen auch unter eigentlich unmöglichen Umständen.

⁹² Aktennotiz R 40, Rücksprache im RSHA, 22.12.1942; zit. nach Georgiev, Thorarollen, S. 545.

⁹³ CJA, 5 A 1, Nr. 512, Bl. 41, Martin Riesenburger an den Vorstand der Jüdischen Gemeinde, 5.11.1953.

Bemerkung zur Dokumentation von René Schlott, Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte, im Januar-Heft der VfZ

1. In der Einleitung zu seiner Dokumentation schreibt René Schlott, „es ist zu vermuten, dass gerade das institutseigene Vorhaben zu Arndts Ablehnung einer Übersetzung von Hilbergs ‚The Destruction of the European Jews‘ ins Deutsche beigetragen hat“ (VfZ 69. Jg. Januar 2021, S. 93). Diese Vermutung ist falsch und wird von Schlott auch nicht belegt; dass diese Behauptung verschiedentlich seit drei, vier Jahren auch von anderen Autoren wiederholt wird, macht sie nicht richtiger. Die Stellungnahme Ino Arndts für den Beck-Verlag vom 31. Januar 1980 war kein Gutachten des Instituts für Zeitgeschichte (IfZ), sondern, wie bei Verlagsanfragen dieser Art üblich, eine persönliche Beurteilung Ino Arndts, wie aus meinem Briefwechsel mit dem Verlag auch hervorgeht. Ino Arndt war seinerzeit an der Planung größerer Projekte nicht beteiligt, der damalige Direktor, Martin Broszat, hatte mit der Stellungnahme von Frau Arndt nichts zu tun.

2. Ino Arndt hat das tatsächlich grundlegende Werk Hilbergs nicht einfach abgelehnt – woran sich übrigens der Verlag nicht hätte halten müssen –, sondern auf einige durchaus ernst zu nehmende, selbstverständliche Punkte hingewiesen:

- Die Veröffentlichung eines etwa 20 Jahre alten wissenschaftlichen Werks bedürfe einer Aktualisierung durch die schon vorher nicht erwähnte (zum Beispiel die beiden grundlegenden Werke H. G. Adlers über Theresienstadt, 1955 und 1958) beziehungsweise seither publizierte wissenschaftliche Literatur;
- die zahlreichen zum Teil langen Zitate aus deutschen Quellen könnten nicht einfach aus dem Englischen rückübersetzt, sondern müssten gemäß den Originaltexten zitiert und ergänzt werden, was aufgrund des Umfangs sehr aufwendig sei;
- in der Forschung sei das in den USA publizierte Werk Hilbergs rezipiert. Dies gilt natürlich auch für das IfZ, wie beispielsweise in den Hilberg-Zitaten von Helmut Krausnicks Gutachten über die „Judenverfolgung“ für den Frankfurter Auschwitz-Prozess nachweisbar ist (Anatomie des SS-Staates, Olten/Freiburg im Breisgau 1965).

3. Was soll eine angeblich ambivalente Haltung des IfZ gegenüber Raul Hilberg bedeuten? Das IfZ bestand und besteht bekanntlich aus Einzelpersonen, die in Forschungskontroversen keineswegs immer die gleiche Interpretation vertreten und auch über wissenschaftliche Veröffentlichungen nicht zwangsläufig ein identisches Urteil haben – von irgendeiner Ambivalenz gegenüber Hilberg ist mir in den insgesamt 23 Jahren, die ich dem IfZ angehörte (1979 bis 1982 und 1992 bis 2011) nichts begegnet, stattdessen aber einhellige Anerkennung der monumentalen Pionierleistung Hilbergs.

Nicht nur auf Ambivalenz, sondern partiell auf dezidierte Ablehnung stieß Hilbergs Werk zunächst in den USA, wie Hilberg selbst in seinem Buch „Unerbetene Erinnerung. Der Weg eines Holocaust-Forschers“ (Frankfurt a. M. 1994) und René

Schlott in seinem Beitrag zur komplizierten amerikanischen Publikationsgeschichte des Werks (*Der lange Weg zum Buch*, in: *ZeitRäume* 2015, S. 143–152) eindrucksvoll gezeigt haben.

Die nun nachträglich von René Schlott in der Rubrik „Beilagen“ von VfZ-Online veröffentlichten Briefe des damaligen IfZ-Archivleiters Werner Röder an den Verlag Olle & Wolter sowie den Übersetzer Christian Seeger vom März/April 1982 zur Unterstützung einer überarbeiteten, auf die ergänzten Originale sowie inzwischen zugängliche weitere Quellenbestände zurückgreifenden Ausgabe von Hilbergs Werk durch das IfZ entziehen sowohl der Vermutung über eine Ablehnung der Übersetzung durch das IfZ als auch der angenommenen Ambivalenz den Boden, heißt es doch in den Schreiben Röders: „Selbstverständlich begrüßen wir es sehr, daß nunmehr eine überarbeitete deutsche Ausgabe von Herrn Hilbergs Buch in Aussicht steht.“ Und weiter: „Eine derart ergänzte und auf den heutigen Quellenbestand gebrachte Neuauflage von Herrn Hilbergs Buch würde der deutschen Ausgabe zusätzlich erhebliches wissenschaftlich-methodologisches Gewicht verleihen.“ (www.ifz-muenchen.de/fileadmin/user_upload/Vierteljahrshefte/Beilagen/Schlott_Nachtrag.pdf)

NB: Befremdlich wirkt die längere Passage Schlotts über Ino Arndts Vater mit dem Hinweis auf dessen nationalsozialistische Einstellung (S. 90). Was tragen diese Informationen zur Beurteilung von Ino Arndts Stellungnahme zur Übersetzung von Hilbergs Werk bei?

Horst Möller

Hans Maier zum 90. Geburtstag

Hans Maier ist eine Ausnahmeerscheinung: Er ist ein universaler Gelehrter, ein Humanist, wie sie selten sind, er war Politiker und Kirchenpolitiker von hohen Graden, er ist professioneller Organist, er ist Universitätsprofessor, begeisterter Forscher und brillanter Essayist. Doch beeindruckt nicht allein die Qualität der Bücher und Aufsätze von Hans Maier, sondern ihre angesichts seines vielfältigen wissenschaftlichen, kulturellen, politischen und gesellschaftlichen Engagements unglaubliche Quantität – ist er doch alles andere als ein bloßer Stubengelehrter. Sein Schriftenverzeichnis enthält einschließlich der Rezensionen und Zeitungsartikel 1.745 Titel; als akademischer Lehrer betreute er 37 Dissertationen und vier Habilitationen. Als Vertrauensdozent der Studienstiftung des deutschen Volkes widmete er sich intensiv zahlreichen hochbegabten Studierenden, von denen viele noch Jahrzehnte später von seiner persönlich geprägten Art der Förderung schwärmten. Und – nicht zu vergessen: Hans Maier engagiert sich seit Jahrzehnten für das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) und die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*. Wann er all dies geschafft hat, bleibt sein Geheimnis; zweifellos besitzt er eine ungewöhnliche Selbstdisziplin, zweifellos ist er ein Leistungsethiker. Zwar hat der praktizierende Katholik unter anderem ein Buch über „Die christliche Zeitrechnung“ geschrieben, aber ob man nun den julianischen oder den gregorianischen Kalender zugrunde legt – auch für Hans Maier, den Familienvater mit sechs Töchtern, hat der Tag nur 24 Stunden.

Am 18. Juni 1931 in Freiburg im Breisgau geboren, wurde Hans Maier nachhaltig durch die Bildungswelt seiner Heimatstadt und ihrer Universität geprägt, ganz entscheidend aber zugleich durch die frühen Lebenserfahrungen in der nationalsozialistischen Diktatur und den Zweiten Weltkrieg. Er studierte dort, in München und in Paris Politische Wissenschaft, Geschichte, Philosophie und Romanistik. Zu seinen zahlreichen bedeutenden akademischen Lehrern zählten die so gegensätzlichen Neuzeithistoriker Gerhard Ritter und Franz Schnabel, der Mediävist Gerd Tellenbach und der Romanist Hugo Friedrich. Bei dem aus der amerikanischen Emigration zurückgekehrten Arnold Bergstraesser, der eine Reihe ausgezeichneter Schüler hatte, wurde Hans Maier 1957 in Freiburg promoviert, dort mit erst 31 Jahren 1962 für Politische Wissenschaft habilitiert und erhielt sogleich einen Ruf auf ein Ordinariat seines Fachs am Geschwister-Scholl-Institut für Politische Wissenschaft der Ludwig-Maximilians-Universität München (LMU), das er bis 1987 innehatte. Äußerlich betrachtet wurde seine glänzende wissenschaftliche Laufbahn unterbrochen, nachdem er als damals noch Parteilooser 1970 auf Vorschlag von Franz Josef Strauß zum Bayerischen Staatsminister für Unterricht und Kultus in das dritte Kabinett von Ministerpräsident Alfons Goppel berufen wurde. In diesem Amt blieb er von 1978 bis 1986 auch in der Regierung Strauß – insgesamt 16 Jahre in einem zu Zeiten universitärer Unruhen und zahlreicher bildungspolitischer Probleme äußerst herausfordernden Ministerium sind ein ungewöhnlich langer Zeitraum. Doch davon später. Danach blieb Hans Maier noch bis 1987 Mitglied der Fraktion der Christlich-Sozialen Union (CSU) des Bayerischen

Landtags. 1988 wurde er nach einem von ihm abgelehnten Ruf nach Freiburg auf den Romano Guardini-Lehrstuhl für Christliche Weltanschauung, Religions- und Kulturtheorie an der LMU berufen, den er bis zu seiner Emeritierung 1999 innehatte. Während seiner Politikerjahre war er von 1976 bis 1988 zugleich Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken.

Soweit die äußeren Daten, die schon für sich genommen eine ebenso ungewöhnliche wie glänzende Karriere belegen. Doch gilt das nicht minder für die substantiellen Leistungen seines Lebens- und Berufswegs. Schon die Bemerkung, Hans Maier habe seine wissenschaftliche Laufbahn 17 Jahre unterbrochen, trifft nur auf den ersten Blick zu. Tatsächlich hielt er weiter Seminare ab, kümmerte sich um Studierende und vor allem: Er forschte, schrieb und publizierte munter weiter. Nebenbei, neben einem zeitraubenden Ministeramt? Nein, das Wort nebenbei wäre angesichts der Qualität eine unziemliche Verkennung.

Seine beiden aus der wissenschaftlichen Qualifikation hervorgehenden frühen Bücher sind bis heute Standardwerke geblieben und demonstrieren, dass schon die Bezeichnung Politologe für ihn viel zu eng ist, ebenso gut hätte er sich mit beiden Werken im Fach Geschichtswissenschaft qualifizieren können, mit dem zweiten wohl auch für Rechtsgeschichte: Sein Buch „Revolution und Kirche. Studien zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie 1789–1850“ erschien zuerst 1959, erlebte insgesamt sechs Auflagen und wurde sowohl ins Französische als auch ins Englische übersetzt – ein solcher Erfolg ist bei Dissertationen kaum je zu verzeichnen. Auch seine 1966 publizierte Habilitationsschrift „Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre“ wurde dreimal aufgelegt. Beide Bücher erhielten Impulse durch gegenwartsbezogene Fragen, etwa: Woher kommt der Begriff christliche Demokratie, die nach 1945 in den großen Wegbereitern der europäischen Verständigung – Konrad Adenauer, Alcide De Gasperi und Robert Schuman – personifiziert wurde? Beide Bücher beruhen gleichermaßen auf methodologischer Reflexion wie intensiven Quellenstudien. In der Dissertation untersuchte Hans Maier die Entwicklungsgeschichte der christlichen Demokratie seit ihrem Ursprung in der Französischen Revolution vom späten 18. Jahrhundert bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts. Der ideengeschichtliche Schwerpunkt wird durch soziologische und organisatorische Fragen erweitert; einleitend und abschließend (in der Neuauflage) erschließt das Buch grundsätzliche forschungsgeschichtliche Dimensionen. Es handelt sich schon insofern um ein originelles Werk, weil niemand vor Hans Maier den Ursprung der christlichen Demokratie in den Debatten der Französischen Revolution 1791 gesucht hätte, auch nicht Karl Dietrich Erdmann in seinem Buch „Volkssouveränität und Kirche“ (1949). Wenn in der *Historischen Zeitschrift* Hans Maiers Studie zu Recht als „meisterhaft“ beurteilt wurde, ist zu bedenken, dass es für den damals 26-Jährigen eigentlich erst das Gesellenstück war.

Ist für dieses Buch die Verbindung historischer, politikwissenschaftlicher und auch kirchengeschichtlich-theologischer Fragestellungen charakteristisch, zeichnet sich seine Studie zur Geschichte der „Policywissenschaft“ durch die Kombination historischer, verwaltungssoziologischer, nationalökonomischer und juristischer Kompetenz aus. Mit diesem originellen Werk, in dem er die Geschichte des

Staats- und Verfassungsdenkens vom 17. bis zum 19. Jahrhundert sozialgeschichtlich kontextualisierte, lieferte er zugleich einen wesentlichen wissenschaftsgeschichtlichen Beitrag zur „Policywissenschaft“, „der wissenschaftlichen Lehre von der inneren Politik des älteren deutschen Territorialstaats“. Maier rekonstruierte aus einer Vielzahl bis dahin nicht bekannter beziehungsweise ausgewerteter Quellen die Krise der altständischen Ordnung und ihre Konfrontation mit neuen gesellschaftlichen Ordnungsproblemen. Damit erschloss er die Grundfragen nach Sinn und Zweck des Staats, die in den damaligen Verwaltungsvorschriften zum Ausdruck kommen. Die Formulierung von Staatszielen in einem bis um 1800 noch nicht dualistisch verstandenen Verhältnis von Staat und Gesellschaft führt von der Epochenspezifika zur prinzipiellen Ebene, und damit zum fortwirkend Aktuellen, kurz: Hans Maier leistete dort einen fundamentalen Beitrag zum Ursprung und Wandel des modernen Staatsdenkens. Hans Maier initiierte mit dieser „Staats- und Verwaltungslehre“ eine Forschungsrichtung sowie eine groß angelegte kommentierte und interpretierte Textreihe, die er gemeinsam mit Michael Stolleis, dem langjährigen Direktor des Max-Planck-Instituts für europäische Rechtsgeschichte in Frankfurt am Main, herausgab: die „Bibliothek des deutschen Staatsdenkens“, für die Hans Maier selbst Hegels berühmte Schrift „Über die Reichsverfassung“ publizierte (2002).

Bereits in den beiden ersten großen Werken wird der ganz eigene Charakter des gesamten Œuvres von Hans Maier offenkundig, verbindet er doch stets verschiedene wissenschaftliche Disziplinen, arbeitet methodisch und thematisch interdisziplinär. Soweit möglich verfährt er zugleich komparativ, nationale Engführungen liegen dem universal Denkenden fern: „Notwendige Grenzüberschreitungen“ hat er das in seiner Dankrede für den Karl-Jaspers-Preis 2014 in Heidelberg genannt. In der Geschichtswissenschaft ist es heute schon sehr ungewöhnlich, dass jemand zugleich über die Frühe Neuzeit und das 19./20. Jahrhundert forscht, für Hans Maier ist das selbstverständlich. Doch nicht nur das: So vielfältig die Epochen, so vielfältig sind seine Themen, seine zeitlich ältesten berühren unter anderem die Frühgeschichte des Christentums und Augustinus, sie behandeln die politische Ideengeschichte seit Thomas Morus, die Kirchengeschichte seit dem Augsburger Religionsfrieden. Sein Forschungsspektrum reicht von der Theologie bis zur Literatur, von der Verfassungs-, Parteien- und Parlamentarismusgeschichte bis zu aktuellen Fragen von Kultur, Gesellschaft und Politik – und nicht zu vergessen: zur Musikgeschichte, Musikwissenschaft und zur Geschichte der Orgel, neben dem Cembalo sein Lieblingsinstrument. Über all diese Disziplinen hat er Aufsätze, Bücher und Essays vorgelegt, die sich allesamt durch Luzidität und Subtilität, durch Anschaulichkeit und sprachliche Brillanz auszeichnen. Hans Maier verkörpert wie nur ganz wenige die Einheit der Humanwissenschaften.

Obgleich er viele seiner Jahrzehnte oder Jahrhunderte umspannenden Themen mit einem prononcierten Gegenwartsbezug verfolgt, verfällt er doch nie in den in der Öffentlichkeit und bei zahlreichen jüngeren Historikern grassierenden Fehler, frühere Epochen primär oder gar ausschließlich unter einem heutigen Werthorizont zu beurteilen (und zu verurteilen), sondern behält stets auch eine hermeneutische Dimension des Verstehens im Blick; nicht zufällig hat er für die

6. Auflage des „Staatslexikons der Görres-Gesellschaft“ den Artikel „Historismus“ verfasst. Seine doppelte zeitliche Perspektive führt bei ihm keineswegs zum Relativismus, sondern schließt eine klare Wertorientierung ein. Das gilt für die Politische Wissenschaft, die er mit Arnold Bergstraesser primär als Demokratiewissenschaft versteht, und das gilt nicht minder für die Geschichte: Seine bis heute ungebrochene wissenschaftliche Neugier auf sehr unterschiedliche Phänomene sucht nicht in der Geschichte die Gegenwart, sondern in der Gegenwart die Geschichte. Das zeigt sich in zahlreichen seiner Studien, beispielsweise „40 Jahre Grundgesetz. Eine Bestandsaufnahme“ (1990), „Das Freiheitsproblem in der deutschen Geschichte“ (1991), „Wie universal sind die Menschenrechte?“ (1997) sowie in seinen so gehaltvollen Sammelbänden „Die Deutschen und ihre Geschichte“ (2010), „Christentum und Gegenwart. Gesammelte Abhandlungen“ (2016) und jüngst „Deutschland. Wegmarken seiner Geschichte“ (2021). Doch sowohl diese Bände als auch die fünfbandige Ausgabe seiner „Gesammelten Schriften“ (2006–2010) enthalten immer nur Teile seines Werks.

Naturgemäß umfasst Hans Maiers Œuvre auch zahlreiche im engeren Sinne zeitgeschichtliche Studien, die nicht zur Demokratiewissenschaft gehören. Eine verdient besondere Hervorhebung, sein mehrfach aufgelegtes Buch „Politische Religionen“ (zuletzt 2007). Das Buch steht im Zusammenhang mit dem wegweisenden, von ihm an der LMU initiierten und geleiteten internationalen Forschungsprojekt „Totalitarismus und Politische Religionen“, dessen Ergebnisse in drei Bänden (1996–2003) erschienen und – von dem Begriff Politische Theologie ausgehend – vergleichend die totalitären Ideologien des 20. Jahrhunderts untersuchte. Seine grundlegenden Überlegungen zu diesem Projekt präsentierte er 1994 bei einem von ihm angeregten Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte; seine ausgearbeitete Konzeption veröffentlichte er 1995 in den *Vierteljahrshäften für Zeitgeschichte*: „Totalitarismus‘ und ‚Politische Religionen‘. Konzepte des Diktaturvergleichs“. Zu seinen Leitlinien gehört die Frage: Welche (pseudo)religiösen Inhalte, Herrschaftsformen und Rituale sind in den totalitären Ideologien, in Nationalsozialismus und Kommunismus, zu finden? Doch geht Hans Maiers Reflexion weit über die Beschreibung pseudoreligiöser Herrschaftsstile, charismatischen Führerkults und messianisch inszenierter kollektiver Erlösungshoffnungen hinaus, indem er fragt: Warum und mit welchen Wirkungen werden in einer säkularisierten Welt politische Ideologien zum Religionsersatz? Warum wurden die totalitären Ideologien zum Opium für das Volk – und nicht mehr nur zum „Opium für Intellektuelle“, wie Raymond Aron für den Marxismus gezeigt hat? In welcher Weise trugen die Politischen Religionen zur Etablierung und zum Erfolg totalitärer Regime bei?

Zu den von ihm thematisierten zentralen Aspekten gehört die unerhörte Entfesselung der Gewalt im 20. Jahrhundert, „die sich der Gesamtgesellschaft bemächtigt hat“. Die Gewalt wird ideologisch zur historischen Notwendigkeit erklärt, damit gerechtfertigt und verschafft den Tätern ein gutes Gewissen. Der von der Vorsehung gesandte Führer verkörpert den absoluten Wahrheitsanspruch, wie ihn im sowjetischen Kommunismus die Lehre der Partei vorgibt, deren Zeitung nicht zufällig (*Prawda*), Wahrheit heißt.

Diese Fragen und Themen applizierte Hans Maier auf frühe Überlegungen, die unter anderem von Waldemar Gurian ausgingen, dem ersten Deutschen, der zwischen 1927 und 1931 vergleichende Studien zu den totalitären Ideologien veröffentlichte. In dieser Tradition standen neben anderen Eric Voegelin, Raymond Aron und deutsche Emigranten in den USA von Hans Kohn bis zu Hannah Arendt, die seit Ende der 1930er Jahre neue Erklärungen für die ideologiegeleiteten totalitären Diktaturen des Kommunismus, Faschismus und Nationalsozialismus suchten. Doch erweiterte Hans Maiers Konzeption diese herrschaftsstrukturellen Ansätze ganz wesentlich, nicht allein substanziell, sondern auch kausal- und wirkungsgeschichtlich. Damit trug er zur ideologischen, soziologischen und herrschaftstypologischen Erklärung zentraler Phänomene des 20. Jahrhunderts bei, nicht zuletzt der scheinbar paradoxen Wirkungsmacht Politischer Religionen in einer säkularisierten Welt.

Hans Maier als Kultur- und Wissenschaftspolitiker verdient eigene Studien. Ohne Zweifel zählt er in der nicht kleinen Riege der bedeutenden deutschen Kultusminister zwischen den 1940er und den 1980er Jahren – von Theodor Heuss bis zu Bernhard Vogel – zu den eindrucksvollsten. Wie nur wenige deutsche Politiker verkörperte er die Verbindung von Geist und Politik, insofern mit Theodor Heuss und Carlo Schmid zu vergleichen – ein Minister nicht nur für Kultur, sondern der Kultur. Nach einigen Fehlbesetzungen dieses Ministeramts gewann der erst 39-jährige Staatsminister Maier diesem Amt schnell Kompetenz und Autorität zurück. Er betrieb in der Universitäts- und Bildungspolitik vielfältige Reformen und zahlreiche Neugründungen von Universitäten und Hochschulen in Bayern. Ohne eine sinnvolle bildungs- und wissenschaftspolitische Traditionswahrung aufzugeben, bemühte er sich um konstruktive Antworten auf die sich rapide verändernde Gesellschaft und ihre Bildungseinrichtungen. Seit Mitte der 1960er Jahre wurden diese mit dem Schlagwort „Unter den Talaren der Muff von tausend Jahren“ durch die Studentenbewegung, von der schließlich ein Teil in den Linksterrorismus abdriftete, immer schärfer herausgefordert. Als zuständiger Staatsminister überstrahlte der glänzende Redner im Bayerischen Landtag nicht nur Parteifreunde, sondern sämtliche Oppositionssprecher. Es gelang ihm, den Kulturetat beträchtlich zu erhöhen, auf Bundesebene trug er wesentlich zur Stärkung und Integration der Kultusminister-Konferenz bei.

Trotz seiner unbestreitbar hohen Kompetenz wuchs die Zahl seiner politischen Gegner, zumal er auch bei der Gründung des Bunds Freiheit der Wissenschaft und ihrer Organisation aktiv wurde – unter den Initiatoren waren übrigens keineswegs nur Konservative, sondern Sozialdemokraten, beispielsweise der aus dem britischen Exil zurückgekehrte frühere Linksozialist Richard Löwenthal, Thomas Nipperdey und viele andere, die keineswegs politisch rechts standen, sich indes täglich an den Universitäten der Bedrohung der Lehr- und Meinungsfreiheit erwehren mussten. Das nur partiell zutreffende Image als Konservativer heftete man Hans Maier schnell an, doch welch Wunder: Nach seinem Rücktritt 1986 wuchsen das Bedauern und die Hochschätzung für ihn auch auf Seiten seiner kulturpolitischen Gegner, die nun mehr und mehr seine intellektuelle Liberalität als einen seiner Charakterzüge erkannten. Und kein Zufall war es, dass er zu denen gehörte, die

sich schon 1966 an einer Vortragsreihe der LMU über „Die deutsche Universität im Dritten Reich“ beteiligten; dort behandelte er das Thema „Nationalsozialistische Wissenschaftspolitik“.

Sein Rücktritt wurde jedenfalls deutschlandweit mit großem Unverständnis für die Vorgeschichte quittiert. Die offizielle Version lautete: Aufgrund der Größe des Bayerischen Kultusministerium sei dieser – tatsächlich sehr umfassende – und in anderen Bundesländern meist schon auf zwei bis drei Ressorts aufgeteilte Geschäftsbereich von einem Minister allein nicht mehr zu bewältigen. Deswegen wünschte Ministerpräsident Strauß eine Teilung des Ministeriums und bot dem langjährigen Staatsminister den kleineren Teil, das Wissenschaftsressort, an. Hans Maier schlug vor, einen zusätzlichen Staatssekretär zu berufen, lehnte jedoch die Teilung seines Ministeriums ab: Vor die Alternative gestellt, verzichtete er auf ein Ministeramt.

Wenngleich nicht wirklich geklärt ist, welche Motive Strauß hatte, von wem er gegebenenfalls beeinflusst wurde, offensichtlich ist jedoch, dass die offizielle Version nicht die ganze Wahrheit ist. Schon früher gab es verschiedentlich Kritik an Maiers zu liberaler Schulpolitik von der einen Seite, während andere sie als zu konservativ beurteilten. Franz Josef Strauß hat Hans Maier im Parteivorstand der CSU verschiedentlich gegen beide Seiten verteidigt. Ob Strauß angenommen hat, Maier würde eine Teilung akzeptieren, ist schwer zu sagen. Jedenfalls unterliegt es keinem Zweifel: Strauß hätte Hans Maier halten können. Den damals bundesweit überragenden Kultusminister, eine Zierde des Kabinetts, ziehen zu lassen, mit dem Strauß wie mit kaum einem anderen intellektuelles Niveau und Bildung verbanden, bleibt auch nach 35 Jahren noch unverständlich. Ob selbst der übermächtige Ministerpräsident und Parteivorsitzende, der große Franz Josef Strauß, nicht souverän genug war, einen eigenwilligen Minister von bedeutender Statur zu akzeptieren, ist ebenfalls schwer zu sagen. Das Verhältnis beider war jedenfalls nicht spannungsfrei, zumal es Hans Maier immer wieder verstand, für seine Ziele andere Kräfte zu aktivieren. Wenn er Strauß nicht auf seiner Seite hatte, lavierte er zuweilen gewitzt zwischen dem Ministerpräsidenten, der CSU-Fraktion, der Partei und der öffentlichen Meinung, um seine Position durchsetzen. Ein bequemer Minister ist Hans Maier für seinen Regierungschef jedenfalls nicht gewesen.

Wie dem auch sei: Diese Entscheidung war keine Sternstunde von Strauß. Und die gleiche Einschätzung gilt für seine ablehnende Reaktion auf Helmut Kohls Vorschlag, Hans Maier 1984 als Unionskandidat für das Amt des Bundespräsidenten zu präsentieren (wofür er 1979 schon einmal im Gespräch war). Ohne jeden Zweifel wäre Hans Maier ein würdiger und eindrucksvoller Bundespräsident gewesen – und bis heute der einzige, den die CSU hätte stellen können. Obwohl die Vorgänge, die zu seinem Rücktritt führten, ihn schmerzen mussten, verstand Hans Maier „Politik als Beruf“ zwar als einen wesentlichen Lebensabschnitt, aber nicht als das ganze Leben. Vielmehr gab ihm sein eigentlicher Beruf Unabhängigkeit als Politiker, auch auf ein Ministeramt war er nicht angewiesen.

„Böse Jahre, gute Jahre. Ein Leben 1931 ff.“ – so lautet der Titel seiner 2011 veröffentlichten Erinnerungen, des wohl schönsten seiner Bücher. Anschaulich geschriebene, an Anekdoten und treffenden Porträts reiche Lebenserinnerungen,

eine Bildungsgeschichte gewiss, aber doch viel mehr: Eine zeitgeschichtliche Quelle zur Geschichte von Kultur und Politik während der „bösen Jahre“ 1931 bis 1945 und der „guten Jahre“ seit 1945/49, ein Buch auch über die schwierigen Anfänge des literarischen, gesellschaftlichen und politischen Lebens nach der Katastrophe von nationalsozialistischer Diktatur und Weltkrieg, ihren moralischen und materiellen Verheerungen. Trotz seiner literarischen Qualitäten, seiner natürlichen und fesselnden Sprache, ist das Werk in großen Teilen auch das Werk eines Wissenschaftlers, wählt er doch seinen Stoff gekonnt aus und ordnet ihn jeweils zeitgeschichtlich so ein, dass das Buch immer wieder von individuellen Erinnerungen ausgehend, fundierte zeitgeschichtliche Darstellungen bietet. Das gilt, um nur wenig herauszugreifen, für die Wissenschafts- und Hochschulgeschichte, für die Entwicklung der Kirchen, für die Parteiengeschichte. Und auch Passagen über die unterschiedlichen Regierungsstile und Persönlichkeiten von Alfons Goppel und Franz Josef Strauß sind aussagekräftig. Hier spricht nicht allein persönliche Erfahrung, sondern auch politikwissenschaftliche Beobachtung.

Die Beziehung von Hans Maier zum Institut für Zeitgeschichte wurde schon mehrfach erwähnt, sie ist eng und währt bereits Jahrzehnte: Das erste Mal betrat er das noch in der Möhlstraße gelegene Institut 1954, und er besucht das Haus bis heute. Er publizierte Aufsätze in den *Vierteljahrsheften*, zuerst 1962 seinen Bericht „Zur Lage der Politischen Wissenschaft in Deutschland“, zuletzt 2019 seinen Beitrag „Hitler und das Reich“. 1993 veröffentlichte Hans Maier in den VfZ eine auch in der *Süddeutschen Zeitung* abgedruckte eingehende Würdigung unserer Zeitschrift: „Die Pulsschläge der Gegenwart. Vierzig Jahre Vierteljahrshefte“. Von 1995 bis 2009 gehörte Hans Maier dem Wissenschaftlichen Beirat des Instituts für Zeitgeschichte an und ist seitdem dessen Ehrenmitglied, seit 26 Jahren also kann das Institut auf seine regelmäßig und pflichtbewusst wahrgenommene wissenschaftliche Unterstützung zählen. Im Kreis der über Jahrzehnte hinweg hervorragenden Mitglieder des Beirats besaß und besitzt seine Stimme immer unverwechselbare Qualität. Für die Forschungen des Instituts, aber auch in schwierigen Situationen war dieser hochkarätige Beirat stets ein großer Gewinn, als Direktor des Instituts habe ich diese anregenden, niveauvollen Sitzungen in bester Erinnerung. An zahlreichen öffentlichen Veranstaltungen im IfZ hat Hans Maier ebenfalls teilgenommen.

Hinzu kam Hans Maiers heute schon als wissenschaftsgeschichtlich bedeutsam zu bezeichnendes Engagement für eines der großen Forschungsprojekte des IfZ, das vermutlich ohne seine Unterstützung nicht realisiert worden wäre: das ungewöhnlich innovative Projekt „Bayern in der NS-Zeit“, dessen Ergebnisse in sechs Bänden publiziert wurden (1977–1983). Der damalige Direktor Martin Broszat leitete es mit Hingabe und nie versiegender Ideenreichtum, wesentlich unterstützt von Elke Fröhlich und Hartmut Mehringer. Das Projekt ging zurück auf ein Gespräch zwischen Ludwig Linsert, langjähriges Mitglied des Bayerischen Senats und Landesvorsitzender des Deutschen Gewerkschaftsbunds in Bayern, und Kultusminister Maier. Linsert, der während der NS-Diktatur verfolgt worden war und zwei Jahre in Haft gesessen hatte, regte an, ablehnendes Verhalten gegen das Regime nicht allein am Beispiel der bekannten Heroen des Widerstands zu unter-

suchen. Nach Linserts Einschätzung gab es trotz der riesigen Zahl von Überzeugten, Mitläufern und Karrieristen vielfältige und unterschiedliche Möglichkeiten, sich dem Regime in der einen oder anderen Form zu entziehen. Hans Maier, der ähnliche Erfahrungen aus seiner Freiburger Jugendzeit besaß, der über Kirchen im NS-Regime und über den Widerstand gegen Hitler selbst gearbeitet hatte, fand die Fragestellung vielversprechend, sorgte für eine (beträchtliche) Finanzierung, bezog die bayerische Archivverwaltung in die Arbeit ein und regte das Institut für Zeitgeschichte zu diesem Projekt an.

Martin Broszat reagierte anfangs zurückhaltend, vielleicht, weil er das Vorhaben als staatliche Auftragsforschung betrachtete. Als er sich aber darauf einließ, tat er es mit voller Kraft und entwickelte ein wegweisendes zeithistorisches Projekt, das Furore machte und viele Nachahmer in anderen Bundesländern und Städten fand. Diese breit fundierte, exemplarisch strukturierte Gesellschaftsgeschichte der nationalsozialistischen Diktatur in vielen reich dokumentierten Einzeluntersuchungen differenzierte die bisherige Interpretation erheblich, zeigte sie doch höchst unterschiedliche Verhaltensweisen. Wenngleich der von Broszat mit diesem Projekt eingeführte, ursprünglich in anderem Kontext von Ralf Dahrendorf benutzte Begriff Resistenz verschiedentlich kritisiert wurde, erfuhr doch die Widerstandsforschung eine deutliche Erweiterung und Modifikation.

Ich erinnere mich noch gut, als Martin Broszat, die wichtigsten Mitarbeiter und ich selbst – ich war damals Stellvertretender Direktor – dem Kultusminister die beiden ersten Bände offiziell überreichten. Damit er aber vorher wenigstens einen Blick hineinwerfen konnte, wurden ihm am Vortag die beiden Bücher zugeschickt. Doch eigentlich hatte er kaum die Gelegenheit hineinzublättern, weil er bis spät abends dienstliche Termine wahrnehmen musste. Als wir am folgenden Vormittag im Kultusministerium bei ihm erschienen und Martin Broszat das Projekt vorgestellt hatte, antwortete Hans Maier: Ohne einen Sprechzettel reflektierte er rhetorisch brillant etwa eine Viertelstunde die zentralen Punkte der beiden Bände, ging auf Forschungsprobleme ein und gab problemorientierte Anregungen, kurz: Wir gewannen den Eindruck, der Minister habe sich in den letzten Wochen sehr intensiv mit diesem durchaus komplizierten Forschungsprojekt auseinandergesetzt. Tatsächlich konnte er höchstens zwei Stunden auf die Lektüre von etwa 1.500 Seiten verwendet haben – und nur dann, wenn er um fünf Uhr morgens aufgestanden war, denn bis zu unserem Treffen war er den ganzen Vormittag mit Terminen beschäftigt. Welcher andere damalige Kultusminister besaß solche Fähigkeiten?

Spricht man über all die Leistungen von Hans Maier, über seine zahlreichen hohen in- und ausländischen Ehrungen, seine vielen Ehrendokorate, vergisst man leicht, was für seine Persönlichkeit besonders aussagekräftig ist: Er wird sich mit Recht über seine vielen Erfolge, über all das, was ihm so glänzend gelungen ist, freuen – sein Wesen aber, seine natürliche Bescheidenheit und Höflichkeit, die Zuwendung zu seinen Mitmenschen, seine bezwingende Liebenswürdigkeit, sein feiner, oft verschmitzter Humor, haben sich nicht verändert.

Für das Institut für Zeitgeschichte, die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* und mich persönlich gibt es vielfältigen Anlass Hans Maier, einem der großen Repräsentan-

ten des deutschen Geisteslebens, ganz besonders zu danken. Wir gratulieren Hans Maier mit unseren herzlichsten Wünschen zu seinem angesichts unveränderter geistiger Frische und Kreativität kaum glaublichen 90. Geburtstag.

Horst Möller

Neu bei den Zusatzangeboten: Nachtrag zu René Schlotts Dokumentation im Januar-Heft

René Schlott ist im Januar-Heft der VfZ der Frage nachgegangen, warum sich wissenschaftliche Mitarbeiterinnen beziehungsweise Mitarbeiter des Instituts für Zeitgeschichte wiederholt gegen eine Übersetzung von Raul Hilbergs Pionierstudie „The Destruction of the European Jews“ ins Deutsche aussprachen. Er hat seine Dokumentation „Ablehnung und Anerkennung. Raul Hilberg und das Institut für Zeitgeschichte“ nun um zwei Dokumente ergänzt, die sich in der Rubrik „Beilagen“ unserer Zusatzangebote finden. Es handelt sich um Briefe aus dem Privatarchiv des Übersetzers und Lektors Christian Seeger über die Zusammenarbeit zwischen dem Institut für Zeitgeschichte und dem Berliner Verlag Olle & Wolter, der 1982 die erste deutsche Ausgabe von Hilbergs Pionierstudie herausgebracht hat.

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/zusatzangebote/beilagen/

... von der Redaktion betreut (Februar–April 2021)

Die Redaktion der Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte arbeitet seit 2003 im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte München–Berlin mit dem Rezensionsjournal *sehpunkte* zusammen. Diese Kooperation findet nicht nur in den *sehpunkten* ihren Niederschlag, sondern auch in den Vierteljahrsheften selbst: In jedem Heft werden die von der Redaktion angeregten und betreuten Rezensionen angezeigt, die in den Monaten zuvor in den *sehpunkten* erschienen sind.

Shogo Akagawa, Die Japanpolitik der DDR 1949 bis 1989, Berlin u. a. 2020.

Rezensiert von: Hermann Wentker (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehpunkte.de/2021/03/34495.html

Alexander Benatar, Kalter Krieg auf dem indischen Subkontinent. Die deutsch-deutsche Diplomatie im Bangladeschkrieg 1971, Berlin / Boston 2020.

Rezensiert von: Amit Das Gupta (Universität der Bundeswehr, München) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehpunkte.de/2021/04/34660.html

Anna Bikont, Wir aus Jedwabne. Polen und Juden während der Shoah, Berlin 2020.

Rezensiert von: Katarzyna Person (Marie Skłodowska-Curie Fellow, Ludwig-Maximilians-Universität, München) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehpunkte.de/2021/04/35445.html

Jessica Bock, Frauenbewegung in Ostdeutschland. Aufbruch, Revolte und Transformation in Leipzig 1980–2000, Halle/Saale 2020.

Rezensiert von: Eva Schäffler (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehpunkte.de/2021/02/35239.html

Matthias Braun, Von Menschen und Mikroben. Malaria und Pest in Stalins Sowjetunion 1929–1941, Wiesbaden 2019.

Rezensiert von: Ulrike Eisenberg (Berlin) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehpunkte.de/2021/03/34568.html

Christoph Brüll / Christian Henrich-Franke / Claudia Hiepel u. a. (Hgg.), Belgisch-deutsche Kontaktträume in Rheinland und Westfalen, 1945–1995, Baden-Baden 2020.

Rezensiert von: Markus Raasch (Johannes Gutenberg-Universität, Mainz) in sehpunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehpunkte.de/2021/03/35050.html

Ulrich Chaussy, Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden, Berlin 2020.

Rezensiert von: Paul Räuber (Universität Rostock) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/34816.html

Deborah Cuccia, There are two German States and two must remain? Italy and the long Path from the German Question to the Re-unification, Hildesheim 2019.

Rezensiert von: Francesco Leone (Universität Trier) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/35678.html

Jürgen Dinkel / Steffen Fiebrig / Frank Reichherzer (Hgg.), Nord/Süd. Perspektiven auf eine globale Konstellation, Berlin / Boston 2020.

Rezensiert von: Christopher Seiberlich (Eberhard Karls Universität, Tübingen) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/35043.html

Paul Erker, Rente im Dritten Reich. Die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte 1933 bis 1945, Berlin / Boston 2019.

Rezensiert von: Marcel Boldorf (Université Lumière Lyon 2) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/33278.html

Michael Frey, Vor Achtundsechzig. Der Kalte Krieg und die Neue Linke in der Bundesrepublik und den USA, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Tilman Wickert (Universität Rostock) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/35256.html

Filip Gańczak, „Polen geben wir nicht preis“. Der Kampf der DDR-Führung gegen die Solidarność 1980/81, Paderborn 2020.

Rezensiert von: Andreas Malycha (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/34386.html

Michael Gehler, From Saint-Germain to Lisbon. Austria's Long Road from Disintegrated to United Europe 1919–2009, Wien 2020.

Rezensiert von: Manfred Rauchensteiner (Wien) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/35356.html

Maciej Górny, Vaterlandszeichner. Geografen und Grenzen im Zwischenkriegs-europa, Osnabrück 2019.

Rezensiert von: Benjamin Conrad (Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/34781.html

Bernd Greiner, Henry Kissinger. Wächter des Imperiums, München 2020.

Rezensiert von: Christian Hacke (Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität, Bonn) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/34967.html

Przemysław Paweł Grzybowski, The Laughter of Life and Death. Personal Stories of the Occupation, Ghettos and Concentration Camps to Educate and Remember, Bydgoszcz 2020.

Rezensiert von: Izabela Paszko (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/34974.html

Peter Hennessy, Winds of Change. Britain in the Early Sixties, London 2019.

Rezensiert von: Gerhard Altmann (Korb) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/33926.html

Georg Herbstritt (Bearb.), Die DDR im Blick der Stasi 1963. Die geheimen Berichte an die SED-Führung, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Elke Stadelmann-Wenz (Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/35068.html

Andreas Hilger, Sowjetisch-indische Beziehungen 1941–1966. Imperiale Agenda und nationale Identität in der Ära von Dekolonisierung und Kaltem Krieg, Wien / Köln / Weimar 2018.

Rezensiert von: Amit Das Gupta (Universität der Bundeswehr, München) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/33815.html

Jörg Hofmann / Christiane Benner (Hgg.), Geschichte der IG Metall. Zur Entwicklung von Autonomie und Gestaltungskraft, Frankfurt/M. 2020.

Rezensiert von: Sebastian Voigt (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/34697.html

Martin Jander / Anetta Kahane (Hgg.), Gesichter der Antimoderne. Gefährdungen demokratischer Kultur in der Bundesrepublik Deutschland, Baden-Baden 2020.

Rezensiert von: Olaf Kistenmacher (Hamburg) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/35020.html

Ines Langelüddecke, Alter Adel – Neues Land? Die Erben der Gutsbesitzer und ihre umstrittene Rückkehr ins postsozialistische Brandenburg, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Arnd Bauerkämper (Friedrich-Meinecke-Institut, Freie Universität Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/35066.html

Remko Leemhuis, „Ich muß deshalb dringend von jeder zusätzlichen Aktion für Israel abraten“. Das Auswärtige Amt und Israel zwischen 1967 und 1979, Berlin 2020.

Rezensiert von: Bernd Rother (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/35059.html

Emily Löffler, Kunstschutz im besetzten Deutschland. Restitution und Kulturpolitik in der französischen und amerikanischen Besatzungszone (1944–1953), Wien / Köln / Weimar 2019.

Rezensiert von: Johannes Gramlich (Bayerische Staatsgemäldesammlungen, München) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/33740.html

Marko Martin, Die verdrängte Zeit. Vom Verschwinden und Entdecken der Kultur des Ostens, Stuttgart 2020.

Rezensiert von: Martin Jander (Stanford University in Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/35017.html

Andrea Martini, Dopo Mussolini. I processi ai fascisti e ai collaborazionisti (1944–1953), Rom 2019.

Rezensiert von: Hans Woller (München) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/35543.html

Daniel Niemetz, Staatsmacht am Ende. Der Militär- und Sicherheitsapparat der DDR in Krise und Umbruch 1985 bis 1990, Berlin 2020.

Rezensiert von: Christian Th. Müller (Historisches Institut, Universität Potsdam) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/35060.html

Giovanni Orsina / Andrea Ungari (eds.), The „Jewish Question“ in the Territories Occupied by Italians 1939–1943, Rom 2019.

Rezensiert von: Thomas Schlemmer (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/34519.html

Pavel Poljan (ed.), Boris Men'sagin. Vospominanija. Pis'ma. Dokumenty [Erinnerungen, Briefe, Dokumente], Moskau / St. Petersburg 2019.

Rezensiert von: Corinna Kuhr-Korolev (Leibniz-Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/34573.html

Hedwig Richter, *Demokratie. Eine deutsche Affäre. Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2020.

Rezensiert von: Andreas Wirsching (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/34995.html

Gavriel D. Rosenfeld, *Das Vierte Reich. Der lange Schatten des Nationalsozialismus*, Darmstadt 2020.

Rezensiert von: Thomas Riegler (Wien) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/34558.html

Sigurd Sørli, *Sonnenrad und Hakenkreuz. Norweger in der Waffen-SS 1941–1945*, Paderborn 2019.

Rezensiert von: Christina Holzmann (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/34746.html

Annette Schmidt-Klügmann, *Bernhard Wilhelm von Bülow (1885–1936). Eine politische Biographie*, Paderborn 2020.

Rezensiert von: Wolfgang Elz (Mainz) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/34812.html

Jürgen Peter Schmied (Hg.), *Kriegerische Tauben. Liberale und linksliberale Interventionisten vom 19. Jahrhundert bis in die Gegenwart*, Göttingen 2019.

Rezensiert von: Klaus Schwabe (Aachen) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/34122.html

Quinn Slobodian, *Globalists. The End of Empire and the Birth of Neoliberalism*, Cambridge, MA / London 2018.

Rezensiert von: Boris Gehlen (Universität Stuttgart) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/32646.html

Dirk Stegmann, *Lüneburg 1918–1945. Stadtgesellschaft zwischen Kaiserreich, Republik und Diktatur*, Lüneburg 2020.

Rezensiert von: Bernd Rother (Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 4

www.sehepunkte.de/2021/04/35446.html

Rainer Stripf, *Honig für das Volk. Geschichte der Imkerei in Deutschland*, Paderborn 2019.

Rezensiert von: Jörn Retterath (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 3

www.sehepunkte.de/2021/03/34692.html

Marianne Subklew-Jeutner, Schattenspiel. Pfarrer Eckart Giebeler zwischen Kirche, Staat und Stasi, Berlin 2019.

Rezensiert von: Tobias Wunschik (Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/34438.html

Frank Wolff, Die Mauergesellschaft. Kalter Krieg, Menschenrechte und die deutsch-deutsche Migration 1961–1989, Berlin 2019.

Rezensiert von: Henrik Bispinck (Institut für Geschichtswissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/33724.html

Benjamin Zachariah / Lutz Raphael / Brigitta Bernet (eds.), What's Left of Marxism. Historiography and the Possibilities of Thinking with Marxian Themes and Concepts, Berlin / Boston 2020.

Rezensiert von: Sebastian Voigt (Institut für Zeitgeschichte München–Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/35037.html

Rezensionen zu Publikationen des IfZ (Februar–April 2021):

Dominika Bopp / Sascha Feuchert / Andrea Löw u. a. (Hgg.), Die Enzyklopädie des Gettos Lodz / Litzmannstadt, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Benedikt Faber (Gymnasium Augustinianum, Greven) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/35285.html

Lutz Maeke, Carl Steinhoff: Erster DDR-Innenminister. Wandlungen eines bürgerlichen Sozialisten, Göttingen 2020.

Rezensiert von: Michael C. Bienert (Stiftung Ernst-Reuter-Archiv, Berlin) in sehepunkte 21 (2021), Nr. 2

www.sehepunkte.de/2021/02/34231.html

Michael Schwartz, **Homosexuals in Modern Germany. A Long-Term Perspective on Historical Transformations**

The history of homosexual people in modern Germany not encompass persecution and discrimination, even if it is often remembered as such. Of course homosexual men did suffer massive persecution, and lesbian women were also exposed to many forms of discrimination. Yet the history of the last 200 years not only manifest those transformations in handling homosexuality, which since the 1990s have led to equality, but also a number of changes of a highly different nature. We neither encounter a continuum of repression nor a linear narrative of emancipation, but rather a highly contradictory long-term development.

Maximilian Kutzner, **A “Newspaper for Germany”? The *Frankfurter Allgemeine Zeitung* and the German Question, 1969 to 1990**

To this day, the *Frankfurter Allgemeine Zeitung* (FAZ) calls itself a “newspaper for Germany”. This was the aspiration of its founders. The stabilisation of two German states, however, challenged the position of the FAZ in matters of German nationhood policy. How did it position itself regarding *Neue Ostpolitik*, the increased engagement with the East? Did the newspaper successfully establish itself as a trendsetter in this field of policy? The article reveals conflicts among the editorial staff as well as outside attributions by both West and East German actors. The author demonstrates the tensions between the FAZ’s own line and the recognition of the political facts regarding German nationhood during the 1970s and 1980s. Was it ready to relinquish old principles for the achievement of German unity?

Martin Günzel, **The Trailblazers. Tony Blair, Great Britain and the Decision to Go to War in Iraq, 2001 to 2003**

Great Britain’s participation in the Iraq War starting in 2003 is one of the most controversial events in recent British history and has strongly shaped the assessment of Tony Blair’s premiership. Questions, what were the reasons and aims which motivated the British Government at the time to decide upon a course of full support of this war initiated by the United States, have not been fully explained to date. Sources now available indicate that very early on London decided to join the war and that the Government misled the public about its motives. The way in which the war was ultimately pushed through diplomatically and justified publicly has shaped the perspective on the war more decisively than it was long assumed.

Philipp Gahn, **Contradictions of a *Modus Vivendi*. Documents on the Visit of Michael Cardinal von Faulhaber with Adolf Hitler on the Obersalzberg in November 1936**

The months between November 1936 and January 1937 were a period of the greatest tension for Michael von Faulhaber. In a reception akin to that of a Primate of the German episcopate, he met Hitler on the Obersalzberg in order to undertake a “final attempt” to reach an understanding between church and state. In January he was in Rome for consultations, from which his draft text for the encyclical “Mit brennender Sorge” (“With Burning Concern”) emerged. In between, there were

hectic weeks, during which he pursued a double strategy: On the one hand, without any reservations and up to the point of self-renunciation, he remained ready for negotiations, while on the other hand he did not shy away from public protest. The documents presented here corroborate the illusion, which shaped these actions, even making his contribution to the encyclical appear to us in a different light.

Anna Georgiev, **“To Be a Treasure in a Foreign Continent, To Become a Blessing”. About the Whereabouts of Cult Objects of (Forcibly) Dissolved Jewish Communities**

Confronted by signs of disintegration among smaller rural Jewish communities, Jewish organisations in Germany even during the Weimar Republic discussed questions of cataloguing and distributing Judaica which were no longer needed. During the course of the systematic persecution and murder of the Jewish population, these topics were not dropped, but rather dealt with more systematically. The *Reichssicherheitshauptamt* (Reich Security Main Office) at first tolerated these structures developed by Jewish organisations, certainly also because exploitation possibilities were lacking. The true intention of this collection – providing the objects to communities abroad – proved to be impossible, however.

Autorinnen und Autoren 569

Dr. Michael Schwartz ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Zeitgeschichte München–Berlin, Abteilung Berlin (Finckensteinallee 85–87, 12205 Berlin), und apl. Professor für Neuere und Neueste Geschichte an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Domplatz 20–22, 48143 Münster); Publikationen u. a.: *Homosexuelle, Seilschaften, Verrat. Ein transnationales Stereotyp im 20. Jahrhundert* (Berlin/Boston 2019); *Ethnische „Säuberungen“ in der Moderne. Globale Wechselwirkungen nationalistischer und rassistischer Gewaltpolitik im 19. und 20. Jahrhundert* (München 2013); *Funktionäre mit Vergangenheit. Das Gründungspräsidium des Bundes der Vertriebenen und das „Dritte Reich“* (München 2013); *Vertriebene und „Umsiedlerpolitik“*. Integrationskonflikte in den deutschen Nachkriegs-Gesellschaften und die Assimilationsstrategien in der SBZ/DDR 1945–1961 (München 2004); *Sozialistische Eugenik. Eugenische Sozialtechnologien in Debatten und Politik der deutschen Sozialdemokratie 1890–1933* (Bonn 1995).



© Landtag Rheinland-Pfalz/Torsten Silz

Dr. Maximilian Kutzner ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Neueste Geschichte an der Julius-Maximilians-Universität Würzburg (Am Hubland, 97074 Würzburg); Publikationen u. a.: *Debatte zur Herkunft der Asiatischen Grippe 1957. Ein systemrelevantes Beispiel für die Gegenwart*, in: *Deutschland Archiv*, 19.5.2020; *Marktwirtschaft schreiben. Das Wirtschaftsressort der Frankfurter Allgemeinen Zeitung 1949 bis 1992* (Tübingen 2019); *Die Generation 1989 und die deutsch-deutsche Vergangenheit. Ein Plädoyer zu Aufbrüchen in der Erinnerungskultur*, in: *Deutschland Archiv*, 21.2.2019; *Vom „Fluch der Unterbelastung“ zur „Last der reifen Jahre“*. Die Wertewandel-Debatte in der bundesdeutschen Presse zwischen 1950 und 1990, in: Bernhard Dietz/Jörg Neuheiser (Hrsg.), *Wertewandel in der Wirtschaft und Arbeitswelt. Arbeit, Leistung und Führung in den 1970er und 1980er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland* (Berlin/Boston 2017), S. 207–238.



Martin Günzel, M. A. ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter und Doktorand am Historischen Seminar der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg (Erbprinzenstraße 13, 79098 Freiburg im Breisgau); Publikation u. a.: *1941. Ideologie und Volksbildung*, in: Josef Schrader/Ernst Dieter Rossmann (Hrsg.), *100 Jahre Volkshochschulen. Geschichten ihres Alltags* (Bad Heilbrunn 2019), S. 70 f.





Dr. Philipp Gahn ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Kritischen Online-Edition der Tagebücher Michael Kardinal von Faulhabers (1911–1952), einem DFG-finanzierten Kooperationsprojekt zwischen dem Institut für Zeitgeschichte München–Berlin (Landwehrstraße 66/IV, 80336 München) und dem Seminar für Mittlere und Neuere Kirchengeschichte der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster (Domplatz 23, 48143 Münster); Publikationen u. a.: Zeugnis und Ordnung. Theologische Skizze zu Kardinal Faulhabers Weltansicht anhand seines Tagebuches aus der Zeit der Bayerischen Revolution von 1918/19, in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte 59 (2019), S. 149–182; „Nicht alle Säulen am Dom ließen sich brechen“. Faulhabers Aufzeichnungen aus dem Jahr 1945 sowie einige Bemerkungen über den Quellenwert seiner Tagebücher; in: Beiträge zur altbayerischen Kirchengeschichte 60 (2020), S. 233–250.

Anna Georgiev, M. A. ist Doktorandin am Lehrstuhl für Geschichtsdidaktik der Universität Jena und war bis Mai 2021 Wissenschaftliche Mitarbeiterin am Europäischen Kolleg Jena (Fürstengraben 13, 07743 Jena); Publikationen u. a.: Thälmanns Turnhose und andere Dinge. Kurze Objektgeschichte antifaschistischer Ausstellungen der DDR, in: Deutschland Archiv, 20.12.2019; Zur materiellen Geschichte des „Judensterns“ 1941 bis 1945, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 66 (2018), S. 623–639; Zwischenstation Jerusalem oder der geheimnisvolle Jacques Barley. Der Reformationsteppich im Israel-Museum, in: Dagmar Neuland-Kitzerow/Christine Binroth/Salwa Joram (Hrsg.), Anna webt Reformation. Ein Teppich und seine Geschichten (Husum 2017), S. 61–68.

VfZ-Online

Auf unserer Homepage (www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/) finden Sie – zum Teil auch in englischer Sprache:

- die Vorschau auf das kommende Heft (auch als ToC Alert abonnierbar),
- Informationen über das *German Yearbook of Contemporary History*,
- das Forum mit Diskussionsbeiträgen zu aktuellen Aufsätzen u. a.,
- die Dokumentationen (Video und Transkript) der Veranstaltungen im Rahmen des „Podiums Zeitgeschichte“,
- die Videokolumne „Rückblicke“ mit Re-Lektüren älterer Beiträge,
- Informationen zu den *sehspunkten*, der Aldersbacher Schreib-Praxis etc.,
- das offene Heftarchiv der VfZ mit allen Ausgaben seit 1953 (Moving Wall: fünf Jahre) sowie den Zugang zum kostenpflichtigen elektronischen VfZ-Angebot beim Verlag De Gruyter Oldenbourg,
- Hinweise zu Abonnement und Einzelverkauf,
- Informationen zu Profil sowie Herausbergremium und Redaktion und nicht zuletzt
- aktuelle Informationen zu den vielfältigen Themen rund um die VfZ.

Informationen für Autorinnen und Autoren

www.ifz-muenchen.de/vierteljahrshefte/neue-vfz-manuskripte/

Begutachtungsverfahren

Die *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* sind eine referierte Zeitschrift, deren Beiträge in der Regel ein dreistufiges Begutachtungsverfahren zur Qualitätssicherung durchlaufen: Nach einer Sichtung und Bewertung der anonymisierten Beiträge durch die Redaktion werden externe Gutachten im In- und Ausland eingeholt (*Double Blind Peer Review*). Dann entscheiden Herausbergremium und Redaktion nach eingehender Diskussion über die Veröffentlichung. Die entsprechenden Sitzungen finden dreimal im Jahr (Frühling, Sommer und Herbst) statt.

The *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* are a refereed journal. For quality control purposes, contributions as a rule run through a three step evaluation process: After review and assessment of the anonymised contributions by the editorial staff, external domestic and foreign expertises are obtained (*Double Blind Peer Review*). On this basis and after thorough debate, the chief editors and editorial staff decide on publication. Editorial meetings take place three times per year – in spring, summer and autumn.